# EIN GEDENKBUCH ZUR SACULARFEIER SEINES GEBURTSTAGS, ...

Johann Smidt



<36604748690014



# Johann [illegible]

Ein Ged[illegible]

[illegible]

Säcularfeier [illegible]

[illegible]

Histor[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

---

BREMEN.
[illegible] von [illegible]
1873



# Johann Smidt.

## Ein Gedenkbuch

zur

## Säcularfeier seines Geburtstags,

herausgegeben von der

Historischen Gesellschaft des Künstlervereins

zu

BREMEN.

MIT SMIDT'S BILDNISS IN STAHLSTICH

BREMEN.
Verlag von C. Ed. Müller.
1873.




Druck von G. Hunckel, Bremen

# Inhalt.

# Vorwort.

Der 5. November 1773 ist Johann Smidt's Geburtstag, derselbe Tag, an dem in seinem 40. Lebensjahre seine Vaterstadt von drückender Fremdherrschaft befreit zu neuem Leben und staatlicher Unabhängigkeit wiedergeboren ward. Von dem seit jenem Tage verflossenen Jahrhundert hat er selbst den grössten Theil — vom Jahre 1800 bis zu seinem am 7. Mai 1857 erfolgten Tode — in der Regierung und an der Spitze des bremischen Freistaats verlebt, und in einem Masse, wie es selten in einer Republik der Fall ist, darf dieses Gemeinwesen in seiner heutigen Gestalt als das Werk seines grossen Bürgermeisters anerkannt werden. Denn wie glänzend auch in den anderthalb Jahrzehnten seit seinem Tode namentlich in commercieller Beziehung Bremen sich entwickelt hat auch diese Blüthe ist doch zunächst als eine Frucht der Schöpfungen zu würdigen, die sich an Smidt's Namen knüpfen und es bewirkt haben, dass seine Geschichte schreiben ungefähr dasselbe heissen würde, als Bremens Geschichte während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts darstellen.

Der Vorstand der historischen Gesellschaft des Künstlervereins hat daher die diesjährige Wiederkehr jenes Tages nicht können vorübergehen lassen, ohne zu der Feier desselben einen Beitrag zu liefern, der wo möglich ein dauerndes Denkmal sein und dazu helfen sollte, das Wirken und die Persönlichkeit Smidts vor Allem den Bürgern Bremens in lebendiger Erinnerung zu erhalten. Zwar vermögen wir nicht eine vollständige Biographie darzubieten

sie würde eine viel längere Masse erfordern als die wenigen Monate, in denen diese Arbeit auszuführen war, gewähren konnten, und vielleicht ist auch heute noch der Zeitpunkt nicht gekommen, wo eine völlig freie und unbefangene Würdigung der ganzen Wirksamkeit Smidt's möglich ist und das dazu vorhandene Material in seiner ganzen Fülle vollständig zur Verfügung gestellt werden kann. Nur Bausteine zu einer künftigen vollständigen Lebensgeschichte Smidt's sind es, welche wir, Dank der bereitwilligen Unterstützung einzelner Mitglieder der historischen Gesellschaft, heute darreichen.

Um indess doch auch eine vollständige Uebersicht von Smidts Leben und Wirken den Lesern des Buches zu geben, ist an der Spitze desselben die biographische Skizze, welche wenige Tage nach Smidts Tode die Weserzeitung (in ihren Nummern vom 11. 14. 19. 23. und 28. Mai 1857) von kundigster Hand brachte, mit gütiger Erlaubniss des Verfassers und der Redaction der Zeitung wieder abgedruckt worden, der Leser wird namentlich bei dem letzten Theile dieser Arbeit den Zeitpunct ihres Entstehens nicht ausser Acht lassen dürfen, da eine Reihe dort angeführter Thatsachen seit Begründung des deutschen Reichs und seit dem ausserordentlichen Aufschwung des bremischen Handelsverkehrs im letzten Jahrzehnt ihre Giltigkeit verloren haben.

Die drei folgenden Arbeiten behandeln einzelne Episoden aus Smidt's Leben: die erste seine geistige Vorbereitung zu der ganzen ferneren practischen Wirksamkeit, die zweite eines der wichtigsten Jahre der deutschen Geschichte und die einflussreiche Theilnahme des bremischen Senators an der politischen Arbeit, welche für die weitere Entwickelung der deutschen Dinge den Grund legen sollte, die dritte diejenige That, welche die bisherigen Erfolge einer fast dreissigjährigen Wirksamkeit für seine Vaterstadt krönte und ihnen die Gewähr der Dauer verlieh, und welche zugleich, schon durch ihre äussere handgreifliche Erscheinung, den Ruhm des bremischen Bürgermeisters am meisten begründet und verbreitet hat, für die erste dieser Arbeiten hat namentlich der im Besitz der Familie Smidt's verbliebene handschriftliche Nachlass,

für die zweite und dritte vor Allem die Acten des Staatsarchivs das erforderliche Material geliefert; für das bereitwillige Entgegenkommen, welches von beiden Seiten dem Werke zu Theil geworden ist, statten wir auch an dieser Stelle unseren Dank ab.

An die erwähnten Darstellungen schliessen sich Briefe und Aufsätze von Smidt selbst, die ebenfalls uns den beiden schon genannten Quellen geflossen sind, Es sind einzelne Proben aus dem ausserordentlich reichen Vorrath solcher Schriften, welche seine unermüdliche Feder uns hinterlassen, ausschliesslich der Zeit entnommen, welche auch die voraufgegangenen drei Arbeiten behandeln. Die Mittheilung dieser Schriftstücke bezweckt zunächst, das Bild seiner reichen und so vielseitige Interessen umfassenden Persönlichkeit zu vervollständigen; einige derselben sind aber auch als werthvolle Beiträge zur Geschichte jener Zeit von selbständiger Bedeutung.

Gern benutzen wir diese Gelegenheit, auf die von anderer Seite vorbereitete gleichzeitig erscheinende Sammlung der öffentlich gehaltenen Reden Smidts als einen weiteren Beitrag für jenen Zweck aufmerksam zu machen, und weisen zugleich um an die bereits vorliegenden Producte seiner literarischen Thätigkeit zu erinnern, namentlich noch auf die geistvollen Aufsätze hin, welche er selbst in seinen 1831 herausgegebenen „Beiträgen zur Förderung des Gemeinsinns und republikanischen Staatslebens“ veröffentlicht hat.

Der Verleger hat sich zu unserer Dankverpflichtung bereit finden lassen, das Werk durch ein Bildniss Smidt's zu schmücken, welches ihn in der Zeit seines rüstigen Greisenalters (gute Abbildungen aus früherer Zeit sind nicht erhalten) darstellt. Das demselben beigefügte Facsimile seiner Handschrift hat des Raumes wegen leider auf einen Theil des Anspruchs, der für den theologisch durchgebildeten, mit der wärmsten Vaterlandsliebe ein ebenso kräftiges Heimathsgefühl verbindenden Staatsmannes so vorzüglich charakteristisch ist, beschränkt werden müssen; vollständig findet er sich auf S. 308 des Buches in den Aphorismen über Deutschlands neue Verfassung abgedruckt. Die Namensunterschrift, welche bei Smidt in sehr verschiedener Gestalt und bald

in deutscher bald in lateinischer Schrift erscheint, ist unter unserem Bilde nach einem Briefe vom Jahre 1820 angefertigt.

Smidt und was er geschaffen, wird auch im neuen Säculum Bremens Stolz bleiben; das gegenwärtige Gedenkbuch aber mag vielleicht beitragen, auch in weitern Kreisen die Erkenntniss zu erschliessen, dass der Name Johann Smidt's nicht nur der bremischen, sondern der deutschen Geschichte angehört.

Bremen, im October 1873.

**Der Vorstand**
der Historischen Gesellschaft des Künstlervereins

# Johann Smidt.

Eine Lebensskizze von Otto Gildemeister.

Johann Smidt ist der dritte bremische Burgermeister seines Namens und seiner Familie Im Jahre 1731 ward Dr. Henricus Smidt, im Jahre 1767 Dr Didericus Smidt zur consularischen Würde erhoben Ueber Dr Henricus müssen wir gestehen nicht viel zu wissen, was übrigens seinen etwaigen Verdiensten keinen Abbruch thun kann, da über die Wirksamkeit unserer Rathsmitglieder nur in seltenen Fällen etwas in die Oeffentlichkeit gedrungen ist. Dr Didericus Smidt, der Oheim unseres Bürgermeisters, wird als ein bedeutender und gelehrter Mann geschildert. Er war Professor der Rechtskunde am hiesigen Gymnasium Illustre, bis er 1741 zu Raths erwählt ward Er bekleidete das Amt eines Richters bei dem kaiserlichen Niedergericht In Folge der Resignation des Bürgermeisters Dr. Henricus Köhueu ward er Bürgermeister, bei welcher Gelegenheit die Bremische Muse nicht ermangelte seine strahlenden Tugenden zu verherrlichen. Ein im Jahre 1767 bei Eines Hochedlen Hochweisen Rathes Buchdrucker erschienenes Carmen führt folgenden Titel

„Als des Herrn Bürgermeister Detr. Heurich Köhueu Magnificenz die Bürgermeisterwürde niederlegte und in dessen Stelle der Herr Richter Detr. Diedrich Smidt wieder erwählet wurde, entwarf nachfolgende Gedanken C R."

Diese Gedanken lauteten:

„Ein Nerva wählt Trajan, dem Staate Heil zu schenken!
O! rufe die Nachwelt noch, welch edelmuth'ger Schritt!
Wie konnten Römer dann nur so erhaben denken?
Nein, Bremen, beider Bild zeigt Köhnen, zeigt mein Smidt.
So sieht ein kleiner Staat, dess Seelen ihn bewohnen,
Die Landesväter sind, werth — wie Trajan — der Kronen."

Der Bruder dieses bremischen Trajan (welcher letztere 1787 starb) war Herr Johannes Smidt, Prediger an der St. Stephanikirche hieselbst, geboren im Jahre 1712, — einer der Letzten von jenem Geschlechte bremischer Geistlichen, welche von holländischen Universitäten ihre theologische Foliantenweisheit in die Vaterstadt zurückbrachten und mit starrer Ernsthaftigkeit die Reinheit der reformirten Lehre, mitten im Jahrhundert der Aufklärung und der Freidenkerei, bewachten. Der würdige Herr, welcher in seinem 60. Jahre zu seiner dritten Ehe, mit Katharina Holler, Tochter des Rathsherrn Dr. Melchior Holler, schritt, stand bereits in seinem 62. Lebensjahre, als ihm der einzige Sohn, der ihn überleben sollte, — am 5. November 1773, — geboren ward. Pastor Johannes Smidt, um dies hier gleich zu erledigen, starb im Jahre 1796, also in dem nämlichen Lebensalter, in welchem 61 Jahre später sein berühmter Sohn sterben sollte. Er hinterliess ausser diesem nur eine Tochter, die spätere Gattin des Senators Dr. Gerhard Castendyk, eine durch hervorragende Eigenschaften des Geistes und Charakters ausgezeichnete Frau, welche eine Zeitlang für vielfache Bestrebungen den fesselnden Mittelpunkt bildete.

Der Sohn, Johann, genoss die gewöhnliche Erziehung seiner Zeit. Auf den Banken des hiesigen „Lateinischen Paedagogei", sass er zu den Füssen der damaligen Verkündiger „göttlicher und weltlicher Gelehrsamkeit". Herr Johann Christophorus Busing, SS. Theol. Doctor, ertheilte den Unterricht in der Religion und den hebräischen Sprachen; er war der Vater des späteren Senators Büsing, ein kenntnissreicher Mann der alten holländischen Schule, strenger Reformirter, aber dabei kindlich und gemüthlich. In der Religionsstunde pflegte er die Schüler

zu fragen, ob die Hollenstrafen ewig währten, und wenn die Knaben dazu Ja zu sagen sich scheuten, leise hinzuzusetzen: „Es ist erschrecklich hart, aber wir können's nicht helfen." Dominus Eberhardus Tiebing, ein feiner und weiterblickender Mann, und Dominus Nicolaus Roller, ein origineller Schultyrann, von welchem unsere Väter manche ergötzliche Anecdote zu erzählen wussten, aber dabei nicht ohne Verdienst um die vaterstädtische Geschichte, — diese und andere brachten dem Knaben die Rudimente der heidnischen und weltlichen Wissenschaften bei.

Man darf annehmen, dass neben der Schulbildung eine selbständige Pflege der Literatur den heranwachsenden Jüngling beschäftigte, dass die Werke der grossen deutschen Dichter und Denker, welche theils in dem Menschenalter vor seiner Geburt erschienen waren, theils während seines Heranreifens entstanden, ihre Anziehungskraft auf ihn nicht verfehlten; wenigstens wusste er noch in hohem Alter zahlreiche Aussprüche und Verse, die jener Literaturepoche angehoren und die schwerlich bei späterer Lectüre so fest gehaftet wären, fliessend zu citiren, und schon der Umstand, dass, als er 1792 die Universität beziehen solle, nicht Leyden, sondern Jena den Vorzug erhielt, lässt uns vermuthen, dass der junge Smidt den alten überstimmt und dass er sehr wohl gewusst hat weshalb. Der Vater gab sich zufrieden, als ihm aus etlichen lateinischen Foliauten nachgewiesen ward, dass in Sachen der Gnadenwahl, der Abendmahlslehre und sonstiger controverser Dogmen die theologische Facultät der thüringischen Hochschule „orthodoxen" Ansichten ergeben war, und so schloss sich denn der junge Bremer jener Schaar strebender und begeisterter Jünglinge an, welche damals nach Jena strömten, nicht um die scholastischen Spitzfindigkeiten der Theologie des 17. Jahrhunderts kennen zu lernen, sondern um die neue Lehre einer verjüngten Wissenschaft und Bildung zu vernehmen, die an der Saale von den ersten Männern der Nation verkündet ward.

Smidt, der in Predigerfamilien herrschenden Sitte getreu, widmete sich dem Studium der Theologie. Aber wie wenig er einseitig demselben sich gefangen gab, beweist nicht allein

sein späteres Leben, sondern namentlich auch der nahe Verkehr, in welchen er mit Lehrern und Jüngern der andern Facultäten trat. Fichte, damals in voller Jugendkraft stehend, würdigte ihn seines täglichen Umgangs und hatte ihn bei Tische neben sich; eine Menge anderer bedeutender Männer schenkte ihm ihre Freundschaft, die in den meisten Fällen eine lebenslängliche war. Als er 1795 nach Bremen zurückkehrte, war er nicht allein in seinem Fache wohl vorbereitet zu selbständigem Wirken, sondern auch mit einer gediegenen philosophischen, humanistischen und historischen Bildung ausgerüstet. Gleichwohl ist die Theologie bis an sein Lebensende immer die Wissenschaft geblieben, welche seinem Herzen am nächsten war, die grossen Fragen, mit denen sie zu thun hat, beschäftigten nicht allein seinen Geist, sondern auch sein Gemüth beinahe unablässig, und wenn seine wissenschaftliche Ueberzeugung ihm nicht erlaubte, die kirchlichen Dogmen in derjenigen Weise aufzufassen, welche die modernste Schule als die alleingültige erklärt, so war doch der ethische Kern und Inhalt der christlichen Glaubenslehren für ihn ein Gegenstand, an welchem die Betrachtung nie ermüdete, bei welchem mit den vertrautesten Freunden das Gespräch am liebsten weilte, aus welchem das Leben immer neuen Nahrungsstoff gewann.

Die ersten Jahre in Bremen verflossen dem jungen Candidaten ohne bemerkenswerthe Ereignisse in einem angeregten und heiteren geselligen Verkehr mit gebildeten und strebsamen Freunden, — Smidt schrieb um diese Zeit einige Dutzend Distichen gegen die Verfasser der Xenien unter dem Titel „An die Xenióphoren", die er nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt hatte, die aber ein indiscreter Freund hinter seinem Rücken drucken liess. Das kleine Heftchen ist jetzt eine literarische Rarität; der Inhalt, wenn auch nicht sonderlich bedeutend, zeichnet sich vor vielen anderen Antixenien doch mindestens durch unverbrüchliche Wahrung des Anstandes aus und bekämpft die berühmten Gegner weniger aus Interesse für ihre Schlachtopfer als in ihrem eigenen, welches er durch die Beschäftigung mit so vielem kleinen Gewürm gefährdet darstellt.

Bis zu seines Vaters Tode blieb Smidt, ohne feste An-

stellung, mit gelegentlichem Hülfspredigen und mit Unterrichtertheilen beschäftigt. Zu seinem vertrautesten Umgang gehörte damals wie später der Prediger Stolz an der St. Martinikirche, ein geborener Züricher, welcher Veranlassung gewesen sein mag, dass nach des Vaters Ableben Smidt eine Reise in die Schweiz unternahm (1797) und sich in Zürich zum Prediger ordiniren liess. „Herr Prediger“ Smidt, wie er nun betitelt ward, erhielt im Jahre 1797 in Bremen die Stelle eines Professors in der philosophischen Facultät des Gymnasii Illustris, mit welcher, ausser einigen Steuerfreiheiten ein Jahrgehalt von hundert Thalern „in feinen Zweidrittelstücken zahlbar“ verbunden war, die aber auf der anderen Seite auch keine schwere Verpflichtungen auferlegte und reichliche Musse gewährte. Diese letztere nun benutzte der junge Professor in zwiefacher Weise, — einmal zu einem eifrigen Eingehen auf die Politik, die damals freilich anziehend genug war, die für Smidt aber ihren Ausgangspunkt — characteristisch für sein ganzes Leben — immer innerhalb der vaterstädtischen Mauern hatte, — und zweitens zu Vorlesungen vor weiteren Kreisen über populär-wissenschaftliche Gegenstände, deren Ertrag — man zahlte für einen Wintercyclus ein Eintrittsgeld von einer Pistole — eine höchst nothwendige Zubusse zu dem schmalen Professorengehalt war. Als Einleitung zu einer dieser Vorlesungsserien (1798—1799) liess Smidt ein kleines Heftchen unter dem Titel „Etwas über das Interesse an der Menschengeschichte“ drucken.

Am 1. Januar 1798 verheirathete er sich mit Wilhelmine Rode, Tochter des Apothekers Rode, von der Sonnenapotheke in der Sögestrasse. Diese Ehe, welche die goldene Hochzeit überdauerte, begründete für den rastlosen und nach hundert Seiten hin wirksamen Staatsmann ein häusliches Glück, ohne dessen erquickenden und beruhigenden Einfluss ihm die oftbewunderte Ausdauer auf seiner mühevollen Laufbahn vielleicht nicht zu Theil geworden wäre. Neben dem Bildnisse des schaffenden, strebenden, immer bewegten Mannes steht für alle die ihn in seinem Hause kannten, als unentbehrliche Ergänzung das Bild seiner treuen Lebensgefährtin, welche in stiller Liebe,

in niegetrübter Sanftmuth, in weiblichster Hingebung und Demuth, in guten und bösen Tagen ihm zur Seite stand, kindlich bis in ihr höchstes Alter, frauenhaft im edelsten Sinne zu jeder Stunde, — eine Erscheinung in ihrer Art ebenso unvergesslich wie die ihres Mannes.

Das junge Paar bedurfte des Muthes, als es seinen Lebensweg begann. Mit einer — noch dazu theilweise ungesicherten — Jahreseinnahme von etwa 600 Thalern ward der Hausstand begründet, ein Anfang, welcher heutzutage, wo mit dem Dreifachen sich nicht mehr wirthschaften lässt, unmöglich erscheint, der aber erklärlich wird, wenn man die Einfachheit der damaligen Lebensweise mit Smidts philosophischer Frugalität combinirt. Denn allerdings bedurfte es doch auch damals der Frugalität, um mit so Geringem die beiden Enden des Jahres zusammenzubringen. Dass die jungen Eheleute in Ermangelung einer Kindesmagd ihr Erstgeborenes in Gesellschaften mitnahmen, wo man es in einem passenden Winkel dem Schlafe überliess, solcher rührenden Züge einer unbefangenen Oekonomie bewahrt die Familientradition mehrere.

Das Geld als solches hat in Bremen nie eine Aristokratie begründet. Smidt, obwohl, wie man sieht, mit Glücksgütern wenig gesegnet, fand wenig Hindernisse auf dem Wege zum Einflusse auf die öffentlichen Angelegenheiten. Er gehörte seiner Familie und seinem Amte nach zu den Notabeln der Stadt und das genügte. In dieser Eigenschaft ward er zu den Bürgerconventen oder richtiger (nach der damaligen Verfassung) zu den Kirchspielsversammlungen zugezogen, wo nichts ihm im Wege stand seine Talente und Kenntnisse, die Energie seines Geistes, den Schwung seiner Ideen und den Reichthum seiner Hülfsquellen geltend zu machen. Urkundlich ist uns freilich über Smidts Ansehen im Kreise seiner Mitbürger nichts aufbewahrt geblieben, aber dass dasselbe ein bedeutendes war ist unzweifelhaft, da feststeht, dass im Jahre 1800 das Collegium der Aelterleute, das vornehmste, mit dem Rathe eifersüchtig rivalisirende bürgerliche Collegium, mit dem Gedanken umging, den 27jährigen Mann, einen Geistlichen und Nichtjuristen noch dazu, zu seinem Syndicus zu machen. Im Senate selbst zählte Smidt wenn auch wenige doch eifrige und ergebene Männer, eine kleine intelligente, von Fortschrittsideen erfüllte,

dem alten Cliquen- und Familienzopfe abholde Minorität, zu welcher der kaufmännische Rathmann Johann Gildemeister, und die Doctoren Gondela und von Lingen gehörten.

Im December 1800, an der Schwelle des 19. Jahrhunderts trat durch des Herrn G. Dreyer Tod eine Vacanz im Rathe ein. Nach uraltem Wahlstatut fand die Wiederbesetzung einer solchen Lücke so statt, dass vier Mitglieder des Rathes, welche durch Würfelung ausgeloost waren, in ein Gemach eingeschlossen wurden, um in demselben einen neuen Rathmann zu wählen. Am 13. December versammelte sich die „Wittheit" (das Plenum des Raths) in der Rathhaushalle, um das verhangnissvolle Würfelspiel vorzunehmen. An Smidts Erwählung dachten die Wenigsten. Da traf es sich, dass die Augen der Würfel die Rathsherren Gildemeister, Gondela, v. Lingen und mit ihnen Dr. Franciscus Tidemann zum Conclave bestimmten, und dass — wie erzählt wird, zur nicht geringen Ueberraschung gar mancher hochgebietender Doctores utriusque juris — „Herr Johannes Smidt" (wie ihn der alte Staatskalender nennt) von dem geistlichen in den weltlichen Staat der kaiserlichen Reichsstadt Bremen überging.

In den ersten Jahren seiner neuen Würde musste Smidt, altem Herkommen gemäss, sich mit denjenigen theils geringfügigen, theils unbequemen Geschäften befassen, welche der Rath seinen jüngsten Mitgliedern aufzubürden pflegte; die Protokollführung in der Wittheit, die städtische Polizei, Morgensprachen bei den Zünften und ähnliche englocale Functionen wurden ihm nicht erspart, bis seine Talente in den Lebensfragen der vaterstädtischen Politik eine angemessenere Thätigkeit fanden.

Mit diesem Zeitpunkte, welcher schon in die ersten Jahre des 19. Jahrhunderts fällt, tritt der Augenblick ein, welcher eine Lebensgeschichte Smidts abgesondert von einer Geschichte Bremens, unmöglich macht. Eine solche zu schreiben, dazu ist der gegenwärtige Augenblick nicht angethan. Der grösseste Theil der Erfolge, welche Smidt errang, ward in diplomatischen Verhandlungen und in dem Ohre des Publikums verschlossenen Debatten gewonnen, und nur die Früchte sind ein Gemeingut Aller. Ueber die Wege, welche eingeschlagen wurden um so manches schwierige Ziel zu erreichen, lagert sich noch archi-

valische Geheimniss. Nur ganz selten ist es dem Publikum vergönnt gewesen auch in die innere Geschichte dieser Wirksamkeit einen flüchtigen Blick zu werfen, — wie z. B. in die glänzenden Staatsschriften mit denen vor der Bundesversammlung die freie Weserschifffahrt verfochten und siegreich behauptet ward, neuerer Vorgänge nicht zu gedenken.

Indem wir der politischen Laufbahn Smidt's folgen, müssen wir einen Vorbehalt machen. Es wäre ungerecht, es wäre vor allen Dingen gegen den Sinn Smidt's wenn man den Aufschwung, welchen Bremen seit dem Anfange des Jahrhunderts genommen hat, als sein ausschliessliches Verdienst bezeichnen wollte. Der Unternehmungsgeist und die Tüchtigkeit der Bevölkerung, namentlich der Kaufleute, hat bei Benutzung der von Smidt geöffneten Bahnen das Beste thun müssen, und bei den Arbeiten, deren Resultat diese Bahnen waren, sind ausser Smidt manche Andere in einer Weise thätig gewesen, welche ihnen den Dank der Nachwelt sichern muss — selbst wenn diese allmählich ihre Namen vergisst. Smidt's unbezweifeltes Verdienst bleibt es immer die erste Idee angeregt und bis zu ihrer Verwirklichung festgehalten und in dem Ringen um letztere sich mit den Männern verbündet zu haben, welche nach ihrer besonderen Begabung die Ausführung zu fördern am meisten im Stande waren. Diese Männer auszuwählen, zu inspiriren, trotz aller Hindernisse warm zu halten, — mit einem Worte die eigentliche Kunst des Regierens, — das war das Unterscheidende seiner Wirksamkeit. Diese Kunst war bei ihm ebenso sehr Ergebniss der Bildung wie Gabe der Natur, und eben desshalb gehörte er zu den genialen Menschen. Er hatte einen gewissen Instinct, der allerdings durch Nachdenken und Uebung vervollkommnet war, im Wesen aber immer Instinct blieb, welcher ihm Wege und Mittel an die Hand gab seine Zwecke zu fördern. Wie oft konnte man beobachten, dass auf Gebieten, auf denen geschulte Sachverständige rathlos hin- und hertappten, Smidt, ohne von der eigentlichen Technik des Gegenstandes viel zu verstehen, sofort das Richtige traf, oder dass er Menschen, über deren Begabung alle Anderen im Dunkeln waren, nach flüchtiger Bekanntschaft, manchmal nach blossem Hörensagen, nach einem einzelnen charakteristischen

Zuge, nach ihrem wahren Werthe erkannte und dahin stellte, wo sie dem Staate nützen konnten. In höherem Alter führte allerdings die Gewöhnung, diesem sechsten Sinne zu folgen, manchmal zu einer Hingabe an „erste Eindrücke", die sich nicht bewähren und deren Herrschaft über den Greis hin und wieder an „fixe Ideen" erinnern konnten; allein wenn einerseits der Einfluss der Jahre eine derartige Verdunkelung jener beneidenswerthen Geisteskraft erklärte, so musste man auf der andern Seite auch oft genug bewundern, wie bis in die spätesten Tage dieser geheimnissvolle Takt der Intelligenz sich mit der ganzen Feinheit und Schärfe geltend machte, die ihm früher eigen gewesen war, oder wie — was noch mehr sagen will — die Reflection und die Wahrheitsliebe des hochbetagten Mannes manche jener „fixen Ideen" noch zu überwinden und durch neue Anschauungen altgehegten Vorstellungen zum Trotz zu ersetzen vermochte.

Aber wir schweifen von unserem Thema ab, welches uns in den Anfang des Jahrhunderts zurückführen sollte.

Man muss sich einigermassen vergegenwärtigen wie es damals in Bremen und draussen aussah, um zu ermessen was wir Smidt und seinen Helfern schuldig sind.

Das heilige römische Reich war in voller Auflösung begriffen, aber seine Formen und seine Traditionen blühten in den Reichsstädten noch mit zäher Ausdauer fort. Ein steter unterirdischer Krieg mit rivalisirenden Nachbaren, verbunden mit submissester Devotion gegen hochfürstliche Reichsgenossen, daher neben einander ein stetes Gezanke mit fremden Unterbehörden, manchmal um die erbärmlichsten Bagatellen, und unablässige Verbeugungen vor den Regierungen der grösseren Reichsstände, denen gegenüber man nicht genug Betheuerungen einer unterthänigen Gesinnung finden konnte, während man im Herzen vielleicht ihnen alles erdenkliche Unheil gönnte. In solchen Dingen bestanden die auswärtigen Angelegenheiten, deren würdigsten Theil noch die Bemühungen der Städte ausmachten, den Handel — freilich meistens in ängster monopolistischer Auffassung — gegen die Plackereien fürstlicher Zollkammern zu vertheidigen Bremens diplomatische Beziehungen reichten über die europäischen Hauptstädte nicht hinaus;

gemeinsam mit den anderen Hansestädten hatte es seine „Agenten“ in Wien, Petersburg, Paris, London und Regensburg, welche — weit entfernt von der Haltung alter hansischer Gesandten — im geschickten Soliicitiren ihre Stärke zu entfalten hatten.

Im Innern herrschten der reichstädtische Schlendrian und die reichstädtische Bockebeutelei in voller Souveränität. Confessionelle Spaltung in kirchlichen, Kastentrennung in gesellschaftlichen, Geheimnisskrämerei und Monopolsucht in kaufmännischen, Zunftzwang in gewerblichen, engherziger Corporationsgeist in burgerlichen Dingen. Zänkereien um hohle Rangfragen, Streitigkeiten um egoistische Gerechtsame, Schatten der alten trotzigen Kämpfe bürgerlicher Genossenschaften, erfüllten das öffentliche Leben oder beschäftigten bis nach Wetzlar hin die Gerichte, und wenn auch in dem Collegio Seniorum und „Denen ansehnlichen deputationibus“ neben dem Rathe das bürgerliche Element zu einiger Geltung kam, so war doch der in der ellenlangen Titulatur des Rathes vorkommende Ausdruck „Hochgebietende Herren und Obern“ keineswegs eine bloese Phrase, sondern eine ernsthafte Realität. Der Rath hatte das Bewusstsein einer unmittelbar von Gott verordneten Obrigkeit; er stand — namentlich in seiner Spitze, in den Bürgermeistern — hoch erhaben über dem Volke; er übte Polizei und Gerichtsbarkeit mit schrankenloser Gewalt, erhob mancherlei Abgaben, Gebühren und Sporteln ohne Concurrenz der Bürgerschaft, bezog Einnahmen aus einem ihm ausschliesslich gehörigen Domanium, ertheilte nach Belieben Vorrechte, kurzum regierte mit einer Machtvollkommenheit, welche nur an den fernen Reichsgerichten und an der precaren Bürgschaft eines alterschwachen Herkommens ihre formelle, an dem guten sittlichen Kern des Volksstammes ihre moralische Grenze fand. Aber dieser sittliche Kern zeigte doch schon Spuren bedenklicher Anfaulung. Mochten die altväterlichen Laster der Rohheit und der Völlerei als historisch berechtigt gelten, so zeigte neben diesen das Ende des 18. Jahrhunderts manche Corruptionserscheinungen moderner Natur. Die Bestechlichkeit ging bis in sehr hohe Regionen hinauf; die Gewissenhaftigkeit bei Verwaltung des öffentlichen Gutes widerstand

nicht immer den Versuchungen der Habgier, und auch die galanten Sünden der Versailler Hofcultur fingen an das Familienleben des ehrbaren Bremen zu beflecken. In manchem guten Hause begannen die Herren die Sitten höfischer Cavaliere nachzuahmen, und wie man sich in Wien für gutes Geld schlechten Adel zu kaufen liebte, so gab man auch dem Leben einen pseudo-aristokratischen Zuschnitt. Man gefiel sich in dem Nimbus einer vornehmen Rouerie; man trug ehebrecherische Abenteuer kokett zur Schau, man gewöhnte sich das Trinken zwar nicht ab, aber man ergab sich dafür dem Pharo. Das Alles ging mit ausserer kirchlicher Strenge (wie noch jetzt in England und Amerika) und polizeilicher Tugendhaftigkeit Hand in Hand. Galante Verhältnisse waren „mit willkürlicher des Herrn Camerarii Straff" bedroht, und der Herr Camerarius wusste, nach Ansehen der Person, die Liederlichkeit wohlhabender Bürger zu einer ergiebigen Einnahmequelle zu machen.

Immerhin war die Corruption nur noch eine Hautkrankheit, aber sie machte sich doch öffentlich breit und man duldete allgemein Dinge, die heutzutage den ärgsten Scandal machen würden. Smidt, der siebenzig Jahre zurückblicken konnte, hat oft — auch hierin von anderen alten Leuten verschieden — ausgesprochen: „Die Zeiten sind unendlich besser geworden." Als er ein Jüngling war, fand man Sittenreinheit fast nur im Gesellschaft der Beschränktheit, freiere Bildung fast nur mit dem Laster gepaart. Fast — denn dass es ausser ihm noch andere ruhmvolle Ausnahmen gab, soll nicht geleugnet werden. Aber heute sind die Ausnahmen auf der anderen Seite.

So im Innern bestellt, sollte die Stadt dem Weltsturme die Spitze bieten, welcher von den Ufern der Seine her über Europa hinzubrausen begann und der binnen eines Jahrzehntes Hunderte von kleinen Souveränitäten, tausendjährige politische Existenzen vernichten sollte. Welche Aussicht hatte Bremen dieses Unwetter zu überdauern, in denen — um Anderer zu geschweigen — so manche alte Republik, Venedig, Nürnberg, Augsburg widerstandslos untergingen? Welchen Anspruch hatte es auf ein besseres Schicksal?

Der Anspruch bestand darin, dass in Bremen in der elften Stunde die Kraft zu einer inneren Regeneration, dass eine

patriotische, gebildete, thatkräftige Minorität, eine aufstrebende Jugend vorhanden war, und dass diese Minorität, diese Jugend das Heft in die Hand bekam, ehe es zu spät war. Smidt's Eintritt in den Rath bezeichnet diesen Umschwung. Die neue Zeit, ausserhalb des Rathhauses bereits auf einzelnen Kanzeln, auf einzelnen Lehrstühlen, in einzelnen Druckschriften vorbereitet, gewann damit ein officielles Organ und glücklicher Weise ein Organ von ausnehmender Tüchtigkeit. An ihn schlossen sich bald nicht allein alle jüngeren Kräfte, sondern — wie rühmend anerkannt werden muss — auch mancher von den einsichtsvolleren älteren Herren an, ohne deren selbstverleugnende Unterstützung Smidt nicht so rasch zur Entfaltung seiner Talente hätte gelangen können. Denn es war auf dem Rathhause sonst Sitte, dass die Alten regierten und die Jungen schwiegen. Die Noth und Gefahr der Zeit löste den letzteren die Zunge.

Gefahr und Noth waren auch arg genug. Schon seit 1792 hatte sie die Einsetzung einer Art von Dictatur zur Folge gehabt. Rath und Bürgerschaft setzten eine „geheime Deputation" nieder, welche nicht allein mit unbeschränkter Machtvollkommenheit nach aussen verhandelte und Verträge abschloss, sondern auch Gelder aufnahm und verausgabte, ohne dafür Rechenschaft schuldig zu sein. Diese Deputation hatte sich bisher wesentlich in der Defensive gehalten, sich mit fremden Kriegsvölkern moglichst glimpflich abzufinden, die Einquartirungen, Feldfuhren und ähnliche Unbequemlichkeiten einer wildbewegten Zeit zu organisiren und namentlich Geld und wieder Geld für die gesteigerten Ausgaben anzuschaffen gesucht. Mit dem neuen Jahrhundert gestalteten die Dinge sich gefahrdrohender. Das Pumpen im leckgewordenen Schiffe genügte nicht länger; der Cours musste geändert worden, wollte man nicht von den hochgehenden Wellen verschlungen werden.

Der Gedanke, das stadtbremische Gebiet von den zahlreichen Enclaven und Hoheitsrechten zu befreien, welche sich noch im Besitze Kurhannovers als Erben des ehemaligen Erzstiftes Bremen befanden, ist nicht Smidt unmittelbar zuzuschreiben. Er lag nahe genug, um auch in anderen Köpfen zu entstehen. Der Wunsch, Herr im eigenen Hause zu sein, musste

von selbst sich immer mehr steigern, da dies Hineinragen einer fremden Autorität in das Herz der Stadt nicht anders als eine unversiegliche Quelle von Belastigungen, Nachtheilen und Reibungen sein konnte. Wie bedrohlich musste nicht in solchen Zeiten die Aussicht auf völlige Mediatisirung erscheinen, wenn man den tonangebenden Mächten darstellen konnte, wie Hannover bereits die Dörfer Hastedt, Schwachhausen, einen Theil der Vorstadt und in der Stadt selbst den Dom mit seinen Anhängseln und viele andere Grundstücke sein eigen nenne. Schon 1797 regte sich daher die Idee, die hannoverschen Enclaven für die Stadt zu erwerben, aber erst 1801 kamen die Unterhandlungen in vollen Gang. Dr. Horn, ein geborner Braunschweiger und Smidt's Universitätsfreund, war bei denselben auswärts als bremischer Agent thätig, — derselbe, der 1802, obwohl Ausländer und Lutheraner, in den Rath gewählt ward. Dr. Gondela, gleichfalls ein vertrauter Freund Smidt's, leitete von Bremen aus die Correspondenz. Er selbst nahm an dem Allen unmittelbar den bedeutendsten Antheil. Mitten in einer entmuthigten, von Finanznoth und Kriegsdruck erschöpften Zeit hielt er das Werk in Schwung, welches nicht Erhaltung des Bestehenden, sondern neuen Erwerb bezweckte. Nicht eher konnte Bremen fortzuleben hoffen, als bis es auch geographisch einen geschlossenen, in sich selbständigen Organismus darstellte. Nur wer begehrend auftret, konnte hoffen nicht begehrt zu werden. Mit rastloser Energie ward in Hannover, in Berlin, in Regensburg, in Paris auf das eine Ziel hingearbeitet, und als im Frühjahr 1803 der Reichsdeputationshauptschluss zu Stande kam, welcher fast alle anderen Reichsstädte mediatisirte, ward nicht allein Bremens Selbständigkeit gerettet, sondern es sah auch sein Territorium von allen fremdherrlichen Enclaven und Hoheiten befreit und die vielangefochtene Freiheit der Weserschifffahrt „bis in die salze See" als Reichsrecht anerkannt. Unter Mehreren, welche zu diesem grossen Resultate mitwirkten, verdient neben Smidt besonders ein Mann als um Bremen hochverdient genannt zu werden, Dr. Georg Gröning,*) damals Rathsherr, später

*) S. über seine Thätigkeit in dieser Angelegenheit Bremer Jahrbuch Bd. V. S. 215 ff.

Bürgermeister, welcher damals in Paris, im Haag und in London mitten unter dem Waffenlärm europäischer Kriege mit glänzendem Erfolge unsere Interessen zu vertreten wusste, und der im Bunde mit Smidt, Gondela und Vollmers dem kleinen Staate nach Aussen hin die feste und kluge Haltung gab, welche ihn rettete.

Freilich, menschlichem Ansehen nach, nur auf wenige Jahre. Aber wer möchte bezweifeln, dass wenn diese Rettung 1803 nicht gelungen und nicht bis 1811 behauptet worden wäre, 1813 uns niemals das Gut der Selbständigkeit wiedergebracht haben würde, dessen wir uns erfreuen? In jener Zeit war sie ein Kleinod von sehr zweifelhaftem Werthe, wenigstens für das kurzsichtige Auge des Spiessbürgers. Mit der formellen Auflösung des Reichs im Jahre 1806 ward Bremen ein souveräner Staat, d. h. ein schutzloses, offenes Boot auf einem Ocean des Faustrechts. Von 1803 bis 1810 folgen sich Kriegsplagen aller Art; Franzosen, Engländer, Preussen, Holländer, dazwischen das Freicorps des Helden von Braunschweig, ziehen in bunter Reihe durch die geängstigte Stadt; unaufhörlich muss mit übermüthigen Kriegscommissären, mit habgierigen Generalen verhandelt, bald ein polternder Soldat versöhnt, bald ein geldlüsterner Agent abgefunden, bald gegen diese, bald gegen jene Unbill remonstrirt, confiscirtes Eigenthum zurückgefordert, übertriebene Verpflegungslast abgewehrt, rechts und links vermittelt, gebeten, protestirt werden. Mitten in diesen Unruhen ward das Vertrauen zu der eigenen Lebenskraft nicht aufgegeben; je heftiger es draussen stürmte, desto fester schloss man sich im Innern an einander. In Bremen ward am 29 August 1806 die Annahme fremder Aemter, Titel und Orden den Mitglieder des Rathes unbedingt, den Bürgern ohne besondere Erlaubniss des Rathes verboten und dies Verbot in den Bürgereid aufgenommen, damit alle Intrigue und Bestechung, von welcher die Sterbegeschichte mancher städtischen Freiheit so vielfache Beispiele aufbewahrt, möglichst ausgeschlossen werde. Keiner sollte mehr sein wollen als ein guter Bürger, keiner eine höhere äussere Ehre kennen als die, welche die Vaterstadt ihm bieten konnte. Die Massregel war ganz und gar in Smidt's Geiste gedacht. Es war nicht plebejischer

Neid, sondern ein politischer Gedanke, wenn er es verwerflich fand, dass hanseatische Bürger nach unrepublikanischen Auszeichnungen geizten. Es war ein berechtigter Stolz, wenn er verlangte, dass jedermann in unseren bürgerlichen Verhältnissen seine Befriedigung finden oder aus ihnen ausscheiden solle. Er citirte gern den alten Bremer Spruch, der Jeden gastlich willkommen heisst, „de sik mit us behelpen und unse vreheit bruken will.“ Darum konnte er nicht leiden, wenn der Briefadel sich mit seinem „von“ breit machen oder wenn der Doctortitel als solcher eine besondere Würde im Staatsleben beanspruchen wollte. Bis zu seiner Zeit war der Titel „Senator“ in der Anrede nicht gebräuchlich; die studirten Rathsmitglieder nannten sich Doctor, die unstudirten hiessen einfach Herr. Die nicht senatorischen Doctoren bildeten die erste Kaste der Bevölkerung neben dem Rathe, ja es war bestritten, ob sie nicht eigentlich vornehmer seien als die unpromovirten Rathsherren. Im 17. Jahrhundert hatten langjährige Processe vor dem Reichskammergericht über diese wichtige Frage geschwebt; Doctores juris non Senatores contra Doctores juris Senatores puncto praecedentiae, war der Name mancher voluminosen Acte in Wien, Speier und Wetzlar, und wenn man um das Jahr 1800 auch nicht mehr processirte, so war man doch noch immer eifrig bemüht einen Zollbreit Ehre vor seinen Mitbürgern vorauszuhaben. Smidt meinte, es könne keine höhere Ehre in Bremen geben als die im Rathe der Stadt zu dienen, und wer dieser Ehre theilhaftig sei, der müsse sich genügen lassen den Titel zu führen der diesen Dienst bezeichne, Senator. Nur langsam und nicht ohne manchen heissen „Ritt“ mit älteren Collegen setzte er diese Ansicht durch, die erst seit 1848 volle officielle Geltung gewonnen hat. — Es sind diess Kleinigkeiten, die aber auch ihren symbolischen Sinn haben. Dahin darf man auch rechnen, dass seine Persönlichkeit das Meiste beitrug, um die Schranken gesellschaftlicher Isolirtheit niederzureissen, in welcher sich des Anstandes wegen die Mitglieder des Rathes bewegen mussten. Der Anstand erheischte für sie so viel ceremoniose Ehrerbietung, dass sie kaum mit Anderen als ihren Collegen verkehren konnten; der Anstand verbot ihnen, Clubs und öffentliche Gesellschaften zu besuchen;

der Anstand befahl ihnen, bei Festmahlzeiten keinen anderen als Rheinwein zu trinken, und was dergleichen, heute unglaublich erscheinende Absurditäten mehr waren. Manchen solchen alten Zopf hat Smidt entweder mit scharfer Scheere abgeschnitten oder mit leiser Hand allmählich kahlgerupft.

Noch im Jahre 1806, unmittelbar nach Auflösung des Reichs ward auf Smidt's Veranlassung in Lübeck von den drei Ueberresten des Hansabundes eine hansische Tagsatzung gehalten, auf welcher er Bremen vertrat, und deren Zweck es war ein engeres Zusammenhalten der drei Schwesterstädte in den gefahrvollen Zeiten herbeizuführen, ihre Selbständigkeit zu vertheidigen und für manche durch die Reichsauflösung entstandene Lücke, namentlich in der Rechtspflege, Ersatz zu schaffen. In diesem Kreise, welchem Syndicus Amsinck und Syndicus Sieveking aus Hamburg, Syndicus Curtius aus Lübeck und die mehrgenannten Bremer Freunde theils unmittelbar, theils durch Briefwechsel angehörten, reiften die Ideen hanseatischer Lebensfähigkeit und Solidarität, welche zwar bald genug durch die Einverleibung der Städte in das französische Kaiserreich zum Verstummen verurtheilt wurden, die aber in den grossen Schicksalsjahren 1813—1815 eine frohe und fruchtbare Auferstehung feiern sollten.

Wenn es für den Baumeister die schwerste Prüfung ist, das eben vollendete Gebäude durch einen plötzlichen Blitzstrahl zusammengeschmettert sehen zu müssen, so ist diese bitterste Empfindung Smidt nicht erspart geblieben. Kaum war das seit Jahrhunderten erstrebte Ziel, die Unabhängigkeit Bremens von erzstiftischem Einflusse, durch ein Decennium unermüdlicher Arbeit erreicht, so schien es bereits auf immer wieder den Händen entrissen zu werden. Im Jahre 1810 beschloss der Kaiser Napoleon, „in seiner steten Fürsorge um das Wohl der Hansestädte" denselben das Glück zu Theil werden zu lassen, Glieder seines grossen und glorreichen Reiches zu werden. Mit dem Anfange des Jahres 1811 wurden die kaiserlichen Adler in Bremen aufgerichtet. Der Senat hatte zum letzten Male die Bürgerschaft vor den Rathsstuhl beschieden und forderte sie in bewegten Worten auf, in das Unvermeidliche sich zu fügen, nicht ohne leise Hindeutung auf

die Möglichkeit einer dereinstigen Wiederbefreiung. Dann lieferte er die obrigkeitliche Gewalt mit allen Acten und Cassen in die Hände der Eroberer ab und löste sich selber auf. Die alte Reichsstadt sah sich mit einem Schlage in eine französische Municipalität verwandelt. Bremen wurde Hauptort des Departements der Wesermündung; ein kaiserlicher Präfect schlug sein Hoflager in seinen Mauern auf, ein Maire und ein Stadtrath setzte sich in die Sessel des alten Rathes, französisches Gerichtswesen mit Geschworenen, Greffiers, Procureurs u. s. w. verdrängte die städtische Justiz, ein Heer strenggeschulter Beamten, Douaniers, Gensdarmen, Receveurs, legte das Joch starren bureaukratischen Regiments auf den bequem gewöhnten Nacken seiner Bevölkerung, welches nur patriarchalische Gemüthlichkeit und Ungenirtheit im Staate gekannt hatte. Militärischer Despotismus setzte seinen klirrenden Fuss auf die friedlichen Stätten, wo die reichsstädtische Soldateska so lange in der Erheiterung der Jugend und in der ehelichen Verbindung mit wohlhabenden Köchinnen den schönsten Beruf des Kriegers erkannt hatte, eine zugleich brutale und verschmitzte Polizei vernichtete das Gefühl häuslicher Sicherheit und persönlicher Würde, das Schreckgespenst der Conscription streckte, eine mörderische Charybdis, in regelmässigen Terminen ihren unersättlichen Rachen aus, um den Müttern ihre Söhne zu entreissen. Für behaglich lebende Republiken wie Bremen war der Zustand ein unsäglich quälender; die Bürger mussten etwas von jenem zugeschnürten Gefühle empfinden, das in Goethe's Egmont die flandrischen Gevattersleute ergreift, wenn Alba's geschlossene Cohorten über die Strasse daherstolziren. Die Continentalsperre schnitt alle Verkehrsfäden mit England und Amerika ab, die Weser verödete, und nur auf verborgenen Paschelpfaden ward von Einzelnen ein halsbrechendes Geschäft aufrecht erhalten.

Von den einverleibten Städten ward begehrt, dass sie Deputirte nach Paris schickten, um der kaiserlichen Regierung die erforderliche Auskunft über ihre heimischen Verhältnisse zu geben. Smidt übernahm für Bremen den schweren Weg. Monate lang wurden die Abgeordneten in Paris zurückgehalten, um „Renseignements" für die Minister auszuarbeiten und um

2

den Hofstaat des modernen Imperators anzuschwellen. Es war bei dieser Gelegenheit, wo im Tuilerienhofe eine seltsame Scene vorfiel. Nach schon beendigter Cour trat der Kaiser plötzlich in den Empfangsaal zurück, ging auf Smidt zu, sah ihn einige Augenblicke starr an, und verliess dann, ohne ein Wort zu sagen, das Gemach. Er hatte, wie Cuvier später erzählte, eben einen Bericht Davoust's erhalten, in welchem Smidt als einer der gefährlichsten Menschen (un homme das plus mal-intentionnés) bezeichnet worden war, und hatte diesen Gegner sich einmal ansehen wollen. So standen einige Augenblicke zwei Extreme einander gegenüber, der blendende Glanz eines genialen Egoismus im Kaisermantel und die schlichte Einfachheit einer selbstlosen Bürgertugend. Marschall Davoust bezeichnete den Contrast nicht übel, indem er höhnisch Smidt den „Franklin Bremens" nannte.

Es gereicht der damaligen Zeit zur Ehre, dass nur wenige Personen in Bremen sich fanden, welche mit der Fremdherrschaft sich in eine amtliche Beziehung zu setzen trachteten. Fast alle Mitglieder des Rathes traten in den Privatstand zurück. Smidt, nachdem er die letzten Tage der Freiheit benutzt hatte, um in fast permanenter Arbeit so viel als möglich das öffentliche Gut vor den räuberischen Griffen der Franzosen sicher zu stellen, was in vielen Fällen durch feste Ueberweisung an gemeinnützige Stiftungen gelang, ergriff das Gewerbe eines Notars, um sich und die Seinigen zu ernähren und beschränkte seine öffentliche Wirksamkeit auf eine Theilnahme an der Inspection der öffentlichen Schulen, des einzigen neutralen Gebietes, auf welchem er damals der Vaterstadt zu dienen vermochte, — wenn man nicht dahin rechnen will, dass er hin und wieder eine vertrauliche Mission übernahm, um von höheren Machthabern Abhülfe gegen die Uebergriffe der niederen zu erwirken, oder dass er es nicht ablehnte bei Staatsfeierlichkeiten, wie sie von Zeit zu Zeit zur Verherrlichung des Kaisers befohlen wurden, die Bürger „der guten Stadt Bremen" zu vertreten. So musste er z. B. einmal nach Hamburg an den Hof des Marschalls Davoust, um die Geburt des Königs von Rom zu feiern, — freilich seltsam genug, dass man zu solchen Zwecken eine so missliebige Persönlichkeit ver-

wandte, ein Missgriff, der nur dadurch erklärlich wird, dass die guten Bremer keine Ahnung von der Thätigkeit der geheimen Polizei Napoleons hatten.

Die geheime Polizei machte sich in Deutschland, wie sie gewöhnlich thut, eine überflüssige Mühe. Sie überwachte die Bewegungen einiger Hundert Personen und übersah, dass Millionen nicht anders dachten als jene bevorzugten Wenigen. Smidt hatte die Ehre zu den Verdächtigen zu gehören, obwohl er nichts weniger als ein Verschwörer war. Er war fest überzeugt, dass die napoleonische Herrschaft früher oder später zusammenstürzen müsse, aber er war zu verständig, um diesen Sturz von einem Complotte zu erwarten. Alle seine Wünsche und Hoffnungen concentrirten sich auf Napoleons Fall, aber er geizte nicht nach einem nutzlosen Märtyrthum durch lautes Aussprechen seiner Gedanken. Im engsten Freundeskreise, in der versteckten Sprache chiffrirter Correspondenzen mit auswärtigen Patrioten wurden allerdings Ideen über die Wiedergeburt Deutschlands ausgetauscht, — aber das eigentliche Conspiriren lag den einsichtsvolleren Patrioten fern, weil sie einsahen, dass Napoleon nur durch militärische Kräfte besiegt werden könne. Man bereitete die Geister für den entscheidenden Augenblick vor, und wartete.

Endlich kam dieser Moment. Die Schlacht bei Leipzig war geschlagen, die ersten fliegenden Corps der Alliirten hatten den Abzug der französischen Truppen aus Bremen bewirkt; es kam jetzt darauf an, die wiedergewonnene Freiheit zu benutzen. Von unserer Zeit aus betrachtet mag das eine ziemlich leichte Aufgabe erscheinen. Wenn man sich aber die colossale Autorität selbst des geschlagenen Soldatenkaisers, den völlig aufgelösten Zustand Europas, die Leiden der letzten Jahre vergegenwärtigt, wenn man bedenkt, dass in Hamburg noch immer Davoust mit einem ansehnlichen Truppencorps sich hielt und jeden Augenblick über unsere wehrlosen Gegenden herfallen konnte, so muss man einräumen, dass einer vereinzelten Stadt der Entschluss, sich schon jetzt offen von Frankreich loszusagen, wohl schwer werden konnte. Smidt gehörte zu denen, welche Kühnheit für die grösste Klugheit hielten. Innerlich durchdrungen von dem Glauben, dass Napo-

ihous letzte Stunde geschlagen habe, dass eine Neugestaltung Deutschlands, Europas bevorstehe, sah er ein, dass die Hansestädte, um bei dieser Weltvertheilung der Confiscation zu entgehen, den grossen Machten mit der vollendeten Thatsache ihrer eigenmächtigen Selbstconstituirung entgegentreten mussten. Ohne Jemanden zu fragen, mussten sie keck in die Reihen der souveränen Staaten wieder eintreten, alle Opfer und Gefahren des Kampfes ohne Bedenken mit den Grösseren theilen, ihr Fortleben nicht selbst bezweifeln, sondern alle Anderen durch die That davon überzeugen. Schon am 5. November versammelte, unter dem Einflusse dieser mathigen Politik, der Senat sich wieder, Tags darauf berief er die Bürgerschaft, und beide Corporation proclamirten die Herstellung der bremischen Selbstandigkeit, die unauflösliche Verbindung Bremens mit dem deutschen Vaterlande. Während unter allgemeiner Begeisterung des Volks die befreite Stadt sofort sich anschickte, ihr Truppencontingent zu den allirten Heeren stossen zu lassen, reiste Smidt, von dem Dr. Gildemeister als seinem Secretär begleitet, in das Hauptquartier der Verbundeten ab, stellte sich den Monarchen und Ministern als Bevollmachtigter der freien Hansestadt Bremen vor, veranlasste Lübeck und Hamburg zu gleichem Verfahren und machte so in Gesellschaft Europas den Zug nach Paris mit, unablässig im engsten Verkehr mit den tonangebenden Männern, Stein, Hardenberg, Metternich, sofort im Mittelpunkte der grössesten Welthändel und doch in diesem Mittelpunkte immer wach und ruhrig für die Interessen der Vaterstadt. Als Vertreter eines machtlosen Staates fand er nicht die Schranken der Eifersucht und des Misstrauens, mit denen die Grossen sich gegen einander abschlossen, sein Geist, seine Talente verschafften ihm einen persönlichen Einfluss, der seine officielle Stellung weit überragte, und diesen ganzen Einfluss bot er auf, um in dem zu reorganisirenden Deutschland dem bürgerlichen Elemente des Welthandels eine staatliche Form wiederzugewinnen, mit anderen Worten am den Hansestädten im Bunde eine ebenbürtige Stellung neben den monarchischen Staaten zu sichern. Welche feindliche Ideen dabei zu bekämpfen waren, geht aus seiner im Jahre 1814 geschriebenen Brochure: „Sind die Hansestädte revolutionar?"

am deutlichsten hervor; die Zeit war der Herstellung von Republiken nicht günstig, und es bedurfte aussergewöhnlicher Anstrengungen, um die drei Städte vor dem monarchistischen Fanatismus jener Tage zu bewahren. Je weniger materielles Gewicht die moderne Hansa in die Schalen der Entscheidung zu legen vermochte, um so bedeutsamer war es für sie einen Vorkämpfer zu finden, der es verstand, alle anderweiten Hülfsquellen für den einen Punkt auf den es ankam nutzbar zu machen, der die feinsten Beziehungen der grösseren Staaten zu einander mit unfehlbarem Blicke zu erkennen und aus ihnen Argumente für seine Sache herzuleiten wusste; der den Hansestädten den Titel einer inneren Lebensberechtigung gab und diesen Titel Anderen verständlich machte, der endlich durch seine ausgezeichnete Persönlichkeit den Mächtigsten die Anerkennung einer Gleichheit abnöthigte, welche in diplomatischem Verkehr vielleicht die erste Bedingung des Erfolges ist. Um nur eines Beispiels zu erwähnen, wollen wir einen der vielen geringeren Erfolge Smidt's einregistriren. Die Franzosen hatten in Bremen zu Verwaltungszwecken ein Grundstück angekauft, das 40,000 Thaler werth sein mochte. Der russische General Tettenborn, welcher die französischen Truppen aus Bremen vertrieb, hatte auf dieses Eigenthum lüsterne Blicke geworfen und sich vorgenommen, dasselbe als Belohnung für seinen Weserfeldzug von Kaiser Alexander zu erbitten. Smidt hörte zu Paris von diesem Vorhaben in einer Gesellschaft sprechen. Sogleich fuhr er nach Hause, schrieb ein kurzes Memoire auf, in welchem er das Näherrecht Bremens an das derelinquirte Besitzthum seiner Brandschatzer mit beredten Worten entwickelte, und eilte damit zum Freiherrn von Stein „Excellenz können einer deutschen Stadt einen grossen Dienst erweisen; so und so stehen die Sachen, bringen sie dem russischen Kaiser diese Schrift, eher noch heute Abend, denn morgen früh hat Tettenhorn Audienz.“ Stein that was man verlangte; Alexander las das Memoire, und als Tettenborn am nächsten Tage sollicitirte, hatte der Kaiser die Kriegsbeute bereits der Stadt Bremen zuerkannt, und der General sah sich lediglich auf die Dankbarkeit seines Monarchen angewiesen.

Wie die Restauration die Hansestädte in ihrer Selbstän-

digkeit schonte und hernach als souveräne Mitglieder des deutschen Bundes anerkannte, braucht hier nicht weiter erzählt zu werden; dass dies Ergebniss Smidt vor Allen zu danken sei, wird von allen Seiten bereitwillig zugegeben. Smidt wohnte als bremischer Bevollmächtigter dem Wiener Congresse bei; er unterschrieb die Wiener Congressacte, die deutsche Bundesacte und die Wiener Schlussacte, er trat als Gesandter seiner Vaterstadt in die Bundesversammlung ein und behielt seinen Sitz in derselben von 1816 bis 1857. In die erste Periode seiner Frankfurter Thätigkeit fällt eine der glänzendsten Thaten seines Lebens, die definitive Beseitigung des Elsflether Zolls, welchen zwar schon 1803 der Reichsdeputationsschluss rechtlich aufgehoben, den aber Oldenburg thatsächlich fortbezogen und 1814 sofort wieder hergestellt hatte. Im Mai 1820 sah Smidt seine Anstrengungen, durch den Bundestag diese Belästigung des Handels zu entfernen, mit vollständigem Erfolge gekrönt. So tief empfand man in Bremen die Bedeutung dieses Sieges, dass die Bürgerschaft einen Antrag an den Rath richtete, derselbe wolle den beiden Männern, welche vorzugsweise zur glücklichen Erreichung eines seit 200 Jahren angestrebten Zieles beigetragen hatten, Smidt und Georg Gröning, den Dank der Vaterstadt aussprechen. Diese seltene Ehrenbezeugung traf Smidt in Frankfurt fast gleichzeitig mit der Nachricht, dass der Rath ihn — am 26. April 1821 — zum Bürgermeister erwählt habe.

Mit diesem Zeitpunkte begann seine Thätigkeit, welche bis dahin zwar die hauslichen Angelegenheiten Bremens nie aus den Augen verloren hatte, aber doch vorzugsweise durch die hohe Politik gefesselt worden war, sich wieder unmittelbar den städtischen Verhältnissen zuzuwenden.

Die Herstellung der bremischen Selbständigkeit war zunächst eine unbedingte Restauration der zum Theil überlebten alten Zustände gewesen; also in manchen Dingen eine wirkliche Reaction. Die Reformen im Gerichtswesen, in den bäuerlichen Verhältnissen, in Gewerbesachen, welche die Eroberer — freilich mit ziemlich roher Hand — bewirkt hatten, wurden ohne Umstände wieder vernichtet; die Juden wurden wieder ausgetrieben; das Staatsrecht des 15. und 14 Jahrhunderts gelangte von

neuem zur Geltung. Aber der erneuerte Rath verschloss sich nicht der Einsicht, dass die veränderte Zeit nach anderen Formen verlange, und Smidt am wenigsten war geneigt, die für ein kräftiges Regiment sehr hemmenden Einrichtungen der reichsstädtischen Periode festzuhalten. Die kirchlichen Verhältnisse wurden auf dem Fusse der gleichen Berechtigung der beiden Hauptconfessionen, aber mit strengem Festhalten der staatlichen Souveränität, geordnet; das höhere Schulwesen erhielt eine neue rationellere Organisation, die in den Hauptsachen fortbesteht, in einigen Punkten aber allerdings — namentlich in der Schöpfung einer eigenen sogenannten Handelsschule — den ursprünglichen Gedanken zu verwirklichen nicht im Stande gewesen ist; die ganze Finanzverwaltung ward in einer einzigen Behörde, der Finanzdeputation, concentrirt und einer unsäglichen Verwirrung und Zersplitterung entrissen; die Civilstandssachen wurden nach französischem Muster der Kirche entzogen und dem Staate vindicirt, die Wehrpflicht der Bürger ward ausgesprochen und eine Bürgerwehr organisirt. Andere Reformen fallen wenigstens ihren Anfängen nach in jene Restaurationsperiode. So die neue Gerichtsordnung, welche nicht ohne Glück die Justiz den Senatoren beliess und dem Senate als solchem entzog, die Errichtung eines den vier freien Städten gemeinsamen Oberappellationsgerichts, die Hypothekenordnung. Ueber andere Gebiete freilich ging der Pflug der Verbesserung nur oberflächlich hinweg; die den Bauern bewilligte Ablösungsordnung war die Frucht einer streng privatrechtlichen Auffassung, doch kam die Aufhebung des alten Statuts, wonach nur Bürger Grundeigenthum erwerben konnten, den Landleuten sehr zu Gute. Die Monopole und Vorrechte der Zünfte, die schädlichsten von allen, blieben gänzlich unangetastet, und dem Volksschulwesen wandte nur eine flüchtige Aufmerksamkeit sich zu. Es lag eben nicht in der Richtung jener Zeit sich eingehend mit den sittlichen und socialen Interessen der mittleren und unteren Schichten zu beschäftigen.

An mehreren der oben angedeuteten Umwandlungen nahm Smidt natürlich nur einen äusserlichen oder allgemein wohl-

wollenden Antheil, wie denn namentlich Justiz- und Finanzsachen ihm fern lagen. An den Schul- und Kirchensachen dagegen war sein Interesse das lebendigste, und in letzterer Beziehung beschäftigte ihn namentlich der Gedanke, das exclusive Lutherthum, welches noch nicht ganz seine der Stadt feindlichen erzstiftischen Traditionen überwunden hatte und noch immer eine Art Staat im Staate bildete, und das exclusive Reformirtenthum in eine höhere Einheit aufgehen zu lassen. Unter seinen Auspicien wurden lutherische Predigtämter neben den reformirten an mehreren Pfarrkirchen creirt, gleichsam als Gegengewicht gegen den Dom, wurden in Vegesack und im Dorfe Horn unirte Gemeinden begründet. Der Plan, die beiden getrennten Waisenhäuser der beiden Confessionen zu verschmelzen, ward auch bereits angeregt, scheiterte aber theils an alten Vorurtheilen, theils an rechtlichen Bedenken.

Zu allen diesen kamen endlich wichtige politische Neuerungen.

Die neue Zeit hatte Bremen aus einem städtischen Reichsstande in einen städtischen Staat verwandelt, der seine Stelle in der Reihe mächtigerer Gemeinwesen mit eigenen Kräften, ohne Rückhalt an den Traditionen und Rechtsverhältnissen des Reichs, zu behaupten hatte. Um das zu können, bedurfte er einer einheitlichen und consequenten Leitung, welche die alten Verfassungsformen wenn nicht unmöglich, doch sehr schwierig machten. Es war in Bremen wie in manchen feudalen Monarchien; wie dort die Krone, so war hier der Rath dem Namen nach ziemlich alleiniger Inhaber der Gewalt, aber die Ausübung vertheilte sich über verschiedene untergeordnete Departements, die selbstständig für sich wirthschafteten. Der Rath selbst war in vier Quartiere getheilt, von denen je eines immer ein halb Jahr zur Regierung gelangte, und nur gewisse Geschäfte wurden von dem Plenum erledigt. Den vier Quartieren entsprachen die vier Kirchspiele der Bürgerschaft, welche abgesondert tagten und curienweise stimmten. Die auswärtigen Angelegenheiten lagen vorzugsweise in den Händen der Syndici, Beamten des Rathes, welcher seinerseits sich wenig um die Externa kümmerte. Der Rath selbst befand sich, wie schon

erwähnt, sowohl politisch, da er sich immer selbst ergänzte, als auch gesellschaftlich in einer bedenklichen Isolirung von der übrigen Bevölkerung.

Schon 1814 fasste man diese Uebelstände ernstlich ins Auge. Die Vereinigung der Kirchspiele zu einem einzigen Bürgerconvente ging von der Reformpartei der Bürgerschaft selbst, namentlich von den jungen Doctoren aus, und zog bald einen weiteren Fortschritt, die Ausdehnung des bisher von der Altstadt allein behaupteten Monopols politischer Berechtigung auf die Neustadt, nach sich. Rath und Bürgerschaft vereinigten sich 1816 über ein neues Wahlstatut für die Ergänzung des Raths. Letzterer gab die Cooptation auf, und die Bürgerschaft willigte dafür in eine Milderung der in zu naher Verwandtschaft begründeten Wahlverbote. Nur Blutsverwandtschaft ersten Grades schloss auch hinfort unbedingt vom Rathe aus, Verschwagerung und Vetterschaft erschwerten die Wählbarkeit, machten sie aber nicht unmöglich. Schwieriger war es im Schosse des Senats selbst die althergebrachte Zersplitterung der Regierungsgewalt zu beseitigen; Vieles liess sich nur durch allmähliche Gewöhnung, Weniges durch Decreten erreichen. Inzwischen ward das Ziel, den Senat zu einer einheitlichen und wirksamen Regierungsgewalt zu machen, unverrückt im Auge behalten. Die Plenarversammlungen wurden das Organ für die Besorgung aller dem Rathe zustehenden Geschäfte; der „sitzende Rath" ward in ein nur den Justizsachen gewidmetes „Obergericht" verwandelt; die auswärtigen Angelegenheiten machte man dem weiteren Kreise zugänglich durch Anordnung der sog. „Börsenversammlungen", zu denen jeder Rathsherr Zutritt hatte und wo die eingegangenen Schreiben verlesen und besprochen wurden. Smidt's erstes Präsidium ward durch eine Neuerung in der nämlichen Richtung bezeichnet: auf seinen Antrag, wenn auch nicht ohne lebhaften Widerspruch der älteren Elemente, entkleidete der Senat das Institut der Syndici seiner bisherigen Bedeutung und creirte an seine Stelle eine „Commission für die auswärtigen Angelegenheiten", deren Chef nun — unabhängig vom Wechsel des Präsidium — Smidt ward und blieb, während die Syndici die Stelle von Hülfsarbeitern und Secretären des Senats einnahmen. Auch ausserlich ent-

kleidete man sich des reichsstädtischen Wesens. Der alte Ausdruck „Wir Bürgermeister und Rath“ machte dem modernen „Senat“ Platz, der Rangvorzug der Doctoren ward abgeschafft, die Titulaturen in öffentlichen Actenstücken, durch die man sonst mit scrupulöser Genauigkeit Bürger vornehmen und geringen Standes unterschied, machten einer allgemeinen titellosen Gleichheit Aller Platz, nach Innen wie nach Aussen ward darauf geachtet, dass der Ehre und Würde des Staates nichts vergeben werde, der, wenn auch einer der kleinsten, doch in seiner Selbstandigkeit ein ebenso hohes Gut zu wahren hatte wie irgend ein anderer. War es doch keine willkürliche Laune, kein dynastischer Egoismus, wesshalb er an diesem Gute festhielt, sondern das Bewusstsein, seiner zu der Erfüllung einer würdigen nationalen Aufgabe zu bedürfen.

Was das Verhältniss zwischen Senat und Bürgerschaft anlangt, so kam man in jenen Tagen im Wesentlichen über den Boden des Herkommens nicht hinaus. In einzelnen Materien ward allerdings das Verfassungsrecht auch formell ausgebildet, namentlich in der wichtigsten, dem Finanzwesen, über welches die Bürgerschaft eine vollständige Controle gewann, so dass auch die Einkünfte des Raths in Staatseinnahmen verwandelt wurden und an ihre Stelle eine legislative Vereinbarung über die Gehalte der Rathsmitglieder trat. Aber die Arbeiten einer schon 1814 niedergesetzten Verfassungsdeputation gelangten im Ganzen nicht über das Stadium des Entwurfs hinaus, so dass zwar im Einzelnen ein Fortschritt in liberaler Richtung erkennbar war, eine eigentliche Verfassungsänderung aber unterblieb. Das Ergebniss erklärt sich theils aus allgemeinen Verhältnissen, theils aus persönlichen Einwirkungen.

Die allgemeinen Verhältnisse übten nicht jenen Zwang und Druck aus, ohne welchen — so scheint es — Verfassungsänderungen nun einmal schwer gelingen. Die öffentliche Meinung fiel bald nach der nationalen Erhebung in eine gewisse Gleichgültigkeit gegen politische Fragen, deren Lösung so manche Illusionen zerstört hatte, die zahlreichste Klasse der Bevölkerung hatte ohnehin wenig Empfänglichkeit für Interessen, die fast nur die literarisch Gebildeten, und auch diese meisten-

theils nur oberflächlich, zu würdigen wussten, wesentliche materielle Beschwerden, welche eine Abhülfe laut gefordert hätten, waren wenigstens in Bremen nicht vorhanden, oder da wo sie sich zeigen mochten, im Landgebiet, fehlte es doch gänzlich an einer Intelligenz, welche sich zu dem Gedanken aufschwingen konnte durch politische Mittel ein Besserwerden anzustreben.

Dazu kam denn, dass im Senate selbst die leitenden Männer einer politischen Reformation an Haupt und Gliedern keineswegs Vorschub leisteten, vielmehr einer solchen entschieden abhold waren. Ohne sie von traditionellem Corporationsgeiste durchaus freisprechen zu wollen, müssen wir doch, um gerecht zu sein, einräumen, dass die Besseren und Einsichtigeren unter ihnen durch würdigere und rationellere Motive bestimmt wurden, den Einfluss des Senats möglichst ungeschmälert zu erhalten. Smidt vor Allen folgte in diesem seinem Bestreben der Ueberzeugung, dass die Concentrirung aller Action im Staate in einer wirklich regierenden Behörde die Grundbedingung der bremischen Selbständigkeit und Wohlfahrt sei. Nur eine systematische Leitung, wie sie allein engeren Kreisen möglich ist, schien ihm fähig das inmitten verschiedenartiger Staaten so exceptionell dastehende Gemeinwesen vor dem Zerfalle und dem Verkümmern zu bewahren. Er verkannte nicht, dass auch ausserhalb des Senats Bildung, Einsicht und guter Wille vorhanden sei, aber er war nicht ebenso sicher diesen guten Elementen dort jederzeit die Oberhand verschaffen zu können. Er fürchtete die Bornirtheit, die Leidenschaft, den Egoismus, welche in weiteren Kreisen leichter zu schaden vermögen. Er besorgte, dass der Senat selbst, wenn nicht unablässig an seine Stellung als Regierung sich erinnernd, durch allmähliches Einschleichen gevatterschaftlicher Gewöhnungen nach und nach seine Energie einbüssen und die Leitung in die Hände eines vielgeschäftigen, verantwortungslosen Dilettantismus übergehen lassen könne. Je mehr er durchdrungen war von dem Bewusstsein, dass sein Gedanke derjenige des allgemeinen Wohls sei, desto ungeduldiger machten ihn Versuche diesen Gedanken zu kreuzen, Gelüste der Unberufenen an dem Regiment Theil zu nehmen, und desto argwohnischer erblickte er in manchmal harmlosen Dingen Atten-

tate gegen das, was ihm das Fundament der Republik war. Seine, nicht selten heftige Abweisung der Ansprüche des Collegium Seniorum, wie seine Opposition gegen die der Julirevolution folgenden liberalen Tendenzen der Bürgerschaft sind auf diesen Gesichtspunkt zurückzuführen. Dass in einem Staate wie Bremen alle wichtigen Angelegenheiten auf die Dauer einer nicht allein formellen, sondern auch moralischen Uebereinstimmung zwischen dem Senate und dem wahren Kern der Bevölkerung zu ihrer gedeihlichen Erledigung bedürfen, diese so sehr auf der Hand liegende Thatsache ward von Smidt in vollem Umfange anerkannt; die Autorität des Senats war ihm im Wesentlichen nichts anderes als ein Ergebniss dieses politischen Faktums, welches gewissermassen das ungeschriebene Grundgesetz der Republik bildet. Allein die Beurtheilung der Linie, auf welcher jene moralische Uebereinstimmung zwischen dem Senate und der Bevölkerung — nicht etwa in jedem Augenblicke oder in jedem einzelnen Stadium eines Geschaftes — sondern im grossen Durchschnitte, in dem Hauptresultate, zu finden sei, — diese Beurtheilung nahm er gern ausschliesslich für den Senat, gern für sich selber in Anspruch. Den Senat, sich selber hielt er zu jenem Urtheile am fähigsten, am unabhangigsten von Nebenrücksichten und wechselnden Tageslaunen, und deshalb, in diesem Gefühle dem Staate am besten dienen zu können, wollte er ungern undisciplinirte Einflüsse allzuviel Geltung gewinnen lassen, ungern namentlich ihnen die letzte Entscheidung einräumen. Es ist wahr, dass er, wie alle hervorragenden Menschen, gern persönlich regierte und die Zügel in der eigenen Hand hatte, allein man kann nicht sagen, dass er das Vielregieren liebte. Er wollte nur da regieren, wo Regieren im öffentlichen Interesse ihm erforderlich schien, Dinge die sich selbständig entwickeln konnten, überliess er ohne Selbstüberwindung ihrem eigenen Gange. Handel und Gewerbe haben sich nie über seine Bevormundungssucht zu beschweren gehabt. Sachen, welche er nicht genau verstand, suchte er nie seiner Leitung zu unterwerfen, oder wenn es einzeln doch geschah, so war es immer irgend ein höheres Interesse, um dessen willen er sich auf fremdes Gebiet wagte.

Nicht mit Unrecht ist gegen Smidt häufig der Vorwurf

erhoben worden, dass er die politische Form zu gering achte. Es ist dieses ein Tadel, welchem fast alle bahnbrechenden und schöpferischen Staatsmänner ausgesetzt gewesen sind. Es ist ein Tadel, — denn auch die Form hat ihr Recht, und kein Recht sollte je verletzt werden. Es ist in menschlichen Dingen oft ebenso wichtig w i e etwas zu Stande kommt als w a s zu Stande kommt. Mit dem W i e nahm es nun Smidt allerdings niemals in der Weise zu leicht, dass er sich über die Schranken des allgemeinen Sittengesetzes erhaben geglaubt hätte; er war, wenn auch vorsichtig, verschwiegen, berechnend, doch frei von allen den kleinen und grossen Gebrechen, die man sich gewöhnlich als unzertrennlich von diplomatischem Talente denkt. Er machte aus seinen politischen und religiösen Ansichten nie ein Hehl und er ging, um sie zu vertreten, eher zu gerade und rücksichtslos als zu versteckt zu Werke. Am liebsten schritt er rasch und entschlossen auf das Ziel los, welches er erreichen wollte; ja es war eine seiner Eigenthümlichkeiten, dass er oft das Ziel schon in prägnanter Formulirung hingestellt hatte, ehe der dazu führende Weg ihm klar geworden war. Dies muss geschehen, hiess es häufig: das Wie ergab sich stets auf die eine oder die andere Weise und immer unter der Anschauung, dass das Ziel die Hauptsache sei. Wurden dagegen formelle Bedenken erhoben, zeigten sich Schwierigkeiten von ganz äusserlicher Natur, so brach die Ungeduld aus über Schranken, welche Anspruch darauf machen wollten einer bedeutenden Subjectivität, einem seiner Uneigennützigkeit und Intelligenz sich bewussten Streben Fesseln anzulegen. In dieser subjectiven, aber freilich durch lauterste Motive gemilderten Einseitigkeit hasste er die Einengungen, welche constitutionelle Formen seinem Wirken zu bereiten drohten, suchte er die Grenzen der staatlichen Competenzen vage zu halten, eiferte er gegen das „doctrinäre“ Hervorheben des formalen Rechts, und gerieth er in Aufregung über unbequeme Oppositionen, mochten sie nun von berufenen Organen oder von der Presse ausgehen. Er war, was namentlich die Presse angeht, nichts weniger als ein Verächter des von ihr geübten Einflusses auf die öffentliche Meinung, aber er empfand jede Störung, welche sie seinem Schaffen bereitete, mit lebhafter Gereiztheit. Dem

Versuche, der bremischen Presse durch die Begründung der „Weser-Zeitung" einen höheren Aufschwung und den hanseatischen Ideen einen Leserkreis in Deutschland zu schaffen, widmete er seine volle Theilnahme, aber er konnte es nicht verwinden, dass diese vaterstädtische Presse in der deutschen Politik selbständige und von seinen Ansichten abweichende Bahnen verfolgte. Sein freundschaftliches Verhältniss zu dem ausgezeichneten, uns zu früh durch den Tod entrissenen Begründers jenes Blattes, Dr. Thomas Arens, scheiterte an einer Nuance, welche im Jahre 1848 Beider Auffassung hinsichtlich der Souveränität der deutschen Einzelstaaten trennte. Eben weil er die Macht des Wortes hoch anschlug, hätte er gern diese Waffe seinen Ideen dienstbar gesehen, — was freilich eine Unmöglichkeit war, da nur das unabhängige Wort mächtig ist.

Ebenso wie der Presse verhielt er sich gegenüber den allgemeinen freiheitlichen Tendenzen unserer Zeit. Wo sie nicht mit seiner persönlichen Wirksamkeit in Conflikt geriethen, würdigte er sie mit der Unbefangenheit eines von warmer Menschenliebe beseelten und eines gebildeten Staatsmannes. Ohne unbedingt das Programm der liberalen Schule zu adoptiren, gehörten doch seine Sympathien unbedingt demjenigen an, was wir der Kürze wegen als den dauernden und edlen Kern des Liberalismus bezeichnen dürfen. Durch und durch bürgerlich, im besten Sinne des Worts, schenkte er die wärmste Theilnahme allen denjenigen Bestrebungen, welche in vernünftiger Weise der grossen leitenden Idee unseres Zeitalters, dem Aufbau des Staates der Wohlfahrt Aller, gewidmet sind, sah er mit Sorge und Bangen den dieser Idee feindlichen Zeitströmungen zu.

Aber es war, als ob innerhalb der engen Grenzen seiner Vaterstadt der Umfang seiner eigenen persönlichen Bedeutung ihn hindere, das Ringen nach Selbständigkeit und Einfluss, welches auch dort naturgemäss sich immer weiterer Kreise bemächtigen musste, genauer ins Auge zu fassen. Wie im 2., so im 4. Decennium des Jahrhunderts, nach der Julirevolution, ging seine Bemühung mehr darauf hin, jenes Streben fruchtlos als es fruchtbar zu machen. Es ist bekannt, wie in

den dreissiger Jahren, unter dem Einflusse der Pariser Ereignisse, in Bremen die Verfassungsreform von neuem angeregt und wie sie alsbald, unter Smidt's Einflusse, durch die Auferlegung einer beschworenen Verschwiegenheit, zur Resultatlosigkeit verdammt wurde Heutzutage sind wir im Stande, die Motive dieses conservativen Manövers ohne Ungerechtigkeit zu beurtheilen, aber dass dasselbe damals viele Gemüther erbitterte, können wir auch jetzt nur natürlich finden, wenngleich die Sache selbst mit Beachtung aller legalen Formen betrieben ward Manche Frucht, welche 1848 giftig reifte, hat damals zuerst gekeimt

Die Gründung Bremerhavens, einer von den unvergänglichen Glanzpunkten in Smidt's Leben, ist so allgemein in ihren wohlthätigen Folgen anerkannt worden, dass wir ihr hier keine ausführliche Darstellung zu widmen brauchen Mit diesem Werke beginnt eine neue Aera nicht allein für Bremen, sondern für den Handel und die Schiffahrt der ganzen Weser, deren Früchte die anderen Uferstaaten der Weser mit uns theilen und in noch reicherem Masse theilen werden, je mehr die durch den Staatsvertrag vom 11 Januar 1827 anerkannte Idee, dass das Handelsgebiet der Weser einen untrennbaren Organismus bildet, dies Vermächtniss der hannoverschen und bremischen Staatsmänner von 1827, Geltung und praktische Verwirklichung findet.

Im Jahre 1817 beschränkte der Seehandel Bremens sich auf die europäischen Gewässer und auf die Vereinigten Staaten und Westindien; in ganz Amerika hatten wir nur einen Consul, in der Stadt Newyork. Seit jenen Tagen hat sich, gefördert von einer klugen Staatspolitik, der Handel der Stadt, der Ausdehnung nach, über den ganzen Erdball verbreitet, der Bedeutung nach vervierfacht Vor 40 Jahren waren Unternehmungen nach und von Amerika aus das Monopol einzelner grosser Hauser; jetzt sind sie so alltäglich, dass Niemand mehr von ihnen redet Indien, China, Australien, Südamerika, die Staaten der Westküste sind in das Gebiet unseres regelmässigen Verkehrs hineingezogen, das Bedürfniss hat uns in den Vereinigten Staaten allein mehr Consulate geschaffen als wir 1817 in der ganzen Welt hatten Vor 40 Jahren be-

wunderten die Bremer die einzelnen Schiffe von mehr als 300 Last, welche kühne Rheder zu bauen gewagt hatten, am Todestage Smidt's lagen drei transatlantische Dampfschiffe nebeneinander auf der Rhede von Bremerhaven.

Welchen Antheil hat die Politik an diesem Resultate? Den dass sie dem Fortschritte der Privatunternehmung immer um etwas vorsus war. Sie schloss, der Zukunft vertrauend, von 1817 an eine Reihe von Handelsverträgen mit fast allen seefahrenden Nationen, in denen die Bremer Flagge Gleichberechtigung mit den meistbegünstigten gewann und in denen der Solidarität des hanseatischen und des deutschen Handels durchgängig volle Anerkennung gesichert ward. Solche Verträge kamen zu Stande mit den Niederlanden, mit Norwegen, mit den Vereinigten Staaten, mit Grossbritannien, mit Brasilien, mit Mexico u. s. w., und gleichzeitig ward durch Abschaffung des Elsflether Zolls, durch Abschluss der Weserschiffahrtsakte, durch die Beseitigung mittelalterlicher Stapelrechte und Handelsabgaben in Bremen selbst, namentlich aber durch Bremerhavens Gründung die Weser zu einer des Welthandels würdigen Verkehrsstrasse umgeschaffen.

Mitten in diesen Erfolgen drohte dem bremischen Handel eine ernste Gefahr aus dem Innern des Vaterlandes her. Preussen hatte im Jahre 1828 einen Zollvereinsvertrag mit dem Grossherzogthum Hessen geschlossen, und ging darauf aus den Handelsweg von Bremen nach dem Süden Deutschlands durch ein quer durchstreckendes Mautgebiet abzuschneiden. Um diesen Schlag abzuwenden, war Smidt bemüht die übrigen, zwischen Rheinland und den östlichen Provinzen Preussens liegenden und einige andere kleinere Staaten zu einer Gegenliga zu vereinigen, welche ihren Genossen den freien Waarendurchzug verbürge. In den Jahren 1828 und 1829 ward in Kassel eifrig verhandelt und dann der sogenannte „mitteldeutsche Verein", abgeschlossen, welchem Bremen beitrat. Diese Schöpfung ging allerdings nach kurzer Zeit in dem preussischen Zollverein auf, aber der letztere musste doch, um die mitteldeutschen Staaten zu gewinnen, seine für den bremischen Waarenzug gefahrdrohende Abschliessungstendenz aufgeben. Die Freiheit des Binnenverkehrs war wenigstens gesichert

worden. Der „mitteldeutsche Verein" hat manche bittere Kritik über sich ergehen lassen müssen, man hat ihn als ein Werk des engherzigen Particularismus brandmarken wollen, aber diejenigen, welche so hart urtheilen, vergessen, dass dieses Werk ein Act der Nothwehr gegen einen anderen Particularismus war, welchen heutzutage wohl kaum der eifrigste Anhänger des Zollvereins mehr zu vertheidigen wagen würde. Für Smidt persönlich hatten diese Verhandlungen die Folge einer originellen Ehrenauszeichnung. Wie Blücher von der Hochschule Oxford, so ward er von der Universität Jena honoris causa zum Doctor der Rechte erhoben, und in dem Diplom auf seine Verdienste um das moderne Staatsrecht hingewiesen, welche er bei Gelegenheit der Elsflether Verhandlungen sich durch eine scharfsinnige und glänzende Entwicklung der rechtlichen Natur der Flussstrassen erworben habe. Es war dies ein artiger Ersatz für die sonst bei Vertragsabschlüssen üblichen Ordensverleihungen, die dem bremischen Bürgermeister gegenüber unmöglich waren.

Die Bedeutung des Zollvereins trat inzwischen mit jedem Jahre den Hansestädten näher. Eine gefährliche Agitation, welche von den nach Schutzzöllen strebenden industriellen Kreisen namentlich Süddeutschlands ausging, drohte den Verein in eine unnatürliche Politik der Feindschaft hineinzudrängen und die Häfen Hollands, Belgiens und Frankreichs mit ungerechten Bevorzugungen auszustatten. Die Schriftsteller und die Journale der Schutzzöllner schleuderten die ungereimtesten Anschuldigungen gegen Hamburg und Bremen, welche als „Factoreien Englands", als „Barbaresken", als „Räuber des nationalen Gutes" verschrieen wurden. Man verlangte stürmisch dass die Städte, obwohl dies geographisch unmöglich war, dem Zollverein einverleibt und der sogenannten „nationalen", d. h. der schutzzöllnerischen Handelspolitik dienstbar gemacht würden. Obwohl ein unmittelbarer Erfolg dieser Hetzereien nicht zu besorgen stand, so lange Hannover dem Zollverein fremd blieb, so liess sich doch nicht verkennen, dass die öffentliche Meinung im Binnenlande in jenem feindseligen Sinne täglich mehr bearbeitet ward, und es musste sich an diese Beobachtung die Sorge knüpfen, es werde eine dauernde Gereiztheit gegen die

Städte einwurzeln und, wenn einmal früher oder später Hannover in den Zollverein eintrete, dieser das hansische Element der freien Verkehrsbewegung in rücksichtslosem und unverständigem Eifer zu vernichten suchen.

Bremen und Hamburg verhielten sich dieser Gefahr gegenüber sehr verschieden In Hamburg glaubte man, gestutzt auf sein gutes Gewissen und auf seine bessere Einsicht die ganze Bewegung ignoriren zu dürfen, und liess sich nur gelegentlich herbei die Argumente der Gegner durch eine scharfe Polemik ad absurdum zu führen. Leider ward die Hamburger Polemik im Inlande wenig gelesen und die „nationalen“ Schreier behielten bei ihrem Publikum immer Recht. In Bremen versuchte man einen Compromiss mit den Nationalen anzubahnen, indem man die Anschlussfrage als zur Zeit praktisch gleichgültig auf sich beruhen liess, und dafür die Idee anregte einen Handels- und Schifffahrtsbund aller deutschen Staaten zu gründen, welcher gemeinsam Handelsverträge abschliessen, Consuln anstellen und namentlich feindliche Tarife durch gemeinsame Vergeltungsmassregeln bekämpfen sollte Diese Idee, aus einem Kreise von geistvollen kaufmännischen Freunden Smidt's hervorgegangen, ward von letzterem begierig aufgenommen, in mehreren Promemorien den deutschen Regierungen vorgelegt, in weiteren Kreisen durch die im Jahre 1844 begründete „Weser-Zeitung“ mit glänzendem Talente, nicht bloss gelegentlich, sondern taglich, vertreten Gegenwärtig gehört sie der Vergangenheit und der Geschichte an, und sie muss mit geschichtlichem, nicht mit nationalökonomischem Masse gemessen werden Den Cardinalpunkt des Gedankens, die Anwendung des zweischneidigen Schwerts der Differenzialzölle, wurde heute kein aufgeklärter Staatsmann mehr adoptiren wollen, aber der Historiker wird in Rechnung ziehen, dass zwischen damals und heute eine unermessliche Kluft praktischer und theoretischer Entwicklung auf dem handelspolitischen Gebiete liegt Der Handels- und Schifffahrtsbund der vierziger Jahre war, wie sehr man auch seine Principien bedenklich finden mochte, ein Mittel der Verständigung zwischen den hansischen Interessen und dem antihansischen Fanatismus. Und als solches, als ein politisches Expediens fasste Smidt ihn vornehmlich auf. Die Erörterung des Projectes schuf eine

Operationsbasis, versohnte die Gemüther, gewann Sympathien, machte die öffentliche Meinung empfänglich für eine Widerlegung der crassesten Verleumdungen einseitiger Zeloten Dem eigentlichen principiellen Kampfe blieb er fremd Eine wissenschaftliche Ergründung der ökonomischen Gesetze fehlte ihm, wie er häufig mit lebhaftem Bedauern eingestand; die Morgenrothe der wirthschaftlichen Aufklärung in Deutschland fiel in eine Zeit, in welcher er ein hochbetagter Greis war. Er hielt sich an die politische Seite der Sache, an die Aussicht welche sie ihm bot, für das deutsche und das hanseatische Interesse den praktischen Einigungspunkt wiederzufinden. Der hanseatische Handel war auch ohne kunstliche Stützen gross und blühend geworden, aber vielleicht konnten solche Stützen eine Waffe gegen den blinden Hass eines vaterlandischen Feindes werden

Und in der That hat die bremische Politik jener Jahre, ohne dass aus ihrem Programm etwas geworden ist, die wohlthätigsten Früchte getragen. In der öffentlichen Meinung Deutschlands ist ein bedeutender Umschwung eingetreten, Regierungen und Bevölkerungen sehen in den Hansestädten die naturlichen Träger des deutschen Seehandels, und die Ansicht, dass die Stadte nur mit Deutschland blühen und gedeihen konnen, hat einen weiten Boden gewonnen. Dieser Grundgedanke der ganzen Smidt'schen Politik ist dann während jenes günstigen Meinungsumschwunges von jüngeren Kräften vielfach neu befruchtet worden und hat der jüngsten Vergangenheit Bremens eine Regsamkeit und eine Entwicklung schlummernder Kräfte möglich gemacht, die wir 1844 kaum hatten ahnen durfen Die Dampfschiffverbindung mit Newyork ist eine Frucht jener Wiedereroberung der Sympathien Deutschlands, die Ausbildung unseres Eisenbahnverkehrs stützt sich wesentlich auf die Einsicht der Staatsbeamten im Binnenlande, unser freundschaftliches Verhaltniss zum Zollverein wäre nicht denkbar, ohne die in den früheren Jahren gewonnenen moralischen Erfolge, die Schöpfung unserer Bank, des „Norddeutschen Lloyd" und der neuen transatlantischen Dampfschifflinien sind Beweise des Vertrauens gewesen, welches man auswärts zu unserer Lebensfähigkeit hegt Vielleicht kann man die Bedeutung eines Mannes wie Smidt sich nicht anschaulicher verwirklichen, als indem man

nach der Reihe alle erheblicheren commerciellen und industriellen, alle grösseren Staats- und Privatanlagen der letzten dreissig Jahre durchnimmt und davon diejenigen streicht, welche ohne die Voraussetzung seiner Wirksamkeit möglich und denkbar waren. Es würden wenig übrig bleiben.

Während seiner letzten zehn Lebensjahre zog Smidt sich mehr und mehr von der unmittelbaren Führung der Geschäfte zurück. Die wichtigsten Verhandlungen mit Auswärtigen, wie namentlich mit Hannover und Oldenburg, über Eisenbahn-, Telegraphen-, Hafensachen, wie die mit dem Zollverein, blieben anderen Handen überlassen. Inzwischen hielt er immer noch mit ungeschwächter Energie den Faden fest, welcher solche Verhandlungen mit der leitenden Idee seiner fünfzigjährigen Politik verknüpfte. Gemeinsam mit dem übrigen Deutschland, gemeinsam namentlich mit den beiden Nachbarländern dem Welthandel eine Stätte an der Weser zu schaffen und zu erhalten, und um zu diesem Resultate zu gelangen, den Mittelpunkt dieses Weserhandels in staatlicher Selbständigkeit, in commercieller Bewegungsfähigkeit sicher zu stellen: für dieses Ziel zu wirken, ward er auch im spätesten Alter keinen Augenblick müde. Trotz seiner achtzig Jahre führte er ihm zur Liebe eine fast alle deutsche Staaten umfassende Correspondenz, erörterte er mit jugendlicher Frische jede neu auftauchende politische Constellation in der Nähe und in der Ferne. Auf diesem Felde zeigte sich keine Abnahme der geistigen Kraft; die Schärfe des Blickes, mit welcher er die letzten Tiefen der grossen Politik von seinem bürgerlichen Sopha aus ergründete, musste immer von neuem überraschen, wenn etwa einzelne Beobachtungen die Sorge erwecken wollten, dass der Einfluss der Jahre doch auch die stählernen Federn dieses Geistes zu lähmen anfange.

Mit dieser ungeminderten inneren Kraft erlebte und bewältigte er die beiden Hauptereignisse seines letzten Decenniums, die Revolution von 1848 und den orientalischen Krieg. Die erstere fasste er von vorn herein wesentlich als einen Ausbruch irrationaler Naturkräfte auf, dem gegenüber man sich zu verhalten habe wie der Schiffer im Sturme. Die demokratische Windsbraut werde vorüberbrausen, davon hielt er sich über-

zeugt; seine Sorge war nur dass ihr eine Periode folgen werde wie 1803, eine Zeit der Mediatisirungen, in welcher die Kleinen die Zeche zu zahlen haben würden, nicht etwa zu Gunsten eines einigen Deutschland — denn diesen Traum träumte er auch nicht einen Augenblick mit — sondern zum Vortheil der mittelgrossen Staaten, welche weder eine mächtige Nationalität ersetzen, noch auch die Vorzüge der kleinen Staaten aufweisen konnten. Gleich nach Ausbruch der Revolution eilte er nach Frankfurt in das Hauptquartier der Gefahr, wo freilich der Lärm der Ereignisse ihm öffentlich zu Worte zu kommen nicht gestattete, wo er aber desto eifriger den Gang des Sturmes bewachte und durch stille Thätigkeit dem Ziele vorarbeitete, das aus den ablaufenden Gewässern unfehlbar wieder auftauchen musste, dem Ziele, aus der Sündfluth die Selbständigkeit der Hansestädte zu retten. Mit Erfolg bewahrte sich hier wieder seine alte Politik, nur einzugreifen, um nicht unter die Räder zu kommen, die gegebenen Risicos mitzulaufen, um nicht als Versicherungsprämie verwandt zu werden. Die Hansestädte mussten sich ohne Zaudern jeder, noch so prekären Organisation anschliessen, welche sich aus dem Chaos tastend emporarbeitete, — dem Dreikönigsbündnisse, der Union, dem Fürstentage, den Dresdener Conferenzen, dem neuen Bundestage. In dem Gange der Ereignisse lag dann die unabweisbare Nothwendigkeit, das innere Verfassungsleben der Städte, wo möglich durch ihre freie Entschliessung, in Einklang mit der allgemeinen Weltlage zu setzen. Es war unter den obwaltenden Umständen ungemein gefahrvoll diese erforderliche Revision einem unmittelbaren auswärtigen Einflusse auszusetzen, und es geschah deshalb Alles, um die Sache im Schoosse der Familie zu ordnen. Bekanntlich gelang dies nicht, und Bremen, welches inzwischen eine sehr unangenehme Berühmtheit in staatspolizeilicher Hinsicht gewonnen hatte, sah sich gleichzeitig einer directen Intervention des Bundestages gegenüber. Was eine solche unter Umständen bedeuten konne, hatten Hessen und Holstein gezeigt, und niemand vermochte zu berechnen, wohin sie, einmal ins Leben getreten, führen könne. Wenn gleichwohl die kritische Verwicklung einen so harmlosen Verlauf nahm, wenn die Intervention fast nur theoretisch existirte und die Selbständigkeit

Bremens ohne Wunden blieb, so ist dieses Resultat vornehmlich dem persönlichen Einflusse, der Klugheit und dem Eifer Smidt's zu verdanken.

Während des orientalischen Krieges war es weniger Bremens als des deutschen Bundes Zukunft, was seine Aufmerksamkeit in Anspruch nahm. Sein heissester Wunsch war dass es gelingen möge den Bund zu einer einheitlichen, unabhängigen und aktiven Politik aufzuraffen. Der Augenblick schien ihm wie vom Himmel gesandt, um Deutschland in Europa wieder zu Ansehen und zur Geltung zu bringen, die Niederlagen der letzten Jahre wieder gut zu machen, die tiefen Schaden zu heilen welche der Mangel der Einigkeit und der Energie unserem Volke geschlagen hat. Er sollte noch den Schmerz erleben diesen Augenblick ungenutzt vorübergehen zu sehn und ohne Beruhigung in die Zukunft des Bundes blicken zu müssen, an dessen Wiege er gestanden hatte.

# Johann Smidt

## als Student, Candidat der Theologie, Prediger und Professor der Philosophie. 1792—1800 *)

von Elard Hugo Meyer.

Johann Smidt bezog als neunzehnjähriger Jüngling zu Ostern 1792 die Universität Jena, um dort Theologie zu studiren.

Hinter ihm lag die stille Abgeschlossenheit seines Elternhauses, in welchem ein sorgsamer Vater waltete, den er, der einzige Sohn, nur als Greis kannte. Lange Jahre Prediger in einem holländischen Haidedorfe, durch manche trübe Erfahrungen hindurchgegangen, hatte dieser sich nicht mehr völlig in die deutsche Reichsstadt eingewöhnen können, auch hielt in der Stephanigemeinde nur ein kleines Publikum zu seiner streng reformirten Lehre. Das Herz seines Sohnes ganz zu gewinnen hatte er nicht verstanden, wie auch die frühe kränkelnde Mutter dem Geiste desselben wenig Anregung bot. Dagegen musste dem jungen Studenten der Abschied von seiner einzigen Schwester um so schwerer fallen, als dieses lebhafte Mädchen mit dem Bruder alle bescheidenen Freuden des stillen Pfarrhauses getheilt und mit ihm in volleren Zügen die freiere Sommerlust auf dem elterlichen Landgute zur Dungen genossen hatte. Im obstreichen Garten, auf weiten viehbedeckten Weiden,

*) Diese Darstellung beruht hauptsächlich auf handschriftlichem Material, das mir die Güte des Herrn Senator J H W Smidt, des Sohnes des Verewigten, dem ich auch manche mündliche Auskunft verdanke, bereitwilligst zur Verfügung gestellt hat.

am breiten Lesumflusse, den auf den anderen Ufer anmuthige Höhen begleiten, war frühe ein inniges Naturgefühl in ihnen erwacht.

Die höheren Schulen seiner Vaterstadt, das Pädagogium und das Gymnasium illustre, eine Zwischenanstalt zwischen Gelehrtenschule und Universität, hatte Smidt rasch durchlaufen, so dass er schon seit dem Herbste 1791 als Studiosus der Theologie gelegentlich an Stelle seines Vaters und anderer Pastoren predigte. Von der trockenen Theologie seines Vaters abgestossen, neigte er sich eine Zeit lang, vielleicht in Folge des Lavaterschen Besuches, der in Bremen 1786 so viel Entzücken und zugleich so viel Aergerniss erregte, einer krankhaften Mystik zu, worauf er später als eine Verirrung zurückblickte. Dann aber zog ihn der Prediger an Martini Stolz an, der gerade um diese Zeit freisinnigen Anschauungen mehr und mehr in sich aufnahm. Andere geistige Nahrung, die Smidt als Knabe in Robinson, Gulliver und Hagedorn gefunden hatte, suchte er als Jüngling besonders in geschichtlichen Darstellungen, und wahrscheinlich haben auch Herders Ideen zu einer Philosophie der Geschichte sich schon damals seiner bemächtigt. Obgleich nun das nördliche Deutschland überhaupt an der alten literarischen Ueberlieferung zäher fest hielt als das übrige und zumal Bremen ausserhalb des Gewoges der grossen neuen Literatur lag, so werden doch manche Klänge aus ihrem Sturm und Drang sich auch in das stille Pfarrhaus gestohlen haben, Goethe, Schiller und selbst Kant waren dem Jünglinge auch schon in Bremen wohl nicht ganz fremd geblieben.

Unmittelbarer berührten ihn damals Neuerungen ganz anderer Art. Nach dem Unabhängigkeitskampfe der Vereinigten Staaten und während des Seekrieges zwischen Frankreich, Spanien, Holland und dem britischen Reiche wagten die Bremer ihre ersten grossen transatlantischen Fahrten nach den beiden Indien und Nordamerika. Wenn der Bremer Junge gewiss nicht ohne Mitgefühl von den unglücklichen verkauften Hessen und Waldeckern gehört hatte, die 1776 durch Bremen nach Amerika zogen und 1783 und 1784, so viel ihrer noch übrig waren, über Bremen heimkehrten, wenn ihm der freie

Aufschwung der Amerikaner das jugendliche Herz erhoben, wenn ihm die Tapferkeit Elliots, des Vertheidigers von Gibraltar, der für einen Deutschen gehalten wurde und damals in ganz Deutschland Begeisterung hervorrief, äusserst entzückte, wie mag er da erst aufgehorcht haben, als der Hamburger Correspondent vom 26. Juli 1789 die ersten umständlichen Berichte über die Zerstörung der Bastille nach Bremen brachte.

Mitten in einer gewaltigen geistigen und politischen Umwälzung bezog Smidt die Universität.

Jena hat unseren Smidt drei volle Jahre festgehalten, doch wird diese Zeit durch den Winter 1793/94, den er zur Erholung in Bremen zubrachte, in zwei gleiche Abschnitte zerlegt, die einen wesentlich verschiedenen Charakter tragen.

## Smidts erster Aufenthalt in Jena vom October 1792 bis zum Herbst 1793.

Jena war damals unstreitig die bedeutendste deutsche Universität, der grosse Mittelpunkt der geistigen Bewegung. Hier lehrten Schiller, Paulus und vor Allen Kants Jünger Reinhold, hier sprach Goethe oft vor. Eine neue Welt that sich hier dem jungen Theologen auf. Tausend Studenten wogten hier auf den Strassen statt des Dutzends, welches damals das heruntergekommene bremische Gymnasium besuchte. Darunter waren viele Kraftmenschen, Renommisten in Zacharias Genre, die den zartgehäuteten wohlerzogenen Pfarrerssohn abstiessen, deren Commerse und Landesväter er für Plattheiten hielt. Aber andrerseits sah man auch oft nach Beendigung einer anziehenden Vorlesung die Zuhörer sich haufenweise auf der Strasse gruppiren, um sich über das Vernommene lebhaft zu unterhalten, man nahm keinen Anstand, auch einen Unbekannten, dessen besondere Aufmerksamkeit man im Colleg bemerkt hatte, auf einem Spaziergange anzureden und im Tone der Emmausjünger mit ihm zu verkehren. Jedoch scheint sich Smidts Umgang damals auf einige mitstudirende Landsleute beschränkt zu haben, den grössten Theil seiner Zeit widmete er aber, von heissestem Wissendrange erfüllt, dem Studium. Denn ein gewaltiger Geist hatte sich in Jena zum Genius loci gemacht, der Weise von Königsberg, Kant. Er war der grosse

Wegweiser Aller, die nicht, wie Göthe, aus eigener Kraft sich von einem Ufer zum andern hinüberzuretten vermochten, und er schlug ihnen eine Brücke von der alten Verstandesaufklärung hinüber zu einer neuen Bildung, die alle Kräfte des Menschen durchdringen und aus dem angebornen Genie des Einzelnen hervorwachsen sollte. Kant, der Reiche, setzte nicht nur, wie die Xenien meinten, viele Bettler in Nahrung, ihn gingen auch Könige im Reiche der Geister um Almosen an. Auf alle Gebiete der Wissenschaft erstreckte sich sein mächtiger Einfluss, seitdem Reinhold in Jena die bisher unverstandenen Mysterien von Kants Kritik der reinen Vernunft ausgelegt hatte. Durch ihn liess sich nun auch Smidt einweihen, er hörte bei ihm Logik, Metaphysik und Geschichte der Philosophie. Hier legte er den Grund zu seiner philosophischen Anschauung der Dinge und zu seiner ihm stets gebliebenen Neigung, jeden Gegenstand philosophisch zu zergliedern und dessen tiefere Bedeutung zu erfassen. Auch muss Smidt Reinhold persönlich nahe getreten sein, denn er erhielt von diesem den Rath, doch ja seine Gesundheit zu schonen und lieber auf ein Semester sein Studium zu unterbrechen.

Ueber der Philosophie vergass Smidt die Theologie nicht. Der milde Griesbach, der Schöpfer der neutestamentlichen Kritik, führte ihn in das neue Testament und in die Kirchengeschichte ein. Weit tiefer wirkte Paulus auf ihn, bei dem er in den Jahren 1792 und 1793 den Jesaias, die Psalmen, neutestamentliche Exegese und Dogmengeschichte, 1794 und 1795 die Einleitung ins neue Testament, Dogmatik und christliche Moral hörte. Auch Paulus musste sich dem Einflusse der Kantischen Philosophie unterwerfen, deren Sprachgebrauch man sogar in seinen Collegien über orientalische Mundarten verlangte. Die natürliche Wundererklärung, für die Paulus eine förmliche Methode erfand, seine rationalistische Auslegung der Weissagungen der alten Propheten, seine Auffassung Jesu als eines Lehrregenten, endlich die echt Kantische Behandlung der Dogmatik als einer blossen Hülfswissenschaft der Moral, alle diese Anschauungen des grossen Vaters des Rationalismus prägen sich auch in seines Schülers, unseres Smidt, frühesten Arbeiten aus und haben denselben auch im hohen Alter nicht

verlassen, als dieser Rationalismus einerseits durch Schleiermachers, andrerseits durch Strauss' und Baurs tiefere Auffassung längst überwunden war. Paulus war es damals vor Allen, der ihm alle seine bisherigen Vorstellungen auf den Kopf stellte, wie sich Smidt einmal gegen Stolz nach seiner ersten Rückkehr von Jena ausdrückte.

Smidts Freude an der Literatur bethätigte sich in dem Besuch der Vorlesungen, die Schütz über Literaturgeschichte, Cicero, Plato's, Phaedon und die Odyssee hielt, und im Winter 1792/93 gehörte Smidt zu den 24 Zuhörern eines Privatissimum, das Schiller für Aesthetik angesetzt hatte. Es war das letzte Colleg des krankenden Dichters, das ihm aber viel Freude machte, weil er im Verlaufe desselben tiefer und tiefer in Kants Kritik der Urtheilskraft eindrang und mit der Beschaffenheit seiner Zuhörer, wie er in einem Briefe an Korner vom 6. November 1792 äusserte, sehr wohl zufrieden war. Aus diesen aesthetischen Untersuchungen der kantischen Begriffe von Stoff und Form, die man damals überall auf den Strassen Jena's erschallen hörte, entwickelten sich später die schillerschen Begriffe des Stofftriebes, der Sinnlichkeit, und des Formtriebes, der Vernunft, aus deren Vereinigung dann wieder der Spieltrieb entstand. Wir erwähnen diese wunderbaren Ausdrücke nur, weil auch Smidt sich ihrer wohl später bedient hat, wie er z. B. dem Biographen Herbarts, dem Professor Hartenstein, schrieb: Es gebrach Herbart an allem Spieltriebe und damit an einer hinreichend freien Beweglichkeit auf den Wellenlinien des ideellen und practischen Lebens.

So drang Smidt in diesen anderthalb Jahren in verschiedene Gebiete der Wissenschaft ein, vermied alle theologische Einseitigkeit, liess sogar durch Paulus und Reinhold seine früheren theologischen Anschauungen bis auf den Grund erschüttern. Es mag sein, dass sich unter solchen Umständen schon damals sein späterer Bruch mit der Theologie leise vorbereitete. Auch andere Erfahrungen blieben ihm nicht erspart. Der Tod einiger von seinen dortigen wenigen Freunden vereinsamte ihn, ein übermässiger Arbeitseifer hatte seine zarte Gesundheit angegriffen, die Hinfälligkeit des mehr als achtzigjährigen Vaters und der Wechsel des Schicksales seiner

geliebten Schwester, die sich inzwischen verheirathet hatte, Alles das mahnte zur Rückkehr und zu einem längeren Aufenthalte in der Heimath. So kam es, dass er sein Studium unterbrach und den Winter 1793/94 in Bremen verlebte. Doch war auch diese Zeit nicht ohne Arbeit und ohne Frucht, denn schon am 7. April 1794 bestand er sein theologisches Examen, bei dem er schöne Kenntnisse und viel Gewandtheit des Geistes zeigte. Freilich erwartete er am Schlusse des Urtheilsspruches der Prüfungscommission einen Tadel ob seiner allzu freien Denkart, doch gab ihm diese zu seiner Ueberraschung statt dessen den väterlichen Rath, sich ja vor Ueberarbeitung zu hüten. Dies hielt Smidt jedoch nicht ab, im Frühjahr 1794 in seinem geliebten Jena einen zweiten Aufenthalt zu nehmen, der nun in noch höherem Grade als der erste seine Geisteskräfte entwickeln und anspannen sollte.

### Smidts zweiter Aufenthalt in Jena von October 1794 bis zum Herbst 1795.

Smidt setzte zwar in Jena unter Paulus seine theologischen Studien fort, aber ein denkwürdiger Wandel, der sich damals auf dieser Universität vollzog, riss auch unseren Studenten und ihn mehr, als die meisten seiner Genossen, in neue heftigere Geistesbewegungen hinein. Im Frühjahr 1794 nämlich trat ein neuer Professor der Philosophie vor der erwartungsvollen Jugend auf, J. G. Fichte. Die Stelle des nach Kiel berufenen ruhigen, milden Kantianers Reinhold nahm ein anderer Kantianer ein, der gleich einem revolutionären Agitator auf seine Zuhörer eine Wirkung ausübte, wie sie wohl kaum wieder von einem Lehrer der Hochschule erreicht ist. Seinem Einzuge in Jena waren voraufgeflogen seine Schriften „Zurückforderung der Denkfreiheit von den Fürsten Europa's" und „Zwei Beiträge zur Berichtigung der Beurtheilung der französischen Revolution". Mitten in der stärksten Spannung der politischen Gegensätze, während in Frankreich der blutdürstige Convent alles Bestehende niederwarf und ein Robespierre nach einem Hohenpriesterthum trachtete und in Preussen Wöllners Religionsedicte die letzten Reste friedericianischer Segnungen beseitigten, in einer Zeit, wo in Deutschland die naive und

zuerst so ungestüme Gelehrten- und Poetenbegeisterung für die Revolution durch die Schreckensherrschaft sich bedeutend abgekühlt hatte, da erschien Fichte in Jena, nicht ein Posa der Dichtung, nein! ein Prediger der absolutesten Freiheit in Fleisch und Blut. Die Gährung unter den Studenten war ungeheuer. Wie vor fünf Jahren zu Schillers erster Vorlesung, drängten sie jetzt, unter ihnen ohne Frage auch Smidt, zu Hunderten in den grössten Horsaal der Stadt, die Hausflur, den Hof mit ihren Gestalten füllend. Rücksichtsloser, als es Kant und Schiller je gethan, prägte hier die markige Persönlichkeit Fichtes in Flammenworten den weltbürgerlichen Freiheitsgedanken in das Herz aufgeregter, gebildeter Jünglinge. Wie ein stürmisches Praeludium zu seinen späteren Reden an die deutsche Nation, klang hier seine bis in den Winter hinein fortgesetzte Sommervorlesung über die Bestimmung des Gelehrten den innersten, heiligsten Fragen und Forderungen der Studentenwelt antwortend, anspornend entgegen. Als letztes Ziel der Menschheit stellte er die vollkommene Uebereinstimmung des Menschen mit sich selbst hin, seine Uebereinstimmung mit der Idee eines ewig geltenden Willens oder die sittliche Güte und die Uebereinstimmung seines vernünftigen Willens mit den Dingen ausser uns oder die Glückseligkeit. „Der dem Menschen innewohnende gesellschaftliche Trieb aber will den Begriff der Vernunft auch ausser sich, in der Gesellschaft, verwirklicht sehen. Erst durch gesellige Vereinigung entsteht die Vervollkommnung der Gattung, und das höchste Ziel der Gesellschaft ist völlige Einheit in der Vollkommenheit. Damit aber nun alle Anlagen des Menschen sich vollkommen entwickeln, dazu bedarf es der Kenntniss seiner sämmtlichen Anlagen und Bedürfnisse, und dem Gelehrtenstande, der diese Kenntniss haben soll, fällt die oberste Aufsicht über den Fortgang des Menschengeschlechtes zu, die Erziehung. Diese sittliche Veredelung der ganzen Menschheit kann der Gelehrte aber nur dann durchführen, wenn er selbar der sittlich beste Mensch ist. Das sind keine Chimären, nein! durch Handeln kann das verwirklicht werden. Handeln! handeln! das ist es, wozu wir da sind!" Solche Donnerworte sandten damals ihre Blitze in hunderte von Studentenseelen

und auch in das Herz unseres Smidt. Ihn aber traf dieser Zuruf ganz besonders tief. Alle diese Jahre kränkelnd und um seine Brust besorgt, hatte er sich nicht von Schwermuth frei zu halten gewusst, von einer gewissen Entsagungslust oder von einer nur um sich selber besorgten Stimmung. Da zog den muthlosen, weichen Jüngling an seine starke Brust Fichte, dieser heroische Charakter, der sein Ich trotzig der ganzen Welt gegenüber stellte. Er zog ihn zu seinem Mittagstische heran, an dem auch noch die Professoren Niethammer und Woltmann und einige andere Studenten Theil nahmen. Und so sehr näherten sich Fichte und Smidt einander, dass Smidt beschloss sein akademisches Leben bloss Fichte's halber um ein letztes Halbjahr zu verlängern und Fichte, der durch Rohheiten eines Studentenordens belendigt, sich für den Sommer 1795 nach dem alten Schlosse Osmanstädt zurückgezogen hatte, ihn aufforderte, ihn dorthin zu begleiten. Doch machte Smidt nur theilweisen Gebrauch von dieser Einladung, indem er gewöhnlich nur einige Tage der Woche in Osmanstädt, die übrigen in Jena verweilte. So hatte der junge Candidat die Ehre, dem „grossen Osmanstädter Ich“ Gesellschaft zu leisten, wie einst Patroklus dem grollenden Achill. Hier aber ward ihre Freundschaft immer inniger, so dass sie noch Jahre nach ihrer Trennung anhielt, wie denn Fichte und seine Frau am 11. October 1796 Smidt, als ihren „wahren Freund“ ersuchten, die Pathenwürde bei der Taufe ihres Sohnes vorzunehmen, und ihm Fichte am 1. Januar 1798, an Smidts Hochzeitstage, seine Freude darüber aussprach, dass er als Professor der Philosophie mehr für Vernunft und Wahrheit werde thun können denn als Prediger. Vielleicht weisen diese Worte auf frühere Unterhaltungen der Beiden über die Wahl und Bedeutung des Predigerberufes zurück über die Smidt um diese Zeit auch in einem weiter unten besprochenen Vortrage klar zu werden suchte. Was Smidt besonders an Fichte kettete, war wohl nicht das abstracte System der damals von diesem begründeten Wissenschaftslehre, das im grellsten Gegensatze zu den griechischen Systemen aller Wirklichkeit ledig zu werden suchte und in der Thätigkeit des Ich alles Sein, das sinnliche wie das übersinnliche, beschlossen sah; es war nicht

dieser Angel, wie R. Haym jene Lehre nennt, um den sich der Klassicismus in die Romantik hinüberwendete, nein! es war Smidt nicht gegeben, wie wir unten sehen werden, diesen Uebergang zur Romantik mitzumachen. Ueberhaupt so sehr er idealen Schwunges fähig war, widerstrebte es doch seinem wesentlich praktischen Sinne, diese philosophischen Luftlabyrinthe zu durchwandern. Der politische, demokratische Geist der Fichteschen Lehre aber, Fichtes Instinkt für die grossen Zeitereignisse, wodurch er Goethe und Schiller so weit überlegen war, vor Allem aber seine Charakterstärke flössten Smidt die tiefste Verehrung ein. Schon jene Wissenschaftslehre, mehr aber noch der persönliche Umgang mit Fichte zeigte dem jungen Studenten, dass er es hier mit einem einzigartigen, unüberwindlichen und Jeden, der sich ihm irgendwie hingab, mit sich fortreissenden Charakter zu thun hatte. Und so trug auch er von dem reichen Segen, den das blosse Dasein eines solchen Menschen rings verbreitet, herrliche Früchte dankbar mit sich heim, wovon sein schöner Brief an Fichte vom 19. November 1797 deutliches Zeugniss ablegt. „Mein Herz hängt immer noch an Ihnen, nicht an dem Professor in Jena, von dem ich viel gelernt habe, — das ist ein ganz anderes Interesse —, sondern an dem edlen und kraftvollen Manne, der mich zu einer Zeit, wo Hypochonderie und Kränklichkeit mein ganzes Wesen drückte, mit Zutrauen und Freundschaft behandelte, mich an seinem Leben Theil nehmen liess und mir durch den vergönnten täglichen Anblick dieses energischen Daseins Muth und Kraft einflösste, die die eigene Bestimmung eines jeden Schicksals aufzugeben und dadurch aller Verzweiflung für immer überhoben zu sein."

Fichte suchte bekanntlich auch das Studententhum zu reformiren, indem er gegen das wüste Ordenswesen auftrat, was ihm auch jene freiwillige Verbannung nach Osmanstadt verursachte. Gegen diese Orden bildete sich nun im Frühjahr 1794 aus Fichte's Anhängern ein neuer Studentenverein, mit welchem der Anfang zu einer geistigen Umbildung des deutschen Studentenlebens gemacht wurde, die bis auf den heutigen Tag noch nicht ihr erwünschtes Ziel erreicht hat. Zu den 12 Stiftern dieser „Literarischen Gesellschaft der freien Männer" gehörte

auch Smidt; und neben seinem Verkehr mit Fichte bildet die Theilnahme an diesem Bunde das wichtigste Moment seines zweiten Jenenser Aufenthalts. Die Gesellschaft war zwar schon vor Fichtes Ankunft in Jena, im Frühling 1794, begründet, aber ganz in seinem Sinne. Auch wurden einige Veränderungen der Vereinsgesetze, die Fichte vorschlug, am 16. Juli 1794 angenommen und Fichte wohnte, wie auch Professor Paulus, hie und da ihren Sitzungen bei. Freie Männer nannten sich die Mitglieder, weil nur solche Studenten, die keinem anderen academischen Orden angehörten, in die Gesellschaft aufgenommen wurden, doch lag in der Bezeichnung gewiss auch Etwas von der Fichteschen Erklärung, dass nur derjenige frei sei, der Alles um sich her frei machen wolle und durch einen gewissen Einfluss frei mache. Denn ihr Zweck war durch Aufsätze, Vorträge und Unterhaltungen über die grossen politischen und philosophischen Gedanken der Zeit nicht nur unter sich die sittliche Cultur zu fördern, sondern sie auch ausserhalb ihres Kreises zu verbreiten. Die Gesellschaft hatte keine politischen Tendenzen, wenn auch revolutionäre Wünsche und Betrachtungen genug in ihr laut wurden, die ein paar Jahrzehnte später mit lebenslänglicher Gefangenschaft bestraft waren. Auch ist es charakteristisch, dass sie jegliches nationales Gepräge abwehrte, im Gegentheil hielt man den Umgang mit nichtdeutschen Fremden für wünschenswerth, um aus der vaterländischen Einseitigkeit herausgerissen zu werden. So war sie denn auch zur grösseren Hälfte aus Livländern und Kurländern zusammengesetzt, zu denen noch ein Däne und ein Franzose traten, nur drei Deutsche, Krüger aus Lübeck und die beiden Bremer Meister und Smidt, fanden sich darunter. Im nächsten Winter kamen noch der Lübecker Köppen und der Oldenburger Herbart hinzu. Diese kleine Studentenschaar zählte mehrere bedeutende Mitglieder, von denen wieder der Däne v. Berger damals wohl die erste Rolle spielte. Er erntete nicht nur den Dank der Gesellschaft für seine Verdienste um die Vereinsgesetzgebung, ein, er hatte schon 1794 einen Aufsatz über „das Gesindewesen in sittlicher Rücksicht" und 1795 eine andere Schrift über „die Angelegenheiten des Tages" veröffentlicht. Die letzte Arbeit forderte ganz im Geiste der Gesellschaft einzelne aufgeklärte Denker auf, sich

zu vereinigen, um ihre Bestimmung zu erkennen und auf dem Wege der Belehrung ihrer Mitbürger kirchliche und bürgerliche Reformen zu bewirken. Darin die bezeichnete die politische Wiedergeburt Frankreichs und das Vernunftevangelium der deutschen Philosophie als die Lichtquellen für Europa Sein schwärmerischer Geist hoffte damals von einer gewaltsamen Revolution, sie würde wie mit einem Zauberschlage ein veredeltes Menschengeschlecht ans Licht rufen Anfangs Fichtianer, ergab er sich später, ohne übrigens je einen liebenswürdigen gewissenhaften Skepticismus aufzugeben, mehr und mehr der Schellingschen Naturphilosophie, wie aus seinem Werke „von der Harmonie des Weltalls“ deutlich erkennbar ist In Jena war er eine Zeit lang Smidts vertrautester Freund und hat auch als Professor der Philosophie und Astronomie in Kiel bis zu seinem Tode im Jahre 1833 mit diesem den Verkehr unterhalten Eng schloss sich Smidt auch an Köppen, der ebenfalls später eine Professur der Philosophie an verschiedenen baurischen Universitäten bekleidete und zuerst Anhänger Jakobi's war, sich aber später ganz in platonische Studien vertiefte Mit ihm machte Smidt 1797 eine mehrmonatliche Reise in die Schweiz Der stärkste philosophische Kopf aber war Herbart, dessen mathematischer Geist schon damals sein Ziel ins Auge fasste, denn schon im Kreise der Freien Männer unterwarf er die Principien der Philosophie und die Fichteschen Principien des Naturrechts seiner strengen Prüfung Smidt suchte ihn, wie auch seinen Freund v. Berger 1797 in der Schweiz auf, schon damals entging ihm nicht Herbarts volliger Mangel an politischem Sinne, der ja 1837 in der Angelegenheit der Gottinger Sieben so traurig ans Licht trat In den Jahren 1800–1802 lebte Herbart in Bremen zum Theil in Smidts Hause und auf seinem Landgute, lehrte mehreren Frauen aus der Smidtschen Familie Pädagogik, die Elemente der Mathematik und Platos Ideen, während Smidt damals schon allem philosophischen Studium entsagt hatte Diesen philosophisch angelegten Mitgliedern standen andere gegenüber, die eine politischere Natur hatten So der Franzose Perret, der eine gründliche Philosophie aus Deutschland in sein Vaterland bringen und Fichte's Beiträge zur Beurtheilung der Revolution übersetzen

wollte. Er sann schon damals über den Verfall der Staaten nach 1797 war er bereits als Secretär des Generals Clarke bei den Friedensverhandlungen von Campo Formio thätig und wurde im Winter 1797/98 von Bonaparte auf dem Rastatter Congresse verwendet, wo ihn ein später zu erwähnender Brief Smidts aufsuchte. Endlich gedenken wir noch des Livländers Lindner, der 1820 das berufene Manuscript aus Süddeutschland verfasste.

Wer das Protokoll der Literarischen Gesellschaft in Jena vom 18. Juni 1794—6. März 1799, das uns vorliegt, durchblickt, der merkt bald, wie dieselbe durchaus unter dem Einflusse der revolutionären und der fichteschen Ideen stand. Man hatte auch in ihr das lebhafte Gefühl, dass eine neue Zeit angebrochen sei. Man besprach eine neue Eintheilung der Geschichte und suchte die Räthsel der Bestimmung des Menschen zu lösen. Die Gräuel des J. 1793 legten die Frage nahe, ob Reform oder Revolution, Demokratie oder Monarchie vorzuziehen sei, ob die Staaten verfielen oder nicht, ob Menschenwerk wirklich zur Freiheit führen könne. Besonders eine Frage, die auch Schiller, Kant, Fichte und Woltmann beschäftigte, in wiefern nämlich das Unglück zur Erreichung des Zweckes der Menschheit nothwendig sei, kehrt auch hier wieder. Der klaffende Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich machte sich geltend in Vorträgen über die Einseitigkeit der Cultur in diesem und in jenem Lande. Die Freien Männer klagen über den Mangel des Gemeingeistes, und sie erklären es als eine Pflicht des Staatsbürgers, seine angeerbte Staatsverfassung zu verbessern. Zwischendurch verrathen andere Betrachtungen den Charakter einer Generation, die, wie die vorangegangene, in Freundschaften schwelgte, und ohne Selbstbekenntnisse und unendliche Briefe nicht zu leben vermochte Stoffe, wie die Seltenheit wahrer Freundschaft, Menschenkenntniss, Freuden und Leiden, Egoismus, werden gründlich erörtert, dagegen treten rein aesthetische oder literarische Erörterungen auffallend zurück.

Unter all diesen allgemeinen, hohen Gegenständen des Nachdenkens nehmen die von Smidt gewählten eine eigenartige Stellung ein. Smidt stand wohl zwischen den eigentlichen

Philosophen und den Politikern der Gesellschaft ungefähr in der Mitte. Die philosophische Theorie hat ihn wohl niemals ganz ausgefüllt, andererseits hielt ihn seine mehr ideale Richtung von der politischen Debatte fern. Aber es zeigt sich doch auch schon in seinen Arbeiten in diesem Studentenvereine sein praktischer Sinn. Nach dem erwähnten Protokolle zu urtheilen, hielt er sich anfangs zurück, erst am 25. December 1794 traf ihn das Loos, einen Aufsatz zu liefern, welcher vermuthlich der uns erhaltene Versuch zur Beantwortung der Frage ist: „Sollte man das Predigtamt abschaffen?" Als Erstlingsarbeit unseres Smidt, der selber einen so grossen Werth darauf legte, dass er ihn fünf Jahre später, im Mai 1799, von Neuem der Literarischen Gesellschaft in Bremen vorlas, verdient dieser Versuch wohl eine Wiedergabe seiner Hauptgedanken.

Wenn es ein Fortschritt ist, meint Smidt, dass Fragen von allgemeiner Bedeutung immer mehr durch weltbürgerliche Rücksichten veranlasst und begründet werden, so genügt es nicht, die bürgerliche Rechtmässigkeit der Aemter zu erweisen; auch ihre weltbürgerliche muss gezeigt werden. Der höchste Zweck des Menschen ist die vollkommene Harmonie seiner Fähigkeiten und der erste Gegenstand seiner Bemühung muss es sein, die der menschlichen Thätigkeit gezogenen Schranken wegzuräumen, nicht etwa weil ein Naturgesetz ihn dazu aufforderte, sondern weil er ohne Thätigkeit kein Ich wäre. Sein Bestreben muss es nun sein, das, was ausser ihm ist, das Nicht-Ich mit sich in Harmonie zu bringen. Da nun der Mensch alle seine Kräfte entwickeln soll, so werden die Fortschritte des Einzelnen sehr langsam sein, nur durch die Gesellschaft können sie beschleunigt werden. Der Mensch hat die gesellschaftliche Pflicht eine seiner Anlagen vorzüglich auszubilden, um durch Mittheilung des Products derselben das Fortschreiten seiner Gattung zu bewirken. Wer sich nun eine dazu dienende Beschäftigung gewählt hat, hat ein Amt. Dieses hat seine weltbürgerliche Berechtigung, so lange der Mensch den Grad der Cultur noch nicht erreicht hat, dessen Beförderung das Amt sich zum Zwecke gesetzt, so lange ferner ihm die Mittheilung des Products seiner Kräfte möglich ist und so lange endlich die Form des Amtes

auch als Amt gerechtfertigt werden kann. Da nun das Predigtamt die Sittlichkeit fördern soll, diese aber noch lange nicht sich gebührend entwickelt hat, so ist dieses Amt nothwendig. Freilich soll Jeder zur moralischen Bildung beitragen, aber nicht Jeder hat die Fähigkeit dazu; daher wählt die Gesellschaft für diesen Zweck besonders geeignete Mitglieder aus. In früheren Zeiten gab es keine derartigen Volkslehrer, weil das Bedürfniss sinnlicher und intellectueller Cultur eher erwachte als das der sittlichen. Die Priester und Propheten aller Nationen dienten der Politik und benutzten dazu eine von Furcht und Aberglauben erzeugte Religion. Pythagoras und Socrates näherten sich bereits mehr dem Ideal eines Volkslehrers, doch war ihre Lehre mehr für Dilettanten der Weisheit, als für das Volk bestimmt. Nicht durch Mysterien und abstracte Philosopheme, sondern durch einen Volksunterricht suchte endlich Jesus, der erste wahre Volkslehrer, die moralische Cultur des Volkes zu heben, und durch ihn und seine Nachfolger ward ein Volkslehreramt etablirt. Aber die religiöse Hülle, mit der man später seine Lehren umgab, zerstörte deren fruchtbaren Keim. Der religiösen Begriffe bediente man sich, um an sie die unbekannten Wahrheiten der Sittlichkeit zu knüpfen. So ward das Predigtamt in ein Priester- und Pfaffenthum verwandelt. Der nicht ganz erstickte Funke freierer Denkart, durch die Liebe zu den Wissenschaften und besonders durch das Studium der Alten wiederangefacht, brach in Flammen aus in der Reformation, die leider aus Priestern und Mönchen ihre Führer nehmen musste. Luther, der aus Augustins Schriften seine erste Bildung erwarb, zerbrach die Fesseln der Hierarchie und beförderte den Fortschritt der moralischen Cultur, aber der Eifer für die göttliche Autorität der biblischen Bücher schuf neue Unwissenheit und neuen Aberglauben. Doch war die Barbarei nicht so gross wie früher. Die Priester, die allerdings wieder vorgaben, Gott näher zu stehen als Andere, waren Prediger, Lehrer, wenn auch nicht Lehrer der Moralität. Die Revolution der letzten Hälfte unsers Jahrhunderts aber näherte das Volkslehreramt seinem Ziele. Allerdings wird der Aberglaube durch die um ihre Majestät besorgten Fürsten und die von ihnen angestellten dummen Prediger gestützt. Andererseits

hängt aber die steigende Missachtung, der diese Lehrer verfallen, für die Reife unseres Geschlechtes, das Amt zu verwandeln. „Anfangs schien mir der Plan der zweckmässigste, während einer allgemeinen Staatsrevolution, die der fortschreitende Despotismus deutscher Fürsten in Kurzem herbeiführen wird, uns auch dieser lästigen Bürde zu entledigen. Mir scheint aber jetzt die Maxime einer milderen Verfahrungsart hier von den Vorwürfen der Muthlosigkeit und des Eigennutzes mit allem Rechte frei gesprochen werden zu müssen. Ich ehre den Genius unsers Zeitalters, wenn seine Energie in Revolutionen sich zeigt; das Herz klopft mir, wenn ich sehe, dass jene Misanthropen sich verrechnet haben, die seine völlige Genesung mit verächtlichem Blick in das Land der Chimaeren verwiesen. Ihr Unglaube ist zu Schanden gemacht, er hat sich plötzlich wieder aufgerichtet und Rache an seinen Unterdrückern genommen. Hier darf er aber nicht stehen bleiben, wenn wir nicht genöthigt sein sollen, bald unser Urtheil wieder zurückzunehmen. Kraft ohne Weisheit ist ein Schwert in des Rasenden Hand." Das Predigtamt ist nicht zu vernichten, sondern zu verwandeln. Der Staat hat sich einen unseligen Einfluss auf alle gesellschaftlichen Verbindungen angemasst, der erste Missgriff der Reformation war es, sich den Fürsten in die Arme zu werfen. Nicht der Staat, sondern die Gesellschaft hat den Lehrer zu wählen und abzusetzen, denn muss dieser mit der Cultur seiner Gemeinde fortschreiten oder vielmehr ihr vorauseilen. Geistesüberlegenheit muss sein Trachten sein, die Herrschaft des Heiligsten, die Allgewalt des Sittengesetzes. Beim Grabe, bei der Hochzeit, bei der Taufe muss er sie im Volke geltend machen. Dieses aber ist an sein Ernennungsrecht zu erinnern, und es wird ihm, wenn dann auch über Deutschland eine wohlthätige Revolution sich verbreitet, nicht schwer fallen, sein Recht den Usurpatoren wieder zu entreissen. Mit der steigenden sittlichen Cultur wird der Volkslehrer immer entbehrlicher werden, völlig aber wohl erst im goldnen Zeitalter. —

Schon ein paar Jahrzehnte früher hatten Spaldings Schrift über den Nutzen des Predigtamtes und Herders Provinzialblätter an Prediger, Beides Rügen der Herabwürdigung des geistlichen Lehramts, eine grosse Aufregung im Publikum

hervorgerufen Jetzt, nachdem im Sommer 1794 Robespierre auf dem Marsfeld beim Fest des höchsten Wesens eine Rede über Tugend und Religion gehalten hatte und die Priester aufgefordert waren, Menschen zu werden, und nachdem in Preussen Wollners Religionsedicte die Ueberwachung der Pfarrer und Lehrer, die Abweisung aller andersglaubigen Candidaten und die strenge Aufrechthaltung des alten Lehrbegriffs befohlen hatten, gewann die Frage nach dem Werthe des Predigtamtes neue Wichtigkeit. Diese Frage ging dem jungen Theologen besonders nahe und dem Freunde Fichtes, der ihm gewiss öfters rieth, der Philosophie die Theologie zu opfern. Ueber seinem Vortrage schwebt das Symbol der damaligen Jenenser Philosophie, die Lehre vom Ich und Nicht-Ich. Der bereits von Kant in seiner „Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher" Absicht ausgesprochene Hauptsatz vom Streben des Menschen nach Harmonie, der von Fichte in seinen Vorlesungen weiter ausgeführt war, wird hier auf die Pflicht des Predigtamtes angewendet. War Herders Schrift ein Protest gegen die flache Berliner Aufklärung gewesen, so war Smidts Aufsatz ein Ruf der Aufklärung gegen das verdammpfende Regiment Wöllners Smidts Darlegung der Priester- und Predigergeschichte, die den Herderschen Provinzialblättern, welche die Auffassung des Predigers als eines blossen Tugendlehrers heftig bekämpfen, durchaus widerspricht, beruht im Wesentlichen auf den Ansichten des Rationalisten Paulus, der ganz ähnlich wie Smidt die Propheten beurtheilte und Jesus den Lehrregenten nannte. Die Schlussbehauptungen des Aufsatzes, dass nicht der Staat, sondern die Gesellschaft den Prediger wählen, sowie dass das Volk seine Rechte wahrnehmen müsse, kommen schon in Fichtes Beitragen zur Beurtheilung der Revolution vor, gleichwie der Gedanke von der Geistesüberlegenheit des Volkslehrers aus Fichtes Vorlesung über die Bestimmung des Gelehrten stammt.

Wenn darnach diese Betrachtung Smidts in ihren Hauptzügen nur die Gedanken seines philosophischen und seines theologischen Lehrmeisters wiederspiegelt, so ist uns doch eben das schon anziehend, hier deutlich zu sehen, wie tief er von ihrer Weisheit durchdrungen war Weiter aber erkennen wir einen

geistigen Fortschritt darin, dass er seine frühere Ansicht von der Nothwendigkeit eines gewaltsamen Verfahrens gegen Missstände aufgiebt und selbstständig Stellung zu der bedenklichen Frage nimmt. Endlich ist uns sein Eifer bedeutsam, mit dem er die Predigerwahl für die Gemeinde beanspracht und den Wahn nicht dulden will, dass die Prediger Gott naher ständen als andere Menschen. Denn der Eifer für jenes Gemeinderecht und gegen diese Priesteranmassung bildet einen Grundzug seines Wesens. Die Hierarchie hat er bekämpft bis an seinen Tod und noch im Jahre 1856 in der Beantwortung der Frage: „Bedarf die Commission des Senats für kirchliche Angelegenheiten der Zuordnung eines aus einigen Predigern beider protestantischen Confessionen gebildeten Kirchenraths?" die Hierarchie von Bremens Mauern aufs Neue zurückgeschreckt. So werden die Grundlagen seiner kirchlichen Politik bereits in jenem Studentenaufsatze sichtbar, und das eben erwähnte letzte Werk seiner Hand ist die meisterhafte Ausführung seiner Jenenser Erstlingsarbeit.

Wo Smidt in seinen Betrachtungen des Predigtamtes auf die christlichen Bräuche bei der Beerdigung, Hochzeit und Geburt kommt, schickt er der Besprechung der beiden letzten festlichen Handlungen den Ausspruch Goethe's voran, dass Fröhlichkeit die Mutter aller Tugenden sei. Das ist einer seiner Lieblingsgedanken. Als 1797 in Aarau ein brüderlicher Gesang von der helvetischen Gesellschaft bei kreisendem Pokal angestimmt wurde, ergriff ihn, der daran Theil nahm, eine feierliche Stimmung, wie bei einem Abendmahle. Jedem Feste drückte er gern einen höheren Stempel auf. So schrieb er die kleine Feierlichkeit, die bei Enthüllung der Olbersbüste 1833 auf der Stadtbibliothek stattfand, durch seine Rede zu einem patriotischen Feste, indem er die geistvollen Worte sprach: „Denn nicht zu den Sternen hinauf, sondern vom Sternenhimmel herunter geht unser Begehren. Wir erfassen heute mit Ihnen, hochverehrter Olbers, die Pallas und Vesta und weihen sie zu Dioskuren unserer Republik." Den Festen schrieb er eine grosse Kraft der Veredelung zu, und wahrscheinlich in diesem Sinne hielt er schon als Student am 29. Januar 1795 einen Vortrag über den Gebrauch, gewisse Feste zu feiern, den wir leider nicht kennen.

Aber der Zweck desselben wird ziemlich deutlich, wenn das Protokoll erwähnt, dass er damit den Vorschlag verknüpft habe, alle zwei Monate bei einem freundschaftlichen Feste über den bisherigen Gang der Gesellschaft, ihre Mängel und deren Abstellung sich zu unterhalten. In dieser Zeit stieg Smidts Einfluss in der Gesellschaft mehr und mehr. Im September 1795 war er ihr Vertrauensmann, der beauftragt wurde, v. Bergers abspringende Ansichten über die Gesellschaft wieder ins Geleise zu bringen, und noch im Juni 1797 wurde Briefwechsel dieser Beiden Neulingen zur Einweihung in das Wesen des Vereines vorgelesen. So wurde denn auch jener Vorschlag Smidts angenommen. Am 14. Februar 1795 wurde das erste Fest gehalten, nach aufgehobener Tafel Punsch aufgetragen und das Göthesche Bundeslied nach einer vom Freien Mann Krüger erfundenen Melodie gesungen. An solchen ausserordentlichen Abenden, wie auch an den regelmässigen, wenn noch Zeit übrig blieb, wurden Dramen von Göthe und Schiller, deren Verehrung hier eine fast religiöse Tinctur erhielt, auch Göthes eben erschienene Wilhelm Meisters Lehrjahre vorgelesen. Dies Buch, das ja nach Schillers Ausdruck die Bildungsgeschichte eines Menschen darstellt, der von einem leeren unbestimmten Ideal in ein bestimmtes werkthätiges Leben tritt, ohne die ideale Kraft dabei einzubüssen, musste auf diese strebsamen jungen Leute einen tiefen Eindruck machen. Ausserdem wurden Declamationsübungen, am liebsten von Götheschen Liedern angestellt. So ernstlich war man darum bemüht, dass man z. B. Göthe's wundervolles „Herbstgefühl": Fetter grüne, du Laub', am Rebengeländer — mindestens ein Dutzendmal versuchte, um den passenden Ausdruck zu ermitteln. Auch übte man sich hier in der Dichtkunst, besonders in der damals beliebten Distichenform. Sie wurde benutzt zur Porträtirung der Coryphäen der französischen Revolution und selbst zur Darstellung der Quintessenz einzelner philosophischer Dogmen. Ja beim Abendessen, dem jede akademische Frivolität fern blieb, fand man mitunter Vergnügen, sich in Hexametern zu unterhalten. So streifte denn unseren philosophirenden Theologen auch die heitere Muse, und er hatte sogar das Glück ihren beiden theuersten Lieblingen, nicht nur Schiller, sondern auch Göthe, persönlich

nahe zu treten Göthe hielt sich in diesen Jahren öfter in Jena auf Im kancelbraunen Oberrock mit langem Zopfe und hochgestutztem Hut, den nur er noch trug, mischte sich der stattliche Mann mit dem schönen Antlitz auf der gefrornen Saale unter die Schlittschuhläufer, und im Sommer 1794 hatte er seine denkwürdige Unterredung mit Schiller über die Metamorphose der Pflanze. Smidt traf ihn mehrfach in den geselligen Kreisen in Jena, hatte auch Zutritt zu seinem Hause in Weimar und hörte hier, dass sich der grosse Dichter in seiner Jugend gern mit einem Puppenspiel vergnügt hatte Als Smidt nun einmal auf einige Tage nach Frankfurt reiste und dort bei Göthe's Mutter eingeführt wurde, da fuhr Frau Rath bei Erwähnung dieses Puppenspiels heraus „Wenn er Einem doch vorher nur ein Wort darüber gönnte, wenn er etwas berühmt machen will Denken Sie, das Puppenspiel hat noch bis vor 4 Wochen oben auf dem Boden gelegen, wo ich es, weil es im Wege war, an einige Kinder der Nachbarschaft verschenkte Das hätte ich jetzt wohl bleiben lassen!“

Endlich müssen wir noch des Geschichtsstudiums gedenken, dem Smidt von jeher besonders geneigt war Er hatte bereits in früheren Semestern Geschichte der Philosophie, der Litteratur und der Kirche gehört, aber auch den Vorlesungen Woltmanns über politische Geschichte wohnte er ohne Zweifel bei, wenn wir auch keinen urkundlichen Nachweis darüber besitzen Gleichzeitig mit Fichte war Woltmann, der grosse Hoffnungen erregte, in Jena als Professor aufgetreten, auch er stand unter Kants übermachtigem Einflusse, obgleich er ein Lieblingsschüler Spittlers war. Smidt lernte ihn, wie oben erwähnt, schon am Fichte'schen Tische näher kennen und hörte bei ihm wahrscheinlich seine Vorlesungen über Universalgeschichte im Sommer 1794 und im Winter 1794/95, deren Einfluss auf Smidt, wie sich unten zeigen wird, nicht zu verkennen ist Vielleicht verdankte Woltmann der Fürsprache Smidts, dass er im Winter 1800/1801 zum bremischen Geschäftsträger in Berlin ernannt wurde, wodurch sein Verkehr mit Smidt, den er in seiner Selbstbiographie „einen deutschen Republikaner und unübertrefflichen bremischen Patrioten“ nennt, neu belebt wurde Der noch jugendliche Professor Woltmann hielt in Jena Smidts Neigung zur Ge-

schüchte wach, die bald seine jetzt noch übermächtigen theologischen und philosophischen Studien in den Hintergrund drängen sollte.

Vor dem Beschlusse dieser an Strebungen so reichen Universitätsjahre eröffnete sich Smidt noch ein anderes Feld des menschlichen Geistes, die Kunst, die Malerei. Ehe er von Jena Abschied nahm, machte er einen längeren Ausflug nach Carlsbad, Teplitz und Dresden und widmete hier einige Wochen hindurch alltäglich der berühmten Bildergallerie seinen Besuch. Leider hatte dies eine böse Folge. Um nämlich die hoher hangenden Gemälde besser erkennen zu können, bediente er sich eines scharfen Augenglases. Der ungewohnte Gebrauch desselben zog ihm eine Augenschwäche zu, die lange seine Thätigkeit und Freudigkeit lähmte und erst zwei Jahre später in den Bergen der Schweiz völlig beseitigt wurde.

So rundete sich Smidts Wissen immer mehr ab, so dass er im Herbst 1795, tüchtig ausgerüstet wie wenige Studenten, die geliebte Universität verlassen konnte, wo mehrere Wissenschaften und Künste seinem Dasein dauernden Gehalt und Schmuck verliehen hatten, wo er in einer begeisterten Jünglingsschaar seine besten Gedanken ausgetauscht und die heiligsten Empfindungen der Zeit genossen, wo er einen der ersten Männer Deutschlands zum Freund gewonnen hatte. Doch lag die Zukunft nicht ganz klar vor ihm. Obgleich er schon im 18. Jahre die Kanzel bestiegen, im 21. sein theologisches Examen rühmlichst bestanden hatte, so hatte ihn doch in Jena die allgewaltige Philosophie Kants und Fichtes aus seinen Theologenstudien zu heftig aufgerüttelt, als dass er in einem Pfarrhause ein schönes, ihn voll befriedigendes Leben mit Sicherheit hätte erwarten mögen. So zweifelhaft nun aber sein Beruf noch war, so viele Wandlungen noch sein Geistesleben durchzumachen hatte, so fest war andrerseits in Jena der Grund seiner ganzen allgemeinen Bildung gelegt. Es muss hier hervorgehoben werden, dass Smidt Jena verliess ein Jahr, bevor die Brüder Schlegel und Novalis hier ihren Einzug hielten. Obgleich Smidts Geburt in die achtjährige Epoche vom Jahre 1767—1775 hineinfiel, welche die Geburtsjahre aller bedeutenden Romantiker vom älteren

Schlegel bis Schelling herab umfasste, so ist er doch nie von dieser 1796 in Jena neu aufkommenden Richtung tiefer berührt worden. Sein praktischer, echt niedersächsischer, republikanischer, der Gegenwart zugewandter Sinn mochte der Romantik widerstreben; wahrscheinlich aber ware auch seine Natur, leicht empfänglich wie sie war, durch eine damalige persönliche Bekanntschaft mit diesen geistsprühenden Zeitgenossen in neue Gluth versetzt worden. So erlagen andere Freie Männer der neuen Geistesmacht der Romantiker, wie z. B. v. Berger und Gries, der bekannte Uebersetzer des Tasso. Smidt dagegen wurzelte fest im Klassicismus, wie ihn Herder, Göthe, Schiller, Kant und die Kantianer bereitet hatten. Wohl hat er später Verkehr gepflogen nicht nur mit Jean Paul, Schenkendorf und Rückert, sondern auch mit Friedrich Schlegel, wohl haben auch ihn, wie jeden Gebildeten jener Zeit, Tiecks Dichtungen entzückt, aber nach der blauen Blume hat er nie sonderliche Sehnsucht empfinden können. Die Romantik des Katholicismus und der Reaction war ihm ebenso verhasst, wie der Radikalismus des jungen Deutschland. Erst die gesundere Kost der neueren Dichtung, wie sie z. B. Freytags Soll und Haben bot, mundete ihm wieder. Und als 1799 die Romantik ihre Wendung zur romischen Kirche und zum Mittelalter einschlug, da steuerte Smidt in seinem Hanseatischen Magazin immer entschlossener einer auf die Wirklichkeit, aufs Vaterländische gerichteten politischen Praxis entgegen.

## Smidt als Candidat der Theologie in Bremen und in der Schweiz 1795—1797.

Nach Bremen zurückgekehrt, verfiel Smidt bald wieder einer gedrückten Stimmung. Seine Augenschwäche rief in ihm ein dunkles Gefühl beschränkter Thätigkeit hervor, das sich unvermerkt mit allen Freuden vermischte. Die Unterrichtsstunden, die er gab, die Ministeriumspredigten, die er hielt, befriedigten seine Seele nicht. „Ihn qualte ausserdem die Ungewissheit seiner Zukunft. Dazu starb am 18. Juni 1796 sein Vater, und seine geliebte Schwester, auf deren Liebe er fast eifersüchtig war, hatte das Elternhaus verlassen und sich vermahlt. Vom Prediger Stolz abgesehen, dessen Briefwechsel

mit dem Professor Paulus er vermittelte, dem er auch die erste Mittheilung von dem Angriffe machte, den Stolzens Amtsbruder Ewald gegen dessen neue Uebersetzung des neuen Testaments unternommen, vermisste Smidt bei den meisten Gelehrten seiner Vaterstadt den freien Totalblick, er fand sie völlig eingeklemmt in die enge Sphäre des Berufes. Aus dieser unbehaglichen Vereinsamung und Thatenlosigkeit leiteten ihn Naturtrieb und Ueberlegung auf ein bisher von ihm stark vernachlässigtes Gebiet, auf den Verkehr mit dem weiblichen Geschlecht. Und hier kam ihm, der sich sehnte dem Augenblicke spielend sich hinzugeben, ein Mädchen, Wilhelmine Rohde, mit heissem Lerntriebe entgegen, bei ihr fand er Liebe und eingehendes Verständniss, sie erkannten sich und schlossen bald eine stille Verlobung. Dieses schöne Verhältniss und eine angenehme Reise nach Hamburg, die Smidt im Spätsommer 1796 unternahm, weckten neue Lebenslust in ihm auf. Die Grossartigkeit der Schwesterstadt machte einen bedeutenden Eindruck auf ihn, mehrere alte Freunde sah er hier wieder und lernte neue kennen. Der französische Minister Reinhard und der holländische Legationssekretär Reinbold wurden ihm zugänglich, doch überwog noch durchaus der aesthetisch-philosophische Genuss die Freude über diesen Verkehr mit Männern der Politik. Ihn entzückte hier die Darstellung des „Hauevaters" durch Iffland, der ihm gleich einer antiken Statue über die jetzt lebenden gewöhnlichen Menschenformen emporzuragen schien. Ihn fesselte der Cirkel der Reimarus, wenn er auch der echten einfachen Weiblichkeit vor der dort vertretenen Art gelehrter Frauenzimmer den Vorzug gab. Und wie glücklich war er, in einer Gesellschaft neben dem Verfasser Woldemars und Allwills, neben Jakobi, bei Tische zu sitzen!

Nach seiner Rückkehr von Hamburg sollte seine erneute Jugendfrische bald Gelegenheit finden sich zu äussern. Im Herbste 1796 nämlich lasen hunderte von deutschen Gelehrten und Schriftstellern, die von ihrem Werthe in tiefster Seele überzeugt waren, zu ihrer grossen Verblüffung und Entrüstung die Xenien von Gothe und Schiller im Musenalmanach für das Jahr 1797. Diese scharfen Spottgedichte blieben bis zum nächsten Frühling die wichtigste Angelegenheit in Deutschland.

Wie Blitze aus blauem Himmel flackerten sie am literarischen Horizonte auf, und der in denselben vorherrschende Muthwille „entgötterte und vermenschlichte“ auch unserem Smidt seine Ideale zu sehr, als dass derselbe ihm hätte zusagen können. Der Unmuth über solche literarische Sansculotterie, die doch Göthe eben vorher in den Horen getadelt hatte, und die Missachtung seiner lieben Weser veranlassten Smidt zu einem humoristischen Pegasusritte. So warf er denn in guter Laune eine Anzahl Antixenien aufs Papier und sandte sie seinem Universitätsfreund Horn aus Braunschweig, der später Senator in Bremen wurde. Ohne Smidts Wissen und Willen wurden sie dann von einem Dritten, Namens Himly, dem sie Horn mit eigenen Zusätzen mitgetheilt hatte, gedruckt unter dem Titel: An die Xeniophoren. Ein kleines Messpräsent. 1797. Auf der Rückreise aus der Schweiz im Herbst 1797 fand Smidt, da er sich in einem Frankfurter Buchladen nach literarischen Neuigkeiten umsah, zu seinem höchsten Erstaunen dort sein eignes Werkchen vor. Jedoch waren von seinen 42 Epigrammen 11 fortgelassen, dagegen noch 15 aus Horns dürftiger Mache hinzugefügt. Der anständige Ton dieser Flugschrift ist von den neueren Xeniographen, die damals den Namen ihres Verfassers nicht kannten, in Boas' Xenienkampf 1851 und Saupe's Schiller-Götheschen Xenien 1852 anerkannt, dagegen Witz darin vermisst. In Schillers und Göthe's Xenienmanuscript aber, das nach dem Tode seines Verfassers Boas Wendelin v. Maltzahn 1856 herausgab, nennt Boas als Verfasser dieses „matten Productes“ Johann Smidt und fügt, gestützt auf ein unter einem Artikel des Allgemeinen Literarischen Anzeigers von 1797 unterzeichnetes S, die Bemerkung hinzu, Smidt selber habe darin seine Schrift als eine der wichtigsten Gegenschriften der Xenien gepriesen, die der Aufmerksamkeit des Publikums ja nicht entgehen dürfe. Da diese ebenso leichtfertige, wie hämische Verdächtigung unseres Wissens nirgendwo öffentlich widerlegt ist, so liegt es uns hier ob, die Ehre unseres Smidt zu wahren, was wir nicht besser thun zu können glauben als mit Smidts eigenen Worten, die er darüber am 9 December 1856 dem Freiherrn von Maltzahn schrieb. „Mir ist gänzlich unbekannt geblieben, dass

ich dem Publikum als Verfasser jener Distichen irgendwo namhaft gemacht bin, wie mir auch der Allgemeine Literarische Anzeiger nicht bekannt geworden ist, so dass ich auch nicht weiss und angeben kann, wer die daselbst mit S. unterzeichnete Bemerkung geschrieben oder eingesandt haben möge" und weiterhin „Ihre Sorge, hochgeehrter Herr, dürfte es eher als meine sein, den verewigten Boas dahin zu rechtfertigen, dass der Makel eines dabei vorgewalteten Leichtsinns nicht auf diesen zurückfalle; denn wer mich kennt, wird mich eines solchen Verfahrens nicht fähig halten." Auch wir können den Xeniophoren, die man ja nun auch als blosse Privatscherze, die nicht für den Druck bestimmt waren, als Uebungen, wie sie die Freien Männer in Jena zur Unterhaltung trieben, zu beurtheilen hat, keinen grossen Werth beilegen. Aber dass den angehenden bremischen Patrioten das scharfe Verdammungsurtheil Schillers über die Weser:

Leider von mir ist gar nichts zu sagen; auch zu dem kleinsten
Epigramme, bedenkt! geb' ich der Muse nicht Stoff

beleidigen konnte, ist leicht denkbar. Und wenn dem anmasslichen Xenion Schillers

Kurz ist mein Lauf und begrüsst der Fürsten, der Völker so viele,
Aber die Fürsten sind gut, aber die Völker sind frei.

unser Smidt, der die freien Völker der Saale aus eigener Anschauung kannte, sein „Saalfreiheit" betiteltes Antixenion entgegenstellt:

Lange zerbrach man den Kopf des freie Völklein der Saale.
Fabri*) nennt es uns nicht. Xeniophoren, ihr wisst's!,

so trauen wir dem Bürger einer freien Stadt ein besseres Urtheil zu, als dem Sänger der Freiheit. Wir begrüssen in diesen Xeniophoren ein stark entwickeltes Heimathsgefühl, das in den anderen Antixenien vergebens gesucht wird und doch in dieser Zeit der Auflösung des morschen Reiches eine der wenigen Hoffnungen auf eine spätere, das ganze Deutschland umfassende Vaterlandsliebe gewährte. Und weiter sind sie uns ein Zeichen des neu erwachten Geisteslebens in unserem Smidt.

*) Fabri Handbuch der neuesten Geographie 1784.

Wahrscheinlich fallen in diese Zeit, in den Winter von 1796/97, vier Vorlesungen über die Geschichte des Jesuitismus, die er vor Herren gehalten hat oder halten wollte und seinen ersten Versuch dieser Art nennt In der eröffnenden Vorlesung sagt Smidt etwa Folgendes: In der ersten Epoche der Geschichte wird die Ueberlegenheit der körperlichen Gewalt sichtbar, dann erheben sich intellectuelle Kräfte, die sich im Kampf mit jener vorzüglich durch List und Schlauheit offenbaren, bis endlich eine moralische Wirksamkeit auch diesen die Herrschaft zu entreissen sucht. Von einer dieser Stufen zur andern gelangen nun die Völker nicht etwa durch den gleichlautenden Willen von Millionen Individuen, auch nicht allein durch den genialen Geist eines Einzelnen, entscheidender sind gewöhnlich die Vorarbeiten der Natur, wie z. B. die Bodengestaltung und das Klima des Landes. Jedoch zwei grossartige Versuche sind aus der Geschichte bekannt, die unabhängig von jenen Vorbereitungen der Natur durch andere Arten von Menschenvereinen (als es Staaten sind) zur Erreichung gewisser Endzwecke thätig waren, um eine höhere Stufe der Cultur zu erreichen, um einmal die Sittlichkeit und das andere Mal die Schlauheit auf den Thron des Jahrhunderts zu setzen Den einen Versuch macht das Christenthum, das wie eine göttliche Erscheinung auftritt, den anderen der Jesuitismus, welcher der Unterwelt anzugehören scheint und den lichtscheuen Blick nur unter dem Deckmantel des ersten zu erheben vermag. Erhaben über die Grenzen eines bürgerlichen Wirkungskreises hüllt sich dieser Verein in ein weltbürgerliches Gewand und strebt eine Universalmonarchie der Schlauheit an, die mehr als ein Jahrhundert die ersten Völker des Erdballs beherrschte. Der Orden Jesu stellt das Ideal einer Verbindung dar, deren Zweck ist, durch Klugheit die Welt zu regieren. Die Klugheit führt das Schwert nicht selbst, um sich keiner Gefahr auszusetzen, darum sucht sie in keiner unmittelbaren, sondern nur in einer mittelbaren Herrschaft ihre Sphäre, tritt also nie selbst an die Spitze der Weltregierung, wirkt aber auf alle Menschen ein, die zu dieser Regierung mitwirken. Dazu bedarf sie des Umgangs mit allen Ständen, genauester Kenntniss der Menschen und

des Volksgenius, dem sie Nahrung zuführt, aber auch wieder entzieht, um sich unentbehrlich zu machen. Ausserdem wird eine solche Gewandtheit des Geistes verlangt, dass ihm nichts fremd und unerwartet ist und dass er jede neue Thätigkeit in sein Joch zu spannen weiss. Der Plan einer solchen Herrschaft muss ganz einfach sein, er verträgt kein bleibendes System. Indem er sich Allem anzupassen scheint, passt er sich Alles an, und trifft zweckmässige Gegenanstalten gegen künftige Gefahren. Die eine Gefahr ist der Grössentaumel und das Streben, aus der Sphäre der Klugheit in die der Gewalt überzugehen. Darum muss eine Hand von eherner Festigkeit den Bund zwingen, in den Schranken der einmal bestimmten Laufbahn zu beharren. Weit gefährlicher für den Jesuitismus, weil von der Vorsehung gewollt, ist die steigende Kraft der Sittlichkeit. Dieser muss er stete Hindernisse bereiten, besonders durch Herabwürdigung derselben zur blossen Klugheitslehre, um sie so in der eignen Sphäre erfolgreicher bekämpfen zu können. An den Klippen der Gewalt und der Sittlichkeit kann der Plan einer Weltregierung der Schlauheit scheitern und ist in der That der Jesuitismus gescheitert. Fragt man, wie und wann ein solcher Bund entstehen konnte? In der Zeit der Rohheit entschied die Muskelkraft, in den gebildeten Staaten des Alterthums zerstörte der aller religiösen Schwärmerei baare Geist der Freiheit und Offenheit, der Vaterlandsliebe und Politik die Intrigue. In den Kämpfen des mittelalterlichen Europas gegen Hunnen und Sarrazenen führte der Genius der Zeit das Schwert, das eine Herrschaft der Klugheit nicht duldete. Erst bei dem Aufkommen eines Staatensystems und einer Diplomatie, bei einem gewissen Grade höherer Cultur, der nicht bloss für Macht, sondern auch für Ideen empfänglich war, im Zeitalter des Zweifels und der ungeheuersten Krisen d. h. nur im 16. Jahrhundert war die Entstehung eines solchen Ordens möglich.

Die nächsten beiden Vorlesungen schildern im Wesentlichen nach Spittlers Geschichte des Jesuitenordens seine Ausbreitung, vorgebliche Constitution und ausserordentlichen Privilegien, die er von den Päpsten erhielt, und seine Thätigkeit ausserhalb Europas, um dort das nothwendigste Erforderniss einer

heimlichen Gewalt, Reichthum, an sich zu reissen. „Wer erstaunt nicht, ruft Smidt aus, über die Blindheit und Feigheit Europas, dass so viele Jahre hindurch das unaufhaltsame Streben jener fürchterlichen Verbindung, sich alle bendelnden Nationen zinsbar zu machen, durch Vorurtheile geblendet, verkennen konnte, und wo es die Augen aufzuheben wagte, sich zum Widerstande zu schwach fühlte!" Die 4. Vorlesung zeigt, wie die Jesuiten, mächtig an den ersten Höfen Europas, ihre Hand bei jedem epochemachenden Ereignisse 200 Jahre lang im Spiele haben, besonders in Frankreich, und erinnert daran, dass, soviel euch für die Vortheile monarchischer Verfassung sprechen möge, doch nur in dieser und nicht in einer Republik die Möglichkeit einer solchen geheimen Despotie zu fürchten sei. Am Schlusse giebt Smidt das Versprechen einer Fortsetzung, das er aber unseres Wissens nicht gehalten hat. Abgesehen von der Eintheilung der Geschichte in drei Hauptperioden, die schon vorher Kant in seiner Idee einer allgemeinen Geschichte 1784 aufgestellt, dann Woltmann in seiner Einleitung zur älteren Menschengeschichte 1794 und auch Fr. Schlegel in seinem Versuch über den Republikanismus 1796 angenommen haben, scheint die interessante Einleitung das volle Eigentum Smidts. Sie verräth eine grössere Reife des Verstandes, eine gewisse Kunst der Charakterisirung und Anordnung, einen geschärften Blick für die realen Verhältnisse und die historischen Bedingungen, eine wachsende Theilnahme an den Begebenheiten der Zeit und ein entschiedenes Eintreten für die republikanische Staatsverfassung.

Smidt wurde nun in seiner Vaterstadt bekannter und gewann einen Freundeskreis, der ihm einigen Ersatz für die geselligen Freuden seines zweiten Jenenser Aufenthalts bieten konnte. Im Februar 1797 gründete Senator Deneken in Bremen eine literarische Gesellschaft, die zunächst den Zweck hatte, den Culturstufen in den verschiedenen Standen, sowie den Mitteln nachzuforschen, wodurch die gegenwärtige sittliche Bildung planmässig weitergeführt werden könnte. Sie war also ursprünglich von ähnlicher Anlage wie jene literarische Gesellschaft in Jena, und wir wundern uns deshalb nicht, unter den Stiftern der Gesellschaft, Senatoren, Professoren

und Pastoren, auch den jungen Candidaten Smidt zu finden. Dieser Verein, den Deneken gern zu einem Illuminatenorden erhoben hätte, blieb doch im Wesentlichen eine Zusammenkunft zu geistiger Erheiterung. In den Jahren 1798—1806 veranstaltete er alljährlich einmal eine gemeinsame Sitzung mit der Oldenburger Literarischen Gesellschaft in Falkenburg oder Berne und hielt bis zur Einverleibung der Hansestädte in Frankreich zusammen. Mehrere Vorträge aus der ersten Zeit des Bestandes dieser Gesellschaft regten wirksam Reformen des bremischen Erziehungs- und Schulwesens an, auch sonstige Uebelstände, wie der Mangel einer Darstellung bremischer Geschichte, der Trinkgeldermissbrauch und die Beerdigung auf den Kirchhöfen innerhalb der Stadt wurden besprochen. Smidt trat im ersten Jahre der Gesellschaft, wie es scheint, noch nicht thätiger hervor, auch nahm eine Schweizerreise, die er mit Köppen und dem Livländer Räson unternahm, fünf Monate des Jahres 1797 in Anspruch. Sie hatte den Zweck, seine immer noch schwankende Gesundheit zu stärken, ihn vom letzten Reste des Augenübels zu befreien und Land und Leute kennen zu lernen.

Am 6. Mai 1797 kamen die Reisenden in Frankfurt an, wo gerade grosse Aufregung über den für Oesterreich so vortheilhaften Vertrag von Leoben vom 18. April 1797 herrschte, mit dessen Bedingungen Bonaparte ja eine Zeit lang alle Welt düpirte. Hier, wie in Mainz und Mannheim stiess Smidt überall auf die traurigen Spuren der letzten Kämpfe. Ein Abstecher zu seinem Freunde Meister in Büdingen, auf dem er bei schlechtem Wetter sich arg verlief, lehrte ihn zuerst auch die Mühsale einer Reise kennen. Aber er beruhigte sich damit, dass durch diese Reise sein ganzes Wesen gewinnen solle und er nicht bloss auf Vergnügen zu rechnen habe. „Unter all diesen Mannichfaltigkeiten der Welt will ich selbstständiger, charakterfester werden. Gut ist's, in Verlegenheiten zu gerathen und sich durch Thätigkeit herauszureissen." Am 8. des Wonnemonds entzückt Heidelberg die Reisenden, die Poesie erwacht in ihnen, sie nehmen sich vor, auf jeden Ort, den sie passiren, ein Epigramm zu machen, sie benutzen sogar die Versespenden ihrer Muse dazu, ihnen nach Tisch den

Schlaf zu vertreiben. Smidts Reisetagebuch schildert uns lebhaft die neuen Erregungen seiner Seele. „Am Wolfsbrunnen bei Heidelberg beschäftigte sich meine Phantasie mit Klara du Plessis und Klairant*) und der Scene, die hier zwischen Beiden vorfiel. Ich fand die Gegend dieser Trauerscene ganz angemessen. Rauschend stürzt sich der Waldstrom vom Berge herab, aber plötzlich fällt er in einen Teich, und alle Thätigkeit und alles Leben ist verschwunden. Mit grünlichem Schlamm ist der Teich überzogen Aber in der Ferne hört man ein leises Rauschen und ahnt, dass der Bach sich aufs Neue klarer aus dem Teiche wieder ergiesse. Bild des Todes und der Unsterblichkeit, dachte ich. Es war sehr schwül, die Wiese blühte so voll, so schwellend und strotzend in ihrer Fülle, dass sie sich nach der Sichel zu sehnen schien Im Hintergrunde entdeckten wir ein dunkles Gewässer, mit schattigen Baumen überhangen, einen Platz, der süssen Schwermuth heilig. — Die Tour auf den Wolfsbrunnen hat Manches in mir aufgeweckt, was eine Zeit lang schlummerte." Am 22. Mai schrieb er in Friesenheim hinter Offenburg zum Geburtstag seiner Schwester in sein Tagebuch folgendes elegische Gedicht

Ob er auch meiner gedenkt an diesem erinnernden Tage?
Fraget da, Liebe, vielleicht, sinnend des Bruders Geschick.
„Wohl hat er deiner gedacht, schon ehe die leuchtende Sonne
„Seinem freieren Blick öffnete Wald und Gebirg
„Wohl hat er deiner gedacht, sein eignes Leben umfassend,
„Inniger fühlt er es noch, wenn er das deine ergriff.
„Wohl hat er deiner gedacht, noch einmal das Bild sich erneuernd,
„Das ihm die Trennung von dir zeigte in hellerem Licht.
„Sich! er durchwandelte jüngst die Stätte der früheren Sehnsucht,
„Wo ein düster Geschick ihm die Geliebten entriss.
„Freundlich grüsst er die Todten, ein geistiges Echo ertönte
„Von den Gräbern zurück ihm in das lauschende Ohr"
Freundlich sei uns gegrüsst! wir haben dich nimmer vergessen,
Leben im Glauben, der uns unsern Geliebten verhand.

*) „Klara du Plessis und Klairant" 1795 Sentimentaler Roman von August Lafontaine.

Sage, gedenket man unser denn in der Lebendigen Lande,
  Wie in voriger Zeit, immer noch innig und oft!
„Reden musst er die Sprache der Wahrheit in heiliger Stunde,
  „Aengstlich ward ihm das Wort, schweigen vermochte er nicht:
„Wohl gedenket man eurer, doch immer seltner und kälter,
  „Liebe zum Leben verscheucht gerne ein trauriges Bild.“
Klage nicht, hallte es wieder, ein höheres Leben vereinet,
  Was des Verhängnisses Macht jedem gewaltsam entriss.
„Und es verschwanden die Geister, ein hellerer Blick in die Zukunft
  „Tröstet die Seligen bald, aber den Pilgernden nicht.
„Düsterer Ahnungen voll erblickt er den einsamen Hügel,
  „Wo sein modernd Gebein einstens die Erde bedeckt,
„Schwebte im Geiste darüber und sah sich von Allem verlassen,
  „Was durch der Liebe Gewalt fesselt sein klopfendes Herz.
„Rastlos trieb es ihn fort, er suchte die Stätte der Heimath,
  „Suchte in jeglichem Land seine Geliebtesten auf.
„Fragend wandert er jetzt im Geiste bei allen vorüber:
  „Wird sich trösten auch der, meiner vergessen auch die?
„Trösten werden sich alle und alle deiner vergessen,
  „Früher der Eine vielleicht, später der Andere doch.
„Also erblickt er die Antwort im trüben Spiegel der Zukunft,
  „Aber den Nebel durchbrach plötzlich ein helles Gestirn.
„Magisch zog er es an, und magisch ward er gezogen
  „Von dem lieblichen Bild, glühend hielt er es fest.
„Werden mich Alle vergessen, so rief er im Glauben der Liebe,
  „Schwester, du bleibest mir doch immer und ewig getreu!
„Gerne verweilet dein Geist in heiligen Stunden der Weihe
  „Neben dem meinen, der dich findet, wo er auch sei.
„Du verlässest mich nicht, und über dem ruhigen Hügel
  „Schwinge Vergessenheit dann immer den furchtbaren Stahl —
„Also ward er getröstet, es eilte mit schnellerem Fittig
  „Freundlicher Genius dann wieder dem Wallenden zu.
Habe die Klage vernommen, so rief er und wehrte den Lüften,
  Dass kein lauschendes Ohr weiter erreiche der Schall,
Habe dich lange vermisst, es hielten mich deine Getreuen,
  Und nach Kunde von dir fragte ihr liebendes Herz.
Wähnten, du zähltest sie nicht, die tausend klopfenden Schläge,
  Welche im heimischen Land schwellen die sehnende Brust.

„Ja, ich vernehme sie wieder, erschallte die freudige Antwort,
„Nimmer betäube mein Ohr wieder des Lethe Geräusch.
„Wahre mich ferner du Treuer, jedoch mit schirmenden Flügel
„Wahre die Theure zugleich, die mich dem Orkus entriss."

Der innige Erguss seiner Bruderliebe, welche die in der Fremde eindringende Schwermuth niederkämpft, hat, wenn überhaupt ein rasch hingeworfenes Gedicht eines poetisch nicht sehr begabten jungen Mannes mit einer der vollendeten Schöpfungen unsers ersten Dichters verglichen werden darf, einige verwandte Töne mit Göthe's Euphrosyne, die einige Monate später auf einer Schweizerreise aus tieferen Schmerzen entstand. Anderen Gedanken öffnete sich Smidt, als er nach Basel kam, das von den Gewitterwolken der französischen Revolution immer dichter umzogen wurde. Doch hielt der Baseler Bürgermeister Buxtorf, den Smidt besuchte, noch immer den Kopf aufrecht und machte ihn mit einer politischen Regel bekannt, die Smidt später als bremischer Rathmann wohl öfter angewandt hat. Buxtorf sagte nämlich: „Wir haben uns immer ein wenig grösser gemacht, als wir waren, und haben uns sehr gut dabei gestanden." In Aarau nahm er mit fünf andern Mitgliedern seiner alten literarischen Gesellschaft zu Jena, wie einst auch Fichte gethan, an einer Sitzung der helvetischen Gesellschaft Theil, worüber er später wieder der literarischen Gesellschaft in Bremen Bericht erstattete. Der blinde Pfeffel und Hirzel, die Altväter des Vereins, Pestalozzi und Breitinger waren zugegen. Als nun ein mit Schweizerblut, einem bei S. Jakob an der Birs gewachsenen Wein, gefüllter Pokal kreiste und dabei die Pfeffelsche Weise gesungen ward:

> Lasst ihn um die Tafel gehen,
> Den Pokal auf Wiedersehen,
> Brüder, und auf jeden Schluck
> Folg' ein treuer Händedruck!

und Kuss und Hand gereicht wurden, da war die Stimmung so feierlich, als ob das heilige Abendmahl gehalten würde. Am 6. Juni landete er auf der Petersinsel im Bieler See. „Die kleine Insel ist äusserst romantisch, ganz für die Schwärmerei geschaffen. Auch ich würde diesen Ort zu meinem Aufenthalt wählen, wenn es mir im Gewühle der Welt nicht länger gefiele.

So viele Anmuth vereinigt dieser kleine Fleck, und Alles so leicht zu umfassen. Man muss bei einem längeren Aufenthalt von selbst aufgefordert werden, sich mit der ganzen Natur, die hier lebt und webt, vom kleinsten Pflänzchen bis zu dem menschlichen Genossen des einzigen vorhandenen Daches zu befreunden. Es muss so leicht werden, das kleine schöne Ganze mit sich in Harmonie zu bringen. Es lebt Niemand mehr auf der Insel, der Rousseau gekannt hatte. Die Sage nahm schon ihren Anfang, und die Stätte wird heiliger." Smidt war glücklich, an der Aussenseite der Thüre noch Platz für folgende Zeilen zu finden.

Manches schirmende Dach empfängt den ermüdeten Wandrer,
Mancher freundliche Wirth nimmt den Ermatteten auf.
Seltner findet der Geist die Stätte der höheren Sehnsucht,
Die ein Gott ihm verhiess, wie er der Heimath entfloh.
Wandrer, verstehst du den Ruf? Du bist an heiliger Schwelle,
Wo durch des Phantasus Macht ewiger Genius weilt.

In Bern wurde mit Berger, Herbart, Böhlendorf und Mubrbeck eifrig philosophirt über Unsterblichkeit und Vernichtung. Den 2 Juli genoss er den schönsten Abend seiner Reise bei Lausanne. „Erst der heitere, völlig wolkenlose Himmel, dem der himmelblaue See die ätherische Farbe zurückgab. Allmählich kam die Sonne dem Jura naher und verbarg sich endlich hinter seinem Rücken. Immer neues Colorit, immer neue Gestalten! Feuerstreifen über dem Jura, allmählich dunkler werdend. Alle scharfen Umrisse schwinden in der Natur und zeigen sich im Herzen des Menschen, der sich in ihr verloren hat. Chillon hält noch einen Strahl der Abendsonne fest, dann steigt ein Dunstnebel aus dem Rhonethal und verbreitet sich über den See. Die Felsen von Meilleric schimmern noch etwas, den dunklen Tannenwald hat die Nacht schon ergriffen. Die einzelnen Savoyischen Gebirge ragen wie Inseln aus dem Meere hervor, das jenseitige Ufer des Sees wird man nicht mehr gewahr. Beständig wechselnde Farben der Wolken über dem Jura, feuerfarben, roth, braun, hellgrau, blau, alle Schattirungen über einander! Dunkler, immer dunkler, der Mond immer mächtiger. Die Schneeberge leuchten über der Rhone, die Strahlen tanzen auf den Wellen, ein kühler Abendwind erhebt sich über den See. Die Blätter der Pappeln säuseln, aber kein Zweig wird

bewegt. Vom savoyischen Ufer ertönt die republikanische Trommel, zur Ruhe winkt sie dem Müden, er ist geschützt im Dunkel der Nacht. Ich drückte Muhrbeck die Hand, wir sprachen kein Wort. Waren M. und T. (Braut und Schwester) an meinen Armen! Auch der ängstigendste Gedanke muss mit einstimmen in die Harmonie des Menschen an einem solchen Abend, er wird in eine höhere Sphäre mit fortgerückt, wo man glaubt und liebt. Wer seine Todesstunde herannahen fühlte, sollte seine Geliebte an einem solchen Abend lieber führen und ihr verkündigen, er werde nicht lange mehr bei ihr sein. Nie wurde der Gedanke an sein Scheiden ihr bitter sein, wehmüthig süsse Empfindungen würden ihn immer tröstend begleiten. Was könnte man hier nicht vergessen, zu welchen Entschlüssen sich nicht die Seele erheben oder vielmehr, wozu würde sie hier nicht erhoben ohne die mindeste gewaltsame Anstrengung!" Diese wehmüthig süssen Schwärmereien, in denen wir Rousseaus und Werthers Einflüsse verspüren, trüben übrigens seinen Einblick in die politischen Strömungen nicht. Schon am 8. Juli stellt er in Genf die Betrachtung an: „Alles lässt sich in Frankreich zu einer Contrerevolution an, es scheint eine grosse Krise bevorzustehen. Mir graut vor dem Despotismus, den ich in der Ferne mächtiger als jemals erblicke." Das schrieb er zwei Jahre vor dem 18 Brumaire nieder. Obgleich ihn oft in dieser Zeit Schwindsuchtsgedanken quälten, scheute er doch nicht vor kühneren Gebirgsfahrten zurück. So erklomm er den Montanvert, anstaunend die Wunder der Gletscherwelt. „Wenn man den Blick auf der wüsten Moräne ruhen lässt und dann wieder zu den ungeheuren Felspyramiden erhebt, sollte man sich in ein Chaos versetzt glauben, zu dessen Entwicklung noch mehr als ein Schöpfungstag zu fehlen scheint. Die Phantasie der Gothen war nicht so abenteuerlich productiv, sie copirte die Natur. Der Montblanc mit seinen unzähligen Aiguillas ist das erhabenste gothische Gebäude, das man nur denken kann." In Mailand sah er am 3. August zuerst Bonaparte und seine Frau, er klein mit bräunlichem Gesichte, schwarzem struppigen Haar, seine Frau mit grossen sprechenden Augen. Auf der Rückkehr aus Italien nahm die Behörde in Luvino Smidts Reisegefährten Köppen eine treffliche Pistole ab. Als die bestürzte

Reisegesellschaft glaubte, man könne doch nicht zu seinem Rechte kommen, sagte Smidt: „Wenn unserer Kraft diese Gewalt überlegen ist, so muss es uns möglich sein, aus der übrigen Welt, von der wir billig voraussetzen sollten, sie dürfe mit dieser Ungerechtigkeit nicht übereinstimmen, so viel Kraft aufzubieten, dass wir ihr gewachsen werden." Und als Böhlendorf meinte, man wäre dabei in der Hand des Zufalls, erwiderte Smidt, wenn man mit dem Schicksal zu thun habe, müsse man demselben so viele Gelegenheiten als möglich darbieten, in welchen es vielleicht nach unsern Wünschen wirksam sein könne. „Ich habe eine gewisse dunkle Ahnung von einem Genie des Glücks, für das sich Regeln müssen auffinden lassen, das aber schon vor der Regel regsam und thätig ist." Den jungen Mann, der so tapfer philosophirte, mochte es seltsam anmuthen, als er am 16. August in Luzern von den Franziskanern hörte, dass sie eifrig Kants Philosophie studierten, die doch noch 10 Jahre früher der gesammten gebildeten Welt ein Buch mit sieben Siegeln war. Am 1. September liess sich Smidt in Zürich nach kurzem Colloquium und einer Probepredigt über Evangelium Joh. 8, 36. „So euch nun der Sohn frei macht, so seid ihr recht frei" zum Prediger ordiniren. Auch hier zeigte Smidt vorzügliche Talente, gebildete Urtheilskraft, Reichthum gelehrter, wohl geordneter Kenntnisse und eine hervorragende Geschicklichkeit „dasselbe auf eine fassliche Weise Andern mitzutheilen und interessant zu machen". Beim Abschiede von Zürich gab ihm Lavater noch eine Karte mit heiligen Lebensregeln auf den Weg. Man könnte sich leicht versucht fühlen, diese Predigerweihe als eigentliche Krönung seiner Reise, als Ziel seiner Wünsche aufzufassen. Aber man würde irren. Smidt wollte dadurch zunächst wohl nur einen Charakter in der Welt gewinnen; andere Entschlüsse aber daraus zu ziehen, sträubte er sich. Zweimal, zu Anfang und nach dem Schluss seiner Reise, lehnte er einen Ruf an eine Hilfspredigerstelle zu Lübeck ab. Nirgendwo in seinem Tagebuche stossen Einem eigentliche theologische Interessen auf. Naturschwärmerei, Freundschaftsseligkeit, feinere philosophische Genusssucht sind die Grundstimmungen seiner Seele. Die Schweiz hatte seine Ideale erhöht, seine Phantasie schöpferischer gemacht. Er hatte hier zwar nicht

die Menschen gefunden, wie man sie in diesem „Philanthropin der Natur" erwarten sollte, er war auch nicht zu diesem „Stück von Claude Lorrain" der Figuren willen gegangen. Dennoch aber zog seinen Geist je länger, je unwiderstehlicher der Gang der grossen Zeitgeschichte an. Er erkannte, dass die alte Schweizer Eidgenossenschaft mit ihrem patrizischen Gerümpel bald würde verschlungen werden vom Strudel der französischen Revolution, wie es denn wirklich im folgenden Jahre geschah; ja er witterte schon weiter hinaus das Herannahen einer grausigen Zwingherrschaft. Diese Schweizerreise, die ihm am bedeutungsvollen Wirkungsplatze des Reformators Zwingli die Würde eines reformirten Predigers und den Segen Lavaters brachte, vermochte nicht ihm den Beruf eines Geistlichen als seine Lebensaufgabe zu weihen, im Gegentheil, sie vollendete seinen lange vorbereiteten, langsam sich erweiternden Bruch mit dem theologischen Stande. Dazu kam, dass er, nach Bremen heimgekehrt, keine Neigung empfand, sich alsbald von seiner Braut wieder zu trennen, um in Lübeck ein einsames Hilfspredigerdasein zu fristen, und dass man ihm auch schon in den ersten Wochen eine Professur der Philosophie am Gymnasium illustre anbot. Am 6. October 1797 nahm er die Ernennung zu dieser Stelle freudig an, so verkommen auch diese schwach besuchte Anstalt und so kläglich auch die Einnahme war. Er hatte dafür eber auch nur zwei Stunden wöchentlich zu lesen, also Zeit genug, noch anderen Zielen zu streben.

## Smidt als Professor der Philosophie in Bremen von 1797—1800.

Gegen Ende des Jahres 1797 trat der Rastatter Congress zusammen, dessen Verhandlungen mit der sogenannten „Integrität des Reiches" anfingen, um mit der Abtretung des linken Rheinufers und umfassenden Säcularisationen schmachvoll zu enden. Bedenkliche Entschädigungsgerüchte schwirrten umher, bedenklich besonders für die Kleinen, zu denen sich auch Bremen rechnen musste. Schon vor dem Zusammentritte des Congresses köderte Bonaparte das Berliner Cabinet mit einer Vergrösserung an den Nordseeküsten, im Beginn der Rastatter Zusammenkunft wurden demselben Mecklenburg und Hamburg

angeboten. In dieser auch für Bremen so bedrohlichen Lage machte der junge Professor der Philosophie sein diplomatisches Debut. Seines Jenenser Freundes Perret sich erinnernd, der von ihm auch in Mailand, aber vergeblich, nachgefragt worden und nun als Bonapartes Secretär in Rastatt eingetroffen war, richtete er an diesen einen Brief am 5. December 1797. Er sucht einen Verkehr zwischen ihm und den bremischen Gesandten in Rastatt, Georg Gröning, anzubahnen, er fordert ihn als Freund, Bürger und Kosmopolit auf, für den reinen Foderalismus, über den sie einst als Studenten verhandelt haben, für die Freiheit der Hansestädte, für ihren nur dadurch allein begründeten und auch der französischen Republik so vortheilhaften Handelsflor zu wirken. Wie klein auch der bremische Freistaat, dessen Sache er hier vertrete, der grossen Republik gegenüber sei, die Zahl der Köpfe entscheide nicht darüber, ob man für Menschenwohl thätig sein müsse oder nicht. Und Angesichts der Schwierigkeiten seines Gesuches bekannt er sich zu dem tapferen Wahlspruch: Nil volentibus arduum! Zwar ruht dieses Schreiben wesentlich auf den Ideen, die Kant in seiner Schrift über den Ewigen Frieden 1795 ausgesprochen hatte, welcher Friede nach seiner Ansicht eben im Wesen der republikanischen Verfassung und im zunehmenden Handelsverkehr seine Hauptstützen hat und im freien Bunde freier Volker zu seinem dauernden Ausdruck gelangen kann; aber die eben so schöne, wie praktische Verwendung dieser Gedanken gebort Smidt an. Diplomatische Findigkeit ist schon hier mit echtem, zur That drängendem Patriotismus vereint. Smidt bereitet sich ernstlicher auf den mühsamen Wachtposten vor, den er für die Sicherheit seiner geliebten Vaterstadt ein halbes Jahrhundert hindurch unermüdlich getragen hat.

Dass er seiner Stadt seine Kräfte widmen wollte, zeigte er auch durch den Verzicht auf die Schoss- oder Vermogenssteuerfreiheit, auf die er Anspruch hatte. Er wollte lieber zahlen, dafür aber auch Theil haben am politischen Leben des kleinen Staates. So wurde er denn zu den Bürgerconventen hinzugezogen. Seine hier entfaltete Thätigkeit entzieht sich der Prüfung, aber gewiss waren es nicht allein seine Museumsvorträge und seine Leitung des Hanseatischen Magazins, auch

nicht allein seine guten Familienverbindungen, sondern auch sein praktisches Wirken in jenem Kreise, was ihm bald dem Senate als erwünschtes Mitglied empfahl. Und um nun noch gründlicher festzuwurzeln in Bremen, reichte er bereits am 1. Januar 1798 seiner geliebten Wilhelmine Rohde die Hand zur Vermählung. Im neubegründeten häusslichen Frieden erwuchs fröhlich ein Idyll in Vossischem Stile, das anfangs für seine Frau bestimmt, dann seiner Schwester am 22. Mai 1798 zugeeignet wurde. Es schildert einen Familientag zur Dungen, wie er im Jahre 1782, in den Tagen seiner Kindheit, auf dem elterlichen Landgute bei Bremen in anspruchsloser Gemüthlichkeit verlief. Wenn auch die Hexameter nicht gerade Muster des Wohllautes sind, auch der Inhalt nicht den Stoffen der höheren Poesie angehört, so giebt doch das Gedicht ein frisches natürliches Bild von den ländlichen Kinderfreuden, die mit gesundem, etwas breitem Realismus dargestellt sind, und von den weisen, behaglich entfalteten Tischgesprächen bremischer Vorzeit. Und diese beiden Hauptscenen werden von einer warm aufgefassten, friedlichen Natur umrahmt. Vor Allem aber erfreut, dass ein Geist, der jetzt an höchst schwierige Fragen immer näher herantrat, sich eine so reine Kindlichkeit bewahrt hatte.

So zufrieden Smidt nun auch in seinem neuen Heimwesen sich fühlte, die paar Gymnasiumsstunden konnten ihm nicht Genüge thun. Zu Ende des März 1798 hielt er dort noch der Sitte gemäss eine lateinische Lobrede auf die Philosophie. Er beklagt sich hier darüber, dass die Philosophie den verschiedensten Urtheilen ausgesetzt sei. Ihre Gegner würfen ihr vor, sie verbreite Irrthümer und Thorheiten, zumal der Religion raube sie ihre Stütze, da doch erst durch die Hülfe der Philosophie der reine Gottesbegriff gewonnen werden könne. Dann solle die Philosophie Revolutionen und in deren Gefolge Barbarei verschulden, da doch gerade der Mangel philosophischer Kenntnisse diese hervorgebracht habe. Andrerseits könne ohne die Philosophie keine Wissenschaft gedacht werden, denn jeder Grundsatz einer besonderen Wissenschaft sei von einem höchsten Grundsatze alles Wissens abzuleiten. Da dieser nur durch die Philosophie erlangt werden könne, so sei die Philo-

sophie die Wissenschaft der Wissenschaften. Charakteristisch ist am Schluss seine Anrede an die Jünglinge: „Niemals werde ich, was ich auf dem weiten Gebiete der herrlichen Wissenschaft errungen habe, euch verhehlen, und kein Ansehen der Vorzeit oder der Lehrer wird mich abhalten, der Wahrheit nachzuforschen und sie euch mitzutheilen. Denn Nichts erachte ich für schimpflicher und des Wahrheitsfreundes unwürdiger, als den Schwur auf die Worte des Meisters".

Aber wie Smidt sich früher nach und nach vom geistlichen Berufe abgewandt hatte, ohne darum jemals sein lebendiges Interesse an kirchlichen Fragen, die ausserdem in seiner Vaterstadt fort und fort eine besonders wichtige Rolle spielten, zu verlieren, so entfernte er sich jetzt mehr und mehr vom philosophischen Studium, ohne darum jemals, wie besonders seine Reden bis in die späteste Zeit hinein bekunden, der Neigung zu entsagen, die Welt der Erscheinungen von einem höchsten Grundsatze abzuleiten. In seinem Panegyrikus auf die Philosophie wird als der Grund- und Hauptphilosoph Kant bezeichnet, während Fichtes keine Erwähnung geschieht, was neues Zeugniss dafür ablegt, dass Smidt sich kaum vom stürmischen Fortgange der Wissenschaftslehre seines Freundes hat fortreissen lassen, so sehr er sonst zu Fichte wie ein Jünger zu seinem Meister emporsah. Als noch vor seinem Eintritte in den Senat Herbart in Bremen eintraf, und wie oben bemerkt, mit Smidts Hause und Familie in einen innigen Verkehr trat, hatte Smidt selber bereits jede philosophische Studiengemeinschaft mit diesem Freunde aufgegeben und nicht wieder angeknüpft. Im schroffen Gegensatze zu seinem grossen philosophischen Hausgenossen fesselte Smidt in dieser Zeit der ungeheure Umschwung der Geschichte, er sehnte sich nicht nur darnach, in den Zusammenhang der grossen Begebenheiten einen Einblick zu thun, er beobachtete nicht nur unermüdlichen Auges die Dinge, die in Frankreich und Deutschland vor sich gingen, er suchte auch durch eigenes Eingreifen, durch schlagfertige Reden und Schriften seine Stadt gegen drohende Gefahren zu schützen und ihr geistiges und leibliches Wohl zu kräftigen. Diese Behauptungen stützen sich auf die weiteren Erzeugnisse seiner literarischen Wirksamkeit, welche die letzten Jahre des

Jahrhunderts ausfüllt. In Preussen erregte damals der Tod Friedrich Wilhelms II am 16 Nov. 1797 grosse Hoffnungen, und in der That erliess sein Nachfolger Friedrich Wilhelm III schon 8 Tage darauf eine Cabinetsordre, die auf eine Reform des Beamtenthums und der gesammten Verwaltung drang. Eine zweite Cabinetsordre beseitigte die Wollnersche Prüfungscommission und sagte von Wöllners Religionsedict, früher sei zwar kein Religionsedict im Lande gewesen, aber gewiss mehr Religion und weniger Heuchelei als jetzt. Doch erst im Frühjahr 1798 erhielt Wöllner seine Entlassung. Von jener zweiten Ordre, als einer Vernunft- und Toleranzacte, hatte Deneken freudig der literarischen Gesellschaft Mittheilung gemacht und damit die Frage verknüpft „Warum werden wir unschuldig unseren Nachkommen aufgeopfert, die aus dem Chaos, dem wüthendesten Kampfe von Licht und Finsterniss, worunter wir erliegen, die schöne sittliche Ordnung hervorgehen sehn werden? Gern möcht' ich hierüber ein paar tröstende Worte hören!“ Hierauf antwortete Smidt in folgenden Aphorismen:

Nur in die Finsterniss leuchtet das Licht, und ohne dieselbe
Wäre kein Gegenstand da für die durchdringende Kraft.

Nimmer endet das Chaos, aus seiner Fülle entwickelt
Heute wie morgen der Geist sich die unendliche Welt.

Mit chaotischem Deckel wird auch die späteste Nachwelt
Kämpfen eben wie wir, Ruhe findet sie nicht.

Ob sie glücklicher sei, heisst, ob ein kräftigeres Werde!
Sie dem Lichte vielleicht zuzurufen vermag.

Freuen dene wir uns der Ruhe, weil vor uns die wackeren Deutschen
Hemmten der Türken Gewalt, hemmten des Papstes Betrug?

Viel sind der Wege zum Irrthum, ein jeder wandelt den eignen,
Auch dem Enkel gewiss wartet ein menschliches Loos.

Sind wir darum ein Opfer, weil wir die künftige Ordnung
Sahen im Geiste voraus? Wäre denn Blindheit ein Glück?

Ist dann die Arbeit vollendet, und sammeln nur Jene die Früchte?
Manchen herrlichen Lohn fanden ja sicher auch wir!

Haben auch wir nicht geerntet, wo Andere säten und pflügten?
Sind wir der Menschheit denn werth, bringen wir weiter sie nicht?

Schön ists, im Lichte zu wandeln, doch herrlicher selbst den Funken
Unter Mühen und Noth holen vom Himmel herab!

Hast du dir höheren Sinn für Wahrheit auf Erden gebildet,
Schafft sich die höhere Kraft sicher die höhere Welt.

Ist dirs auf Erden zu enge, bedrängt dich das stete Gewühle,
In idealischer Welt suche die Freistatt dir auf!

Musen und Grazien wandeln nicht bloss in Hellas' Gefilden,
Auch wo Boreas thront, hebren die Himmlischen ein.

Ist das Gezänke der Fürsten, das Toben der Menge dir widrig,
Rufe den friedlichen Freund, mache das Haus dir zur Welt!

Leben soll Friederich Wilhelm! doch leben sollt' er noch höher,
Sprach' für die Zukunft er auch noch das vernünftige Wort
„Was ihr glaubet, das **darf** mir König nicht geben, nicht nehmen."
„Jeder bete zu Gott, wie ers am besten versteht!"

Diesen sinnvollen, männlichen Epigrammen, die mit warmen Segenswunsche für Preussen schliessen, reihen sich mehrere Vorträge an, welche die Fortschritte der französischen Waffen verfolgen. So besprach er das **Walliser Land** im J. 1798, das er im vorigen Sommer durchzogen und das eben vergeblich 8 Tage lang mit der französischen Republik gerungen hatte. Ein anderer Vortrag über **Aegypten in Beziehung auf die neueste französische Expedition**, der uns leider nicht vollständig bewahrt ist, wurde von ihm gehalten, als zwar die Eroberung Maltas vom 12. Juni 1798, noch nicht aber die Landung Bonapartes in Aegypten vom 1. Juli in Bremen bekannt geworden war. „Fast kein Zeitungsschreiber wagt mehr

daran zu zweifeln: Napoleon zieht nach Aegypten! Was will er dort? Seine Divisionen auf Cameelen beritten machen und durch die Wüsten Arabiens ziehen? Wird Tippo Saib ihm Flotten bauen, um ihn im arabischen Meerbusen abzuholen und nach Indien zu bringen? Soll die Landenge von Suez durchstochen werden und die französische Flotte geradewegs nach der Küste Coromandel segeln?" Den letzten Fall hält Smidt wegen der Breite der Isthmus für durchaus unmöglich, aber er meint, dass der Held, wenn er Aegypten ebenso schnell wie Malta erobere und zu dessen Behauptung eine hinlängliche Truppenzahl zurücklasse, nicht wortbrüchig werde erfunden werden „Dann könnten die in Toulon verwandten Millionen ihre ? Procent Zinsen tragen und zu den sechs Morgen Landes, die jeder Krieger nach geendigtem Feldzug erhalten sollte, dürfte hier wahrscheinlich eher Rath geschafft werden, als zu dem längst versprochenen Milliard, durch dessen gelegentliche Erwähnung die Factionen der gesetzgebenden Versammlung jetzt einander zu stürzen suchten und der in künftigen Zeiten vielleicht einmal einem zweiten Caesar die Brücke über den Rubikon schlägt." Was alles Aegypten für Frankreich werden könne durch seine Fruchtbarkeit, Handelslage, durch die Nähe von Goldländern und dem glücklichen Arabien wird dann dargelegt. Nur das Letzte hat sich nicht erfüllt, aber Smidts auch hier ausgesprochene Erwartung eines militärischen Gewaltshabers sollte sich schon im nächsten Jahre verwirklichen

Ganz besonders aber richtete Smidt schon damals sein Augenmerk auf die Lage Bremens. In der literarischen Gesellschaft besprach er am 23. Febr. 1798 die Cultur der Reichsstädte. Seine Vertheidigung dieser in Verruf gekommenen Reichsglieder stützt sich im Wesentlichen auf die im Briefe an Perret verwendeten kantischen Grundgedanken, nur schliesst sich ihr eine kräftige Aufforderung an jeden patriotischen Bürger an, die Ursachen des Zurückbleibens der reichsstädtischen Cultur zu erkennen und durch eigene Kraft zu beseitigen. Jene Ursachen liegen zum Theil in der Eigenthümlichkeit der reichsstädtischen Verfassungen, aus zu allgemeinen oder zu individuellen Bestimmungen zusammengesetzt zu sein Da durch innere Revolutionen nur neue Zufälligkeiten hineingerathen könnten,

fürchte man den Wandel, der auch die Einmischung grösserer Nachbarstaaten herbeiziehen könne, und ein Esprit de corps verhindere zweckmässige Vorschläge. Dazu suche in Reichsstädten des Zunftwesens nur seine Privatvortheile, nicht die des Staates. Ferner werde jede Abgabenneuerung vermieden, „Verbessern" klänge den Reichsstädtern wie „Bezahlen." Deswegen sei die Polizei in traurigem Zustande und die Reichsstädte glichen den Wohnungen von Geizhalsen. Dazu der Mangel an tüchtigen Köpfen, und die Tüchtigen vergässen oft ihr Amt über ihrem Gewerbe. Endlich ständen die Reichsstädte nicht unter einander in Verkehr, um sich ihre Culturfortschritte mitzutheilen, und die Chronik der freien Reichsstädte gehöre in Beckers Nationalzeitung zu der magersten Rubrik: „Die Rügen aber werden steigen, bis ein fremdes Joch erträglich scheint." Smidt mahnt nun die Bürger solcher Städte, doch auch deren Vorzüge auszubeuten. Eine Uebersicht ihrer Bedürfnisse ist leicht, dabei die Gefahr der Ueberteuerung und des Unterschleifes gering. Ausserdem genossen diese kleinen Staaten Frieden und schätzten die freie Thätigkeit bürgerlicher Vereine, deren Unternehmungen zwar minder unterstützt, aber auch weniger gehindert werden als in Monarchien. Das Erwachen der alten Hanse wird einen reineren Republikanismus zeigen, als die Nationen des Tages. Die Vereinigung der Reichsstädte wird am Wetteifer reizen, bis endlich die natürlichste Staatsverfassung, der reine Foderalismus, gegründet ist. Am 5. April 1799 bekämpft Smidt einen anderen Vorwurf, den man den Hansestädten machte, dass sie nämlich voll revolutionärer Gesinnung seien. Diese Furcht ist nach seiner Ansicht nicht begründet, weil ihre Verfassung zwar mangelhaft, aber nicht verdorben, also der Vervollkommnung fähig ist. Die Mässigkeit und die Art der Abgaben, der sogenannte Schoss, das Fehlen privilegirter Stande, wie jeglichen armen Pöbels, die volle Gewähr der Redefreiheit, die ihnen natürliche Politik, fremde Einmischung zu verhüten und den nur bei Ruhe möglichen Handel zu pflegen, alle diese Thatsachen widerlegen genugsam jene Vorwürfe. Dieser Vortrag, den auch das Hanseatische Magazin aufnahm, war dazu bestimmt, den Gelüsten der grossen deut-

schen Mächte nach Säcularisirungen und Entschädigungsforderungen entgegenzutreten. Schon im Frühling 1798 liefen die Bittschreiben der fränkischen und schwäbischen Städte um, die um Erhaltung ihrer Unabhängigkeit flehten. Damals besorgte man auch eine Erwerbung Hannovers durch Preussen, und im Herbste 1798 kam auf dem Rastatter Congresse die politische Zukunft von Hamburg, Bremen und Frankfurt wiederholt zur Sprache. Im November 1799 theilte Smidt, der nicht leicht den Muth verlor, wohl zur Beruhigung der Mitglieder der Gesellschaft, aus Häberlins Staatsarchiv die geheime Convention zwischen Frankreich und Preussen vom 5. August 1796 mit, worin die letzte Macht die Unabhängigkeit der Hansestädte zu erhalten versprach.

Diese ganze Thätigkeit Smidts in den letzten Jahren vor seinem Eintritt in den Senat, die einen halb historischen, halb politischen Inhalt hat, findet nun ihren vollkommensten Ausdruck in zwei grösseren Unternehmungen, in den öffentlichen Vorlesungen über Menschengeschichte, die er vom Winter 1798 bis zum Winter 1800 vor einem zahlreichen Herren- und Damenpublikum gehalten, und im Hanseatischen Magazin, das er vier Jahre 1799—1802 geleitet hat.

Seinen Vorlesungen sandte er als Einleitung eine Schrift voraus: Etwas über das Interesse an der Menschengeschichte, die auch 1798 in Bremen gedruckt wurde. Die Interessen an der Menschengeschichte (ein Ausdruck, den Woltmann als den allein richtigen an die Stelle des Wortes Weltgeschichte gesetzt hatte), sind verschieden. Das einfachste ist das Familieninteresse, das sich bald in ein bürgerliches Interesse für die Geschichte der Vaterstadt verwandelt, dann in ein staatsbürgerliches für das ganze Volk, um endlich in das Interesse am ganzen Menschengeschlecht überzugehen. Ein besonderes Interesse ist das an der Cultur, das sich auf die Erklärung des jetzigen Zustandes der Menschen richtet. Davon unterscheidet sich das praktische, das für den Staatsbürger jeder Verfassung, aber auch für den Menschen überhaupt wichtig ist. Das höchste Interesse ist aber das weltbürgerliche, das mit jeder der anderen Arten etwas gemein hat, aber durch seinen höheren Gesichtspunkt wieder von allen wesentlich verschieden ist. Dieses fragt nach der

Bestimmung des Menschengeschlechts, welche in der vollendeten Entwicklung aller Anlagen der Menschen besteht. Vom weltbürgerlichen Gesichtspunkte aus überblicken wir die Stufen der sinnlichen, intellektuellen und sittlichen Cultur. Dieser Gesichtspunkt tröstet uns allein über die Revolutionen, die nur Versuche sind, die grosse Aufgabe, wie die möglichst unbeschränkte Freiheit Aller mit der möglichst unbeschränkten Freiheit jedes Einzelnen zu vereinigen sei, noch zweckmässiger zu lösen, tröstet uns allein über die Kriege, denn jeder Krieg ist uns ein Streben nach einem vollendeteren Staatenverhältnisse, eine Annäherung zum ewigen Frieden. Auf diesem Gesichtspunkte trauern wir auch nicht über die Abnahme der intensiven Cultur, wenn die extensive zunimmt. Heute ist die Geschichte kein Mysterium mehr, sondern ein Gemeingut aller Gebildeten. Wenn andere Nationen mehr Interesse für ihre Nationalgeschichte hegen, so haben die Deutschen, die seit Jahrhunderten keine Nation mehr sind, ein besonderes Interesse an der Universalgeschichte. Dieser Sinn soll auch in Bremen geweckt werden. Als Bürger eines Handelsstaates interessiren uns andere Völker, als Bürger einer Republik, die eine kleine, aber mehr oder minder selbstthätige Rolle spielt, interessirt uns die Gegenwart, die aber erst aus der Vergangenheit verständlich wird. Endlich fordert uns der erschütternde Anblick der Begebenheiten unseres Jahrzehnts auf, weltbürgerliche Ansichten zu verbreiten. Ein derartiges Interesse wird in unserer Stadt am besten die Ritterromane aus den Lesekasten vertreiben, die den Geschichtssinn tödten.

So wenig neue Gedanken diese Vorrede enthält, so ist sie dennoch nicht ohne Verdienst. Sie fasst auf geschickte Weise alle die Ideen über allgemeine Geschichte, die in den letzten anderthalb Jahrzehnten Kant, Herder, Schiller und Woltmann darüber verkündet hatten, zusammen und leitet glücklich das mit zäher Ausdauer durchgeführte Unternehmen ein, eine höhere Auffassung der Weltgeschichte in populärer Weise in einer daran wenig gewöhnten Bevölkerung zu verbreiten.

Von den 98 Vorlesungen, die Smidt nun folgen liess, wies er 30 der Urgeschichte, der Geschichte der Aegypter, Israeliten, Phönizier, Carthager, Assyrer, Babylonier und Perser

zu, 20 der griechischen und 48 der römischen bis zum Ende der Republik Gleich dem Ausdruck „Menschengeschichte“ stammt auch die Reihenfolge der einzelnen Völker von Woltmann her, wie dieser sie, abweichend von Gatterer und Herder, in seinem Plane für historische Vorlesungen empfohlen und in dem ersten Bande seiner älteren Menschengeschichte, der Aegypten und Israel umfasst, selber innegehalten hatte. Smidts vier erste urgeschichtliche Vorträge lehnen sich hie und da an Herders Ideen, durchweg aber an Kants kleine Schriften an. Wie Kant setzt Smidt vier Racen an, die je nach der Saure, die im Blute das Uebergewicht hat, schwarz, kupferroth, olivengelb oder weiss sind Die Auffassung, dass der Erdkorper einst aus Wasser und Granit bestanden, auf dem die verwesten Schaalthiere einen Schlamm ansetzen, entnahm Smidt Herders Ideen Nach diesen mehr naturwissenschaftlichen Betrachtungen nimmt die Vorlesung nach Herders und Kants Vorgange für die Urgeschichte den mosaischen Schopfungsbericht zur Richtschnur. Doch wird von Smidt wie von Kant die biblische Erzählung gewaltsam umgedeutet, und wie nach Kants „Muthmasslichem Anfange der Menschengeschichte“ regt auch nach Smidt die Vernunft den Menschen zum Ungehorsam gegen seinen Instinct, nur einige Dinge zu geniessen, zur Sucht an, die Kenntniss der Nahrungsmittel über die Schranken des Instincts hinaus zu erweitern. Die Vernunft säumt dann weiter nicht, auch den Instinct zum Geschlecht zu verfeinern Daraus erklärt sich das Feigenblatt, das Kant das Product einer hoheren Aeusserung der Vernunft, Smidt den Anfang der aesthetischen Cultur nennt. Wie nun der Cherub der Vernunft zwischen die ersten Menschen und das Paradies ihrer Kindheit tritt, wie die verschiedenen Stände sich bilden, wie es zum Kriege kommt und zur Unzufriedenheit der Menschen mit der Vorsehung, Alles das sind Kantische Betrachtungen Nur die Darstellung der ältesten Religions- und Staatenbildung mag Smidt eigenthümlich sein In seinen Vorträgen über Aegypten und Israel stimmt Smidt vielfach mit Woltmann überein Beide schliessen aus dem Benehmen der Aegypter gegen Abraham, den diese der schönen Sara willen erschlagen wollen, auf die frühere Heiligkeit der dortigen Ehe, und aus dem Benehmen

des Weibes Potiphars gegen Joseph, auf den baldigen Verfall derselben. Der brennende Dornbusch auf dem Horeb erscheint Beiden als ein Dornbusch im Abendroth, Beide erklären die Israel vorauswandelnde Feuersäule aus dem Brauch der Nomaden, bei ihren Zugen Feuer voranzutragen. Beide schreiben dem Mosea zwei Grundideen zu, erstens sein Volk zu einigen und zweitens es möglichst unvermischt zu halten. Wie aber Smidt auf den wunderbaren Einfall kam, die unsichtbare Gewalt, durch die das Volk von der Bundeslade zuruckgehalten wurde, als Electricität zu erklären, wissen wir nicht. Aus diesen Beispielen erkennen wir deutlich, wie tief Smidt im Rationalismus jener Zeit befangen und wie weit entfernt er war von einer echt historischen Auffassung, obgleich schon Möser, Spittler und Herder vor ihm geschrieben hatten und obgleich er selber Herders das Wesen der Dinge weit tiefer erkennende Bücher über den Geist der hebräischen Poesie und seine Ideen vielfach auch für diese Vorlesungen benutzt hatte. Es scheint uns überflüssig, weiter noch in seine griechische und römische Staatengeschichte einzudringen. Hier fand Smidt schon besser bereitetes Material vor, und doch kann das, was er bietet, in unseren Tagen keinen Anspruch auf irgend welchen Werth machen, nachdem Griechenland durch eine Reihe gewaltiger Philologen, Rom durch Niebuhr und Mommsen in eine ganz andere Beleuchtung gerückt sind. Dem damaligen Geschlecht aber boten Smidts Vorlesungen eine solche Fülle gesunder geistiger Nahrung und Anregung, wie sie bis dahin in Bremen wohl von keinem einzigen Manne ausserhalb der Kanzel einem grosseren Publikum gespendet worden war.

Von eigenthümlicherem Charakter und unmittelbarem Einfluss auf das praktische Leben war eine zweite grössere Unternehmung dieser Zeit, das Hanseatische Magazin, das es unter Smidts Leitung auf 4 Jahrgänge 1799, 1800, 1801 und 1802 in 6 Bänden brachte, jedoch nur wenige Aufsätze von seiner Hand lieferte, weil ihn die Senatswahl am Ende des Jahres 1800 zu höheren Pflichten abrief. Im ersten Jahrgange ist ausser dem schon erwähnten Artikel über die angebliche revolutionäre Gesinnung in den Hansestädten der wichtigste Artikel von Smidt der Vorbericht. Nach diesem hatdarf das

individuelle Existenz eines jeden Staates in dieser Zeit allgemeiner Umwälzung einer Apologie vor dem Richterstuhle der Vernunft. Eine solche ist aber nur möglich bei voller Publicität, die ja auch jetzt von den Regierungen anerkannt wird, da man aufhört, Staatsgebäude wie Staatsgefängnisse zu betrachten. In den aufgeklärten Provinzen unseres Vaterlandes wetteifern die Regierungen mit den Staatsbürgern, die Bedürfnisse des Ganzen und jeden Theiles aufzusuchen. Solcher Eifer ist auch in den Hansestädten nothwendig, und hier kehren die Gedanken über die Cultur der Reichsstädte wieder, der wir oben gedachten. Mehrere Gelehrte der 3 Hansestädte haben sich nun auch verbunden, über den jedesmaligen Grad, den Fortgang und die Hindernisse der Cultur in ihren Vaterstädten öffentlich Rechenschaft abzulegen und diese mit Reformvorschlägen zu begleiten. Nach dem Plane sollen im Magazin die physische, die wissenschaftlich-künstlerische und die sittliche Cultur, dann die gemeinsam hansischen Verhältnisse, die jeder Stadt eigenthümlichen Staatsverhältnisse und endlich ihre bürgerlichen Verhältnisse besprochen werden. Derartige Unterweisung in der Staatscultur ist um so nöthiger, als die Bürger dieser Städte die Selbstverwaltung geniessen, also mehr als andere solcher Kenntnisse bedürfen. Durch das Magazin sollen die wesentlichsten Bedürfnisse, die zuerst befriedigt werden müssen, bezeichnet, Voreiligkeit in der Befriedigung anderer verhindert und bestehende gute Anstalten vor Vorurtheilen bewahrt werden. Auch die Hansestädte sollen in vollem Wetteifer ihre Kräfte ausbilden, damit die Verwirklichung des Zweckes der Menschheit in ihnen immer leichter und möglicher werde.

Im nächsten Jahrgange empfiehlt Smidt nach Hamburg und Oldenburgs Vorgang die Anlage von Sparkassen, um dem wachsenden Luxus des Gesindes zu steuern. Derselbe Jahrgang bringt aber noch einen andern Aufsatz von ihm, der eine ganz neue Richtung seiner Thätigkeit ankündigt, die, im Briefe an Perret nur schüchtern angedeutet, ihn später zu einer der schönsten Thaten seines Lebens, zur Gründung Bremerhavens, führen sollte. Ich meine seinen Aufsatz über die Ursachen der letzten Handelskrise und ihren Einfluss auf Bremen. Um 1780 hatte Bremens über-

seeischer Verkehr nach Westindien und Nordamerika begonnen, aber der bedeutendere Aufschwung desselben datirte vom Ausbruche des damaligen Seekrieges im Jahre 1793. Er wurde verursacht durch den vergrösserten Waarenabsatz, da die Landesausfuhr der Bremer sich nun nicht mehr auf das Wesergebiet beschränkte, sondern, bei der Sperrung der holländischen Häfen durch die englischen Schiffe, auch das Rheingebiet von der Schweiz bis zu den Niederlanden herab beherrschte. Die zweite Ursache lag in der Leichtigkeit, mit der man die deutschen Producte zum Austausch gegen die amerikanischen auf einen langen Credit kaufen konnte, die dritte im Wechselcredit. So stieg der Gewinnst der bremischen Handelshäuser in den Jahren 1797 und 1798 in der Regel auf 30—40 Procent. Aber die Unternehmungen waren dem Geldfond nicht völlig angemessen. So lange Absatz da war, ging es gut, bis die Preise sanken und die Wechselcirculation stockte. Im Herbst 1799 trat eine Krise ein in Folge der Waarenüberhaufung, übertriebner Speculation und vergrösserter Commissionssendungen der Amerikaner. Dazu kamen englische und französische Kapereien, ein früher und langer Winter von 1798/99, der die Schiffe in fremden Häfen festhielt. Ausserdem erwartete man von der Zuckerrübe niedrigere Zuckerpreise, in Hessen und auf dem Eichsfeld war der Taback fleissiger als sonst angebaut, man sann auf Kaffeesurrogate. Endlich hofften die holländischen Kaufleute von der englischen Invasion in Holland auf einen freieren Verkehr mit England, der Verkehr nach den Niederlanden gerieth durch die gesperrte Wattenfahrt in Stockung und in Hamburg fallirte ein grosses Haus, dem bald andere folgten. Täglich wurde die Stockung ärger; da beschloss am 27. September 1799 ein Bürgerconvent die Verfertigung von Staatsbillets für eine Million Thaler. Diese Massregel rettete Bremen aus der Noth, und an die Bequemlichkeit solcher Bankzahlungen bald gewöhnt, fragte man jetzt, ob nicht die Errichtung einer ordentlichen Girobank für Bremen rathsam sei.

So waren wir denn mit unserem Smidt aus den höchsten Sphären der Philosophie, Freundschafts- und Naturschwärmerei allmählich auf Tabackslager und Girobanken herabgesunken. Aber dieses Sinken bedeutet in Smidts Leben ein stätiges,

ernstes, mannhaftes Aufsteigen zu dem Posten, der ihm gebührte. Als er denselben am 13. December 1800 als jugendlicher Senator bezog, sah er nun deutlich die Hauptwege seiner staatsmännischen Zukunft vor sich. Sein Herz, das sich einst lange Jahre der Theologie hingegeben, musste immer regen Antheil an allen kirchlichen Fragen seiner Vaterstadt und seines Vaterlandes nehmen, sein mit den edelsten Säften der Philosophie getränkter Geist musste darnach trachten, das bremische Bildungswesen im weitesten Sinne durch jedes erfassbare Mittel zu beleben und zu erhöhen, sein freier und dabei so realistischer Sinn musste dem Handel seiner Stadt neue stolzere Bahnen zu weisen suchen, seine tüchtige Geschichtskenntniss, sein scharfer Instinct für die Zukunft, seine diplomatische Klugheit mussten ihm zu einer weit über die Grenzen seines kleinen Staates hin wirksamen Rolle in der auswärtigen Politik erheben, und endlich musste seine heilige Vaterlandsliebe ihm in allen Lagen des Lebens stets den ächten Mannesmuth verleihen. Unter manchen inneren Erschütterungen war er von der alten Theologie zu einer neuen übergegangen, vom Glauben seines väterlichen Hauses zum Rationalismus und zur Moralphilosophie, und diese hatte ihn immer tiefer in das Studium Kants hineingezogen. Die idealistische Persönlichkeit Fichte's hatte seinem Dasein einen höheren sittlichen Schwung, Pflichtenernst und Thatkraft verliehen, ohne ihm seinen nüchternen Instinct für das geschichtliche Leben zu rauben. So suchte er noch und noch einen politisch-philosophischen Ueberblick über den gesammten Verlauf der Menschengeschichte zu gewinnen. Je mehr aber die Alles umwälzenden Wogen seiner Zeit ihm, dem heranreifenden Manne, und seiner Heimath nahe rückten, desto praktischer ward seine Auffassung der Geschichte und desto mächtiger pochte in ihm der Thätigkeitsdrang. Und so legte er denn zu Ende des Jahres 1800 mit Hand an das Ruder seines Staates, um bald dessen erster Steuermann zu werden und unter den Staatsmännern seiner Zeit einen hervorragenden Platz einzunehmen.

# Das erste Jahr in Frankfurt.

Von Constantin Bulle.

Der Abschnitt aus Smidt's Leben, welchen die folgenden Seiten ausführlicher behandeln sollen, wird denjenigen Lesern, die mit dem Wirken unseres grossen Staatsmannes näher bekannt sind, nicht sehr glücklich gewählt scheinen. Das erste Jahr seines Frankfurter Aufenthaltes ist durch keinen grossen Erfolg ausgezeichnet, ja man könnte sagen, es sei arm an planmässiger diplomatischer Thätigkeit, da die Aufgaben, zu deren Lösung Smidt in der Mainstadt weilte, überhaupt noch nicht in Angriff genommen wurden. Der Bundestag, als dessen Mitglied er Ende November 1815 in Frankfurt erschien, wurde statt am 1. December dieses Jahres erst elf Monate später eröffnet, und grade diese Periode des Harrens und Schwebens bildet das Thema dieser Arbeit. Nun mag es gleich von vorn herein gestanden sein, dass die Kürze der Zeit, welche mir zur Verfügung stand, das Ihrige dazu beigetragen hat, mich bei dem ersten Bande der Frankfurter Berichte festzuhalten, während ich bei grösserer Musse aus der voluminösen Sammlung jener archivalischen Schätze, einen Stoff, der Smidt's Namen mehr zu verherrlichen geeignet wäre, aufzusuchen mich bemüht haben würde. Allein auf der andern Seite kam doch auch ein besonderes Interesse, welches das erste Jahr des Frankfurter Aufenthaltes mir zu gewähren schien, zur Geltung und gab den Ausschlag. Schwerlich dürfte eine Epoche in Smidt's Leben gefunden werden, die ihn uns besser in seiner diplomatischen, ich möchte sagen Werkeltagsarbeit zeigt. Es fehlt hier freilich an einer kraftvoll und zweckbewusst nach einem grossen Ziele

gerichteten Thätigkeit, deren ruhmvollen Abschluss die glückliche Erreichung dieses Zieles bildet; aber dafür sehen wir um so deutlicher in einem bestimmten, fest umgränzten Kreise das Entstehen und Wachsen jenes Einflusses, der die sichere Grundlage von allen Erfolgen Smidt's bildete. Wir sehen ihn seine Fäden nach allen Seiten spinnen, wir sehen ihn das Terrain, das er vorsichtig erobert oder dessen er sich von früher her schon Herr weiss, sorgsam befestigen, wir sehen ihn sich einleben in Verhältnisse und Materien, die ihm zum Theil sehr fern liegen und die er doch nicht aus den Augen lässt, weil er sich wohl bewusst ist, dass alle Geltung, deren er geniesst, zuletzt darauf beruht, dass seine Ansicht in jeder Sache von vorn herein für die Ansicht eines scharf beobachtenden, wohl unterrichteten und sachgemäss entscheidenden Mannes genommen wird. Der Vertreter eines kleinen Staates, der nicht einmal eine volle Stimme in der Bundesversammlung führte, sondern mit drei andern sie theilen musste, konnte nicht durch das materielle Gewicht, das er in die Wagschale zu legen hatte, sondern nur durch die moralische Autorität, welche ihm Kenntnisse, Scharfblick und Sachlichkeit in der Behandlung der Geschäfte gaben, etwas ausrichten. Diese Autorität sich zu erwerben war Smidt's unablässiges Streben, und dass er sie bereits in hohem Masse besass, als er nach Frankfurt kam, dass er sie dort mit besserem Erfolge sich zu bewahren und sie zu mehren wusste, dafür werden die folgenden Schilderungen manchen Beleg geben.

Durch seinen Aufenthalt im Hauptquartier der Alliirten und mehr noch durch seine Anwesenheit auf dem Wiener Congress war Smidt mit den bedeutendsten Staatsmännern der Zeit in nähere Berührung gekommen und hatte sich deren Achtung zu sichern gewusst; für seine Frankfurter Stellung waren es aber viel weniger die Anknüpfungspuncte, die er mit den Spitzen der Diplomatie, mit einem Metternich, Stein, Humboldt, gewonnen, als die intimen Beziehungen, in denen er zu den mittel- und kleinstaatlichen Gesandten stand, welche ihm den Boden ebneten. Selbstverständlich wirkte das Eine auf das Andere zurück; der Mann, von dem Metternich in den Ausdrücken der höchsten Achtung sprach, musste seinen gleich machtlosen oder

wenig mächtigeren Collegen dadurch um Vieles wichtiger erscheinen, und der Diplomat, welcher zu den tüchtigsten Arbeitern und den anerkanntesten Vertrauenspersonen unter den „Mindermächtigen“, wie man in Wien zu sagen pflegte, gehörte, durfte der vollsten Beachtung der hohen Staatscanzler und Minister gewiss sein. Weder von Berlin noch von Wien aus wurde es daher an Winken für die resp. Bundesgesandtschaften gefehlt haben, wenn nicht die Verhältnisse selbst Smidt auch dadurch begünstigt hätten, dass er gleich bei seinem Eintreffen in Frankfurt Männer dort fand, die selbst auf den höchsten Stufen der Rangordnung standen und dabei seinen Werth aus Erfahrung zu schätzen wussten, so besonders Humboldt von preussischer und Wessenberg von östreichischer Seite, beide beauftragt, ihre Regierungen bei den Verhandlungen zu vertreten, in denen die Gebietstausche zwischen den einzelnen deutschen Staaten, so weit sie nicht schon endgültig festgesetzt waren, geordnet werden sollten.

Als Smidt nach dem Abschluss der Bundesacte Wien verlassen hatte und über Frankfurt nach Hause reiste, konnte er nicht umhin anzunehmen, dass sein Aufenthalt in Bremen nur wenige Wochen dauern werde. Denn die Eröffnung des Bundestages war durch Artikel 9 der Bundes-Acte auf den 1. September angesetzt und dabei, dass ihm die Vertretung Bremens zufalle, war überhaupt kein Zweifel. Gründe für eine Verzögerung der Eröffnung waren nicht vorauszusehen. Hatte man vor der Schlacht von Waterloo den 1. September einhalten zu können geglaubt, so schien vollends nach dieser Schlacht und bei der schnellen Beendigung des Krieges ein Aufschub ausser allem Bereiche der Wahrscheinlichkeit zu liegen. Wer hätte auch annehmen sollen, dass die diplomatischen Unterhandlungen mit dem Bourbonenhofe doppelt und dreifach so viel Zeit erfordern würden als die militärische Bezwingung Napoleons? Indess schon im August wurden in der Presse bedenkliche Stimmen laut, welche eine Vertagung befürchteten. Smidt glaubte nicht daran oder stellte sich wenigstens, als besorge er Nichts. Denn die officiellen Aeusserungen des Bremer Senates über diese Frage können begreiflicher Weise ohne Weiteres als der Ausdruck von Smidt's Ansichten hingenommen werden. Der Senat aber

theilte am 8. August den Schwesterstädten mit, dass sein Vertreter Ende des Monats in Frankfurt eintreffen werde. Die Verzögerungsgerüchte konnten nach seinem Dafürhalten schon deshalb nicht begründet sein, weil ja die Bundes-Acte selbst den 1. September als Termin unweigerlich festgesetzt habe; sollten dem Beginn der Arbeiten wirklich noch Schwierigkeiten entgegenstehen, so müsse doch wenigstens eine formelle Sitzung an dem bezeichneten Tage stattfinden, und sollte der einzige Beschluss, den man fasse, auch der sein, den eigentlichen Anfang hinaus zu schieben.

Allerdings war bei dieser bremischen Anschauung der Dinge ein Punct ausser Acht gelassen, der, wenn man ihn ins Auge gefasst hätte, die Unzulässigkeit einer sofortigen Vertagung ergeben haben würde. Die Bundes-Acte sprach sich ganz kategorisch darüber aus, dass nach der Eröffnung der Bundes-Versammlung deren erstes Geschäft die Abfassung der Grundgesetze sein (§ 10) und dass gleich bei der ersten Zusammenkunft (also vor der ersten Vertagung) verschiedene Materien (Pressverhältnisse etc.) geordnet werden sollten. Eine Vertagung gleich in der ersten Sitzung würde also der Bundes-Acte nicht minder widersprochen haben als ein Hinausschieben des Anfangs. Das wurde denn auch von den Lübeckern in ihrem Antwortschreiben (d. d. 19. August) ganz richtig hervorgehoben, und in Paris wo die Monarchen mit ihren Ministern noch verweilten, war von diesem Nothbehelf überhaupt nicht die Rede, sondern Metternich und Hardenberg vereinigten sich, ohne die übrigen Bundesglieder zu fragen, zur eigenmächtigen Verschiebung des Eröffnungstermines um ein Vierteljahr.

Statt Ende August brauchte Smidt also erst Ende November in der Bundesstadt einzutreffen. Der 26. November, ein Sonntag, war der Tag seiner Ankunft. Eine Wohnung fand er im Solmser Hofe am Kleinen Hirschgraben bei Herrn Philipp Nicolaus Schmidt, einem Kaufmann, der ausser seinem Handel mit Oel und Cerealien auch Bankiergeschäfte betrieb, und dadurch auch geschäftlich mit Smidt in Beziehungen kam. Das Haus war nach der Art der alten adligen Absteigequartiere — als solches hatte es den Reichsgrafen von Solms gedient — gebaut; ein grosser Hof war von Wohnräumen umschlossen,

die im Parterre auch als Waarenlager dienten und von dem Besitzer benutzt wurden, während Smidt das erste und zweite Stockwerk bezog. In den ersten Tagen musste man sich, da die Wohnung unmöblirt war, etwas dürftig mit wenigen zusammengeliehenen Sachen behelfen; auch gehörte die Strasse, an welcher das Haus lag, nicht zu den interessantesten, allein da sie mitten in der Stadt und nicht weit vom Posthause entfernt war, so wurden dergleichen Uebelstände gern übersehen, und bald hatte sich ein behagliches Familienleben in den neuen Räumen entfaltet, das durch einen ausgedehnten Freundes- und Bekanntenkreis verschönert wurde. Da Smidt darauf vorbereitet war, längere Zeit in Frankfurt leben zu müssen, so hatte er Frau und Kinder, vier Söhne und zwei Töchter, gleich mitgebracht. Andere Bundestagsgesandte waren in derselben Lage, darunter grade solche, mit denen er von früher her befreundet war, auch mit den Frankfurter Patriziern wurde bald ein mannigfacher Verkehr begonnen. Besondere Freude machte es Smidt seinen Gästen mit Bremer Delicatessen aufzuwarten. Alandwein und Seefahrtsbier, Neunaugen und frische Haringe, Schildkröten und Austern, wie es Zeit und Gelegenheit gab, bildeten bei festlichem Anlass die Zierde seiner Tafel. Dass auch der Rathskeller gelegentlich in Contribution gesetzt wurde, kann man leicht denken. „Graf Buol (der östreichische Präsidialgesandte), so berichtete Smidt unter Anderm einst nach Bremen, hat schon mehrere Male und noch gestern wieder bei Tische unsres alten Rheinweins in solchen Ehren gedacht, dass ich M. H. H. wohl bitten möchte, ob Sie mir nicht, wie Sie während meines Aufenthaltes in Wien die Güte hatten, auch hierher etwas davon schicken wollen. Ich verspreche, für mich keine Bouteille davon zu gebrauchen, sondern sie blos zu nützlichen Zwecken anzuwenden und zu verschenken. Buol sagte gestern, der Senat von Bremen habe ihm einmal, wie er in Hamburg gewesen, ein Geschenk von Rheinwein gemacht, wovon er lange gebraucht und bei jeder Gelegenheit Ehre damit eingelegt habe. Seitdem der aber alle geworden, könne sich bei seiner Tafel alter Rheinwein par excellence nicht mehr sehen lassen. Aber der Rheinwein darf nicht schlecht sein, denn die Frankfurter sind in diesem Artikel zu gute Kenner. In Wien konnte man

den Leuten schon eher etwas weiss machen. Auch wäre es schön, wenn auf der Etikette das Gewächs und das Jahr angegeben werden könnte." Natürlich wurde diesem Wunsche von Bremen aus entsprochen, und der Wein durfte sich keine schlechtere Aufnahme versprechen, als ihn einige Zeit vorher die ersten frischen Häringe gefunden, welche „ein christlich gesinnter Freund," Friedrich Schröder, Smidt als Geschenk zugesandt, und mittelst deren dieser Buol, Humboldt, Gagern und andern Collegen „die bremische Nationalindustrie ad stomachum zu demonstriren" nicht unterlassen hatte.

In der Verwendung solcher kleinen Mittelchen, die ein persönlich freundschaftliches Verhältniss zu erleichtern geeignet waren, entwickelte Smidt überhaupt viel Gewandheit und Eifer. Es brauchten ja nicht immer frische Häringe oder 75 Flaschen Rheinwein zu sein; auch andere Höflichkeiten hielten ihre Leute warm, und wurden in so verbindlicher Weise erzeigt, dass auch der Feinfühligste keinen Anstoss nehmen konnte. So empfand der Freiherr von Stein eine aufrichtige Freude, als ihm Smidt das Ehrenbürgerrecht der freien Hansestadt überreichte, wovon weiter unten noch näher die Rede sein wird. Humboldt erhielt gleich in den ersten Wochen ein höfliches Danksagungsschreiben des Senates, dass er durch seine Wirksamkeit in Paris sich von den Städten wohl verdient hatte. Oder um tiefer hinabzusteigen in der Rangordnung des Amtes wie der Gesinnung. Varnhagen brannte vor Begierde die hanseatische Medaille zu erhalten. Da er nun von seinem Carlsruher Posten wöchentlich Bericht über die Vorfälle in Süddeutschland an Smidt sandte und dieser es auch davon abgesehen „für nützlich hielt den sehr fruchtbaren Schriftsteller und Mitarbeiter an vielen Zeitungen zum Freunde zu haben", so zögerte er um so weniger sich die Auszeichnung für ihn zu erbitten, als Varnhagen ja in der That bei der Gründung der hanseatischen Legion als Adjutant Tettenborns eifrig mitgewirkt hatte. Viele andre Männer von Einfluss in amtlichen Kreisen oder in der Presse wusste sich Smidt durch seine umfangreiche Correspondenz zu verbinden. Namen wie Arndt, Schenkendorf, Rückert, Gorres, Luden, Klüber, Paulus, Feuerbach, Niethammer, Oertzen, Wangenheim, Reinhard, ganz von denen zu schweigen, welche den

Bundestagskreisen angehörten und bei gelegentlicher Abwesenheit seine Feder in Bewegung setzten, zeigen zur Genüge, dass sich sein Briefwechsel in dieser Zeit in weitem Kreise bewegte; wollte man halb oder ganz verschollene Namen hinzufügen, so würde sich die Zahl der Adressaten leicht vervielfältigen lassen. Das Geringste, worauf Smidt für diese Zugänglichkeit rechnen durfte, waren Gegendienste derselben Art, und die schätzte er sehr hoch. Als er z. B. im Juni 1816 eine kurze Reise nach Zürich unternahm, pochte er überall, von wo er Interessantes hören zu können hoffen durfte, mit der Bitte an, ihm während seiner Abwesenheit zu schreiben und hatte auf der Liste seiner Frankfurter Correspondenten ausser Varnhagen, der damals noch dort war, den Grafen Buol, Friedrich Schlegel, Martens, Gagern, Harnier, Plessen, Gries, Rumpff, Danz und wahrscheinlich noch den Einen oder Andern sonst, dessen Name nur zufällig nicht erwähnt wird.

Auf alle diese Correspondenzen einzugehen, würde natürlich ermüdend sein. Wir gedenken nur einer, in deren Eröffnung Smidt ein ganz besonderes Zeichen des Vertrauens erkennen musste. Gegen Ende December schrieb ihm der Präsident der schweizer Tagsatzung, Bürgermeister Reinhard von Zürich, die Schweiz verkenne die Nothwendigkeit nicht, sich soviel es ohne Abbruch ihrer Unabhängigkeit geschehen könne, an das politische System Deutschlands zu halten, und an Neigung zu demselben fehle es ihr ebenso wenig, Smidt möge nun rathen, ob und wann es gut sein möchte, einen Gesandten nach Frankfurt zu schicken, und möge ihm bis dahin von Zeit zu Zeit einige Nachrichten von dem, was dort vorgehe, mittheilen. Dieser Einladung kam Smidt sehr bereitwillig nach und gab gleich in seinem ersten Briefe eine äusserst übersichtliche Schilderung der augenblicklichen Frankfurter Situation, deren wir uns weiterhin noch bedienen werden.

Die Reichhaltigkeit und Vielseitigkeit dieser Privatcorrespondenz ist um so erstaunlicher, als schon der officielle Verkehr mit Bremen in der Ausdehnung, wie Smidt ihn unterhielt, seinen Mann erforderte. Vom 27. November 1815 bis zum selben Tage 1816 umfasst er 101 Nummern, darunter Briefe von mehr als 30 Quartseiten engster Schrift. Zahlreiche Bei-

lagen und eine grosse Masse officiöser Briefe kommen hinzu. Syndicus Gröning, welcher von Seiten des Senates die Correspondenz führte, liess gleichfalls selten einen Posttag ohne Brief vergehen, hatte freilich fast immer bei Weitem weniger zu melden. Hin und wieder taucht bei Smidt der Gedanke auf, man könnte seine Berichte zu detaillirt finden, eine Befürchtung, die freilich ganz unbegründet war. Er sucht sich indess, ohne getadelt zu sein, zu rechtfertigen „Ich führe dies, heisst es z. B., so wie manche andre geringfügige Umstände in meinen Berichten an, weil ich dieselben zugleich als Material für eine etwaige künftige Bearbeitung der Geschichte der D. B. V. betrachte, und ich bin überzeugt, dass diese Materialien künftig in keinem deutschen Archiv so vollständig wie in dem unsrigen gefunden werden dürften." Schwerlich war diese Ueberzeugung eine irrige. Wenigstens von den Gesandten, die 1816 am Bundestage waren, bezweifelte es keiner, dass er sich die reichhaltigsten Aufzeichnungen mache. Es kam wohl vor, dass bei derselben Angelegenheit erst der östreichische und dann der preussische Gesandte zu ihm schickten, sich seine Notizen über eine Sitzung zu erbitten, da diese gewiss die vollständigsten seien. In Bremen war man keineswegs unempfänglich für diesen Fleiss, wenngleich ein grosser Theil der regelmässigen Wittheiten mit der Verlesung ausgefüllt wurde und bald die schlimme Alternative eintrat, auf diese Verlesung zu verzichten oder andre Geschäfte in Rückstand treten zu sehen. Man half sich indess aus dieser Verlegenheit auf eine ebenso gemüthliche, wie für Smidt schmeichelhafte Weise. Auf Grönings Antrag wurde nämlich im November 1816 der Beschluss gefasst, sich jeden Donnerstag Abend auf der Börse zu versammeln, eigens zu dem Zweck die Frankfurter Berichte mit Musse anzuhören und zu besprechen. Das schnelle Ablesen in der Wittheit war natürlich nicht geeignet gewesen Allen eine klare Idee von den darin behandelten Materien zu geben und, wie Gröning verbindlich hinzufügt, die vielfache Mühe, die Smidt davon habe, genügend zu lohnen; die Donnerstagsabend-Wittheiten gewährten dagegen Allen das grösste Vergnügen, zumal „da die Discussionen hier mit mehr Ungebundenheit, als die ordinäre Wittheit zuliess, geführt, die Beilagen sorgfältig verglichen, und durch die

Besprechung bei einer Pfeife Toback und einer Tasse Thee Gelegenheit zur Beförderung oder Verehnung mancher Sache, worin ein Mitglied des Senats auf das andre zu rechnen angewiesen war, gegeben werden konnte." Es war natürlich, dass diese Einrichtung Smidt die grösste Freude verursachte; um sie desto anregender zu machen versprach er von Zeit zu Zeit, was er von interessanten Eingaben doppelt erhalten könne, desgleichen merkwürdige Broschüren, um sie auf der Börse zu durchblättern, einzusenden, empfahl auch die Anschaffung von Klüber's Congressacte und andern Werken, aus denen es leicht etwas nachzuschlagen gebe. Uebrigens waren seine eigenen Briefe auch an speciell bremischen Thematen so reich, er beschäftigte sich insbesondere darin so eingehend und geistvoll mit den wichtigsten Puncten, die bei der Verfassungsrevision in Betracht kamen, dass allein schon diese Abschnitte eine unerschöpfliche Fülle von Stoff für vertrauliche Besprechungen bieten konnten, und dass der Verfasser dieser Zeilen nur durch die Unmöglichkeit, sich bei der Kürze der Zeit mit den ihm sonst fremden bezüglichen Verhandlungen hinreichend bekannt zu machen, abgehalten worden ist, vorzugsweise diesen Theil der Correspondenz sich zur Bearbeitung zu wahlen. Dass es grade bei der Besprechung dieser heimischen Angelegenheiten nicht immer ohne einen Zusammenstoss der Meinungen abging, lasst sich denken, grade in solchen Situationen aber wird man von wahrer Hochachtung für Smidt sowohl wie für Gröning erfüllt, indem sie sich klar und offen ihre Missbilligung aussprechen und dadurch das wohlbegründete Vertrauen durch die That bekraftigen, dass ihre gegenseitige Freundschaft, die aus dem ganzen Briefwechsel auf das wohlthuendste hervorleuchtet, durch derartige Stösse eher gefestigt als gefährdet werde Uebrigens mag ich es mir nicht versagen, hier eine Stelle zum Abdruck zu bringen, in der sich Smidt's reges Interresse für diese Verfassungsreformen generell so schon ausspricht, dass sie selbst in diesem Zusammenhange, so locker er sein mag, mit Interesse gelesen werden wird „Die Mittheilung der Bürgerconventsprotocolle und die Erlaubniss, in meinen Briefen meine Meinung darüber sagen zu dürfen, scheint mir schon um deswillen kein unbilliges Verlangen zu sein, weil diese doch

immer nur ein sehr schwacher Ersatz für die mir durch Verhältnisse und Umstände auferlegte Entsagung ist, zu einer Zeit, wo unsere constitutionellen Verhaltnisse hoffentlich für Jahrhunderte bestimmt werden, auf die Abgabe eines Votums, welches mitgezählt werde, verzichten zu müssen, wodurch ich deterioris conditionis bin wie der geringste Bürger, der auf den Convent geht, der doch seinen Kindern sagen kann, ich habe meine Stimme mit dazu gegeben, wie die neue Verfassung beschlossen ist, ich habe sie mit berathen helfen und das Meinige dazu gethan, sie so vollkommen wie möglich zu machen. Auch ist es ja jedem Conventsbürger unverwehrt sich von dem zu unterrichten, was auf dem Convent vorgekommen ist und sich mit andern Bürgern darüber zu besprechen, und ich habe selbst in den Jahren 1798–1800, wo ich als Bürger die Convente besuchte, es in St. Stephani-Kirchspiel gegen das Collegium seniorum siegreich behauptet, dass dem einzelnen Bürger die Einsicht der Conventsprotocolle ausser den Verhandlungen frei stehen müsse . . . . . . (Wollte man mir das vorenthalten) so müsste ich ja meine Sendung, in der ich mich übrigens sehr geehrt fühle, vielmehr für ein Exil halten*.

Elsflether Zoll, Oberappellationsgericht, hannoversche Anleihe, Abschossangelegenheiten, Judensachen, Errichtung einer Handelskammer, Opposition gegen das Collegium seniorum, Bekämpfung der Ansprüche, welche die Geistlichkeit erhob, Trennung der Waisenhäuser nach den Geschlechtern, Reorganisation des Schulwesens, Wahlmodus bei Ergänzungen des Senates, Rechte des Bürgerconventes, Antheil der Landbevölkerung an der städtischen Vertretung, statistische Tabellen, neue Volkszählung, erschreckend grosse Zahl der Todtgeborenen, Umwandlung des Bürgermilitärs, Canal nach Burg, Anlage eines Hafens an der hannoverschen Unterweser — will man noch mehr der Themata, die Smidt in seinen Berichten verhandelte? Es wäre leicht, die Zahl der Fragen, mit denen er sich beschäftigt und über die er sein Gutachten abgiebt, zu verdoppeln und zu verdreifachen; aber es würde zwecklos sein, da ein Nachweis, wie in diesen brieflichen Aeusserungen zum guten Theil der Reformen, die später eingeführt sind oder die jetzt noch erstrebt werden, vorgearbeitet worden ist, über den Rahmen dieses Aufsatzes

hinunsfallen würde. Es muss genügen auch hier darauf hingewiesen zu haben, wie Smidt keinen Augenblick aufhörte sich voll und ganz als Bremer zu fühlen, wie er ein Particularist durch und durch war, aber freilich ein Particularist in dem edelsten Sinne, der das Gesammtvaterland und den Tribut, welchen der Einzelstaat diesem schuldet, niemals aus den Augen liess und der diese Schranke um so leichter und lieber ehrte, als er mit einem fast fatalistischen Glauben der Ansicht huldigte, dass die Interessen Bremens und des gesammten Deutschlands sich in letzter Linie immer decken würden. Zwischen Bremen und den übrigen freien Städten machte er in dieser Beziehung keinen Unterschied und freute sich, dass man in Lübeck sich gleichfalls rüstig an den neuen Arbeiten zu betheiligen entschlossen war. Für die Langsamkeit und Schwerfälligkeit der Frankfurter hatte er eine gewisse Nachsicht und suchte sie auf jede mögliche Weise zu entschuldigen, den Hamburgern aber grollte er bitterlich, weil sie so träge und gleichgültig in Bundesangelegenheiten seien. Unter dem besseren Theile der Burgerschaft, so meint er, möge zwar auch dort ein anderer Sinn herrschen, aber wer von ihnen in den Senat gewählt werde, der sei alsbald vollständig inficirt. Sie wurden schwerlich eher auf den deutschen Bund aufmerksam werden, als bis dieser sie selbst einmal empfindlich an seine Existenz erinnere. Kein Exgenosse des Rheinischen Bundes, nicht einmal der König von Würtemberg (natürlich Friedrich), zeige so wenig Sinn für ein deutsches Gemeinwesen wie der Hamburger Senat; er kenne ausser Hamburg nur allenfalls Europa und möge von Deutschland Nichts hören; zwei Monate lasse man oft verstreichen, ohne dem Vertreter am Bunde, dem Syndicus Gries, auch nur eine Zeile zu schreiben; fast scheine es, als ob Hamburg durch seine heroische Anstrengung im Frühling 1813 so alle Kräfte erschöpft habe, dass der marasmus senilis darüber zu frühzeitig eingetreten sei; der Senat wenigstens benahme sich danach.

Es ist das nur eine von den Philippiken, die der Unmuth Smidt in die Feder giebt. Er fühlt es, dass die Beurtheilung, welcher eine der Städte sich aussetzt, auf die andern mit zurückfalle. Er fühlt andererseits auch, dass kein Glied des

deutschen Bundes mehr einer kraftvollen Stütze in der öffentlichen Meinung bedürfe als eben die Städte. Grade aus diesem Grunde will er, dass sie ihre Verfassungen nach den Anforderungen der Zeit umgestalten. Besonders bei der gegenwärtigen Stimmung in Deutschland, schreibt er z. B. im September 1816, sei die öffentliche Meinung gar nicht gleichgültig, so wenig für den inneren Bestand wie für die aussere Sicherheit. „Wenn die Bürger ihre Verfassung rühmen hören, so werden sie stolz darauf, und das Bestreben, sie in allen Puncten aufrecht zu erhalten, gewinnt eine entschiedene Richtung; und auswärtige Feinde oder Neider besinnen sich dreimal einem Staate etwas anzuhaben oder ihn auch nur zu necken, der in dem Rufe steht, dass seine Verfassung sich der Vollkommenheit mehr nähere, wie die anderer. Auch bekommt man Respect vor dem Charakter eines solchen Staates, und was von ihm ausgeht, wird zu vernehmen der Mühe werth geachtet. Wenn z. B. der Grossherzog von Weimar (der bereits eine Verfassung ertheilt hatte) seinen Vortheil gehörig zu benutzen verstände, so würde er in der Bundes-Versammlung eine sehr bedeutende Rolle spielen können. Im Jahre 1813 und in der ersten Hälfte von 1814 horchte man in Deutschland auf jedes Wort, das von Preussen ausging - und wie ganz anders sieht es jetzt damit aus!" Popularität in Deutschland zu gewinnen musste daher ein Hauptaugenmerk in Smidt's Politik sein, und dass es dazu kein besseres Mittel gebe als eine tüchtige, in liberalem Geiste redigirte Zeitung konnte ihm, dem Schriftgewandten, nicht entgehen. „Der Besitz einer solchen Zeitung, schrieb er, ist als ein bedeutendes Hülfsmittel zu betrachten unsre Selbstständigkeit zu behaupten und unsrem Einfluss auf Deutschland förderlich zu sein, indem da, wo die physische Macht gebricht, die geistige, welcher jene doch am Ende immer untergeordnet bleibt, desto ernstlicher in Anspruch genommen werden muss." Pressfreiheit sei für die Verhältnisse eines kleinen Freistaates immer vortheilhafter als deren Unterdrückung durch eine strenge Censur. Die Bremer Regierung benehme sich so, dass sie das Licht nicht zu scheuen habe, und würde ihre Tendenz in irgend einem Zeitpunct eine schlechtere, so wäre die Pressfreiheit das beste Mittel sie davon zurückzuführen. „In unserer politischen Tendenz liegt es

ganz klar, dass wir so wenig unterdrücken wie unterdrückt werden wollen, und da diese Richtung diejenige ist, von der jeder rechtliche Mann in ganz Deutschland wünschen muss, dass sie die allgemein geltende werde, so ist es selbst Beruf und Pflicht für uns dem freien Wort die freie Stätte nicht zu versagen.“ Eine gewisse Beeinflussung der Presse seitens des Senates sollte damit nicht ausgeschlossen sein, sondern zu den Competenzen einer „permanenten Commission für die hanseatischen, deutschen und auswärtigen Angelegenheiten“ gehören, deren Gründung Smidt bereits von Wien aus in einem Privatbriefe an Gronnig angeregt hatte. Ueber den Geist, in welchem diese Commission wirken sollte, sprach er sich darin weitläufig aus, und da er diese selben Aeusserungen seinem Briefe vom 25 September 1816 in Abschrift wieder beilegt, so dürfen sie als der eigentliche Grundstock seiner politischen Anschauungen betrachtet werden. Einige bezeichnende Sätze mögen hier Platz finden. „Ein deutsches Staatsleben lässt sich erst dann erwarten, wenn durch die hoffentlich doch jetzt zu Stande kommende allgemeine Einführung landständischer Verfassungen in den verschiedenen deutschen Staaten ein constitutioneller Geist aus dem Volke in die Regierungen allmählich übergegangen ist, dessen Tendenz dann auch keine andre sein kann, als das individuelle Streben in den allgemeinen deutschen Verhältnissen ausgesprochen und lebendig dargestellt zu sehen. Dieser Uebergang aus dem Geiste des Volkes in den der Regierung ist aber nirgends leichter und wird sich nirgend schneller effectuiren, als grade in den freien Städten. Es wird sich die im Entfalten ihrer Flügel begriffene Deutschheit bei ihnen am ersten der Raupenhülle entledigen, wenn man sie nur gewähren lässt und den unerfreulichen Anblick, welchen das ängstliche Mühen und Drehen und Winden bei solchem Abstreifen hier wie allenthalben herbeiführen muss, nicht als einen eigenthümlichen Zustand betrachtet, der bleibend sein würde, wenn man ihm nicht von aussen zu Hülfe käme. Wir haben daher alle Ursache, die selbständige Fortexistenz unserer kleinen Staaten wollen und den Einfluss, welchen dieselbe auf Deutschland haben dürfte, als heilsam und wohlthätig annehmen zu dürfen. Nicht minder aber wird die Unterhaltung jener Verbindung auf uns

selbst eine sehr wohlthätige Rückwirkung äussern. Die Mängel und Einseitigkeiten, welche grade unsere Kleinheit mit sich führt, ergänzen und verlieren sich durch fortwährende Gewöhnung an den Blick auf das Vaterländische und Gemeinsame, und auch unsre Handelspolitik wird dadurch unaufhörlich daran erinnert werden, sie müsse erst ein deutsche sein, ehe sie europäisiren dürfe."

Schon aus den ersten Sätzen dieses Citates kann man sich ein ungefähres Bild von dem machen, was Smidt für die wünschenswerthe Entwicklung des Bundes hielt. Seine Ansichten darüber, die freilich keine Verwirklichung gefunden haben, sind scharf und klar, und leuchten an vielen Stellen seiner Berichte deutlich durch; am zusammenhängendsten spricht er sich wohl in folgenden Worten (bald nach Eröffnung des Bundestages, 13. November 1816) aus: „Die Consequenz würde (wenn man den Mediatisirten eine Curiatstimme gäbe) zur Formirung eines besonderen, aus Deputirten der Landstände jedes einzelnen deutschen Staates componirten Unterhauses führen, während die Gesandten der Staaten, als solche, das Oberhaus bildeten. Diese Consequenz wird aber zur Zeit die Mehrheit sicher nicht wollen, und wenn sich gleich eine solche Anstalt unter einem schönen, erhebenden und nationalen Gesichtspunct denken lässt und man immer nicht wissen kann, was in dieser Hinsicht der Schoss der Zeiten birgt, so sind doch offenbar dazu die Verhältnisse lange nicht reif, und selbst wer die Sache wünschen sollte, würde ihrer Realisirung sehr wesentlich Eintrag thun, wenn er sie jetzt zur Sprache bringen würde. Nur wirkliches Bedürfniss dürfte dieselbe hervorrufen können, und solches kann erst dann lebendig gefühlt werden, wenn in allen deutschen Staaten eine landständische Verfassung nicht blos eingeführt, sondern in lebendiger Praxis sich mit Leichtigkeit zu bewegen gelernt hat, zugleich aber auch die Eintracht der deutschen Staaten den Grad erreicht und bei einem langen Friedenszustande ihr Tichten und Trachten gemeinnützige nationale Anstalten ins Werk zu richten so gesteigert worden und die Gemüther so ergriffen hat, dass man zur Erleichterung der Realisation derselben und zur Verhütung der Misstöne und Schwierigkeiten, welche bei desfalsiger abgesonderter, constitutionsmässiger

Berathung jedes einzelnen Staates mit seinen Landständen sich ergeben dürften, in einer solchen allgemeinen Versammlung ihrer verschiedenen Abgeordneten unter Leitung des Bundestages ein wünschenswerthes und durch die öffentliche Meinung laut begehrtes Hülfsmittel erblicken sollte. Die einzelnen deutschen Staaten dürften aber noch erst manche elliptische Bahnen durchlaufen müssen, ehe sie sich zu einem solchen nationalen Centralsystem zu ordnen vermögen, in dessen Mitte dann auch der Kaiser wieder einen Platz finden konnte, für welchen ich bis dahin weder einen practicabeln noch einmal wünschenswerthen Standpunct auffinden kann."

So lange es zu einer Vertretung des Volkes im Bunde nicht gekommen ist, nimmt Smidt es gelegentlich als ein Recht der städtischen Gesandten in Anspruch, in besonderem Sinne Dollmetscher der Volksstimme zu sein. Ihre republicanische Verfassung, die ihnen vorerst noch manchen scheefen Blick zuzog, werde ihnen in anderer Weise auch wieder Geltung verschaffen, und er sah die Zeit voraus, wo man sich derselben nicht mehr gleichsam nur verstohlen freuen, sondern seine Zufriedenheit damit vor ganz Deutschland frei und fröhlich werde bekennen dürfen. „Schon jetzt", meint er Ende 1816, „könnten die freien Städte, wenn sie ernstlich wollten, durch das Medium der Bundes-Verfassung auf Deutschland einen ausserordentlich wichtigen und wohlthätigen Einfluss gewinnen. Deutschland ist jetzt offenbar eine grosse Staatenrepublik geworden Die einmal ausgesprochene Gleichheit der Bundesglieder als solche bringt ihr Gesammtwesen unmerklich immer mehr in republicanische Formen, die einzelnen Staaten sind wie die einzelnen Bürger in diesem Gesammtwesen, und von den einzelnen geht hier wirklich factisch und historisch die Souveränität aus, und alles was zu Stande kommt ist reell auf dieser Basis begründet." „Sorgen wir", so ruft er an einer andern Stelle desselben Briefes, „für Oel in unsern Lampen, weil der Bräutigam naht!"

Er persönlich durfte sicher sein in keiner entscheidenden Stunde unter den thörichten Jungfrauen gefunden zu werden. Ungeduldig, wie er selbst über die verzögerte Eröffnung des Bundestags war, suchte er die Zeit der unfreiwilligen Musse

wenigstens so fruchtbar wie möglich zu machen, und mindestens für seine Person mochte er nicht Unrecht haben, wenn er ausruft: „Wie sehr sich unser deutsches Publicum getauscht hat, wenn es sich thörichter Weise einbildete, der Aufenthalt der Bundesgesandten in Frankfurt vom November 1815 bis zum November 1816 sei überflüssig gewesen und nutzlos verstrichen! Gieht auch kein Actenstück von ihrer Thätigkeit Kunde, so haben sie durch geschickte Benutzung des Augenblicks, durch Einnehmung und Behauptung günstiger Positionen mehr gethan und bewirkt, als durch hundert ordentliche Conferenzen und beschriebene Protocolle zu Tage gefordert worden wäre, indem öffentliche Vorschritte von Oestreich und Preussen sich weder so bald noch so gänzlich und ohne nachbleibende Animosität hätten zurückthun lassen. Die Resultate liegen vor Augen!"

Ehe wir diese Thätigkeit und diese Resultate betrachten, wird es gerathen sein, den Kreis der Personen, in welchem sich Smidt zu bewegen hatte, und die Stellung, welche er zu den einzelnen einnahm, so weit es möglich ist, dem Leser vorzuführen. Auch der Begegnungen mit solchen Männern, die nur vorübergehend in Frankfurt sich aufhielten, wird dabei zu gedenken sein, da sie die gesellschaftliche Stellung, die Smidt zu behaupten wusste, nicht am wenigsten charakterisiren.

Den ersten Rang unter den Frankfurter Diplomaten besassen die Vertreter der vier alliirten Grossmächte, deren Aufgabe die Ordnung der Territorialangelegenheiten war. Mit dem Russen und dem Engländer, Baron von Anstett und Lord Clancarty, stand Smidt zwar in sehr bequemem, aber doch nur seltenem Verkehr. Viel intimer waren schon die Beziehungen zu dem Oestreicher Wessenberg, mehr noch zu dessen Bruder, dem General-Vicar von Constanz. Allein da ein besonderer östreichischer Bundesgesandter fast das ganze Jahr hindurch in Frankfurt anwesend war, so führten seine östreichischen Beziehungen Smidt mehr zu diesem hin. Anders stand die Sache mit Preussen. Obgleich hinter einander mehrere Diplomaten, Küster, Hänlein, Goltz, zu Bundestagsgesandten ernannt waren, so vereitelte doch keiner von ihnen längere Zeit in Frankfurt, und die Vertretung Preussens auch in Bundessachen fiel thatsächlich Wilhelm von Humboldt zu, welchen das Berliner Cabinet

zu den Territorialverhandlungen bevollmächtigt hatte. Humboldt traf wenige Tage nach Smidt in Begleitung des Fürsten Hardenberg in Frankfurt ein und blieb dort bis Anfang 1817.

Dagegen war des Staatscanzlers Aufenthalt nur von kurzer Dauer; gleichwohl fand Smidt Gelegenheit, den einflussreichen Mann zweimal zu sprechen. Schon mehrere Tage vor des Fürsten Ankunft waren alle Wirthshäuser voll von Beamten und Sollicitanten aus den neuen preussischen Provinzen; die Liste derer, welche eine Audienz wünschten, wies etwa 1100 Personen auf. „Ich zweifelte deshalb sehr, schreibt Smidt am 29. November, ob ich ihn würde zu sprechen bekommen, fuhr indess gleich diesen Morgen aufs Gerathewohl hin. Im Vorzimmer fand ich 50—60 Personen. Durch Otterstedts Hülfe war ich glücklicher Weise einer der ersten, die vorgelassen wurden. Der Fürst empfing mich ausserst freundlich, fragte, wo ich seit der Abreise aus Wien gewesen und was ich gemacht hätte. Ich erwiderte, dass ich in Bremen gewesen, wo Alles gut gehe und wir uns mit Revision unserer Verfassung beschäftigten. Das ist schön, sagte er: nun wir von aussen Ruhe haben, muss jeder sehen, dass er auch zu Hause Alles in Ordnung bringe, wir können von grossem Glück sagen, dass dieser Krieg in fünf Monaten beendigt ist. Nach einigen allgemeinen Redensarten über Frankreich, über die Hoffnung, dass die Bundesversammlung zu etwas Gutem führen werde, empfahl ich ihm unsre Stadt und mich ebenfalls, da es die Schicklichkeit nicht erlaubte, längere Zeit zu verweilen und von Geschäften zu reden. Er war aber ganz ausnehmend freundlich und artig."

Nicht minder liebenswürdig erwies er sich bei dem Abschiedsbesuche, den Smidt ihm am Abend des 1. December machte. „Ich wurde wider Erwarten gleich vorgelassen und fand nur eine ganz kleine Gesellschaft bei ihm, worunter die beiden Wessenberge, Humboldt, Küster, Hänlein etc. Der Minister Wessenberg, den ich hier zuerst sah, kam gleich freundlich auf mich zu, gab mir die Hand und äusserte, dass er mich hier oft zu sehen hoffe. Auch Hardenberg war wieder sehr artig und sprach zweimal mit mir über verschiedene allgemeine Gegenstände. Mit Humboldt und ihm blieb ich zuletzt ganz allein und äusserte ihm unsren Dank für die Art und Weise, wie man

sich beim Pariser Frieden auch unser durch die sorgfältige Erörterung der noch unberichtigt gebliebenen Reclamationsartikel des ersten Pariser Friedens angenommen habe." Dieser Dank adressirte sich wesentlich an Humboldt, welcher vorzugsweise die einschlagichen Fragen studirt hatte, und der sich nun des Weiteren über manche der beregten Puncte in höchst interessanter Weise ausliess. Smidt war sogleich darauf bedacht neue Anknüpfungen für gewisse bremische Desideria zu finden, deren Erfüllung herbeizuführen zu seinen Aufgaben gehörte, besonders für die Aufhebung des Elsflether Zolls; die Ansichten, welche Humboldt darüber äusserte, mussten ihm die grösste Genugthuung gewähren. Um Nichts zu versäumen, was geeignet sein konnte, den preussischen Staatsmann bei einer Bremen freundlichen Stimmung zu erhalten, hatte er übrigens schon Tags zuvor den Senat gebeten, ihm das oben erwähnte höfliche Danksagungsschreiben an Humboldt zu senden und ihn selbst dabei gelegentlich bestens zu empfehlen. Diesem Verlangen wurde denn auch schleunigst gewillfahrt, und vielleicht war diese kleine Aufmerksamkeit nicht ohne Einfluss auf Humboldt's Verhältniss zu Smidt. Denn während die übrigen Gesandten, nach einem Bericht vom 25 August 1816, fast allgemein grosses Misstrauen in jenen setzten und ihn für einen Meister in der Kunst, durch preussische Pfiffe und Kniffe Verwirrung in eine Sache zu bringen, erklärten, meint Smidt, er wolle dahingestellt sein lassen, ob sie darin Recht oder Unrecht hätten, aber er persönlich habe sich jedenfalls nie über ihn zu beklagen gehabt.

Eine sehr ausführliche Aeusserung über Humboldt findet sich in dem Bericht vom 20. October 1816, als es von Neuem zur Sprache kam, dass Humboldt am Ende definitiv zum preussischen Vertreter ernannt werden möchte. „Die Mehrzahl der hiesigen Gesandten, heisst es da, scheut Humboldt und sähe es nicht gern, wenn er hier bliebe. Ich muss hingegen aufrichtig gestehen, dass ich so wenig jene Scheu als diesen Wunsch theile, und dass ich es in mehr als einer Rücksicht zuträglich hielte, wenn Humboldt hier bei uns bleiben sollte. Wenn er durch seine Kenntnisse, Gewandtheit und Verschlagenheit imponirt, wenn man deshalb besorgt, dass Preussens Einfluss

sich hier vorzüglich durch ihn geltend machen werde, so nöthigt das auf der andern Seite die übrigen auch wieder, sich zusammen zu nehmen und eng zusammen zu halten; es giebt mehr Leben und rasche Thätigkeit, diejenigen, welche es allenfalls mit Humboldt aufnehmen können, werden dann so viel wichtiger und mehr gebraucht werden. Humboldt ist ein Mann, der die Nothwendigkeit nach Principien und nicht nach blosser Willkür zu verfahren anerkannt, und deshalb selbst für Alles, was er zum besondern Vortheil Preussens durchzusetzen sucht, zuforderst ein allgemeines Princip aufzustellen bemüht ist, um, wenn man sich bei Anerkennung desselben nicht gehörig vorsieht, dann um so gewisser und siegender die Folgerungen zu ziehen. Weiss man aber bei Aufstellung solches Princips selbst ihn zu bekämpfen und die Sache richtig zu stellen, so ist sein point d'honneur, als consequenter Kopf zu gelten, dann wieder zu gross, als dass er die richtigen Folgerungen nicht auch anerkennen sollte. Dann kommt aber noch der grosse Vortheil hinzu, dass man bei Humboldts bedeutendem Einflusse und bei der Scheu, die man in Berlin vor seinen Kenntnissen und seiner Klugheit hat, ziemlich sicher ist, er werde das, was er hier einmal eingeräumt und anerkannt hat, auch bei seinem Hofe durchzusetzen wissen, während man bei einem Andern, mit dem man hier vielleicht viel leichter eins wurde, immer eher besorgen muss ihn nicht so von seinem Hofe soutenirt zu sehen. Es ist aber, besonders mit Rücksicht auf die Politik von Baiern, Württemberg und Baden, deren Gesandte viel besser als ihre Regierungen sind, für die gute Sache äusserst wichtig, dass Preussen mit keinem Beispiele, den Gesandten oft zu desavouiren, vorangehe, weil eine solche Procedur, mit jedem Schritt, der hier für die gute Sache vorwärts geschehen möchte wieder rückgängig zu machen, nur gar zu leicht und noch weit häufiger von jenen nachgeahmt werden möchte." Auch bei einer späteren Gelegenheit spricht Smidt mit hoher Anerkennung von Humboldt. Er habe schnell die richtige Fährte zu finden gewusst und mit sicherem Tacte das Gewicht seiner Persönlichkeit da geltend zu machen gesucht, wo er für das Gewicht seines Hofes die Wagschale nicht geeignet fand,

es sei deshalb thöricht von Preussen gewesen, ihn durch Goltz zu ersetzen.

Andrerseits wusste begreiflicher Weise auch Humboldt zu schätzen, welche Kraft die Bundes-Versammlung an Smidt besitze, wenn es galt irgend einen recht verfänglichen Posten zu besetzen, den man nicht an Oesterreich überlassen wollte und den man doch auch andrerseits weder für Preussen erobern, noch dem ersten Besten anvertrauen konnte, dann fielen seine Augen auf Smidt. Im Laufe weniger Monate wiederholte sich das zweimal, das erste Mal handelte es sich um die Censur, das zweite Mal, auf das wir später zurückkommen, um die Protocollführung am Bunde. Den ersten Vorfall lassen wir Smidt selbst erzählen. „Es fehlt im Grunde, schreibt er, an Arbeitern, wenn man etwas Tüchtiges erreichen will, und die Abgeordneten der Stadte sind im Ganzen sehr wohl gelitten, besonders 1115 (d. h. Smidt selbst) von allen Parteien. So weiss ich z. B. von guter Hand, dass dieser Tage (Anfang März 1816) viel davon die Rede gewesen, man müsse für die Bundeszeitung eine besondere Censur bestellen, und dass Preussen diese nicht gern an Oesterreich, Oesterreich aber noch weniger an Preussen überlassen will. Humboldt hat in dieser Sache gegen Jemand, der es mir wieder erzählt, gesagt, da beide es nicht wohl zugleich könnten, so werde Nichts übrig bleiben, als einen dritten Unpartheiischen dazu vorzuschlagen, der Gewandtheit genug besitze um alle Anstösse zu vermeiden und es mit Niemand zu verderben, und dazu wisse er keinen Besseren als 124*). Dieser hat mir aber gesagt, dass er sich durch keine Eitelkeit verblenden lassen werde um auf ein so kitzliches Verhältniss einzugehen, und bereits unter der Hand sich Mühe gegeben, dafür zu sorgen, dass ein solcher Vorschlag nicht geschehe.“ In Bremen war man zwar über diesen Entschluss, wie Gröning erwiderte, sehr erfreut; Senator Horn habe in der Wittheit mit Recht auseinander gesetzt, dass ein solcher Auftrag mit der Eigenschaft des Abgeordneten eines selbständigen Staates nicht verträglich sei, weil Missbilligung

*) Die Eigennamen sind alle in Ziffern geschrieben; 124 bedeutet wie 1115 Smidt selbst

und Vorwürfe von irgend einer Seite her daher schwer vermieden werden könnten. Dass aber der Gedanke überhaupt ernstlich erwogen werden konnte, musste doch sowohl dem Bremer Senate wie seinem Abgesandten Freude machen; denn es war ein redender Beweis des grossen Vertrauens, welches der letztere genoss.

Und vielleicht von keiner Seite mehr genoss als von der des österreichischen Präsidialgesandten Grafen Buol-Schauenstein, der seit dem Januar 1816 in Frankfurt verweilte, um die Stelle des schnell verstorbenen Herrn von Albini einzunehmen, den Smidt bei seiner Ankunft auf dem Frankfurter Posten gefunden hatte. Der Tausch war kein schlechter. Albini, „ein alter, freundlicher, sehr cordialer Mann,“ machte zwar einen persönlich angenehmen Eindruck, aber die Ueberzeugung, dass es mit ihm als Präsidialgesandten nicht mehr gehen werde, drängte sich Smidt sogleich beim ersten Anblick auf, und musste allmälig jeden ergreifen, da deutliche Spuren von marasmus senilis zu Tage traten. Ohendrein war die Situation, in der sich Albini befand, wohl der Art, dass sie einen ängstlichen alten Herrn noch beklommener machen musste. Seit Mitte November harrte er voller Sehnsucht und Verlegenheit auf Wessenberg, der ihm seine Instructionen von Paris überbringen sollte, am 15 November, so hatte Metternich ihm von dort geschrieben, werde jener eintreffen, und am 1. December müsse der Bundestag eröffnet werden. Nun stand dieser Termin in nächster Nähe und Wessenberg war noch immer nicht da; Herr von Küster präsentirte sich wohl als preussischer Vertreter, hatte aber auch keine Instructionen, eine grosse Anzahl der übrigen Gesandten war überhaupt noch nicht eingetroffen. Für so unfertige Verhältnisse war Albini nicht der Mann. Glücklicher Weise kam Wessenberg noch im letzten Augenblick vor dem festgesetzten Termin an, in der Nacht des 30. November, und brachte überdies die Weisung die Eröffnung noch auszusetzen. Aber wenn er dadurch einen Alp von seines Collegen Busen wälzte, so sah er andrerseits doch auch schnell, wie es mit ihm stand, und er hatte nicht so bald seinen körperlichen und geistigen Zustand erkannt, als er Metternich darüber berichtete und von diesem das Versprechen erhielt, bei einer

Zusammenkunft in Mantua mit dem Kaiser Franz über die Angelegenheit zu reden. Noch vor Jahresschluss (am 31. December) konnte er den übrigen Gesandten die Mittheilung machen, dass der Kaiser in Rücksicht darauf, dass Albini's Genesung eine längere Zeit erfordern dürfte, den derzeitigen Gesandten in Cassel und Hannover, Grafen Buol-Schauenstein, zu dessen Vertreter bestimmt habe. Es war also auch dies noch keine feste Ernennung, und Buol selbst äusserte unverhohlen, dass er lieber in Cassel bleiben würde. Allein als er am 8. Januar 1816 in Frankfurt eintraf, fand er bereits die Nachricht vor, dass Albini auf dem Gute Dieburg gestorben sei, und gewöhnte sich nun schnell an den Gedanken, definitiv in die neue Stellung einzutreten, was denn auch zu Anfang April geschah.

In Buols Persönlichkeit, wie sie in Smidt's Berichten sich abspiegelt, ist sein entgegenkommendes, verbindliches, jeden Anstoss womöglich vorab beseitigendes Wesen der hervorstechendste Zug. Mit den Worten nehm er es dabei wohl nicht immer allzugenau. Gleich bei der ersten ausführlichen Unterredung, die Smidt mit ihm hatte, erging er sich in einigermaassen superlativischen Ausdrücken „Das östreichische Directorium betrachte er als nichts anderes, als die Einleitung, welche in jeder Versammlung der Ordnung halber stattfinden müsse. Wie und auf welche Weise die Geschäfte zu betreiben seien, hange ganz von den Beschlüssen der Versammlung ab, und er werde sich danach aufs Pünktlichste richten. So wie er sein Verhältniss ansehe, möchte er sich nicht einmal primum inter pares nennen, sondern lieber wie der Papst servum servorum. Einige hätten ihm gesagt, man werde ja wohl mit einer Revision der Bundesacte anfangen, er habe aber erwidert, damit denke er weder anzufangen noch zu endigen. Die Bundesacte sei wie die Bibel zu betrachten; man könne sie zwar interpretiren und Beweise daraus führen aber nicht reformiren". Dass diese Ansichten bei Smidt eine sehr gute Aufnahme fanden, versteht sich von selbst, denn für ihn war die Bundesacte als die Urkunde, welche Bremens Selbständigkeit verbürgte, in der That ein unantastbares Heiligthum. Buol erkannte andrerseits viel zu lebhaft die Bedeutung Smidts und bedurfte dessen

Kenntnisse und Geschäftsgewandtheit viel zu häufig, als dass er nicht gerade ihm gegenüber stets die liebenswürdigste und empfänglichste Seite hätte herauskehren sollen. Ein intimer persönlicher Verkehr war die Folge davon; fast jede Woche pflegte der bremische Gesandte einmal oder auch zweimal bei dem östreichischen, der überhaupt ein grosses Haus machte, zu speisen; fast täglich sah er ihn und freute sich der Beweise des Vertrauens, das sich darin kund gab, dass ihm Buol seine Aufsätze und Vorarbeiten vorlas, von dem Einflusse, den er dadurch auf ihn und auf die Leitung der Geschäfte gewann, wird weiterhin noch manchmal die Rede sein. Kein Wunder, wenn in Folge dessen beide mit einander sehr zufrieden waren und sich bei Smidt immer mehr die Ansicht befestigte, dass die östreichische Wahl eine sehr glückliche sei und dass Buol Dank dem Conciliatorischen in seinem Wesen den Directorialgeschäften sehr gut vorstehen werde. Blind gegen seine Schwächen wurde er dadurch keineswegs und ebensowenig bedenklich, ihn nöthigen Falls Opposition zu machen. Doch tritt das erst in der Zeit hervor, wo der Bundestag seine Arbeiten wirklich begonnen hat und fällt daher nicht in den Bereich dieser Skizze. Um aber nicht ein falsches Bild zu geben, mag wenigstens eine Aeusserung vom 7. December 1816 hier citirt werden. Es waren Commissare niedergesetzt, welche über die Competenz der Bundes Verfassung und über die Reihenfolge ihrer Berathungen berichten sollten und Buol, „der mit vielem Geschäftseifer nicht immer die nöthige Geschäftsruhe verbindet,“ der auch, wie wir ein ander Mal hören, immer in Angst ist, es möchte ihm der Stoff für die Sitzungen ausgehen, macht Miene jene Commissionsberathungen durch einen neuen Antrag ungeduldig zu stören. „Er möchte immer gern, schreibt Smidt, jede Woche fertige Waare zu Markt gebracht sehen, und darüber wird ein Rad hoch und ein Rad niedrig, und wenn der Wagen zusammengesetzt werden soll, wird man nicht damit fahren können. Er treibt und drillt alle Tage, dass die Commission wegen der Reihenfolge berichten soll; ich rathe indess dringend, diesem unverständigen Treiben taube Ohren entgegen zu setzen, und das ist denn auch bis jetzt geschehen. Wer angeben soll, wie ein Stein nachgerade auf den andern gelegt

werden müsse, muss Riss und Plan des ganzen Gebäudes vollständig im Kopfe haben, sonst kommt ein babylonischer Thurm heraus, der mit der Sprachverwirrung endet."

Wenig lebhaft waren die Beziehungen, in denen Smidt zu den Gesandten der süddeutschen Staaten und des Königreichs Sachsen stand. Dass er sie für besser hielt als ihre Regierungen, sprach schon oben eine mitgetheilte Briefstelle aus. Ein näherer Verkehr wurde im ersten Jahre zum Theil schon dadurch erschwert, dass die Herren wenig in Frankfurt waren oder schnell wechselten. So kam Graf Rechberg für Baiern erst im April 1816 an, war den Sommer über vielfach in Baden und auf seinen Gütern, liess sich bald nach Beginn der Arbeiten erst den Freiherrn von Gruben, den Smidt als sehr tüchtigen und gewandten Mann schildert, substituiren, und wurde nicht viel später definitiv ab- und ins Ministerium berufen. Würtemberg trat dem Bunde erst im August bei, wurde bis zum November durch Herrn von Linden und dann durch Herrn von Mandelsloh vertreten, der Smidt so fern stand, dass er ihn durch einen lapsus calami und in Folge Wiener Reminiscenzen öfter in seinen Berichten als Herrn von Wintzingerode aufführt. Zu dem späteren würtembergischen Gesandten Wangenheim war seine Stellung um so freundschaftlicher, und schon jetzt war dieser die Quelle, aus welcher er seine Kunde über würtembergische Verhältnisse schöpfte. Der Verfassungskampf, durch welchen die Schwaben die Aufmerksamkeit von ganz Deutschland auf sich zogen, interessirte begreiflicher Weise auch Smidt sehr lebhaft und er zögerte nicht für Wangenheim's versöhnliche und liberale Bestrebungen auch journalistisch einzutreten; beispielsweise sind die Bemerkungen eines Nicht-Würtembergers, welche die Bremer Zeitung brachte, aus seiner Feder. Von dem badischen Gesandten von Berstett und dem königlich sächsischen von Görz ist wenig zu sagen; sie scheinen zu den untätigsten Mitgliedern der Bundestagsdiplomatie gehört zu haben, zu jenen, von welchen Smidt in einem Briefe an Hach am 20 Juli schreibt, dass ihn zuweilen ein Grauen überkomme, wenn er an sie denke und dabei die Masse der Geschäfte erwäge, die binnen Jahresfrist der Bundes-Versammlung über den Kopf wachsen würde. „Diejenigen, welche arbeiten

wollen und können, fügt er hinzu, werden vollauf zu thun bekommen; denn wenn ich die Vertreter der 17 Stimmen anders richtig schätze, so sind es höchstens 11, welche man in Commissionen, wo zu eigentlicher Arbeit ein Mann geliefert werden muss, mit Nutzen wird gebrauchen können. Wie wichtig der Einfluss der freien Städte, die doch hoffentlich immer einen Arbeiter liefern werden, dadurch für Deutschland wird, ist nicht zu verkennen."

Hach, der Vertreter von Lübeck, war allerdings ein solcher Arbeiter; von dem Hamburger Gries, der kränklich und bequem war, und dem Frankfurter Danz, dessen tüchtige juristische Bildung doch der Geschäftsgewandtheit entbehrte, war das schon zweifelhafter. Wir werden an einer späteren Stelle dieses Aufsatzes diese drei nächsten Collegen Smidts noch etwas genauer kennen lernen.

Unter den übrigen Bundesgesandten waren die, welche im engsten freundschaftlichen Verkehr mit Smidt standen, grade auch die thätigsten, so Martens, Gagern, Eyben, Plessen, Berg. Ihnen mögen deshalb zunächst noch einige Zeilen gewidmet sein.

Hannover war durch den Herrn von Martens vertreten, mit dem Smidt schon von Wien her, wo jener im deutschen Comité auf Metternich's Vorschlag das Protocoll geführt hatte, genau bekannt war. In Frankfurt nahm dies gute Verhältniss noch bedeutend zu. Besonders wurde es befördert durch die freundlichen Aufmerksamkeiten, welche von Seiten Smidt's und seiner Familie der kranken Frau des hannoverschen Gesandten, die an der grösseren Geselligkeit nur geringen Theil nehmen konnte, erwiesen wurden. Martens erwiderte dieses Entgegenkommen mit der freundlichsten Dankbarkeit, und so verbrachten die beiden Familien manchen Nachmittag miteinander. „Wir sagen es nie ab, schreibt Smidt einmal, wenn sie uns bitten oder sich melden lassen. Auch ist Martens, fügt er hinzu, einer von den wenigen hiesigen Gesandten, welche gern Toback rauchen, was hier in Gesellschaften gar nicht Sitte ist, und da ich diese Liebhaberei mit ihm theile, so habe ich immer eine Pfeife auf seinem Zimmer stehen und er eine in dem meinigen, die, so wie wir zusammen kommen, sofort angezündet wird, welches dann bekanntlich gleich ein eigenes vertraulicheres Verhältniss

giebt.“ Zur Veranschaulichung desselben mag eine kleine Auseinandersetzung dienen, welche zwischen den beiden Collegen über den Titel stattfand, der Martens gebühre. Derselbe war, was man in Berlin eine „Haus-Excellenz“ zu nennen pflegte, d. h. dieses Prädicat wurde ihm von den Hausgenossen und wer sich ihm sonst freundlich erweisen wollte, gegeben. Die Oestreicher, welche es mit solchen Dingen schon damals leichter nahmen, verweigerten es ihm auch nicht, und wenn man in Berlin damit sehr genau war, so musste es doch am Ende nur passende rscheinen, dass Bremen sich in solchem Falle nicht zu den Strengsten hielt. Smidt wendete sich indess, als er Martens eine Note in Angelegenheiten des Elsflether Zolls zu übergeben hatte, doch vorher geradezu an ihn mit der Frage, ob er es gern sähe, wenn er ihm in derselben den Titel Excellenz gäbe. Die Antwort fiel dahin aus, dass Wessenberg sowohl als Buol in dieser Form an ihn schrieben, die Preussen aber und namentlich Humboldt nicht. Er wisse auch recht gut, dass er sie gar nicht prätendiren könne und werde deshalb die Befolgung der strengen Regel nicht übel nehmen. Smidt aber zögerte bei so bewandten Umständen nicht ihm die Höflichkeit zu erweisen und in Bremen war man durchaus damit einverstanden.

Anders verhielt er sich in demselben Falle dem oldenburgischen Gesandten, Herrn von Berg, gegenüber, ihm überreichte er die entsprechende Note ohne die Excellenz. Bei einem Gespräch, das einige Tage darauf statt fand, glaubte Berg das rügen zu müssen. Er wolle zwar nicht behaupten, dass der Titel ihm zukomme, aber von Andern, z. B. von dem Engländer Clancarty, würde er ihm doch gegeben. Smidt meinte die Engländer schienen darin jetzt überhaupt leichter zu verfahren wie sonst, und er selbst habe von ihnen gleichfalls die Excellenz erhalten, er mache sich aber aus keinem Titel Etwas, und der Titel als Senator eines selbständigen Staates sei an sich schon so fürtrefflich, dass ihm nichts hinzugefügt werden dürfe. Uebrigens habe der Herzog von Oldenburg ja die Macht, dem Herrn von Berg als Appell.-Gerichts-Präsidenten die Excellenz zu geben. Wenn derselbe indess darauf bestehe, dass ihm dieser Titel wegen seiner hiesigen Repräsentation billigerweise zukomme, so möge er die Note zurückgehen;

doch müsse er dann versprechen, in seiner Antwort Gegenseitigkeit zu üben, indem nicht zugegeben werden könne, dass die 50,000 deutschen Seelen, welche er (Smidt) repräsentire, minder excellent seien, als dreimal so viel, welche Berg repräsentire „Dieser wollte nun auch, heisst es weiter, nicht titelsüchtig sein, und versicherte, wenn seine Domestiken ihn Excellenz nennten, so habe er es ihnen nicht befohlen, sondern sie hätten es von selbst angefangen und er habe es dann so gehen lassen; übrigens hätte der Herzog von Oldenburg ein altes Privilegium von Kaiser Karl VI., wonach ihm für seine Gesandten die Ehren churfürstlicher und königlicher zukamen Ich erwiederte, dass sich seit Karl VI. viel verändert habe, und da er bezeuge sich aus Titeln Nichts zu machen, auch seiner persönlichen Eigenschaften halber nicht nöthig habe darauf zu sehen um sich geltend zu machen, und ich auch Nichts darum gebe, so wollten wir's lieber so dabei bewenden lassen und darum gute Freunde bleiben Er war damit einverstanden und sagte, er habe mir das auch nur freundschaftlich bemerkt, und wisse recht gut, dass er's nicht eigentlich prätendiren könne. So hat er denn die Note so behalten und versprochen, sie mit heutiger Post nach Oldenburg zu schicken."

Diese kleine Discussion, so unbedeutend ihr Gegenstand ist, lässt gleichwohl Smidt's Schlagfertigkeit und Gewandtheit in einem so günstigen Lichte erscheinen, dass ihre Mittheilung gerechtfertigt sein mag, zumal sie gleichzeitig seine Stellung zu Berg sehr deutlich beleuchtet Von Wien her stand er mit diesem geistvollen und geschäftskundigen Juristen in sehr gutem Einvernehmen, allein durch den Uebertritt aus schaumburgischen in oldenburgische Dienste, welchen Berg seitdem vollzogen, war doch eine gewisse politische Gegnerschaft eingetreten, da die Frage wegen des Elsflether Zolls keinen gütlichen Ausgleich hoffen liess. Smidt steuerte daher mit grossem Geschick zwischen den beiden Klippen hindurch, einerseits dem Gegner irgend welche Vorzüge überflüssiger Weise einzuräumen und andrerseits, das alte Wohlwollen ernstlich zu gefährden in allen seinen Beziehungen zu ihm ist eine gewisse vertrauliche Vorsicht oder vorsichtige Vertraulichkeit nicht zu verkennen.

Der persönliche Verkehr, der sich eben wie bei Martens auch auf die Familien erstreckte, wurde dadurch nicht beeinträchtigt.

Wieder anders war das Verhältniss zu Hans von Gagern, dem Luxemburgischen Gesandten. Dieser wunderliche Herr, dessen hohe geistige Befähigung und aufrichtig patriotische Gesinnung allbekannt sind, war doch in gewisser Hinsicht ein enfant terrible des Bundestags. Seine ganze Art sich zu äussern hatte etwas eigenthümlich Krauses, das nicht allein in der Form lag, sondern seine tiefere Begründung in der sonderbaren Gestaltung seines Deutschthumes und seines Liberalismus fand. Es konnte nicht leicht einen wärmeren Freund des Volkes geben als Gagern war, aber daneben hatte er doch auch für Fürstlichkeiten, und besonders für Fürstlichkeiten des oranischen Hauses eine unbegrenzte Verehrung. Die deutsche Nation stand ihm über allen andern, aber die Gründe, weshalb er sie so hoch schätzte, waren zum Theil so sonderbarer Art und so sehr aus der Geschichte längst vergangener Tage geschöpft, dass einer modernen Anschauung dabei ganz merkwürdig zu Muthe werden muss. Dem entsprechen dann seine Handlungen und Vorschläge. So richtete er beispielsweise an Metternich in einem langen Actenstücke, dessen Abdruck in der Bremer Zeitung Smidt veranlasste, den Antrag „Kron' und Scepter" auf den Tisch der Bundesversammlung zu legen. „Es ist nämlich, fügt er erläuternd hinzu, die Idee der Einheit als Sinnbild der Gewalt, des Executiven, des Monarchischen darin ausgedrückt. Warum also nicht? Die nächste Erinnerung, um wieder darnach zu greifen! Lord Castlereagh sprach oft in Wien von the imperial dignity given in commission. Ich hatte in Wien schon darauf und auf dem Ausdruck „Reich" bestanden. Wahrlich, den Fürsten zu Gefallen". Bei der feierlichen Eröffnung der Sitzungen war er der einzige, welcher die Rede des präsidirenden östreichischen Gesandten mit einer langen Rede erwiederte. Und womit fing er an? Damit, dass er die Hoffnung aussprach, „er werde vermöge seiner Kunde der alten deutschen Angelegenheiten es einst vielleicht selbst noch in ein helleres Licht setzen, dass die fränkischen Fürsten, welche wir Carolinger nennen, ganz wohl wussten, was sie thaten, als sie bei ihren Theilungen einen bedeutenden Zwischenstaat wollten, der

Deutschland von Frankreich trennte." Und so ging es weiter, bis der Redner endlich, damit es nicht aussehe, als wolle er der Fürstlichkeit allein huldigen, mit „dankbarer Erwähnung" Andreas Hofer's, Palm's und der Oldenburger Fink und Berger seinen seltsamen Sermon schloss.

Dass es einem solchen Manne sehr leicht widerfahren konnte einmal über die Schnur zu hauen, oder bald hier bald dort Anstoss zu erregen, kann nicht Wunder nehmen. Und so hören wir denn bald, dass der König von Württemberg selbst nach Frankfurt kommt um sich durch den Augenschein von dem antimonarchischen (!) Geiste, der von Gagern ausströme, zu überzeugen; bald soll sein eigener Hof ihm ernstliche Vorstellungen desshalb gemacht haben; bald beklagt sich der preussische Gesandte über Reden, die seinen Hof beeinträchtigen, muss sich aber schliesslich mit dem Troste genügen lassen, „dass wenn Preussen sich weiterhin deutsch und liberal erkläre, Herr von Gagern es an gelegentlichem Lobe nicht fehlen lassen werde". Smidt war dem niederländischen Gesandten mit aufrichtiger Dankbarkeit zugethan. Gern hätte er es gesehen, wenn der Senat demselben das Ehrenbürgerrecht ertheilt hätte. „Denn — so schreibt er nach Bremen — wenn die Städte jetzt in dem deutschen Bunde eine so ehrenvolle Stellung einnehmen, wie sie es sich vorher nie träumen liessen und wie die grösseren Mächte ihnen zuzugestehen vorher nie beabsichtigt hatten, so ist dies vor Allem dadurch motivirt worden, dass sie sich in Wien sofort an die Verbindung der mindermächtigen Fürsten angeschlossen, deren Stiftung hauptsächlich das Werk Gagerns ist. Auch weiss ich besser, wie es sonst Jemand weiss, dass viele fürstliche Minister Anfangs dagegen waren, die Städte mit in diese Verbindung aufzunehmen, dass Gagern aber darauf bestand, mir den ersten Wink davon gab und mich aufforderte, gleich bei der ersten Versammlung zugegen zu sein, damit die Frage über Theilnahme oder Nichttheilnahme der Städte schicklicher Weise gar nicht aufgeworfen werden könne. Wenn wir auch in der Folge in äusseren Ehren in keiner Weise zurückgesetzt sind, so ist Gagerns Beispiel und Benehmen gegen uns vorzüglich daran Schuld. Auch jetzt behandelt er mich wieder mit einer Artigkeit und einem Vertrauen, die Nichts zu wün-

sehen übrig lassen." Der Senat erfüllte den Wunsch Smidt's, seinem Freunde das Ehrenbürgerrecht zu ertheilen, nicht, vielleicht weil er die Beurtheilung, welche dieser Schritt gewisser Orten gefunden haben würde, scheute. Smidt musste das um so mehr bedauern, als er voraussetzen durfte, dass Gagern sich dadurch sehr geehrt gefühlt hätte, denn wenn er sich auch selbst glauben machen wolle, vorzüglich ein altritterlicher Aristokrat zu sein, so sei er dennoch seinem ganzen Gemüthe nach Republikaner. Seinem extravaganten Auftreten, das manchmal doch auch den Freunden lästig werden mochte, wusste er die beste Seite abzugewinnen. Alle Gesandten müssten es, so äusserte er den Klagenden gegenüber, dem Herrn von Gagern im Grunde Dank wissen, wenn er durch seine Vorträge und die ganze Art seines Auftretens einen Ableiter von der Ansicht darböte, als ob die Frankfurter Berathungen nur ein Seitenstück zu dem Regensburger Reichstage wären, und wenn er durch dieselben zu einer freieren Form die Bahn breche. Bei der Stimmung, welche in Deutschland gegenwärtig (Ende 1816) herrsche, werde es zwar nicht fehlen können, dass er bald als der Liebling des deutschen Publikums erscheinen dürfte; aber das solle man ihm nicht beneiden, sondern bedenken, dass es am Ende der ganzen Versammlung zu Gute komme. Ja man dürfe es sogar nicht unanerkannt lassen, dass Herr von Gagern sich dadurch in gewisser Hinsicht aufopfere, indem es augenfällig sei, dass er bei seinen entschiedenen vorzüglichen Talenten mehr directen Einfluss auf manche Verhandlungen haben und z. B. weit mehr zu Commissionen gewählt werden würde, wenn er in denselben Schuhen auftreten wollte, wie die meisten sie gewohnt seien. Das sahen denn nun auch manche ein und stimmten Smidt bei, dass man jenen seinen Weg geben lassen und ihn ja nicht darin stören dürfe.

Seiner Wege gehen liess man auch einen andern Collegen, ausser wenn man sich einmal lustig über ihn machen wollte, den Herrn von Carlshausen (Buderus) nämlich, des Kurfürsten von Hessen würdigen Vertreter. Zum Gegenstand des Gespöttes und der unverhohlenen Verachtung machten ihn nicht allein seine Beschränktheit und Zudringlichkeit, sondern auch sein Eigennutz, der mit dem Vermögen noch wuchs. Smidt's Be-

richte sind voll von Anecdoten über ihn, aber auch von Ausbrüchen des Aergers darüber, „dass sich der Kurfürst durch solch ein pecus campi vertreten lasse.“ Schon in den Monaten vor Eröffnung des Bundestages bot er reichlichen Stoff zu hohnmots. Er hatte sich nämlich eine lange Rede, die er bei der Eröffnung halten wollte, kommen lassen und sie fast Jedermann vorgelesen. Man könne sie nicht geradezu schlecht nennen, meint Smidt, ausser in sofern sie wässrig und langweilig sei, dessen ungeachtet sei sie seit mehreren Monaten Gegenstand geselliger Scherze geworden. Sie schloss nämlich damit, der beste Wahlspruch der Bundesversammlung dürfte in der Umschrift des goldenen geharnischten Mannes auf den holländischen Ducaten bestehen — Concordia res parvae crescunt, was denn zu mancherlei Anspielungen auf Carlshausens Geldgeschäfte Anlass gab. Hauptsächlich um dem Anhören dieser Rede zu entgehen, verzichteten später die Gesandten darauf ihrerseits Eröffnungsreden zu halten. Carlshausen aber sorgte dadurch, dass er die seinige wenigstens drucken liess, dafür dass seine „res parvae“ eine Art sprüchwörtlicher Bedeutung bekamen. Welcher Behandlung er sich bald verdienter Massen ausgesetzt sah, zeigte sich besonders in einer sehr geringfügigen Sache. Eine Rechnung musste revidirt werden. Syndicus Danz hatte den Einfall, dass dies eine gute Gelegenheit sei, dem Herrn von Carlshausen, der ja doch mit dem Rechnungswesen gut Bescheid wisse, etwas zu thun zu geben und ihn damit abzufinden, da man ihn doch zu bedeutenderen Commissionen nicht leicht wählen werde. Die andern Städter waren damit einverstanden. Senator Hach sagte es seinem Nachbarn ins Ohr und dieser wieder seinem Nachbarn und so weiter bis an den Secretar, wo es denn mit dem Flüstern nicht weiter ging. Jeder lachte und nickte einverstanden. Auf diese Weise bekam Carlshausen die letzten fünf Stimmen, und die sechste hatte er sich vermuthlich selbst gegeben; kurz, er wurde gewählt. Als nun die Sitzung kam, in welcher er Bericht zu erstatten hatte, überraschte er die Versammlung damit, dass er über seinen Auftrag hinaus allerlei Vorschläge, wie die Casse, um die es sich handelte, künftig zu administriren sein dürfte, hinzufügte, und zu Jedermanns Verwunderung damit schloss, sich selbst zum perpetuir-

lichen Administrator derselben, unter Heraushebung seiner ganz vorzüglichen Qualificationen zu einem solchen Geschäfte, bestens zu empfehlen. Ohne Zweifel, so berichtete Smidt, wünscht er das nur, um vermöge seiner stillen Compagnieschaft mit Rothschild & Comp. das Geld dann für sich durch Disconüren nutzbar zu machen. Dummheit und Unverschämtheit halten gewöhnlich gleichen Schritt! Derselben Ansicht mussten die übrigen Gesandten auch wohl sein, alle stimmten dafür, dass in der Verwaltung der Casse nichts geändert werde, und der Baier konnte sich sogar die scharfe Bemerkung nicht versagen er halte die vorgeschlagene Administration der Würde der Versammlung nicht für angemessen, er für seinen Theil müsse sich wenigstens ein derartiges Geschäft ausdrücklich verbitten, da er sich für keinen Rechenmeister ausgeben könne. Was blieb da dem Herrn von Carlshausen schliesslich anders übrig, als mit sauersüsser Miene zu erklären, es sei ihm sehr angenehm, wenn die besondere Verwaltung, zu der er sich bloss aus Menschenfreundlichkeit angetragen habe, von der Versammlung nicht nöthig befunden werde Weil er denn eher doch noch mit grossem Gewicht einige Rechenfehler zur Sprache brachte und, wenn Buol ihn nicht unterbrochen, ein ausführliches Schema verlesen hätte, wie die Rechnung überhaupt gestellt werden sollte, musste er es sich noch später gefallen lassen, dass der Würtembergische Gesandte die mühsame Anforderung in der Sitzung an ihn richtete, ob er nicht die Gefälligkeit haben wolle eine Berechnung, die der Gesandte von Berg aufgestellt hatte, vorher noch einmal nachzurechnen.

In Smidt's Augen war die Theilnahme Carlshausen's an der Bundesversammlung nicht bloss desshalb ein Unglück, weil sie deren Ansehen schadigen konnte, sondern auch dessbalb, weil sie den kurhessischen Einfluss lahm legte, während er grade die Staaten von dieser Grösse gern so vorzüglich wie möglich vertreten gesehen hätte. Er erschrak daher nicht wenig, als es hiess, der Grossherzog von Hessen werde seinen bisherigen Gesandten von Hernier abberufen und durch einen reichen Frankfurter Bürger (v. W.) ersetzen Harnier entfaltete allerdings auch nur eine beschränkte Thätigkeit, da er sich in das collegialische Zusammenwirken nicht recht finden konnte. Er ist einer der

liebenswürdigsten und rechtlichsten Männer, schreibt Smidt über ihn, urtheilt und bemerkt fein und richtig, auch fehlt es ihm nicht an Kenntnissen, aber er hat mir noch kürzlich vertraulich gestanden, das ganze Verhältniss sei ihm so neu und ungewohnt, dass er sich nach dreissigjähriger Praxis in der diplomatischen Laufbahn hier doch wieder wie ein Schüler vorkomme, der sich erst einlernen müsse um eine gewisse Schüchternheit zu überwinden. Er würde also persönlich nicht ungern auf seinen alten Posten in München zurückgekehrt sein. Alle aber, die seinen designirten Nachfolger kannten, und denen es Ernst mit den deutschen Angelegenheiten war, mussten das Gegentheil wünschen; denn v. W., schreibt Smidt, ist höchst unbedeutend und steht hier in dem Rufe eines Wucherers und Judenfreundes. Solche Kümmeltürken, fährt er grimmig fort, taugen überall nicht zu der Repräsentation am Bundestage — sie werden von den andern Gesandten wenig astimirt und der Staat, welcher sie anstellt, verzichtet dadurch in der Regel auf einen reellen Einfluss auf die Geschäfte. Es wäre in der That betrübt, wenn beide Hessen, die als Staaten von mittlerer Grösse sehr wichtig sind, durch die Art wie sie hier repräsentirt werden gleichsam paralysirt werden sollten.

Einen Frankfurter Bürger zum Mitgliede des Bundestags zu ernennen erschien Smidt überall principiell verwerflich und auch practisch schon wegen der Erinnerung an Regensburger Verhältnisse nicht wünschenswerth. Abgesehen von der selbstverständlichen Ausnahme des Vertreters der Stadt Frankfurt, des Syndicus Danz, befand sich indess bei der Eröffnung der Bundesversammlung nur noch ein Gesandter in dieser Lage, der Herr von Leonhardi, welcher die acht souveränen Fürsten der 16. Curie repräsentirte. Dieser konnte aber wirklich wohl als Illustration dafür dienen, welch spiessbürgerlicher Geist der Versammlung drohen würde, wie leicht Frankfurter Localinteressen oder persönliche Beziehungen überwuchern und den Gang der Verhandlungen behindern konnten, wenn die Frankfurter Patricier zahlreicher Einlass finden sollten, ganz abgesehen von der schlimmeren Gefahr, dass etwa die Geldmatadore, unter denen die bedenklichsten Elemente zahlreich genug waren, sich der kleinstaatlichen Gesandtschaften zu bemächtigen wissen möchten

Leonhardi war doch immerhin nach Smidt's Zeugniss ein braver und nicht ungescheuter Mann, aber seine Philisträsität compromittirte ihn gleichwohl manchmal in bedenklicher Weise. Als z. B. die Rede davon war die Tage für die beiden regelmässigen wöchentlichen Sitzungen zu wählen, so stimmte Alles für Montag und Donnerstag, weil diese beiden Tage grade keine Hauptposttage waren, blos Leonhardi machte die Bemerkung, für den Winter sei das ganz gut, aber für den Sommer dürfte es doch bequemer sein, statt des Montags einen andern Tag zu wählen, damit man nicht, wenn man des Sonntags einmal auf's Land gehe, gleich am Montag Morgen wieder herein zu kommen brauche. Es erhob sich fast ein allgemeines Murren über diese Bemerkung und der satyrische Humboldt konnte es nicht lassen lächelnd darauf zu erwiedern, er dächte, wenn die Bundestagsgesandten einmal zu ihrer Erholung ein paar Tage auf's Land gehen wollten, so brauchten sie nicht gerade wie die Handwerksgesellen den Sonntag dazu zu wählen, es würde auch an andern Tagen der Woche gut Wetter geben.

Eine wenig bedeutende Rolle spielte auch der grossherzoglich und herzoglich sächsische Gesandte von Hendrich. Dem Nassauer, dem bekannten Herrn von Marschall, stand sein gebieterisches Wesen im Wege. Er ist zu Hause ein fast unumschränkt herrschender Minister, schreibt Smidt, daher an Widerspruch wenig gewöhnt, und kennt die Eigenthümlichkeiten und die Taktik collegialischen Behörden nicht aus hinlänglicher Erfahrung, daher seine Missgriffe. Allgemeiner Achtung und bedeutenden Einflusses erfreuten sich dagegen der mecklenburgische Gesandte von Plessen und der dänische von Eyben, die beide auch einen regen Verkehr mit Smidt pflogen. Eyben war freilich durch seine podragischen Leiden in seiner Wirksamkeit vielfach behindert, und Plessen traf erst sehr spät, in den letzten Tagen des April 1816, in Frankfurt ein. Er besass durch seine frühere Thätigkeit, die ihn viel in collegialischer Form zu arbeiten gezwungen und besonders sich mit den mecklenburgischen Landständen Jahre lang herum zu schlagen genöthigt hatte, grade die Art von Geschäftsgewandheit, welche Smidt zu einer erspriesslichen Wirksamkeit in Frankfurt für unerlasslich erachtete, und welcher er es zuschrieb, dass er

selbst („unser eins") wie eine junge Ente frisch und fröhlich zu Wasser gehe, während mehrere grosse welsche Hähne trostlos am Ufer ständen und nicht wüssten wo hin noch her. Plessen wurde denn auch gleich in den ersten Sitzungen der Bundesversammlung Mitglied fast jeder Commission, die zu wählen war, und die grosse Stimmenzahl, die er stets erhielt und die kaum von einem Andern erreicht wurde, beweist, welches Vertrauen er sich durch seine Wiener Thätigkeit zu erwerben verstanden hatte.

Dass zwischen den bedeutenderen deutschen mittel- und kleinstaatlichen Gesandten, zwischen Männern wie Plessen, Eyben, Gagern, Berg, Smidt und einigen andern, ein intimerer Verkehr statt finde, konnte auch den Nicht-Eingeweihten kaum verborgen bleiben, zumal die Sache nach den Wiener Vorgängen durchaus nichts Neues war. Sehr begreiflich erscheint es daher, dass auch die Presse sich damit beschäftigte, und der deutsche Beobachter oder die Allgemeine Zeitung gelegentlich von einem förmlichen Clubb der mindermächtigen Gesandten sprach. Das war allerdings am Ziele vorbeigeschossen und Smidt persönlich hatte (wohl in Rücksicht auf die Persönlichkeiten solcher Collegen wie Carlshausen) die Meinung, es würde dabei auch nicht viel herauskommen, und es sei besser, dass einzelne sich über die schwebenden Fragen unter sich besprächen. Solle er sich zu solchen mündlichen Verhandlungen, bei denen schriftliche Ausarbeitungen zu Grunde gelegt werden müssten, die Gesellschaft wählen, so würde er sich Gagern, Plessen (der aber zu der Zeit noch nicht in Frankfurt war), Harnier, Berg und Eyben dazu aussuchen. Mit dem Erstgenannten hatte er, als er diese Worte schrieb, bereits ein solches Zusammenarbeiten begonnen, Gagern besuchte ihn damals (im März) täglich und der hervorzugte Gegenstand ihrer Besprechungen war die Reihenfolge, in welcher die Bundesversammlung ihre Aufgaben in Angriff nehmen müsse — eine Frage, die nach der wirklichen Eröffnung sogleich in den Vordergrund trat, und auf deren Lösung Smidt, da er eine klare Stellung zu ihr hatte, sogleich wesentlichen Einfluss gewinnen konnte.

Von Smidts Beziehungen zu den Frankfurter Familien berichtet seine officielle Correspondenz begreiflicher Weise nicht

viel, und es würde kaum Interesse haben, die Einzelheiten zusammen zu tragen. Das beste Zeugniss dafür, dass er sich auch in diesen Kreisen einer wohlbegründeten Beliebtheit und grossen Vertrauens erfreute, wird man darin finden, dass er in den Verfassungsstreitigkeiten vielfach zu Rathe gezogen wurde und manches versöhnende Wort zu sprechen Gelegenheit fand. Von einzelnen Mitgliedern des Senates wurden ihm fortwährend die neuesten Projecte vertraulich mitgetheilt und seine Bemerkungen erbeten, die er dann auch schriftlich ihnen einzusenden nicht unterliess. Auch mit den Führern der Opposition besonders mit Bethmann, stand er sehr gut. „Ich habe ihm einige Male scharf ins Gewissen geredet, schreibt er z. B. und er bezeugt Vertrauen zu mir; die vorzüglichsten Mitglieder des Senates nicht minder, und so bin ich schon mehrmals in den Fall gekommen, ernstlich zu Frieden und Eintracht rathen zu können. Der einzige katholische Senator Guaita, bei weitem der verständigste, gewandteste und beliebteste von allen, kommt fast täglich zu mir. Das Unglück ist hier, dass Frankfurt nie eine Republik gewesen ist, sondern es jetzt erst werden soll; es war eine kaiserliche Stadt, und die Senatoren waren Minister des Kaisers und des Reichshofraths. Die Bürger konnten blos klagen und hatten Nichts zu sagen. So weiss keiner auf eigenen Füssen zu stehn."

Eine Erwähnung verdient noch das freundschaftliche Verhältniss, in dem Smidt zu dem französischen Gesandten von Reinhard stand, einem geborenen Württemberger, der früher lange in Hamburg gewesen war, sich von dort seine Frau geholt hatte und intime Familienbeziehungen zu Smidt unterhielt, der ihm dann auch manche interessante politische Notiz zu danken hatte. Ueber sporadische Beziehungen, die das Bild von Smidt's gesellschaftlicher Stellung vervollständigen dürften, bemerken wir noch seinen Berichten noch das Folgende.

Sehr kurz sind die Notizen über einen Besuch, den er dem durchreisenden General Bülow (von Dennewitz) machte. Sie beschränken sich auf die Erwähnung der artigen Aufnahme, die er gefunden, und einzelner schmeichelhafter Aeusserungen des Generals, der versicherte, wo er nur einen Bremer sehe, der sei ihm willkommen; denn sie hatten sich in dem letzten

Feldzuge so benommen, dass sie allenthalben die grösste Ehre davon hätten In demselben Sinne äusserte sich der alte Blücher „Vorgestern, lesen wir in einem Berichte vom 20. December 1815, machte ich ihm meinen Besuch Er nahm mich gleich an und erwähnte Bremens mit vielem Lobe, sagte auch, dass er mit unseren Freiwilligen alle Ursache gehabt habe sehr zufrieden zu sein Er erkundigte sich nach mehreren Bremern die er früher in Pyrmont gesehen, namentlich nach Georg Löning und dem Consul Kulenkamp. Als ich ihn fragte, wie es mit seiner Gesundheit stehe, erwiederte er: schlecht, sehr schlecht. Von Geist scheint er indess noch sehr heiter zu sein. Abends macht er gewöhnlich eine Partie Whist mit einigen hiesigen Kaufleuten, bald bei ihnen, bald in seinem Logis." Aus anderen Gründen fand Smidt die Bremer bei dem Kurfürsten von Hessen sehr gut angeschrieben, freilich ist nur Carlshausen seine Quelle. Der aber versicherte, sein Herr sei noch immer sehr gerührt über das Benehmen der Bremer gegen ihn und habe mehrmals geäussert, er wolle jedes Mitglied des bremischen Senates, das nach Cassel komme, mit der grössten Auszeichnung aufnehmen. Wenn also, fügt Smidt scherzend hinzu, einer M. H. H. davon profitiren will, so dürfte nicht zu lange damit zu säumen sein, da der Kurfürst alt und kränklich wird Auch von andern Fürstlichkeiten sind oft freundliche Aeusserungen zu berichten, die aber kein weiteres Interesse haben. Dass Smidt in allen Zirkeln ein gern gesehener Gast war, geht aus vielen Kleinigkeiten hervor. Als beispielsweise der Grossherzog von Weimar durch Frankfurt kam, traf er ihn fast überall an, zum Frühstück bei dem Prinzen Christian von Darmstadt, zum Thee bei dem Landgrafen Friedrich von Hessen, zum Essen bei den Herren von Harnier und von Gagern Dass ein solches Heranziehen des bremischen Gesandten noch eine andere Seite, als die blos persönliche hatte, dass es auch auf diesem Gebiete galt, den Vertretern der Städte die Ebenbürtigkeit mit den fürstlichen zu erkämpfen, die noch keineswegs vor allen Anfeindungen sicher war, ist eine Ansicht Smidt's, der man die Berechtigung schwerlich mehr abzustreiten Lust hat, wenn man seine Correspondenz aus Frankfurt kennt Er äussert sich darüber einmal ausführlich, als es zur Sprache

kommt, ob er den Titel Ministre plénipotentiaire führen solle. „Persönlich, so versichert er, lege ich darauf gar keinen Werth, aber es scheint mir in der That das Interesse unseres Staates es zu erfordern, dass wir die Gleichheit der Rechte der Bundesstaaten auch durch dergleichen äussere Zeichen nicht verläugnen. Was für den Abgeordneten einer Reichsstadt unziemlich und anmassend erscheinen konnte, ist es nicht für den Geschäftsführer eines souveränen Staates, dem an Population und Macht noch beinahe ein Dutzend kleiner Fürsten nachstehen, die ohne alle Umstände ihre Gesandten Ministres plénipotentiaires nennen. Nun darf man aber doch nicht annehmen, dass eine geringere Anzahl deutscher Seelen, weil sie von einem Fürsten regiert werden, bei ihrer Repräsentation ehrenvoller erscheinen sollen, als eine grössere Anzahl, welche eine republikanische Regierung hat. Unsere Vorfahren dachten ebenso. Wie sich in jetziger Zeit dergleichen Formen gestalten, so werden sie leicht bleiben. Gehen wir es jetzt zu, dass man die Republiken, als solche herabdrücke und nicht mit dem nämlichen Anstande wie monarchische Staaten von gleicher Grösse behandele, so dürfen wir uns nachher nicht darüber beklagen, wenn man uns vernachlässigt. Ich habe um so weniger Anstand genommen jenen Ausdruck zu gebrauchen, da der Graf Buol mich bei mehreren Gelegenheiten angesehenen Fremden, und namentlich in diesem Sommer dem Landgrafen Friedrich von Hessen, bei dem er mich einführte und mit dem er französisch sprach, als Ministre plénipotentiaire de la ville de Bremen präsentirt hat, worauf dieser mich gleich zur Tafel bei sich einlud und mir persönlich einen Gegenbesuch machte, auch, wie er vor Kurzem nach Cassel abreiste, bei mir vorgefahren ist um Abschied zu nehmen. Auch der Grossherzog von Weimar und der alte Grossherzog von Strelitz, der diesen Sommer hier war, haben mir Visitenkarten geschickt. Ich bin wahrlich weit entfernt, darüber ein Vergnügen der Eitelkeit zu empfinden, und ich hoffe, M. H. H. kennen mich dazu genug. Den Ruhm persönlicher Bescheidenheit hat mir hier noch kein Mensch abgesprochen, ich will nur die Ehre und Achtung unserer Republik und trachte nur darnach, die Sache so zu stellen, dass jedem Andern, den M. H. H. künftig an meinen

Platz schicken werden, um unserer Republik willen, die er dann repräsentiren wird, das Nämliche widerfahre. Sobald ich wieder nach Hause komme, bin ich servus servorum, so gut wie jeder Andere. In meinem 44. Jahre werde ich den Republikaner, der von jeher in meinem ganzen Gemüthe vorgeherrscht hat, nicht zu verläugnen beginnen, aber ich fühle es lebendig, dass wir in unseren jetzigen Verhältnissen als Staat aus dem Gesichtspuncte der roture heraus müssen, wenn wir anders es nicht für gleichgültig halten wollen, ob unser Nachbar uns noch ferner als „Wir Peter" im Rescriptentone begrüsse oder nicht. Auch bin ich überzeugt, dass Herr von Martens, wenn er von hier zurückkehrt, und als Geheimer Cabinetsrath seine Functionen in Hannover wieder antritt, die Formen, in welchen er hier den Repräsentanten unseres Staates hat behandeln sehen und selbst behandelt hat, bei künftig von ihm abzufassenden Schreiben an uns im Auge behalten und nicht verläugnen werde. Meine Persönlichkeit ist dann, wie sich's in einer Republik gehört und gebührt, durch diese absorbirt und im Staate untergegangen, der den bleibenden Vortheil davon zieht und behält."

Dergleichen Etikettenfragen finden überhaupt in Smidt's Correspondenz eine häufigere Behandlung als man wohl erwarten sollte. Der Grundton, den er dabei niemals verklingen lässt, ist sein republicanischer Bürgerstolz. Er stellt sehr lebhaft die Theorie auf, dass der Bürger einer freien Stadt keineswegs dasselbe sei, wie der Bürger eines monarchischen Staates, und will nicht einräumen, dass er in gesellschaftlicher Stellung dem Adel nachstehe. Das Bürgerrecht Bremens sei daher auch für Jedermann eine Auszeichnung und er dringt in einem langen Briefe darauf, dass der Senat einige Ehrenbürgerdiplome verleihen möge. In erster Linie wünscht er den Freiherrn von Stein damit ausgezeichnet zu sehen, um dessen Verdienst um die Unabhängigkeit der Hansestädte zu ehren. „Es sind jetzt zwei Jahre her, erzählt er bei dieser Gelegenheit, wie Stein mir hier in Frankfurt sagte: die Gesinnungen der Monarchen sind in diesem Augenblicke den Städten günstig; was sie Ihnen deshalb gesagt haben, ist wirklich ihre Meinung; aber Sie müssen darauf dringen, dass Ihnen diese Erklärung auch schrift-

lich gegeben werde, denn diese Meinung könnte sich ändern. Ich folgte seinem Rath und erhielt die preussische Erklärung noch in Frankfurt Um die östreichische und russische zu erlangen, bemühte ich mich in Freiburg lange vergebens Stein sah mich nicht, oder er fragte mich, ob ich die Briefe noch nicht hätte. Wie ich ihm einmal erwiederte ich gehe nun drei Wochen jeden Morgen, den Gott kommen lässt, deshalb zu Metternich und Nesselrode — einmal treffe ich sie nicht, und wenn ich sie das andere Mal treffe, bestellen sie mich auf den folgenden Tag — In Ihrer Stelle, erwiederte Stein, würde ich des Nachmittags auch hingehen Was fragen Sie danach, wenn auch der Eine oder der Andere Sie einmal ungehalten anfahrt? Wenn Sie die Briefe nur bekommen, werden Sie sich leicht darüber trösten Ich folgte seinem Rath und um des unverschämten Gellens willen bekam ich die Briefe, noch ehe wir Freiburg verliessen." Diese Briefe aber waren es, die hernach immer im Wege standen, wenn den einen oder den anderen Monarchen oder Minister die Lust anwandelte, sich über die Städte eines Andern zu besinnen Auch sonst konnte Smidt noch manche Verdienste Stein's um Bremen anführen „Wir aber, fährt er dann fort, haben ihm kein einziges bleibendes Zeichen unserer Erkenntlichkeit gegeben, als ob wir bei der Ueberzeugung, dass man einem so rechtlichen und so reichen Manne mit Geschenken von pecuniärem Werthe nicht kommen dürfte, für eine Auszeichnung andrer Art weder Sinn noch Erfindungsgabe gehabt hätten. Stein ist jetzt Privatmann, aber er wird den grössten Theil des Jahres in Frankfurt leben, da seine Güter wenige Meilen von hier im Nassauischen liegen Er wird von Allen geehrt und geachtet, jeder cultivirt ihn, und sein Rath und seine Meinung werden bei den Geschäften des Bundestages nie ohne Einfluss sein. Könnten wir Stein unsern Mitbürger nennen, so hin ich überzeugt, wir würden dadurch nicht blos in der öffentlichen Achtung gewinnen, sondern Mancher, der vorkommenden Umständen noch auf den Einfall gerathen könnte uns dies oder jenes zu Leide zu thun, würde sich schon in dieser Rücksicht besinnen, ehe er damit hervorträte."

Diese Gründe leuchteten auch dem Bremer Senate ein,

das Ehrendiplom wurde ausgefertigt und Smidt mit dem Auftrage zugesandt, es persönlich zu überbringen. Er entledigte sich desselben im Juli 1816, indem er zu diesem Zwecke nach Nassau reiste. „Dem Herrn Minister von Stein, schrieb er am 17., habe ich sein Diplom überbracht und ihm dabei gemeldet, wir gäben ihm hiermit das Beste was wir zu geben hätten; er müsse es so nehmen, als ob ein grösserer Staat ihm das Grosskreuz seines ersten Ordens schicke. Er nahm das Geschenk mit ausserordentlicher Artigkeit und mit der sichtlichsten Freude auf und sagte, dass er mir nächstens ein Danksagungsschreiben an den Senat zusenden werde. Er lud mich zum Mittagessen ein, dem auch der General Gneisenau mit seiner Familie, ein Graf von Kielmannsegge aus Hannover und mehrere Andere beiwohnten. Auch diesen erzählte er, welch ein Geschenk ihm von Bremen geworden und wie sehr er sich dadurch geehrt fühle. Ueber drei Stunden hat er sich in seinem Zimmer allein mit mir unterhalten, wobei die jetzige politische Lage in Europa und in Deutschland weitläufig durchgesprochen wurde. Er gab den Muth nicht auf, dass am Ende etwas Gutes herauskomme, und äusserte sich über Alles mit so viel Offenheit, dass ich nicht Alles einem Briefe anvertrauen mag." In dem Danksagungsschreiben, das Stein fast umgehend nachsandte, sprach sich seine Freude auch unverhohlen aus, wenngleich man in Bremen es etwas sonderbar finden wollte, dass daraus hervorzugehen scheine, wie Stein das Ehrenbürgerrecht, wenn man es ihm während seiner Amtsdauer geschenkt, als eine Art Bestechung und daher als werthlos betrachtet haben würde. Smidt fand das Schreiben so verbindlich wie möglich, und meinte, es musse den Herren grosse Freude machen. „Stein kann sich gar nicht verstellen und ich habe daher gleich im ersten Augenblicke gesehen, dass es ihm mit dieser Freude Ernst war. Es hat mir einen besonderen Genuss gewährt, ihn vor den hannöverschen Adligen seiner Familie . . mit dem Bremer Bürgerrechte sich gross machen zu sehen."

Ueberhaupt war Stein um diese Zeit noch von überaus gutem Humor und sah der Zukunft, wie Smidt öfter bemerkt, noch sehr heiter entgegen. Leider erfahren wir über die Unterhaltungen beider in der Regel wenig mehr als die Gegenstände,

über die sich der „umständliche und interessante Discurs“ erbebt. Eine Ausnahme macht allenfalls ein Bericht vom 27. Decbr. 1815 „Stein war sehr aufgeräumt und vertraulich und hat mir über den Tugendbund, dessen Entstehung und weitere Schicksale viel erzählt, wovon ich gelegentlich einige nähere Details mittheilen werden. Vieles von dem, was Schmalz geschrieben, sagte er, sei ganz wahr, nur stelle er Dinge als Resultate geheimer Verbindungen auf, die, wenngleich nicht unwahr, doch damit nicht zusammenhingen und zur Sprache gekommen, wie der Tugendbund schon realiter nicht mehr existirt habe. Er war mit Schmalz nicht zufrieden, versicherte aber doch, der Mann sei ganz so übel nicht, wie man ihn jetzt verschreie. Mit der Ansicht, welche die Bremer Zeitung über die Sache aufgestellt, schien er sehr zufrieden zu sein, sagte, dass er die Zeitung fortwährend lese und lobte sie sehr. Sie steht hier überhaupt im besten Rufe und ihr Lob fällt zum Theil auf den Senat zurück.“

Bekanntlich wurden mit Stein, der die östreichische Bundesgesandtschaft bereits ausgeschlagen hatte, im December 1815, als Hardenberg in Frankfurt war, noch einmal Verhandlungen angeknüpft, ob er nicht die Repräsentation Preussens zu übernehmen bewogen werden könne. Wie Smidt als Gerücht meldet, für dessen Sicherheit er nicht einstehen will, stellte Stein drei Bedingungen, die mit dem, was Pertz über diese Verhandlungen berichtet, nicht in Widerspruch stehen, ohne aber meines Wissens anderweitig bestätigt zu sein. 1) dass er Preussen ganz unentgeltlich vertrete, 2) so lange es ihm gefalle, 3) dass ihm die Wahl des ihm untergeordneten Personals ganz überlassen bleibe. Dass er überdies einen Adlatus verlangt habe, berichtet Smidt auch, und zwar sei es Herr von Altenstein gewesen, der auch sonst als Bundesgesandter vielfach genannt wurde.

Wir sind damit in der Umschau, welche wir über Smidt's Verhandungen während des ersten Frankfurter Jahres angestellt haben, wieder bis in die ersten Tage seines Aufenthaltes zurückgekommen, und stehen zunächst jetzt vor der Frage, welche Umstände es zu Wege brachten, dass die Thätigkeit der Bundesversammlung noch fast ein volles Jahr gelähmt blieb. Es wird

nicht uninteressant sein, dieselben an der Hand von Smidts Berichten zu verfolgen.

Der wichtigste war ohne Zweifel dass, die Territorialverhandlungen unter den einzelnen deutschen Staaten noch in der Schwebe waren. Alles, was man sonst am 1. December an Motiven vorbringen hörte, war untergeordneter Art und konnte höchstens noch einen geringen Verzug veranlassen. Da hiess es zunächst: Die Bundesversammlung habe noch nicht gefunden, wo sie ihr Haupt hinlege, das Palais des Fürsten Thurn und Taxis, welches sie später zu ihrem Sitz erkor, werde noch vom Fürsten Hardenberg occupirt; das Deutsch-Ordens-Haus, das in erster Linie ausersehen war, bisher aber als Lazareth gedient hatte, müsse erst gereinigt und möblirt werden, ein drittes geeignetes Local, das Palais des Herrn von Hügel, könne man aus Delicatesse nicht heanspruchen, weil sein Eigenthümer aus schmerzlicher Enttäuschung darüber, dass er nicht, wie er gehofft, selbst zum östreichischen Bundesgesandten ernannt sei, einer Geistesstörung verfallen war. Diese Ausreden waren aber nur von kurzer Dauer, denn Hardenberg verliess Frankfurt schon am 2. December und damit wurde das Taxis'sche Palais frei. Noch geringfügiger war der Umstand, den Andre geltend machten: Das Personal der östreichischen Bundeskanzlei sei noch in Mainz beschäftigt. Eher liess es sich hören, wenn darauf hingewiesen wurde, dass noch so manche Gesandten ganz fehlten, dass Baden und Würtemberg noch nicht einmal ihren Beitritt zum Bunde erklärt hatten, dass der zeitige preussische Vertreter, Herr von Kuster, nur provisorisch und für den Nothfall zur Bundesversammlung bevollmächtigt sei, dass selbst der östreichische Präsidialgesandte noch keine Instructionen erhalten habe; indess genau betrachtet waren das doch alles nur Symptome, welche bewiesen, dass man an den massgebenden Stellen, in Wien, Berlin, München, Stuttgart u. s. f. irgend welchen Grund haben müsse, die Eröffnung zu verzögern. Und dieser Grund scheint allerdings in den schwebenden Territorialverhandlungen gelegen zu haben. Eine Note Metternichs, d. d. Paris, 21. November, wies den designirten oesterreichischen Bundesgesandten, Herrn von Albini, an, sich in diesem Sinn gegen seine Collegen

zu äussern. Da einer der Hauptzwecke des Bundes, hiess es darin, sich auf die Unverletzbarkeit der einzeln deutschen Staaten beziehe, so sei es offenbar nothwendig, dass vor der Eröffnung des Bundestages sämmtliche Bundesglieder alle Territorial-Contestationen unter sich beendet hatten, und dass die Grenzen jedes deutschen Staates genau bestimmt seien. Im Laufe des Monats December würden die bezüglichen Verhandlungen, wie zu vermuthen stehe, ihrem Ende sehr nahe gebracht werden können, bis dies geschehen, möchten die bereits in Frankfurt versammelten Bevollmächtigten sich einstweilen über die materielle Einrichtung des Bundestages, über das zu beobachtende Ceremoniell, über die Organisation des Büreaus und andre ähnliche Gegenstande besprechen und so die wirkliche Eröffnung des Bundestages vorbereiten. Albini entledigte sich dieses Auftrags, indem er seinen Collegen vertraulich Abschriften dieser Note mittheilte und überdies durch Friedrich Schlegel, der als Legationssekretär bei ihm fungirte, einen Artikel gleichen Inhalts in die Frankfurter Zeitungen vom 2. December einrücken liess.

Dass nun aber auch die vorbereitenden Verhandlungen über die dehors der Bundesversammlung unterblieben, zu denen Metternich doch in jener Note aufzufordern schien, das glaubte Smidt, wie er in dem früher erwähnten Bericht an den Präsidenten der Schweizer Tagsatzung, Bürgermeister Reinhard, auseinandersetzt, allerdings ausschliesslich auf die Krankheit Albini's schieben zu müssen, der schon im December Frankfurt verliess, um auf seinem Gute Erholung zu suchen, und der von dort nicht wiederkehrte. Wäre dieser Umstand allein das Hinderniss gewesen, so hätte Buol sogleich im Januar 1816 die Sache in die Hand nehmen müssen. Dass er dies unter allerlei Vorwanden nicht that, beweist zur Genüge das Vorhandensein eines anderen Motives, der bedenklichen Lage nämlich, in welcher die Territorialverhandlungen sich befanden.

Die Hoffnung, mit diesen in wenig Wochen fertig zu werden, war wohl von Anfang an keine aufrichtige, denn es gab dabei gewisse Fragen zu ordnen, die für eine gütliche Beilegung wenig Aussicht boten. Die schwierigste derselben war die Gebietsausgleichung zwischen Oestreich und Baiern. Sie erwies sich als so verfänglich, dass man vorzog, sie von den übrigen ge-

sondert in München zu erledigen. Es handelte sich um die Ausführung des Pariser Tractates vom 3 November. In diesem hatten die Grossmächte sich verpflichtet Alles aufzubieten um von Baiern zu Gunsten Oestreichs die Abtretung des Hausruck- und Innviertels sowie Salzburgs zu erlangen, als Entschädigung dafür waren besonders Theile der jetzigen bairischen Pfalz (Zweibrücken, Kaiserslautern etc.) bestimmt, die aber zusammen etwa 300,000 Einwohner weniger hatten, als das Gebiet, welches Baiern zurückgeben sollte; einen Ersatz für diesen Verlust stellte der Vertrag erst dann in Aussicht, wenn die directe Linie des badischen Herrscherhauses ausstürbe, dann sollte die badische Pfalz, auf welche Oestreich nach einem Wiener Protocoll vom 10 Juni 1815 Anspruch hatte, an Baiern fallen. In München war man begreiflicher Weise gar nicht geneigt auf diese Vorschläge einzugehen und die Verhandlungen, welche der östreichische General Vacquant Anfangs December begann, führten zu keiner Annäherung. Vielmehr spitzte sich gegen Ende des Jahres der Gegensatz so sehr zu, dass ein Krieg unvermeidlich schien. Oestreich verstärkte seine Truppen an der Grenze von Salzburg, und der bairische Regierungspräsident Graf Armansperg rief bereits die Bevölkerung auf für König und Vaterland die Waffen zu ergreifen. Von beiden Seiten waren die Oberfeldherrn schon ernannt, und der östreichische, Bianchi, begab sich Mitte Januar zu seiner Armee. Dass unter solchen Umständen die Eröffnung der Bundesversammlung unmöglich, ja dass es fraglich geworden zu sein schien, ob die ganze Bundesverfassung je ins Leben treten werde, begreift sich von selbst. In Frankfurt lauschte man daher in den Kreisen der Diplomatie ängstlich nach München, ohne doch Sicheres erfahren zu können. Smidt kann lange wenig mehr berichten, als dass die Verhandlungen begonnen, dass Baiern die Basis vom 3 November zwar nicht ganz verworfen, aber bedeutende Modificationen verlangt habe, dass besonders der Kronprinz und Wrede Salzburg durchaus behalten wollen, dass Couriere nach Petersburg und Mailand (an den dort weilenden Kaiser von Oestreich) unterwegs seien, dass Baiern Gewalt abwarten und Oestreich diese nicht ohne höchste Noth anwenden zu wollen scheine. Eine Zeit lang glaubte man, Baden könne am Ende zum Opfer fallen. „Baiern,

schreibt Smidt am 31. Januar, möchte gern seine Entschädigung diesseits des Rheines haben und Baden hinüber schieben. Es scheint selbst, als ob diese oder jene nicht ganz angenehme Anträge an Baden gemacht sein könnten." Weingstens bringe man damit die schleunige Uebergabe der Urkunde in Verbindung, durch welche Baden (unter dem Datum des 26. Juli 1815¹) dem Bunde beigetreten sei. Indirect bestätigt wurde diese Ansicht dadurch, dass der Staatsrath Klüber und der Graf Hochberg sich Namens des Grossherzogs Anfangs Februar in geheimer Sendung nach Petersburg begaben. An die Kriegsgerüchte scheint man aber in Frankfurt nicht recht geglaubt zu haben, trotz der allarmirenden Zeitungsnachrichten macht Smidt kaum eine Bemerkung darüber, behandelt vielmehr grade in diesen Tagen die ganze Streitfrage mit academischer Ruhe in zwei Artikeln, welche die Bremer Zeitung vom 7. und 8. Februar brachte, und die auch in Frankfurt grossen Beifall fanden. „Ein wechselseitiges Entgegenkommen und eine endliche Uebereinkunft, so fasst er sein Urtheil zusammen, ist unter diesen Umständen zwar mit Sicherheit vorauszusehen, aber das Publicum wird sich bescheiden, dass eine Berechnung des Zeitpunctes desselben ausserhalb der Sphäre seiner Beurtheilung liegt."

Herbeigeführt wurde die Verständigung durch eine Sendung des Kronprinzen von Baiern nach Mailand. Obgleich der Prinz einer der Heissporne war, empfing man ihn am kaiserlichen Hofe sehr artig und brachte die Sache mit ihm ins Reine. Definitiv abgeschlossen wurde der Vertrag freilich erst am 14. April in München. Oestreich erhielt darin ganz und gar seinen Willen und liess sich nur auf Unkosten Badens zu einigen geheimen Artikeln herbei, indem es ausser der Erbfolge in der badischen Pfalz (dem Neckarkreis) Baiern auch seine guten Dienste zusicherte um schon jetzt, bei den Territorialverhandlungen in Frankfurt, für dasselbe auch den Main- und Tauberkreis zu erwerben. Diese sechs geheimen Artikel, die übrigens schon 1818 in dem 3. Bande des Nouveau Recueil von Martens veröffentlicht sind, wurden zunächst nur Wenigen bekannt. „Ich habe sie, berichtet Smidt am 8. Mai, durch eine besondere vertrauliche Mittheilung auf einige Minuten zur Einsicht gehabt, ohne indess Abschrift davon nehmen zu dürfen, ausser den

Ministern der vier grossen Mächte sind hier wahrscheinlich nur 3 oder 4 Personen, die von deren Existenz etwas wissen. Ich habe mir den Inhalt derselben, den ich indess nicht weiter mitzutheilen bitte, folgendermassen gemerkt " — worauf eine detaillirte, genaue Inhaltsangabe folgt, deren Mittheilung hier zwecklos wäre.

Der bedenklichste Stein des Anstosses, der eine Eröffnung des Bundestages gradezu unmöglich gemacht hatte, war nun beseitigt; zwischen Baiern und Oestreich war Friede Aber 4—5 Monate waren auch schon verstrichen, ohne dass man die übrigen Territorialverhandlungen ernstlich hatte beginnen können. Auch das Stück Arbeit, welches jetzt noch vorlag, durfte, besonders soweit es Boden betraf, keineswegs gering geachtet werden, doch war die Lösung immerhin ohne wirkliche Gefahren und nur eine Frage der Zeit Man konnte wieder einmal daran denken neue Termine für die Eröffnung zu planen, und die bisher noch fehlenden Gesandten begannen sich einzustellen. Buol erhielt in diesen Tagen seine definitive Ernennung und von München traf Rechberg ein, um die Vertretung Baierns zu übernehmen Derjenige, welcher am schmerzlichsten vermisst wurde, war der preussische Gesandte. Zwar konnte seine Abwesenheit nicht für ein Hinderniss der Eröffnung gelten, denn Wilhelm von Humboldt, war ermächtigt ihn zu vertreten Allein man sah in den Bundeskreisen wohl nicht mit Unrecht in dem Ausbleiben des definitiven Collegen ein Zeichen der Geringschätzung. Die Wahl des Staatskanzlers war nach langem Schwanken auf den bisherigen Gesandten in Cassel, den Herrn von Hänlein, gefallen. Buol war mit dieser Wahl sehr wohl zufrieden „Wie Hänlein und ich zusammen in Cassel waren, erzählte er Smidt, und keiner von uns daran denken konnte hierher gesandt zu werden, haben wir über die Bundesacte oft und vielfach unsre Gedanken als Privatpersonen ausgetauscht Das wird uns jetzt sehr zu statten kommen, da jeder des Andern eigene Meinung vertraulich kennen gelernt hat." Diese Voraussetzung erwies sich als irrig. Herr von Hänlein war dazu verurtheilt eine sehr traurige Rolle zu spielen.

Anfang Februar hörte man zuerst von seiner Ernennung, aber die Bestätigung liess wochenlang auf sich warten Als er

dann endlich in der zweiten Märzwoche eintraf, war es nur für wenige Tage, da er seine Instructionen sich persönlich aus Berlin holen sollte. Im April jedoch so meinte er, werde man den Bundestag eröffnen können. „Ich rechne auf den Mai,“ setzte Smidt vorsichtig hinzu. Allein nicht blos der April, sondern auch der Mai verging, ohne dass von Hänlein etwas gesehen wurde. Ja das Gerücht tauchte auf, seine Ernennung werde wieder rückgängig gemacht werden. Smidt brachte das zusammen mit den Plänen für die Herstellung der deutschen Kaiserwürde, natürlich in der Person des Kaisers von Oestreich, welche damals wieder aufkamen. Am 31. März spricht er von Communicationen, die deshalb von Seiten einzelner Staaten und besonders Hannovers mit dem Wiener Hofe im Gange seien, selbst Hänlein habe bei seiner neulichen Anwesenheit sich gegen Vertraute günstig darüber geaussert, und von Reinhart, dem französischen Gesandten, wisse er, dass dieser an das Gelingen der Sache glaube und dass Frankreich wenigstens ihr kein Hinderniss in den Weg lege. Am 12. April brachte dann der Deutsche Beobachter in Hamburg, am 13. die Meinzer Zeitung Artikel in dieser Richtung. „M. H. H., fügt Smidt dieser Notiz hinzu, werden sich aus einem meiner Wiener Berichte ähnlicher Andeutungen für die Zukunft erinnern. Die Zeit scheint mir indess noch zu früh um öffentlich von dergleichen zu reden.*) Die Frage über Räthlichkeit oder Unräthlichkeit eines deutschen Unterhauses kann erst, wenn die landständischen Verfassungen in allen deutschen Staaten gehörig consolidirt sind, zu einer reiflichen Erwägung kommen.“ In Bezug auf Hänlein aber meint er: „Vielleicht dass die Frage wegen Herstellung der Kaiserwürde, falls sie wieder aufs Tapet kommen sollte, in Berlin so wichtig erscheint, dass man die Nothwendigkeit einsieht hier einen gewiegten Mann zu haben, der aller deshalb vorgekommenen Erörterungen vollkommen kundig sei, vielleicht dass man überhaupt Hänlein nicht für genügend zu den Bundestags-Verhandlungen erachtet.“ Es heisst wenigstens, man habe ihm in Berlin den Vorschlag gemacht, den Bundestag als zweiter

*) Die Bremer Zeitung schwieg deshalb auch über jene Artikel.

preussischer Gesandter beizuwohnen, worauf er aber nicht habe eingehen wollen."

Davon, dass diese Gerüchte Grund gehabt, liegen mir weitere Spuren nicht vor. Vielmehr wird die preussische Regierung einerseits deshalb Eile nicht von Nöthen erachtet haben, weil die Territorialverhandlungen noch immer zu keinem Resultate führten, und andererseits verabredete der Staatskanzler mit Hänlein grade jetzt in Berlin einen Plan, der Preussens Stellung in der Bundesversammlung bedeutsamer machen sollte. Es handelte sich um den bei Pertz, Leben Steins V, 94 mitgetheilten Vertrag mit Oestreich, der Preussen die Protocollführung, die Abfassung und Ausfertigung der Bundesbeschlusse, kurz alle die Rechte sichern sollte, welche vormals mit dem Reichs-Erzkanzleramte verbunden waren. Herr von Hänlein liess melden, er hoffe Ende Juni einzutreffen, man arbeite noch an seinen Instructionen; vor dem 1. Juli könne der Bundestag schwerlich eröffnet werden. Die kleinstaatlichen Gesandten wurden nun wirklich ungeduldig. Am 15. Mai zeigt Smidt an, dass er seit Kurzem mit einigen Collegen überlegt habe, was zu thun sei, um wenigstens diesen Termin festzuhalten. Aus einer Umfrage, welche er Ende Mai bei allen bedeutenderen Gesandten hielt, konnte er freilich keine grosse Hoffnungen schöpfen. Den Anlass zu derselben hat ihm eine Reise, die er nach Zürich zu machen wünschte, um dort die Hochzeit des Dr. Gildemeister mitzufeiern, und die Ergebnisse seiner Erkundigungen charakterisiren die Situation so vortrefflich, dass einige Auszüge daraus hier nicht fehlen dürfen. Am ungünstigsten äusserte sich der württembergische Gesandte: was man auch sagen möge, vor August oder September werde es zu Nichts kommen. Humboldt meinte: wenn die Eröffnung am 1. Juli stattfinde, konne man Gott danken. Gagerns Ansicht war, die Hauptpersonen wüssten noch so wenig, was sie eigentlich wollten oder nicht wollten, dass an einen ernstlichen Anfang nicht zu denken sei. Rechberg erklärte, er wolle auch noch vorher für einige Zeit auf seine Güter in Schwaben reisen. Martens wies besonders den Gedanken, dem Smidt nicht grade fern stand, verdriesslich zurück, als ob man wohl auch ohne Preussen anfangen könne, geschehe das, so würde es gleich

Anfangs eine Misstimmung in alle Geschäfte bringen, die nicht leicht wieder auszutilgen wäre, daran sei gar nicht zu denken. Auch Buol lehnte diese Eventualität, freilich in etwas anderm Tone, ab. „Fragt man mich officiell darüber, so sage ich: es ist gar kein Hinderniss vorhanden und ich bin dazu bereit, fragt man mich vertraulich, so kann ich wieder nicht sagen, dass ich grade zurathen möchte." Humboldt sei zwar bereit sich substituiren zu lassen. „Dazu möchte ich aber auch nicht auffordern, weil man dadurch als nothwendig anzuerkennen scheint, dass Preussen dabei sein müsse (sic!)" Alles in Allem wisse er von dem Termine grade so viel wie Smidt, und habe dem sächsischen Gesandten, der sich auf seinen Gütern aufhielt, erst dieser Tage geschrieben: es werde ihm sehr angenehm sein, ihn bald in Frankfurt zu sehen, aber bis jetzt aus keinem andern Grunde als dem persönlichen Wunsch seine angenehme Gesellschaft zu geniessen. Dass die Territorialverhandlungen jetzt noch ein Hinderniss seien, bestritt Buol, beendigt wären sie ja freilich nicht, aber die Bundestagsverhandlungen könnten recht wohl nebenher gehen. Alle Schuld warf er recht geschickt auf Hänlein und dessen Regierung. Jener werde wohl nächstens kommen und ein Logis miethen, aber dann müsse er erst wieder nach Cassel um dort seine Sachen zu ordnen. „Gesetzt aber auch, er käme schon in nächster Woche hierher und bliebe gleich hier, so will ich Ihnen nicht verhehlen, dass ich über seine Instruction noch nicht das Allermindeste weiss. Nun kann ich eher keineswegs erwarten, dass sie mit der meinigen grade gleichlautend sein wird, und andrerseits können Sie denken, dass man gleich beim Anfang eine Differenz zwischen den österreichischen und den preussischen Ansichten sorgfältigst wird zu vermeiden suchen. Ich erwarte daher, dass Hänlein mir über seine Instruction einige confidentielle Mittheilungen machen werde, diese werde ich nach Wien berichten und erst wenn ich von dort weitere Instructionen darauf erhalten habe, kann ich daran denken etwas Ernstliches zu beginnen. Sie können daraus schon entnehmen, dass in den nächsten 4 Wochen wenig oder nichts vorfallen kann, als dass man vielleicht bei einer Tasse Thee über die Formalien der Eröffnung seine Gedanken austauscht."

Was Buol in diesem Gespräch (26. Mai) über seine Unbekanntschaft mit den preussischen Instructionen sagt, ist nun freilich wohl grade das Gegentheil des wirklichen Sachverhältnisses. Er setzte zweifelsohne eine Differenz zwischen jenen und den seinigen nur desbalb voraus, weil ihm von Wien aus mitgetheilt war, dass dieselbe existire. Denn der oben erwähnte Vertragsentwurf zwischen Preussen und Oesterreich muss grade um diese Zeit der Gegenstand der Verhandlung zwischen beiden Cabinetten gewesen sein. Den eigentlichen Kern der Streitfrage bildete allerdings kaum der preussische Anspruch auf die Protocollführung und verwandte Dinge, wenn man diesen auch nachher in den Vordergrund zu rücken beliebte, sondern der Vorschlag, die kleineren Contingente nicht selbständig, sondern im Anschluss an die preussische und österreichische Armee zu formiren. Dabei hätte Preussen in Gemässheit seiner geographischen Lage den Löwenantheil erhalten, den Oesterreich nicht geneigt war ihm zu gönnen. Auch die Frage der Mainzer Garnison mag mit hineingespielt haben.

Er wisse, schreibt Smidt, von Jemand, der wohl orientirt sein konnte, den er aber gegen Niemand nennen dürfe*), dass Metternich und Hardenberg sich das Wort gegeben, die Bundes-Versammlung nicht eher zu eröffnen, als bis sie sich über jene Frage geeinigt, das erkläre denn auch, warum selbst für den Fall, dass Hanlein bald ankomme, die Eröffnung als zweifelhaft hingestellt werde.

Die Eifrigsten unter den Gesandten fuhren indessen fort, den Versuch die Eröffnung zu beschleunigen weiter zu betreiben. Smidt war durch seine Züricher Reise abgehalten dabei mitzuwirken, doch gab ihm Plessen von Allem Nachricht. Im Grunde lief die Sache freilich auf eine Comödie hinaus, die Buol mit den Ungeduldigen spielte. Er versprach an Hanlein zu schreiben, wenn dieser nicht Mitte Juni in Frankfurt sei, werde er, Buol,

*) Es ist mir nicht zweifelhaft, dass dieser Jemand der General-Vicar von Wessenberg, der Bruder des Ministers, gewesen. Er ist die einzige Person in Smidts Kreisen, auf die meines Erachtens gerathen werden kann, und Smidt hatte auch bei ihm wegen des Eröffnungstermines Erkundigungen eingezogen.

es schwerlich mehr hindern können, dass man wenigstens zu einer Präliminarconferenz schreite. Auch darein willigte er, dass als Tag dafür schon jetzt der 17. Juni bestimmt werde, allein er machte zwei schlaue Vorbehalte: erstens, dass er diesen Termin nicht mit zu melden brauche, um Preussen nicht durch eine solche peremtorische Frist zu beleidigen; und zweitens, dass ein Aufschub statt finde, wenn Hänleins Antwort das rathsam erscheinen lasse. Plessen durchschaute den Sinn dieser Clauseln recht wohl, er meldete an Smidt, ob unter diesen Umständen aus der Sache etwas werde, könne er nicht mit Bestimmtheit sagen. Varnhagen schrieb in demselben Sinne. Martens übernahm eine förmliche Garantie dafür, dass vor dem 24. ganz sicher Nichts geschehe. Gleichwohl hielt es Smidt für seine Pflicht, zum 17. wieder in Frankfurt zu sein. Da standen die Sachen denn nun so, dass Hänlein seine Ankunft zwischen dem 20. und 25. versprochen, zugleich aber mitgetheilt hatte, er müsse nothwendiger Weise noch auf einige Tage nach Cassel. Buol meinte, dagegen lasse sich Nichts sagen, auch dürfe man nicht dahin drängen, diesen Casseler Aufenthalt ungebührlich abzukürzen, nur auf der Fixirung eines bestimmten Tages müsse man unbedingt bestehen. Die Frist, welche dadurch gegeben werde, wolle er selbst zu einer Reise nach Wien benutzen, um mit Metternich über die preussischen Instructionen zu sprechen, die er noch immer nicht kenne, die ihm Hänlein aber ohne Zweifel confidentiell mittheilen werde — ein Plan, der übrigens ein paar Tage später schon wieder aufgegeben schien. Von preussischer Seite (d. h. wohl von Varnhagen) erfuhr Smidt nun aber auch, dass Verhandlungen zwischen Berlin und Wien über die Bundesangelegenheiten schwebten, ohne dass ihm der nähere Inhalt bezeichnet wäre. Dieser wurde erst offenbar, als am 29. Juni Hänlein endlich anlangte. Wir erzählen das Weitere meist wörtlich nach Smidt's Berichte vom 3. Juli.

Smidt hatte erfahren, dass H. am Sonntag bei dem Grafen B. allein zu Mittag speisen werde, und fuhr deshalb Abends gegen 7 Uhr zur Gräfin um dieser eine Visite zu machen, in der Hoffnung dort vielleicht auch den Grafen zu sehen, da es ihm indiscret schien, sich gleich nach der ersten Unterhaltung

mit H. gradezu bei Buol selbst melden zu lassen. Die Gräfin nahm ihn gleich an, und er fand auch H. noch dort, der indess im Begriff war wegzugehen. Er war äusserst artig, sprach davon, wie peinlich es ihm gewesen so lange zögern zu müssen, dass indess die Schuld nicht an ihm gelegen, sondern an der Krankheit des Fürsten Hardenberg, welche seine Gehörschwäche 6 Wochen lang so vermehrt, dass man ihm Nichts habe vortragen können. Nach einer halben Stunde liess der Graf Smidt in sein Cabinet rufen und erzählte ihm nun vertraulich: Von Hanlein sei ihm ein ausführliches Memoire über die Bundestags-Angelegenheiten mitgetheilt und das Gesuch um Uebersendung desselben an seinen Hof unter Begleitung eines empfehlenden Berichts hinzugefügt worden. Dabei habe H. jedoch geäussert, wie es die Absicht gewesen, darüber auch directe Communication zwischen beiden Höfen zu eröffnen, und wie er nicht zweifle, dass solches bereits geschehen sei. Er (Graf B.) habe das Memoire gleich gelesen und erwiedert: der Inhalt sei der Art, dass er die schleunigste Uebersendung desselben an seinen Hof sich allerdings zur Pflicht machen müsse; was aber die Empfehlung betreffe, so wolle er ihm aufrichtig gestehen, dass er sich dazu unmöglich entschliessen könne. Mit der nämlichen Aufrichtigkeit müsse er auch hinzufügen, dass, wenn er gleich das Memoire selbst sonst Niemandem mittheilen werde, er doch nicht umhin könne, den übrigen Bundestags-Gesandten, die ihm mit steter Offenheit und ununterbrochenem Vertrauen entgegengekommen, über den Hauptinhalt einige vertrauliche Eröffnungen zu machen, da die Sache die ganze Bundes-Versammlung angehe, auch neuer Aufenthalt der Eröffnung wozu diese Anträge Gelegenheit geben könnten, nur durch eine solche Mittheilung von seiner Seite zu rechtfertigen sei, indem er den übrigen Gesandten nie ein Geheimniss daraus gemacht, wie seine Instruction dahin gehe, der Eröffnung der Versammlung sich nicht zu widersetzen, sobald die übrigen durchaus nicht länger auf Preussen warten wollten. Do Smidt nun der erste sei, den er sehe, so wolle er ihm gleich sagen, dass die preussischen Wünsche in einer wesentlichen Abänderung der Directorialvorrechte Oesterreichs beständen, an denen Preussen sei es allein, sei es unter Zuziehung noch andrer

Theil zu nehmen begehre, namentlich was die Protocollführung und Direction der Canzlei betreffe. Dabei habe H. zu verstehen gegeben, dass im Fall solche Theilnahme Preussen verweigert werden sollte, dieses eben kein grosses Interesse an dem Bunde nehmen dürfte. Obgleich er, Buol, nun zwar die Ansichten seines Hofes nicht hinreichend kenne, habe er doch sogleich privatim H. v. H seine Verwunderung darüber bezeugt, wie man Oestreich, nachdem es auf die Kaiserwürde von selbst Verzicht geleistet, ansinnen möge, diese geringen Vorzüge in deren Ausübung es im Grunde nur als der Diener Aller erscheine, aufzugeben, und wie man dabei nicht bedenke, dass Oestreich vermöge seiner Lage von allen Bundesstaaten den Bund am ersten entbehren könne und die Theilnahme an demselben eigener Vortheile halber nie gewünscht habe Sollte an den Präsidialbefugnissen noch etwas geschmälert werden, so wurde ja am Ende aus dem Kaiser ein Pedell werden Hanlein habe darauf gemeint, bei der Entwerfung der Bundes-Acte in Wien habe ja auch nicht Oestreich, sondern Hannover (durch den Herrn von Martens) das Protocoll geführt, er habe ihm aber erwiedert, das sei keineswegs der Fall gewesen, sondern Martens habe das Amt auf Ersuchen Metternichs übernommen, der ihn sich dazu als einen talentvollen Mann vom Grafen Münster ausgebeten Uebrigens werde auch der Beamte, der zur Protocollführung am Bundestage ausersehen sei, der Hofrath Handel, von dem Augenblick an, wo er das Geschäft angetreten, nicht blos ein östreichischer, sondern ein Beamter des ganzen Bundes sein.

Jedenfalls, erörterte Buol dann weiter gegen Smidt, könne er an die Eröffnung des Bundestags jetzt nicht eher denken, als bis er neue Instructionen von Wien erhalten; doch hoffe er, diese würden bis zur Rückkunft Hänleins aus Cassel eingetroffen sein. Smidt beklagte das lebhaft, auf solche Weise könne der Anfang ins Unendliche verzögert werden; es sei nicht recht, solche Streitfragen, die gnade vor das Forum der Bundes-Versammlung gehörten, erst vorweg auf diplomatischem Wege beseitigen zu wollen. Ueber die preussischen Anträge dürfe er sich, so lange er sie nicht im Detail kenne, richtig zu urtheilen nicht anmassen, aber selbst wenn sie wesentliche

Aenderungen der Bundes-Acte bezweckten, so schreibe diese selbst ja die Formen der Behandlung auch in solchem Falle vor. Er müsse deshalb grade um dieser Antrage willen eine Beschleunigung des Anfanges wünschen, und es scheine ihm gar nicht unmöglich, dass Preussen seine Wünsche, wenn es sie öffentlich vortragen solle, in einer Weise modificiren könnte welche ihre Erledigung sehr erleichtern werde.

Der Graf erwiederte darauf, dass er nicht zweifle, wie seine Instruction in diesem Sinne ausfallen werde. Uebrigens sei in der Bundes-Acte keine Spur von besonderen Vorrechten Preussens, und wenn man die Analogie der alten Reichsverfassung zu Rathe ziehen wolle, so hätte Baiern und Sachsen als vormalige erbliche Reichsvicarien jedenfalls grössere Ansprüche als Preussen, das früher ja auch schon mächtiger als diese beiden gewesen sei. Vor dem Eintreffen neuer Instructionen könne er indess keinenfalls den Bundestag eröffnen. So wenig er es glaube, so sei es doch immer möglich, dass sein Hof Preussens Wünschen nachgeben wolle, das würde er ihm aber durch die Eröffnung erschweren; denn hätte Oestreich auch nur 3—4 Wochen das Directorium wirklich geführt, so könne es dasselbe Ehren halber nicht mehr abgeben oder theilen.

Als das Gespräch auf diesem Puncte war, wurde Herr von Eyben, der holsteinische Gesandte, gemeldet. Er hatte sich seit dem 5. Juni zur Cur in Wiesbaden aufgehalten und war auf die Nachricht von Hanleins Ankunft gleich nach Frankfurt zurückgeeilt. Buol recapitulirte nun das bisherige Gespräch, und Eyben äusserte sich in gleichem Sinne, aber in stärkeren Ausdrücken als Smidt; besonders erklärte er, die öffentliche Meinung auf dem linken Rheinufer, die er persönlich kennen gelernt, verbiete jedes weitere Zögern. Uebrigens glaube er die preussischen Anträge, über die er sich weitere Fragen hier nicht erlauben wolle, durch Nachrichten, die er kürzlich von Berlin erhalten, zu kennen*). Sie seien danach auf ein Reichs-

*) Das Folgende zeigt, dass Eyben wirklich gut unterrichtet war, auch sonst weist Smidts Correspondenz Spuren von der Vorzüglichkeit der Eyben'schen Nachrichten aus Berlin auf. Wir machen übrigens bei dieser Gelegenheit ein für alle mal darauf aufmerksam, wie durch Smidts Darstellung frühere Auf-

erzkanzleramt gerichtet, oder auf ein Condirectorium cumulativ mit Oesterreich, oder wenigstens auf eine Theilnahme an diesem Directorium mit etwaiger abwechselnder Zuziehung derjenigen Staaten, welche im Pleno 4 Stimmen hätten, wodurch im Wesentlichen die alte, schon in Wien verworfene Pentarchie, nur mit Hinzuziehung von Sachsen, herauskommen würde. Die Militäreinrichtungen betreffend sollte Preussens Absicht dahin gehen, dass eine Militärinspection in Friedenszeiten nur von Oesterreich und Preussen gemeinschaftlich ausgeübt, im Kriege aber drei verschiedene Corps nach der Analogie des letzten Feldzugs gebildet würden, deren Obercommando Oesterreich Preussen und Hannover übernehmen sollten.

Buol lehnte nun zwar ab, diese Angaben zu bestätigen, aber aus der Fortsetzung des Gesprächs glaubte Smidt doch entnehmen zu können, dass Eybens Gewährsmann kein Unkundiger sein könne. Auch äusserte Buol noch, er habe Hänlein dringend gerathen, sein Memoire den übrigen Gesandten offen mitzutheilen.

Beim Weggehen begleitete Eyben Smidt in dessen Wohnung, und hier stellten sich zufällig auch Plessen und Rechberg ein.

---

fassungen wesentlich berichtigt werden. Da es nicht unsre Absicht sein kann, hier polemisch gegen Pertz, Ilse u. s. f. aufzutreten, so begnügen wir uns zur Vergleichung die Erzählung der obigen Vorgänge, welche Pertz giebt, hier abzudrucken. Leben Stein's V, 94 und 98. „Mit diesen Aufträgen (dem betr. Vertragsentwurf) reiste Hänlein von Berlin ab. ... In Frankfurt fand er den Grafen Buol und die übrigen durch die Verzögerung des Geschäfts nicht wenig aufgeregten Gesandten, auch W. von Humboldt, der mit Wessenberg die Unterhandlungen über Mainz zu Ende geführt hatte. Hänlein eröffnete seinen Auftrag dem Grafen Buol und legte ihm den Entwurf vor. ... Es waren indes die wesentlichen Puncte desselben schon vor Hänleins Ankunft kein Geheimniss mehr, Graf Buol, ohne Zweifel durch seinen Hof vollständig unterrichtet und mit Anleitung versehen, hatte mehrere Gesandte in Kenntniss gesetzt und dadurch gegen den Plan eine sehr nachtheilige Aufregung hervorgerufen. Als nun Hänlein, ohne Kenntniss dieser Thatsache, mit Buol in Verhandlung war, lehnte dieser das Eingehen darin ab und bestand auf Mittheilung des Plans an die übrigen Gesandten. Hänlein berieth sich darüber mit Humboldt und erfuhr von ihm und Otterstedt (preuss. Vertreter bei der Stadt Frankfurt) den Bruch des Geheimnisses. Das verletzte Wichtigkeitsgefühl der Gesandten, die es höchstens Einem Staate verziehen konnten höher als sie selbst zu stehen, sprach sich so einstimmig aus etc."

Es entspann sich eine sehr interessante Unterhaltung, die bis nach Mitternacht dauerte. Das Resultat war, nicht zu ruhen, bis man es bis zur Ansetzung eines bestimmten, nicht wieder zu verschiebenden Eröffnungstermines gebracht habe, und dazu wenn es nicht anders gehen sollte, wie 1815 in Wien, selbst durch eine förmliche Note aufzufordern Was den preussischen Anspruch auf die Führung des Protocolls anlangte, so war die Stimmung dem keineswegs entschieden feindlich, Martens z B. sprach es Buol persönlich aus, dass Oesterreich darin wohl nachgeben könne Dieser raumte darauf ein, dass von einem Anspruch seines Hofes, der aus der Bundesacte hergeleitet werde, nicht die Rede sein könne; denn diese erwähne der Protocollführung nicht ausdrücklich Allein man habe nun einmal in Wien geglaubt, dieselbe sei mit dem Vorsitz eo ipso verbunden, man habe alle seine Anstalten danach getroffen und könne deshalb Ehren halber nicht mehr zurück Selbst von einem Vermittlungsvorschlag, den Hänlein seinerseits anregte, wollte der Oesterreicher Nichts wissen Hänlein sprach nämlich davon, das Protocoll einem Dritten, und zwar Smidt, zu übertragen Buol benutzte nun eines der Diners, welche er am Montag und Dienstag (1. und 2. Juli) gab, um darüber mit Smidt vertraulich zu reden. Der Hauptzweck dieser Festivitäten war übrigens, den einzelnen Gesandten vor und nach Tisch Mittheilungen über die Situation zu machen, wobei – nach Smidts Zeugniss – Buol jedoch zurückhaltender war als am Sonntag gegen ihn und Eyben. Er nahm also auch Smidt in ein besonderes Zimmer und eröffnete ihm Hänleins Andeutungen welche dieser bereits durch andre Gesandte erfahren hatte Er bat ihn, es nicht persönlich zu nehmen, wenn er sich auch dieser Combination widersetzen müsse; er konne nicht zurück, sonst würde ihm Smidt lieber sein wie irgend ein Andrer Dieser entgegnete sehr entschieden, dass er weit entfernt von jedem solchen Gelüsten sei, und er hoffe, dass Buol, wenn er von den günstigen Aeusserungen, mit denen er ihn unverdientermassen so eben beehrt habe, auch nur den zehnten Theil in Rechnung bringe, ihm soviel Klugheit zutraue, dass er (Smidt) sich wohl hüten werde, zwischen Oesterreich und Preussen in die Klemme zu gerathen Im Gegentheil, würde

ein solcher Vorschlag ernstlich beabsichtigt, so würde er schon Mittel und Wege finden, denselben, ehe er gestellt sei, zurückzudrängen, womit denn Buol natürlich sehr zufrieden war und meinte, es werde sich schon Alles in Güte fügen.

Gegen Hanlein, der ihm am Montag einen Besuch machte, bediente sich Smidt geschickter Weise in erster Linie des Nostrum non est tantas componere lites. Aber er setzte doch auch ihm so gut wie Buol auseinander, dass grade die Protocollführung der letzte Punct sei, um den man streiten dürfe; denn welche Macht auch damit betraut würde, sie müsste im eigensten Interesse dahin streben, den Beamten, welcher dass Protocoll führe, von sich unabhängig zu stellen, um in streitigen Fällen nicht selbst eine Einbusse an Ansehen zu erleiden. Vor Allem aber betonte er die Nothwendigkeit, endlich den Bundestag zu eröffnen, und wie Eyben die Stimmung am linken Rheinufer, so führte er die in Süddeutschland ins Gefecht, die er auf seiner Zürcher Reise kennen gelernt hatte Hanlein gestand, dass ihm von allen Seiten ähnliche Vorstellungen gemacht würden und schlug vor, man solle sich noch in dieser Woche über einen quasi officiellen Zeitungsartikel verständigen, worin man sage, die Territorial-Angelegenheiten seien jetzt so weit erledigt, dass die Eröffnung des Bundestages keinen Schwierigkeiten mehr unterworfen sei; die Gesandten hätten sich deshalb das Wort gegeben, Ende Juli alle an Ort und Stelle zu sein um in den ersten Tagen des August ihre Thätigkeit zu beginnen. Er versicherte dann noch einmal seine persönlichen gut deutschen Gesinnungen („woran ich auch im mindesten nicht zweifle“) und deutete sogar an, dass ihm persönlich die Herstellung der Kaiserwürde (natürlich im Hause Oestreich) durchaus nicht unrecht sein würde.

Die beabsichtigte Zeitungsnotiz wurde von Buol abgefasst und in beiden Frankfurter Blättern am 20 Juli abgedruckt. Sie sprach nur im Allgemeinen von den ersten Tagen des August als der Zeit, wo „vorbereitliche Conferenzen“ stattfinden sollten und versicherte, dass man unmittelbar darauf zur feierlichen Eröffnung schreiten werde Genauer gesprochen, war der 5. August für die erste Besprechung angesetzt, man hatte den Termin jenseits des dritten August gewählt, um Herrn von

Hänlein der Last zu überheben, an diesem Tage, dem Geburtsfeste des Königs, in seinem noch nicht eingerichteten Hause eine grosse Fête zu geben. Ueberraschen könnte es, dass Buol sich trotz seiner früheren Aeusserungen überhaupt auf die Bestimmung eines Termines einliess, indess konnte er diesen Widerspruch damit erklären, dass er bis dahin jedenfalls die erforderliche Instruction zu erhalten hoffen durfte. Materiell hatte er in der That keinen Grund sich zu widersetzen; denn dass er den Sieg über Hänlein davontragen werde, unterlag keinem Zweifel mehr. Hänlein selbst hatte die Flinte ins Korn geworfen. Da er bei keinem einzigen der andern Bundesgesandten, berichtet Smidt — freilich etwas im Widerspruch mit seinen früheren Angaben, beispielsweise in Bezug auf Martens — die mindeste Neigung fand, die wenige noch übrige Einheit des Geschäftsbetriebs einem Dualismus, der am Ende immer mehr oder minder zu einem nördlichen und südlichen Deutschland führt, aufzuopfern, so hat er dem Grafen Buol freundschaftlich erklärt, dass er sich nach der Stimmung, die er hier vorgefunden, veranlasst sehe, darauf anzutragen, ob man zur Erhaltung der Einheit nicht lieber von jenen Forderungen abstrahiren und die Sache lediglich dem Bunde anheimstellen wolle. Der Genehmigung dieses Antrages war er zum Voraus gewiss, wenn der Freund Smidts „der öfter sehr gute und zuverlässige Nachrichten aus Berlin hat" (ohne Zweifel Eyben) auch in diesem Falle gut berichtet war. Noch seiner Aussage war Hänlein von vornherein angewiesen, wenn er nicht durchkommen könne, die Anträge nicht aufs Aeusserste zu unterstützen. Was mir Buol, fügt Smidt hinzu, über die Art, wie diese Sache von Hardenberg direct an Metternich gelangt ist, gesagt hat, stimmt dazu vollkommen.

Natürlich wurde die ganze Angelegenheit in den diplomatischen Kreisen noch viel besprochen. Humboldt war mit Hänleins Auftreten gar nicht zufrieden und äusserte sich unverhohlen darüber. Je unbedeutender die Vorrechte Oestreichs seien, um so weniger sollte Preussen ihnen durch Beneidung oder Beschränkung eine grössere Bedeutung verschaffen. Er möchte nicht Unrecht haben, meint Smidt. Aus dem ganzen Streite aber, fährt er fort, geht so viel gewiss hervor, dass

beide Grossmächte vorauszusetzen scheinen, es werde aus dem Bunde etwas Ernstliches werden. Auf jeden Fall bin ich überzeugt, dass Buol und Hänlein keine Mystificateure, sondern, das Aergste angenommen, mit mystificirt sind, was ich aber nicht glaube.

Einer der indiscretesten Diplomaten in Frankfurt war Otterstedt. Es ist wohl bemerkt worden, wie von den preussischen Anträgen in all den Erörterungen, deren wir erwähnt haben, immer die eine Hälfte, welche die Theilnahme am Directorium betraf, geflissentlich in den Vordergrund gezogen, die andre, welche sich auf die Militärverhältnisse bezog, in einem beabsichtigten Dunkel gehalten wurde. Otterstedts Verdienst war das nicht. Er hatte schon acht Tage vor Hänleins Ankunft erzählt, dieser werde in Frankfurt einen schweren Stand bekommen. In der preussischen Armee herrsche so grosse Unzufriedenheit über die nachtheilige Stellung Preussens, dass die Regierung den Versuch machen müsse dieselbe zu bessern. Smidt glaubte auf solche Redereien nicht sonderlich achten zu sollen, da er einen so hohen Grad der inneren Auflösung in Preussen nicht für denkbar hielt. Es machte ihn jedoch stutzig, dass nach Hänlein entschuldigend bemerkte, man könne die Schritte seiner Regierung nur dann gehörig beurtheilen, wenn man auch auf ihre Verhältnisse zum Innern und auf gewisse im preussischen Staate jetzt vorherrschende Ansichten, die sie zu schonen habe, hinreichend Rücksicht nehme. Worauf das ziele, erfuhr Smidt von Varnhagen. Ein gewisser Officier von der Garde, dem der König persönlich vertraue, sei bei der Rückkehr von einer Reise durch mehrere preussische Provinzen vom Könige gefragt, wie er die öffentliche Stimmung gefunden. Als er sich darüber nun sehr ausführlich ausgesprochen, habe der Monarch von ihm einen schriftlichen Aufsatz darüber verlangt und denselben auch erhalten — eine Notiz, deren Bedeutung Smidt wohl überschatzt, die aber als Beitrag zum Kampfe der Parteien am Berliner Hofe hier wohl einen Abdruck verdiente.

Was übrigens den Theil des preussischen Vertragsentwurfes betraf, der auf die Militärverfassung Bezug nahm, so mochte sich Graf Buol wohl keinen Täuschungen darüber hingeben, dass mit der Zurückziehung des Hanlein'schen Antrages ein

völliges Fahrenlassen der darin enthaltenen Ideen über die künftige Heeresverfassung Deutschlands keineswegs beabsichtigt sei. Es konnte sich nur um eine Vertagung bis zu dem Augenblicke handeln, wo in der Bundesversammlung selbst in Gemässheit des Art. 10 der Bundesacte die organische Einrichtung des Militärwesens zur Berathung kam. Die Klugheit gebot es der östreichischen Politik deshalb sich der Stimmen der Kleineren, und besonders derer, die im preussischen Machtbereich lagen, möglichst zu versichern. Gegen Ende Juli benutzte Buol daher eine Gelegenheit um mit Smidt auf diese Frage zurückzukommen. Es sei leider zu fürchten, bemerkte er, dass es darüber noch viel Streit geben werde, und doch mache es die Bundesacte unmöglich, die Angelegenheit weit hinauszuschieben Oestreich habe durchaus nicht die Absicht, bei dieser Gelegenheit einen Einfluss zu erstreben, der auf die Unterdrückung Anderer abziele, es wünsche nur, dass der Zweck der Bundesacte erreicht und Vorschläge in dieser Richtung gemacht werden möchten. Smidt entwickelte nun seine Ansichten, übrigens mit dem Bemerken, es sei das nur seine Privatmeinung, die sich, sobald er Besseres von Anderen darüber höre, sehr leicht gänzlich ändern könne, auch kenne er nicht die Auffassung seiner Committenten und könne daher möglicher Weise instruirt werden, in ganz anderm Sinne zu votiren. Da ihn jedoch Buol trotz dieses Vorbehaltes, den er vollständig gelten lassen wolle, bat, die geäusserten Ansichten schriftlich auszuführen, damit er sie dem Fürsten Metternich übersenden könne, so sagte Smidt dies zu und schrieb einen Aufsatz, auf dessen Inhalt einzugehen hier nicht der Ort ist, da die weitere Behandlung der Frage einer späteren Zeit angehört. Buol war äusserst erfreut über die darin entwickelten Principien und erklärte, es seien ganz die seinigen. Auch Martens, Berg, Gagern, Eyben, Marschall, die Kenntnise von dem Schriftstück erhielten, billigten es vollkommen, und einige von ihnen machten sich daran denselben Gegenstand nach denselben Grundsätzen auch ihrerseits zu bearbeiten. Dadurch erlangte der Smidt'sche Entwurf in Bundeskreisen natürlich die grösste Beachtung, ein Gesandter nach dem andern erbat sich Abschrift davon, um sie seinem Hofe einzusenden, und auch die Vertreter der Königreiche, der

sächsische, bairische und würtembergische Gesandte, nicht minder der Badenser und mehrere Vertreter der Kleinstaaten, sagten dem Verfasser nicht allein „viel Schönes" darüber, sondern bekannten sich auch ihrerseits zu denselben Principien, einzelne sprachen ihm später officiell den Dank ihrer Höfe aus. Humboldt war, wie sich leicht denken lässt, weniger befriedigt; doch erbat auch er sich Abschrift und versicherte, viel Zweckmässiges und Brauchbares darin gefunden zu haben.

Die Wochen bis zum Anfang des August benutzten fast alle Gesandten noch zu Ausflügen. Am 17. Juli waren nur Buol, Martens und Berg in Frankfurt. Smidt allerdings auch, aber nur für ein paar Tage. Er war beim Freiherrn von Stein auf Nassau gewesen und hatte ihm das bremische Ehrendiplom überbracht. Jetzt reiste er auf dringendes Erfordern seines Arztes noch nach Baden um ein Dutzend Bäder zur Heilung der rheumatischen Affectionen, an denen er den ganzen Winter gelitten, zu nehmen. Vor dem 12. August brauchte er nicht zurück zu sein, denn um 8 Tage war aus allerlei persönlichen Gründen, besonders auf Wunsch von Martens und Rechberg, die Eröffnung schon wieder verschoben. Doch liess es ihm nicht so lange Ruhe; schon am 8. war er wieder in Frankfurt. Buol, den er sogleich besuchte, theilte ihm vertraulich die Depeschen mit, welche er mittlerweile von Wien erhalten. Sie bestanden aus einem Schreiben Metternichs an Buol, aus der Antwort desselben auf Hardenbergs Mittheilung des preussischen Vertragsentwurfes, sowie aus zwei Depeschen an den östreichischen Gesandten in Berlin, Grafen Zichy, einer ostensiblen zur Uebergabe an Hardenberg und einer vertraulichen zu Zichys Instruction. Die Grundsätze und Ansichten, welche der östreichische Hof in allen diesen Schreiben an den Tag legte, fand Smidt so erwünscht für alle Gutgesinnten wie nur irgend möglich, und zugleich so bestimmt ausgesprochen, dass ein Rückschritt davon kaum noch möglich sei. Die Bundes-Acte, hiess es darin, sei zwar keineswegs vollkommen, allein ihre weitere Ausbildung müsse ausgehen von dem Zustande und den Verhältnissen der Bundesstaaten, welche sie begründet habe. Dass Oestreich und Preussen sich darüber ihre Gedanken vertraulich mittheilten, sei heilsam und wünschenswerth; aber jede bestimmte Verab-

redung unter ihnen, um eine gemeinschaftliche Ansicht mittelst ihrer überlegenen Macht durchzusetzen, würde den Band ja im Augenblicke seines Beginnens wieder zerstören, man würde sich dadurch selbst um die Früchte bringen, die man in den letzten Jahren mit so viel Blut und Anstrengung zu erreichen gestrebt. Ein wechselseitiges Zutrauen der deutschen Staaten unter einander und eine Abneigung gegen fremde Einmischung sei in den beiden letzten Kriegen in einem Grade zu Stande gebracht, wie man sie Jahrhunderte lang nicht gekannt, davon, dass diese Gesinnung Wurzel fasse und sich befestige, hange die Ruhe Deutschlands nicht allein, banga die Ruhe Europas ab. Oestreich und Preussen müssten daher vor Allem ihre Bestimmung in dem Wetteifer suchen, allen deutschen Staaten das vollkommenste Vertrauen zu sich einzuflössen, und dies werde nur dann geschehen können, wenn man ein freiwillig mit denselben eingegangenes Verhältniss mit der scrupulösesten Gewissenhaftigkeit beobachte. Besonders müssten alle Gegenstände, welche zum Ressort der Bundesversammlung gehörten, auf ordnungsmässigem Wege in derselben verhandelt werden. Das gelte vor Allem von den militärischen Verhältnissen, weil sich sonst leicht die Besorgniss entwickeln könne, als wollten Oestreich und Preussen über die Militarkraft Deutschlands ähnlich disponiren wie Napoleon über die des Rheinbundes. In Verabredungen beider Grossmächte auf diesem Gebiete würden die anderen Staaten nur eine Aufforderung und — die Wahrheit zu sagen — eine gerechte Entschuldigung finden, um sich bei auswärtigen Mächten nach einer Garantie für ihre bedrohte Selbständigkeit umzusehen.

Was von preussischer Seite hierauf erwiedert sei, konnte Smidt nicht erfahren, doch theilte er die allgemeine Ansicht, dass man in Berlin Herrn von Hänlein desavouiren werde. Schwerlich hatte der preussische Diplomat in irgend einem Puncte den Auftrag, der ihm geworden, überschritten; allein da er die Aufgabe, welche ihm gestellt war, nicht hatte lösen können, so sah man voraus, dass er als Opfer des misslungenen Versuches fallen werde. Bereits nannte man verschiedene Diplomaten als bestimmt ihn zu ersetzen, so den Grafen Goltz, die Herren von Altenstein und von Küster. Da Hänlein von jeher jedermann versichert hatte, er komme nur ungern nach

Frankfurt und würde lieber in Cassel bleiben, so war von dieser Seite die Rückzugslinie nicht abgeschnitten, und zu allem Ueberfluss konnten durch seine Rückversetzung die höchst unliebsamen Verlegenheiten beseitigt werden, in welche die Wahl seines Nachfolgers, des Generals Zastrow, die preussische Regierung gebracht hatte. Dieser Zastrow war nämlich dem Kurfürsten eine äusserst verhasste Person, weil er im Jahre 1814 sehr entschieden in Cassel aufgetreten war; auf die erste Nachricht, dass jener als Gesandter bei ihm accreditirt werden solle, verhat er sich das in Berlin auf das Nachdrücklichste, und als der General nichts desto weniger und trotz eines zweiten noch scharferen Protestes in Cassel eintraf, verweigerte er ihm jede Audienz. Hardenberg scheute sich nun doch den eigensinnigen Fürsten, der ohnedrem in diesem Falle Recht und Herkommen auf seiner Seite hatte, zu brüskiren, und beschloss in Carlshad, wo er sich zur Cur aufhielt, dass Hänlein nach Cassel zurückkehren und Graf Goltz, der frühere Minister des Auswärtigen, an den Bundestag gehen solle. Graf Pappenheim, Hardenbergs Schwiegersohn, brachte schon am 11. August privatim die Nachricht davon nach Frankfurt, Hänlein, der an demselben Tage eintraf, erfuhr sie erst ein paar Tage später.

Nun war ein neuer Aufschub schlechterdings unvermeidlich; so unzufrieden man in den Kreisen der Bundesgesandten mit Preussen war und so unangenehm man es empfand, dass von Berlin aus immer neue Zögerungen veranlasst wurden, so glaubte man andrerseits doch in Hänleins Abberufung die Folge der allgemeinen Missstimmung über dessen Anträge und also eine Condescendenz des Berliner Cabinets gegen die Ansichten der übrigen Bundesstaaten zu erkennen, und fühlte sich dadurch schicklicher Weise verpflichtet mit dem Anfange der Berathungen nicht grade jetzt vorzugehen. Wenn freilich Pappenheim erzählte, dass Goltz sich ausbedungen habe, erst in etwa 6 Wochen nach Frankfurt zu gehen, so war das eine längere Frist, als man ennehmbar fand, und man setzte als selbstverständlich voraus, dass in diesem Falle ein Substitut ernannt werden würde. Pappenheim bestätigte das mit dem Bemerken, es sei in Carlshad von Küster die Rede gewesen. Diesen hielt Smidt für einen rechtlichen Mann von conciliatorischen Gesinnungen, der auch

nicht so hochfahrend sei wie manche andere Preussen, und hatte seine Ernennung zum Substituten oder auch zum zweiten Bundesgesandten gern gesehen, allein die Combination scheiterte im letzten Augenblick, der König unterzeichnete die am 6. August ihm vorgelegte Bevollmächtigung des Münchener Gesandten nicht, sondern beauftragte Herrn von Humboldt mit Goltzens Stellvertretung. An demselben Tage, an welchem der König von Würtemberg endlich geruhte, die Urkunde seines Beitritts zum Bunde (datirt vom 1. September 1815) dem Grafen Buol überreichen zu lassen, am 15. August 1816, machte auch Humboldt dem letzteren Mittheilung von seinem Auftrage. Und nun, da Alles in Ordnung war, ging man doch sogleich ans Werk? Merkwürdiger Weise noch immer nicht, und zwar aus einem sehr sonderbaren Grunde: man fürchtete sich vor Humboldt. Mit Küster hatte man gern gleich angefangen; nun aber wünschte man bis zu Goltz' Ankunft die Eröffnung hinzuhalten. Keinem lag das mehr am Herzen als Buol, so eifrig er es auch zu verdecken strebte. Er sei zum Beginn der Präliminarconferenzen bereit, liess er Humboldt melden; allein es scheine ihm wünschenswerth, dass man sie nicht anfange, wenn man nicht gleich den Tag der feierlichen Eröffnung fixiren könne, ob Humboldt dazu im Stande sei? Das musste dieser freilich verneinen, indess werde er sogleich einen Courier deshalb absenden und stehe überdies im Voraus dafür ein, dass Preussen jedem von Oestreich vorgeschlagenen Termine schlechthin beitreten werde. Nun wird, so meinte Smidt, gewiss eine Frist bestimmt werden, binnen welcher man der Ankunft Goltzens sicher ist, also etwa die zweite Hälfte des September. „Nährte übrigens nicht, so fügte er hinzu, die Mehrheit der Gesandten selbst den heimlichen Wunsch, erst nach der Ankunft des Grafen Goltz zu beginnen, so hätte sich das Mittel leicht finden lassen gleich anzufangen". Man setzte aber in Humboldt, wie wir an einer anderen Stelle schon erzählten, so grosses Misstrauen, dass man sich scheute mit ihm zusammen zu arbeiten. Nebenher fehlte es dann natürlich nicht an Versuchen, umgekehrt den preussischen Staatsmann als den unlustigen hinzustellen da es ihm begreiflicher Weise nicht zusage, ein Geschäft, das er gleich wieder

abgeben müsse, nur eben anzufangen. Smidt vermuthete andere Gründe, aus denen Preussen immer von Neuem zögere, besonders scheue es sich vor der Möglichkeit, dass die Frage der landständischen Verfassung, in der es noch nicht wo aus noch ein wisse, in der Bundesverfassung zur Sprache kommen könnte, und Humboldt horche bereits umher, was wohl geschehen werde, wenn aus Preussen Petitionen in dieser Richtung eingesandt würden. Auch die Frage, welche rheinische Festungen auf Bundeskosten zu erhalten seien, wünsche es offenbar vorher unter der Hand zu lösen und Oestreich, die Niederlande und Baiern (wegen Mainz, Luxemburg und Landau) dabei in sein Interesse zu ziehen.

Die Nichtigkeit aller dieser Verzögerungsgründe lag aber doch zu sehr auf der Hand, und das Murren wurde am so leuter, als nun bereits ein volles Jahr über den ursprünglich angesetzten Eröffnungstermin, den 1. Septbr. 1815, verstrichen war. Das geschichtliche Urtheil, dass Oestreich und Preussen theils gemeinschaftlich theils letzteres allein die Sache so lange ohne Noth aufgehalten, fing an so klar vors Auge zu treten, dass keine künstliche Brille zu einer andern Ansicht mehr verhelfen wollte. Dazu kam bei den kleineren Staaten eine wachsende Furcht, es möchten die vier Grossmächte sich allerlei Eingriffe in ihre Selbständigkeit erlauben, wenn sie nicht an dem Bunde einen Rückhalt fänden. In der That hatten jene vor Kurzem dem Frankfurter Senat eine ziemlich starke Note in Judenangelegenheiten übergeben, und grade jetzt sprach man von einer russisch-östreichischen Einmischung in den Würtemberger Verfassungsstreit. Solche Erwägungen mässigten wohl etwas die Furcht vor dem schlimmen Humboldt und stärkten das Verlangen, mindestens die vertraulichen Besprechungen schleunigst anzufangen. Der Beginn derselben wurde also endlich festgestellt, und zwar auf den 1. October. Für die feierliche Eröffnung schlug Smidt den Siegestag von Leipzig vor, konnte ihn aber nicht durchbringen; in Folge einer allgemeinen Verabredung wurde der 4. (später der 5.) November halticht. Ein von Buol eingesandter Artikel der Oberpostamtszeitung vom 16. Septbr. theilte diese Beschlüsse dem deutschen Volke mit.

Niemand konnte froher sein als Smidt, dass nun endlich

die Zeit des Harrens zu Ende ging; denn Niemand hatte die Uebelstände des langen Zögerns lebhafter empfunden. Uebrigens lag es in seiner Natur, auch die Kehrseite nicht unbeachtet zu lassen. Besonders in dem Scheitern der Hänlein'schen Bestrebungen glaubte er eine genügende Ausgleichung für den dadurch bewirkten Verzug sehen zu sollen. Wenn man die damaligen Vorgänge mit ruhigem historischem Blick prüfe und die dadurch ganz veränderte Position klar auffasse, so lasse sich nicht verkennen, dass dreimonatliche ordentliche Verhandlungen über dieselben Gegenstände schwerlich so weit geführt hätten, und dass man durch jenes ganze Ereigniss im Grunde um ein Bedeutendes weiter gekommen sei. „Auf ähnliche Weise, schrieb er am 25. August, werden in einem Kriege dadurch, dass ein Heer sich genöthigt sieht eine andre Stellung einzunehmen, oft ohne Schwertschlag die wichtigsten Resultate herbeigeführt; und man hat schon an diesem einem Beispiele gesehen, von welchem bedeutenden Einfluss dass blosse Beisammensein der Gesandten aller deutschen Staaten an einem und demselben Orte, wo bei dem Mangel eines Hofes der Natur der Sache nach sich Alles mehr oder minder republicanisch gestalten muss, auf die Wendung der politischen Angelegenheiten Deutschlands ist. Ueberhaupt lässt sich die künftige Kraft oder Wirksamkeit des Deutschen Bundes gar nicht im Voraus theoretisch berechnen. Es ist ein ganz neues und eignes Wesen, auf welches sich die Analogie früherer Verhältnisse mit keiner Sicherheit anwenden lässt. Die kommenden Begebenheiten werden ihn erziehen und sein System wird das Resultat seiner Geschichte sein."

Die letzten Worte drückten unter einem neuen Gesichtspuncte einen Gedanken aus, den Smidt nicht müde geworden war dieses ganze Jahr hindurch immer wieder auszusprechen und unverrückt im Auge zu behalten, den Gedanken nämlich, dass die Schöpfung des Wiener Congresses bildsam wie Wachs, oder wie er später einmal schrieb „weich wie Thon," und dass es daher von äusserster Wichtigkeit sei, dass die rechten Künstler sich an die Arbeit machten. „Wer Lust und Geschick hat zu formen, so meinte er, der kann bei einiger Thätigkeit eine Gestalt nach der andern zu Tage fördern helfen,

die bald sich härten und dann versteinert da stehen wird. Die Masse ist geknetet, das Rad in Bewegung, — ein leiser Druck der Hand, so oder anders, lässt Götter und Heroenbilder aus unsrer Werkstätte hervorgehen oder Vitzliputzlie und chinesische Götzen."

Unter diesem Gesichtspuncte musste für einen Mann von dem Wirkensdrange, der Smidt beseelte, die Arbeit der ersten Zeit, der Organisationsperiode des Bundes, eine mächtige Anziehungskraft besitzen. Leider aber war es durchaus nicht über allem Zweifel erhaben, ob er daran werde Theil nehmen können. Vertrat er doch ein Bundesglied, das keine eigene Stimme in der engeren Versammlung besass, sondern sie mit drei andern theilte, und lag es deshalb doch sehr wohl im Bereiche der Möglichkeit, dass die Reihe stimmführender Gesandter zu werden erst zu einer Zeit an den bremischen Vertreter kommen werde, wo das Wichtigste bereits berathen und die schwankenden Verhältnisse zu festen Formen umgeschaffen wären. Man erkannt leicht, dass es für Smidt nicht bloss ein Ziel seines Ehrgeizes, sondern eine wahre Herzensangelegenheit werden musste, diese Gefahr abzuwenden. Das Einfachste und Wünschenswertheste wäre gewesen, wenn die drei andern Städte ihm den Vortritt gegönnt hätten, und bei seiner hervorragenden Persönlichkeit, bei der bedeutsamen Rolle, die er schon in Wien gespielt, bei seiner Vertrautheit mit den Dingen und den Personen, auf welche es ankam, konnte ein solcher Wunsch und eine solche Hoffnung auf seiner Seite gewiss nicht als eine Anmassung erscheinen. Ohnedrein theilte man diesen Wunsch in Bremen sehr lebhaft und hatte es ihm förmlich als Instruction mitgegeben für die Verwirklichung desselben thätig zu sein. Schon von Wien aus hatte Smidt nämlich dem Senate einen Vorschlag über die Modalitäten der gemeinsamen Stimmführung, welche den freien Städten zustand, eingeschickt und darin unter Anderm empfohlen, die Entscheidung der Frage, welche Stadt zuerst die Stimme führen solle, primo loco durch gütliche Uebereinkunft, eventuell aber durch das Loos herbeizuführen. Diese Vorschläge zu prüfen wurden drei Commissarien vom Senat beauftragt. Der Bericht, welchen sie erstattet, kam in der Wittheit vom 26. September 1815 zur

Berathung Smidts Vorschläge wurden darin als durchaus zweckmässig und völlig genügend bezeichnet Ausserdem aber sprachen die Commissare die Ueberzeugung aus, dass von den bisherigen Bevollmächtigten der Städte, die doch wieder zum Bundestage kommen würden, ohne allen Vergleich Niemand besser dazu sich eigne, den Anfang zu machen, wie Herr Senator Smidt.

Sie hofften daher, dass die Andern diesen, zumal er Mitglied engerer Ausschüsse in Wien gewesen und daher besser wie irgend ein Anderer au courant der verhandelten und weiter zu verhandelnden Gegenstände sich befinde, die Gerechtigkeit widerfahren lassen würden, ihm die Stimme zu geben, ja „sie möchten wohl noch darauf antragen ihn zu instruiren, um des allgemeinen Besten halber seine eigene Bescheidenheit in dieser Angelegenheit dahin bei Seite zu setzen, um so weit es mit Schick geschehen könne, unter der Hand darauf zu influiren, dass die Wahl auf ihn falle."

In dem, was die Commissarien hier über die besondere Tüchtigkeit Smidt's bemerkten, lag gewiss sehr viel Wahres; nur dem einen der städtischen Bevollmächtigten traten sie doch wohl etwas zu nahe, wenn sie ihn in weitem Abstande von Smidt mit den beiden anderen auf eine Linie rückten, das war der Lübecker Hach. Was den Syndicus Danz von Frankfurt betraf, so konnte dieser in der That unmöglich mit der ersten Stimmführung betraut werden, theils weil er unbeschadet seiner juristischen Kenntnisse doch zum Diplomaten viel zu pedantisch und steif war, theils weil grade in der ersten Zeit mannigfache Verhandlungen zwischen Frankfurt und dem Bundestage in Aussicht standen, die es nicht erwünscht erscheinen lassen konnten, das Votum der Städte einem Frankfurter zu übertragen. Auch dem Hamburger Gesandten Gries standen seine persönlichen Eigenschaften nicht sehr empfehlend zur Seite; eine gewisse Bequemlichkeit, die allen Weiterungen gern aus dem Wege ging, lähmte seine Wirksamkeit oft in bedenklichem Grade Hach dagegen war, wenn man ihn gleich mit Smidt nicht auf eine Stufe wird stellen dürfen, doch ohne Zweifel eine sehr wohl geeignete Persönlichkeit, wie er das später durch die That zu bewahren Gelegenheit fand. Er hatte überdies nach der in

Wien recipirten Rangordnung der Städte den ersten Anspruch, und zu alle dem kam noch ein Umstand, der ihn abhielt, seinerseits etwa Smidt zu Liebe in freiwilliger Unterordnung auf die erste Stimmführung zu verzichten. Er wünschte möglichst bald dauernd nach Lübeck zurückzukehren Eröffnete aber Bremen die Reihe, so kam er erst in dritter Stelle daran, da die Reihenfolge Bremen, Hamburg, Lübeck, Frankfurt gewesen sein würde. Statt nach einem Jahre hätte er also erst nach dreien seine heimische Thätigkeit, nach der er sich sehnte und deren man auch nicht gut entrathen konnte, wieder beginnen können.

In Folge dessen hatte also die Hoffnung des Bremischen Staates, sein Beauftragter werde durch freiwillige Zustimmung der andern den ersten Platz erhalten, wenig Aussicht erfüllt zu werden, und die vertraulichen Briefe, welche man deshalb nach Hamburg und Lübeck schrieb, fruchteten wenig Als die vier Bevollmächtigten in Frankfurt ihre Verhandlungen über diesen Punct eröffneten, zeigte sich vielmehr sogleich, dass die beiden vorderen, Lübeck und Frankfurt, gar nicht an einen Verzicht zu Gunsten des Bremers dachten, sondern auf der recipirten Rangordnung bestanden, und dass Hamburg zwar wohl mit der Entscheidung durch's Loos zufrieden war, welche seine eigene Stellung ja möglicher Weise verbessern und keinesfalls verschlechtern konnte, dass es aber auch den anerkannten Turnus zu befolgen ganz bereit war. Ja, Lübeck ging in seinem und Hachs persönlichem Interesse noch einen Schritt weiter, indem es in der ersten Berathung am 26 December 1815 statt des einjährigen Wechsels einen zweijährigen in Anregung brachte, wodurch Hach für seine heimische Thätigkeit einen Zeitraum von 6 Jahren gewonnen hätte. Für Smidt konnte es natürlich nicht zweifelhaft sein, dass er umgekehrt für die Verkürzung der Stimmperiode arbeiten müsse, wenn es ihm nicht vergönnt war den Anfang zu machen Er würde sicherlich von vorne herein nicht, wie er es in seinen Wiener Vorschlägen, die der Senat gebilligt, gethan hatte, einen jährlichen, sondern vielmehr einen monatlichen Wechsel angeregt haben, wenn er nicht damals selbst noch gehofft hätte, Hach, mit dem er persönlich sehr gut stand, werde zu seinen Gunsten auf den Anfang verzichten. Sobald er nun sah, dass er sich

darin getäuscht, erklärte er, die Periode der Organisation sei im Vergleich zu der späteren Zeit zu wichtig, als dass nicht jede Stadt billiger Weise den Anspruch erheben dürfte, an diesen organisatorischen Arbeiten directen Antheil zu nehmen; es scheine ihm daher rathsam, zunächst in kurzen Fristen von ein, zwei, höchstens drei Monaten zu wechseln; auch werde die dadurch erlangte Erfahrung erst am besten darüber belehren können, ob es später zweckmässiger sei, Zeiträume von einem oder zwei Jahren zu verabreden. Den Einwand, dass ein so häufiger Wechsel deshalb unthunlich sei, weil man nicht alle Monate die Vollmachten erneuern lassen könne, beseitigte er mit dem Vorschlage, dass jede der Städte ihrem Bevollmächtigten das Recht ertheile sich einen der drei andern zu substituiren; dann genüge die einfache Anzeige zum Protocoll in der Bundesversammlung, um den folgenden eintreten zu lassen. Dass er einigen Verdruss über das Scheitern seiner Hoffnungen hegte, ist natürlich und geht aus den Berichten nach Bremen deutlich hervor. „Hach hatte sich schon in Wien in den Kopf gesetzt, schreibt er, es würde sich von selbst so geben, dass er im ersten Jahre die Stimme führe und dann nach Hause gehen könne, der Frankfurter denkt ich bin und bleibe einmal hier und es ist nicht übel, das erste Jahr abzusehen, wie sich die Dinge gestalten, und dann im zweiten die Stimme zu führen. Gries und ich möchten aber auch nicht gern Jahre lang hier sitzen, und denken, wir sind alle gleich, was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig, und die Organisationszeit ist bei Weitem wichtiger als der nachfolgende geregelte Gang. Wer während der Organisation die Stimme führt, hört Alles und wird für wichtiger von allen übrigen angesehen, man beräth mit ihm, macht ihm Mittheilungen u. s. w. darum möchten wir auch gern unseren Theil daran haben; deshalb haben wir für die kurzen Termine und was den Anfang betrifft für das Loos gestimmt und hoffen, unsre Herren Committenten werden uns darin souteniren." Gröningс Antwort (vom 31. December 1815) musste Smidt in dieser letzten Erwartung bestärken; dem alten Directorial-Egoismus, schrieb er, der in den Vorschlägen Lübecks zum Vorschein komme, dürfe man nicht nachgeben, und wenn Hamburg mit Bremen zusammengehe,

so sei ja dadurch der Erfolg schon gesichert. In Lübeck zeigte man sich nun auch keineswegs so eigensinnig, wie man in Bremen zu fürchten schien. Vielmehr erklärte sich Hach wenigstens zu der Alternative bereit, entweder Entscheidung durch das Loos und jährlicher Wechsel — oder dreimonatlicher Wechsel und Vortritt Lübecks. Smidt wandte ein, das stehe ja in gar keinem Zusammenhange mit einander, wenn das Wechseln in kleinen Terminen gut sei, so bleibe es auch gut für den Fall, dass Lübeck nicht grade den Anfang mache; und wenn andrerseits das Loosen recht und billig, so sei es das bei kleinen Terminen so gut wie bei grösseren. Da Hach aber ausserdem sehr nachdrücklich bezweifelte, dass die Bundesversammlung einen so häufigen Wechsel überhaupt zugeben werde, so suchte Smidt sich darüber möglichste Gewissheit zu verschaffen. Er entwarf eine gemeinsame Vollmacht für die vier städtischen Gesandten, welche so eingerichtet war, dass durch eine blosse Erklärung zum Protocoll der eine die Stimmführung auf den andern übertragen konnte, und zeigte diese mehreren Collegen um deren Urtheil über die Zulässigkeit dieses Verfahrens zu hören. Der Erfolg war ihm sehr erfreulich. Martens, Berg, Harnier, Hendrich, alle versicherten, sie fänden das Formular vollkommen in Ordnung. Mit diesen Zeugnissen bewehrt unternahm er einen neuen Sturmlauf. Ein kurzes Promemoria, das er seinen Collegen am 4. Februar zusandte, entwickelte noch einmal die Wichtigkeit, von der es für jede Stadt sei, während der Organisationsepoche eine Zeit lang die gemeinsame Stimme geführt zu haben. Aus demselben Grunde sei es ferner — wenn auch in geringerem Grade — werthvoll, dass ausser dem stimmführenden noch ein anderer, als zweiter Bevollmächtigter, den Verhandlungen beiwohnen und an dem Vortheil des eigenen Hörens und Sehens theilnehmen könne. Da die Natur der Sache dem nicht widerspreche und es sehr leicht möglich wäre, dass auch von einzelnen andern Staaten ein Gleiches geschähe (wie ja auch in Wien Hessen-Cassel allenthalben durch zwei Bevollmächtigte aufgetreten sei), so könne es auf keinen Fall rathsam sein, dass sich die Städte durch die Form ihrer Vollmacht dieses Vortheile im Voraus begäben, die sich nur die minde te Schwierigkeit deshalb gezeigt habe; vielmehr müssten sie eine solche Form

wählen, die, ohne bestimmte Prätensionen deshalb zu erheben, ihnen doch zu der möglichst vollständigen Benutzung ihrer Rechte nach Zeit und Umständen Raum lasse. Dieses Promemoria übersandte Smidt seinen Collegen und lud sie für den 5 Februar zu einer neuen Conferenz auf seinem Zimmer ein. Allein die Berathung kam nicht zu Stande, da Danz noch einen Gegenentwurf auszuarbeiten wünschte, welcher die Nennung aller vier Vertreter in ein und derselben Vollmacht, sowie die gemeinschaftliche Ausfertigung dieser einen Vollmacht durch alle vier Senate vermeiden sollte, zwei Puncte, die Hach besonders schwierig finden wollte, obgleich beispielsweise auch der herzoglich-sächsische Gesandte nur eine, von seinen fünf Hofen gemeinsam unterzeichnete Legitimation besass. Smidt wollte indess nicht den Anschein haben, als ob er eigensinnig auf seinem Projecte bestehe und da auch nach dem Entwurfe von Danz sowohl die Zeit als die Reihenfolge des Wechsels der weiteren Ueberlegung vorbehalten blieb, und ferner durch denselben keineswegs die Möglichkeit abgeschnitten wurde, dass auch die nicht-stimmführenden Gesandten in der Versammlung erschienen, so zögerte er nicht in der nächsten Conferenz am 7. Februar dem Danz'schen Entwurf beizustimmen. Gries that dasselbe, und Hach erklärte sich wenigstens bereit ihn nach Lübeck zu übersenden. Als er auch dort gebilligt war, blieb die einzige offene Frage noch die, ob man bremischerseits auf das Loosen verzichten und Lübeck den Vortritt einräumen solle. Smidt, der darüber von Bremen noch keine Weisungen erhalten hatte, glaubte jetzt selbst dazu rathen zu sollen. „Denn auf keinen Fall, schreibt er, dürfen wir es dahin kommen lassen, dass wir beim Anfang (der Arbeiten der Bundesversammlung) darüber noch zwistig erscheinen, welches nicht allein einen Scandal geben, sondern auch wahrscheinlich zu nichts Anderem führen würde, als dass man doch die Rangordnung stattfinden liesse“. Um so fester müsse man auf dem vierteljährlichen Wechsel bestehen und sich auf keine Clausel, wie Lübeck sie vielleicht vorschlagen werde, z. B. „wenn solcher Wechsel keine Schwierigkeiten finde“, einlassen. Denn wenn man nur gleich erkläre, man habe das so beschlossen, dann werde Niemand an Schwierigkeiten denken, lasse man sich aber im Voraus

merken, dass man dergleichen für möglich halte, dann würden sie auch gefunden werden

Die Antwort auf diese Vorstellungen liess längere Zeit auf sich warten, so dass Smidt dem Drängen Hachs nach einer neuen Conferenz nicht nachgeben konnte. Am 1. April traf sie endlich ein. Sie lautete dahin, Smidt möge die Einladung zu weiteren Conferenzen nur annehmen, indem Gröning wiederholt autorisirt sei, die Vereinigung über den Anfang der Stimmführung, ob nach dem Rang oder dem Loos, und über die Fristen des Wechsels, sowie über alles Uebrige, was dabei noch anzuordnen sein möchte, ganz seiner Einsicht und seinem Ermessen zu überlassen Damit, so heisst es in einem etwas späteren Briefe, werde er die Ansicht des Senates über die Stimmführung vollkommen erhalten haben Jetzt erst, wo auch der allerängstlichste und allerscrupulöseste Diplomat keinen Zweifel mehr darüber haben konnte, ob er des Willens und der Genehmigung seiner Committenten sich gewiss glauben dürfe, erklärte Smidt sich bereit die Convention abzuschliessen und gab unter ernstlichem Bestehen auf dem dreimonatlichen Wechsel wegen der Reihenfolge nach, ohne deshalb übrigens an der Möglichkeit, vielleicht doch noch an erster Stelle die Stimme zu führen zu verzweifeln. „Senator Hach, schreibt er am 7. April, am Tage vor dem Abschluss der Convention, reist am Mittwoch nach Lübeck Er hat mir auf den nicht ganz unmöglichen Fall, dass er nicht gleich zurückkäme, versprochen, zu veranlassen, dass Lubeck dann mit Bremen tausche, so dass ich das erste Vierteljahr und er das dritte erhalte. Ich bitte übrigens von solchem möglichen Tausche nicht zu sprechen und führe es nur an, um M. H. H zu zeigen, dass ich meinerseits alles versucht habe um bald möglichst zur Stimmführung in der engeren Bundesversammlung zu kommen "

Die Convention selbst übersandte Smidt zum Zweck der Ratification am 10 April nach Bremen, wo sie in der Wittheit vom 18. verlesen wurde Statt sogleich genehmigt zu werden ward sie an die Regierungs-Commission zum Bericht verwiesen, und dieser fiel anders aus, als Smidt erwartete und erwarten musste. Neben einigen andern Ausstellungen wurde nämlich bemerkt, dass die Gründe für den dreimonatlichen Turnus nicht

besonders stichhaltig zu sein schienen, wenigstens für die Zukunft würden sie ganz wegfallen und würde dann ein jährlicher oder doch wenigstens halbjährlicher Wechsel vorzuziehen sein. Es wurde daher die Convention zwar genehmigt, aber nur provisorisch auf ein Jahr, und überdies beschlossen, die Bemerkungen der Commissarien nach Hamburg und Lübeck zur Kenntnissnahme mitzutheilen.

Wenn man meiner Darstellung aufmerksam gefolgt ist, so wird man begreifen, dass dieser Beschluss Smidt wie ein Blitz aus heiterm Himmel traf. Materiell war das Abkommen, das er getroffen, ja allerdings genehmigt, er konnte nunmehr darauf rechnen, noch im ersten Jahre die Stimme zu führen und die feste Position, die er in Frankfurt bereits hatte, zu behaupten. Das war viel werth. Man denke sich einmal das Gegentheil: der vierteljährliche Turnus wäre in Bremen verworfen, der jährliche beliebt worden, Smidt hätte in die Heimat zurückkehren müssen und wäre erst Ende 1817 oder Anfang 1818 wieder in Frankfurt eingetroffen: man sieht leicht, dass seine ganze bisherige Stellung dadurch gefährdet worden wäre und er wieder von vorn hätte anfangen müssen. Aber dennoch war er wie die Sachen jetzt standen, in einer schlimmen Lage. Er war durch die Mittheilung der Bemerkungen nach Hamburg und Lübeck auf das Bedenklichste compromittirt. Es sah jetzt aus, als ob er den dreimonatlichen Turnus ganz auf eigne Hand gegen den Willen seines Senates verfochten und seine angeblichen Instructionen reinweg erfunden habe. Dass er sich dabei nicht beruhigte, begreift sich leicht. Aber wie er die Sache auffasste und wie der überraschende Vorgang überhaupt zu erklären sei, kann ich hier nicht auseinandersetzen, da die näheren Umstände sich der öffentlichen Mittheilung zur Zeit wenigstens entziehen. Ich beschränke mich also auf die Notiz, dass er sich gleich nach Empfang des verhängnissvollen Beschlusses zu einem 32 Seiten langen, meisterhaften Beschwerdeschreiben niedersetzte, in welchem er nicht allein verlangte, dass man ihn durch ausdrückliche Erklärungen in Hamburg und Lübeck wieder rechtfertige, sondern selbst davon sprach, andernfalls seine Entlassung als Senator fordern zu müssen. Diese geharnischte Erklärung brachte die Sache wieder in Ordnung.

Die Rechtfertigungsschreiben wurden in einer Form, die er billigte, erlassen und dadurch die üblen Folgen, die er aus diesem Vorfall für seine diplomatische Ehre erwachsen sah, beseitigt.

Doch war in der Sache selbst ein Punct noch unerledigt geblieben, der seine Lösung nur im Kreise der Bundesgesandten und auf dem Boden der Geschäftsordnung finden konnte. Wir wissen bereits, dass Smidt ein hohes Gewicht darauf legte, den Berathungen der engeren Bundes-Versammlung wenigstens jederzeit beiwohnen zu dürfen, auch wenn er nicht grade stimmführender Gesandter und also von der activen Betheiligung ausgeschlossen wäre. In der Verfolgung dieses Zieles durfte er nicht eben auf die Unterstützung seiner städtischen Collegen zählen, die theils gar kein grosses Verlangen darnach trugen, langen Berathungen als stumme und rechtlose Zeugen beizuwohnen, theils auch einen lebhaften Widerspruch gegen derartige Ansprüche besorgten, dem aus dem Wege zu gehen die Klugheit gebiete. Smidt war also einzig auf sich angewiesen, und wenn er trotzdem sein Ziel erreichte und nachträglich auch den Dank der widerwilligen Mitgesandten dafür erntete, so musste ihm das um so höhere Befriedigung gewähren.

Der erste Schritt, den er in dieser Richtung zu thun hatte, war, dass er sich eine bremische Vollmacht verschaffte, welche ihn seitens des Bremer Senates zum Besuch sämmtlicher Versammlungen berechtigte. Ob die Bundes-Versammlung diese Vollmacht anerkennen werde, war dann eine zweite Frage. Unter der nicht kleinen Zahl von Vollmachten, welche er sich von Bremen entweder selbst mitgebracht hatte oder hatte schicken lassen, befanden sich drei, die auch seine städtischen Collegen von ihren Senaten in gleicher Form erhalten hatten. Die erste liess, wenn sie von allen vier Gesandten übergeben wurde, die Möglichkeit der passiven Assistenz offen; die beiden andern sollten dann überreicht werden, wenn jene zurückgewiesen würde; sie waren so eingerichtet, dass No. 2 auf den jedesmaligen gemeinsamen stimmführenden Gesandten, No. 3 aber auf den Particularbevollmächtigten für das Plenum lautete. Smidt verlangte nun von seinen Collegen, dass sie No. 1 übergeben sollten. Er konnte ihnen sagen, dass Herr von Marschall

für die Curie Braunschweig-Nassau gleichfalls eine Vollmacht besitze, die ihn eventuell zur passiven Assistenz berechtige, er konnte ihnen überdies mittheilen, dass Buol und Humboldt den Anspruch, welchen er erhebe, für berechtigt hielten. Letzterer habe durchaus treffend bemerkt: es sei ja doch die Absicht, dass der eine, welcher die Stimme führe, den andern Curiatbevollmächtigten erzählen solle, was in den Verhandlungen vorgefallen, nun müsse es aber jedem Redner lieber sein, dass diejenigen, welche das, was er gesprochen, doch einmal erfahren sollten, es aus seinem Munde als von einem Dritten hörten, indem der Missdeutungen und Missverständnisse dadurch weniger würden. Und Buol habe nicht blos Herrn von Eyben gegenüber seine Zustimmung erklärt, sondern auch ihm, Smidt, ganz rund zugesagt, die Sache zu vertreten. Umsonst; die drei Herren blieben für alle Vorstellungen taub und erklärten gradezu, es sei ihnen mit dem blossen Zuhören Nichts gedient, wenn Smidt es für sich erreichen könne und wolle, so gönnten sie es ihm gern, sie aber machten keine Ansprüche darauf; ja Syndicus Gries meinte ganz naiv: wenn seine Committenten wussten, dass er jenes Recht habe, so wurden sie ohne Zweifel von ihm verlangen, dass er es benutze, das würde ihn aber sehr geniren, da er nichts Ennuyanteres kenne, als mehre Stunden hintereinander einem lebhaften Gespräche zuzuhören und nicht mitsprechen zu dürfen. Auf eine so leichtsinnige Weise ein offenbar bedeutendes und wichtiges Recht auch für Bremen preiszugeben, konnte Smidt, wie er nach Hause schrieb, sich nicht entschliessen. Vollmacht No. 2 musste er für Hach verwenden, No. 1 war daneben nicht zu gebrauchen, No. 3 hätte ihn des Anspruches beraubt. Er bediente sich also eines Blanketts mit der Unterschrift des Bürgermeisters Heineken, um sich eine den Umständen entsprechende Vollmacht auszustellen, und übergab diese in der ersten Präliminarconferenz, die wie beschlossen am 1. October 1816 stattfand.

Die officiellen Protocolle auch dieser Präliminarconferenzen sind bekanntlich publicirt, und ich beschränke mich daher in den Mittheilungen aus Smidts Berichten auf das, was jene nicht enthalten, oder was zur Verknüpfung unentbehrlich ist. Die erste Conferenz dauerte von 10–12 Uhr, Preussen war

durch Humboldt vertreten. Von dem Local giebt Smidt folgende Beschreibung: „Man tritt zuerst in ein Vorzimmer, aus diesem in das Versammlungszimmer, aus diesem in das Sitzungszimmer; hinter diesem sind noch drei Zimmer für Canzlei, Registratur etc. und einige kleinere Cabinette, alles sehr anständig und das Versammlungs- und Sitzungszimmer selbst prachtvoll decorirt. Das Sitzungszimmer ist mit schwerem gelben Seidenzeuge, in welche Falten gepufft und mit rothen Guirlanden versehen, tapezirt, in der Mitte steht ein grosser runder, mit grünem Tuch überzogener Tisch, um welchen 21 gleichförmige, mit rothem Saffian überzogene Lehnstühle gestellt sind. Auf dem Tische lag an jedem Platze ein gedrucktes Exemplar der Bundesacte, Papier, Feder, Dintenfass, Sandbuchse und Bleistift." Später kam „durch die Sorgfalt des Grafen Buol" noch Papierscheere, Federmesser und Falzbein dazu.

Zu den Aufgaben der ersten Sitzung gehörte nun auch die Verlesung der Vollmachten. Sie gab zu einigen Bemerkungen Anlass. Die von Waldeck fehlte noch; in der österreichischen vermisste man die facultas substituendi, und wünschte sie nachgetragen; in der Darmstädtischen lautete dieselbe dahin, dass der Gesandte sich „ein sonstiges geschicktes Subject in Frankfurt" substituiren dürfe; das wünschte man abzeändert, zumal es so aussehe, als könne irgend ein beliebiger Frankfurter zum Stellvertreter bestellt werden. in der holsteinischen bemerkte man die besondere Erwähnung von Lauenburg, an der luxemburgischen, dass sie allein lateinisch abgefasst war. Die Verlesung der Bremischen rief keine Bemerkung hervor, aber die Aufmerksameren hörten ihre Besonderheit wohl heraus, und nach der Sitzung kamen einige zu Smidt und meinten: Sie haben Ihre Sache doch geschickter angefangen als Ihre Collegen, denn wenn diese künftig einer Berathung zuhören wollen, hängt die Genehmigung blos von unserm guten Willen ab, da ihre eigene Vollmacht gegen sie angeführt werden kann. Smidt gratulirte sich selbst um so freudiger zu seinem Erfolge, als es ihm bereits zweifellos war, dass ein Theil der Zusammenkünfte blos discutirend und ohne dass ein Protocoll aufgenommen werde, sein dürfte. Die Discussion selbst gehört zu haben oder sie durch einen dritten zu hören sei aber schon deshalb

nicht gleichgültig, weil die Leute nicht immer gradezu sagten, was sie eigentlich wollten, und weil eine nähere Kenntniss der Individuen dazu gehöre, um dies herauszuhoren. „Diese besitzen aber, so durfte er zuversichtlich sagen, die Anderen lange nicht in dem Grade, wie ich sie durch langen Verkehr und fortwährende Unterhaltung über allgemeine Geschäftsangelegenheiten nachgrade bekommen habe. Denn die Gesandten einzeln zu besuchen, fällt dem Synd. Danz z. B. gar nicht ein, und die beiden andern machen sich wenigstens kein eigentliches Geschäft daraus, sondern geben sich darin mehr dem Zufall hin. Ich glaube daher in der That, wenn ich die Sache durchsetze, nicht blos für unsre Ehre, sondern selbst für die reelle Geschäftsführung aller Stadte etwas Nützliches zu erreichen."

Ob er die Sache aber durchsetze, das hing nun von der Geschäftsordnung ab, und wider alles Erwarten machten sich die Dinge so, dass diese Geschäftsordnung wesentlich sein eigenes Werk wurde. Die Thatsache selbst ist durch Pertz, Ilse u. A. genügend bekannt, aber die Einzelheiten, welche sich dort finden, sind unvollständig und zum Theil falsch, wie die folgende Darstellung zeigen wird.

Wenige Tage nach der ersten Conferenz — die zweite war auf den 9. October angesetzt — am Sonntag dem 6. October nämlich, theilte Buol unserm Gesandten mit, er wünsche in der zweiten Zusammenkunft die Abfassung einer provisorischen Geschäftsordnung anzuregen. Herr von Berg, der sich schon in Wien mit dieser Sache beschäftigt, habe ihm seine Ideen darüber schriftlich mitgetheilt, die er Humboldt zugesandt habe. Darauf habe dieser ihm mehrere gründliche Bemerkungen darüber zukommen lassen und wünsche in einer auf Montag Morgen angesetzten Besprechung seine Meinung zu hören. Nun müsse er aber einen Courier nach Wien expediren, der ihm viel zu thun mache; Smidt würde ihm daher einen grossen Dienst erweisen, wenn er Bergs und Humboldts Ideen in Harmonie bringe, berichtige, ergänze und das Ganze in gehöriger Ordnung zusammenstelle. Ich konnte das nicht abschlagen, berichtet Smidt, und nahm beides mit. Da ich indess bis 4 Uhr an meinem sonntäglichen Bericht zu schreiben hatte, so musste ich einen Theil der Nacht zu Hülfe nehmen, so dass ich am Montag

Morgen erst um 10 Uhr glücklich damit fertig wurde, und da ich Blatt für Blatt zugleich hatte abschreiben lassen, dem Grafen auch die Abschrift bringen konnte." Buol war darüber sehr vergnügt und erklärte, nachdem er den Aufsatz angebört hatte, dass er ihn gänzlich annehme, dem Herrn von Humboldt als seine Ansicht mittheilen und ihn auch so in der Conferenz vortragen werde. Auch bei Humboldt fand die Smidt'sche Arbeit unumwunden Billigung; er fand sie, wie er am 8. Abends an Buol schrieb, mit einer Bestimmtheit, Klarheit und Vollständigkeit abgefasst, welche nicht das Mindeste zu wünschen übrig liessen; erst durch diesen berichtigenden und vervollständigten Aufsatz hätten die beiden früheren Brauchbarkeit erhalten, nur ein einziger Punct (Offenhaltung des Protocolls für einen Gesandten, der am Erscheinen gehindert ist und auch keinen andern substituirt hat) habe ihm zu einer Bemerkung Gelegenheit gegeben, auf die er aber selbst nur sehr wenig Werth lege. Buol schickte dieses Billet mit dem Humboldt'schen Abänderungsvorschlage am 9. noch vor der Conferenz an Smidt und bat ihn, schnell noch aufzuschreiben, ob und was davon brauchbar sei. Das geschah und der Präsidialgesandte verlas nun in der Conferenz den Aufsatz mit diesen Modificationen. Er äusserte dabei, derselbe enthalte ganz und gar seine Ansichten, wenn er gleich nicht unterlassen könne zu bemerken, dass er deren Aufstellung und Entwickelung mehr der gütigen Beihülfe und Unterstützung mehrerer HH. Gesandten als der eigenen Anstrengung verdanke. Zu einer Discussion kam es weder in dieser Sitzung, da der Aufsatz erst allen Gesandten abschriftlich zugestellt werden sollte, noch in den beiden nächsten am 15. und 22. October, die ganz durch die Regelung des Verhältnisses der Bundesversammlung zu der Stadt Frankfurt in Anspruch genommen wurden, sondern erst in der fünften Conferenz am 23. October, in welcher der Aufsatz mit geringfügigen Aenderungen gebilligt und Graf Buol ersucht wurde, denselben bis zur nächsten Zusammenkunft in die gehörige Form einer Geschäftsordnung umzugiessen. In Folge dessen erschien dieser andern Tags wieder bei Smidt, äusserte mit Verbindlichkeit, er habe den Auftrag nur in der Voraussetzung angenommen, dass er auch hierbei auf Smidts Hülfe rechnen dürfe, und hat ihn gradezu,

die Arbeit zu übernehmen. Dieser erfüllte den Wunsch mit grosser Bereitwilligkeit und hatte die Freude, dass die „sehr concentrirte" Form, die er wählte, Buols vollste Billigung fand, auch Plessen, dem er sie mittheilte, war sehr zufrieden damit. Humboldt erhielt durch Buol noch vor der sechsten Sitzung Abschrift des Actenstückes und fand gar nichts daran auszusetzen, als dass er statt „Präsident" überall „Präsidirender" gesetzt zu sehen wünschte, welchem Begehren Smidt im Einverständnisse mit Buol schleunigst willfahrte. Alles das war für ihn eine grosse Freude. Schon bei der Discussion am 23. October hatte er „ein eigenes Vergnügen" darüber empfunden, dass die Monita, welche gemacht wurden, meist mit der Bemerkung erledigt werden konnten, die Einwendung sei ganz richtig, aber wenn man nur bis zu dem und dem Artikel warten wolle, so komme die Sache da und ganz am rechten Orte vor. Den grössten Triumph aber trug er über Herrn von Linden davon. Dieser kam zu Buol mit einer langen Liste von Bemerkungen die man ihm aus Stuttgart gesandt hatte, als er aber mit dem östreichischen Gesandten den neuen Entwurf durchgelesen, meinte er, er wolle seine Bemerkungen nur wieder mit nach Hause nehmen, sie seien sämmtlich erledigt.

Alle Welt war mit dem Entwurfe der Geschäftsordnung sehr zufrieden, und ihre Billigung unterlag keinem Zweifel mehr. Nur Einer würde sehr unglücklich gewesen sein, wenn sie unverändert angenommen wäre, und das war Smidt selbst. Denn noch fehlte in ihr der Artikel, auf den er persönlich so sehr grossen Werth legte und den er doch selbst als Nachstinteressirter nicht vorschlagen wollte, der Artikel, welcher den nichtstimmführenden Gesandten die Befugniss der passiven Assistenz einräumen sollte. Vorsichtig hatte er nach Beendigung der fünften Sitzung, als schon einige Gesandte weggegangen waren, es veranlasst, dass die Rede darauf kam, und dass Graf Buol Gelegenheit nahm, warm dafür einzutreten, wobei eine entschiedene Opposition dagegen nicht laut wurde. Dennoch existirte diese und um Fühlung mit ihr zu gewinnen, hatte Smidt jene Anregung wohl hauptsächlich herbeigeführt. Nun setzte er alle Hebel an, um die Lauen zu erwärmen und die Unlustigen zu bekehren. Alles, so dachte er, komme darauf an, jetzt gleich

die Befugniss zu erringen; denn es werde eben so schwer sein, ihn wieder aus dem Besitz zu vertreiben, wie denselben in petitorio erst erstreben zu müssen. Seine drei Specialcollegen rührten sich nicht, auch einige andre Gesandte wollten von der Sache durchaus nichts wissen, wieder andere erklärten, sie gäben bloss ihm zu Gefallen nach, die meisten aber glaubte er von der Billigkeit seines Verlangens überzeugt zu haben. Die Hauptsache war, dass er Humboldt und Buol für sich hatte und dass letzterer sich anheischig machte, folgenden Zusatz zu Artikel 1 zu beantragen:

Die Gesandten derjenigen Bundesstaaten, welche in der engeren Bundesversammlung zu einer Gesammtstimme vereinigt sind, und unter denen gegenwärtig ein Turnus in der Stimmführung statt findet, dürfen in den Sitzungen der engeren Bundesversammlung gegenwärtig sein, obgleich daselbst jede Gesammtstimme nur von einem solchen Gesandten geführt werden darf, wobei sich jedoch die Bundesversammlung für künftige ähnliche Falle die Entscheidung lediglich vorbehält.

Den letzten Vorbehalt wollte Humboldt durchaus dabei haben, und äusserte, er erkläre sich im Grunde nur Smidt und Marschall zu Gefallen für die Sache, da es wünschenswerth sei, dass diese im Connex der Geschäfte blieben, weil sie ja doch ihrer Zeit die Stimme auch ordentlich führen sollten; aber wenn die Höfe, die sich über einen gemeinschaftlichen Gesandten und Stimmführer bereits vereinigt hätten, nun noch ausserdem blosse Auscultanten schicken wollten, die nie die Stimmen führten, so werde es zu voll werden, und für diesen Fall möchte er durch den Vorbehalt einen Zügel in der Hand haben.

In der Sitzung vom 30. October kam die Sache zum Austrag. So glatt, wie Smidt wohl hoffte, ging es dabei zwar nicht ab, aber der Sieg blieb doch auf seiner Seite. Die Discussion über den Buol'schen Zusatz war lang und heftig; sie zu resümiren und die einzelnen Vota hier anzuführen ist überflüssig, da das officielle Protocoll dieselben enthalt. Nur wenige Mittheilungen sind zur Ergänzung nöthig, und diese werden auch für sich verständlich sein. Der bairische Gesandte wollte es ausdrücklich ausgesprochen haben, dass die Auscultanten nicht

an der Discussion theilnehmen dürften, dem aber widersetzte sich Marschall und so war es nahe daran, dass die ganze Frage vertagt wurde. Smidt theilte im Stillen wohl Marschalls Wunsch, aber er wollte um des Besseren willen nicht das Gute gefährden. Mit Bedauern sah er, wie jener sich in Hitze redete und dadurch den Widerspruch vermehrte. Trotzdem griff er nicht in die Debatte ein, sondern verhielt sich ganz still und begnügte sich, seinem allzueifrigen Bundesgenossen heimlich zuzureden, besonders ihn davon abzubringen, eine schriftliche Vertheidigung des Anspruches auf das Recht der Theilnahme an der Discussion vorzutragen und zu Protocoll zu geben. Der Verzicht auf diese schon ausgesprochene Absicht beruhigte denn auch die Gemüther der Gegner und der Baier war nachher sogar bereit, sein Votum aus dem Protocoll zurückzunehmen, wenn Humboldt, der sich sehr günstig geäussert, dasselbe thue. Dieser weigerte sich dessen aber und so wurden beide Abstimmungen abgedruckt. Auch die Gesandten, deren Höfe durch den Humboldt'schen Vorbehalt benachtheiligt waren, machten in der Person des Herrn von Berg lebhafte Einwendungen, allein auch hier gelang es nach einiger Debatte eine Form des protocollarischen Votums zu finden, mit der Jedermann zufrieden war. Im Uebrigen wurde die ganze Geschäftsordnung unverändert und ohne Discussion angenommen, nur ein kleiner Zusatz (betr. die Versiegelung des Nachlasses eines verstorbenen Gesandten durch das Präsidium in den Fallen, wo kein besonders dazu Berechtigter vorhanden sei) wurde auf Buols Betrieb noch angenommen, obgleich dies Einschiebsel, wie Smidt ganz richtig bemerkt, "gar nicht in die Geschäftsordnung gehörte, sondern entweder in den Vertrag mit Frankfurt oder als stelbständiger Beschluss ins Protocoll hätte aufgenommen werden müssen. Einen gelinden Verdruss bereitete ihm die Aufnahme des Satzes noch dadurch, dass er östreichisch stilisirt war und einige Fremdwörter enthielt, während er selbst sich sorgfältig bemüht hatte, ausländische Wörter möglichst zu vermeiden. Mit Behagen berichtet er dagegen, dass er einen Ausdruck eingeschmuggelt habe, der in der That fortan zur unbedingten Herrschaft gekommen ist: die Bezeichnung „hohe Bundesversammlung". Er hatte sie erst

bei der letzten Redaction eingeführt, Niemand beachtete es, „und mein gelegentlicher Zweck bei diesem Vorschlage, so schreibt er, unserem „hohen Senate“ durch die Analogie ein grösseres Relief zu geben, scheint erreicht“. Mit noch viel grösserer Genugthuung begrüsst er seinen Sieg in der Frage der passiven Assistenz bei den Sitzungen der engeren Bundes-Versammlung Und dass er wirklich ein wichtiges Recht dadurch errungen, bezeugte ihm wenigstens der eine seiner Specialcollegen schon nach wenigen Wochen Danz kam nämlich eigens deshalb zu ihm und sagte, er fühle sich durch sein Gewissen gedrungen, ihm ausdrücklich dafür zu danken, dass er gegen den Wunsch der andern doch auf seiner Forderung bestanden habe; er sehe jetzt vollkommen ein, dass sie Unrecht gehabt, die Befugniss sei von der grössten Wichtigkeit und er wolle keine Sitzung versäumen.

Ein kleines Nachspiel zu diesen Verhandlungen über die Geschäftsordnung dürfen wir, wenn es auch unbedeutend ist, doch wohl nicht auslassen Smidt erbat sich von Buol die Einsicht der Correcturbogen vor dem Abdruck Dieser erwiderte, auch Humboldt habe ihn schon darum ersucht, und — auf Smidts Bemerkung es sei dem preussischen Gesandten vielleicht noch diese oder jene Kleinigkeit eingefallen, die er bei der Gelegenheit abzuändern dachte — das sei allerdings der Fall, Humboldt wünsche im Eingang des Art. 4 den Satz „Das Präsidium sorgt vorläufig für die Protocollführung“ zu streichen und erst mit dem folgenden „Das Präsidium schlägt der Bundesversammlung den Protocollführer vor“ anzufangen Da Buol Nichts dagegen hatte, sprach Smidt natürlich auch nicht davon, und Humboldt strich die Worte, änderte auch sonst ein paar Ausdrücke so, dass sie den Sinn nach Smidts eigenem Dafürhalten wirklich richtiger wiedergaben, und entfernte nur einmal ein „auch“ (Art. 1 Abs 3 oder auch das Plenum), das er für pleonastisch hielt, das aber mit gutem Bedacht gesetzt war Von Smidt darauf aufmerksam gemacht, fügte Buol es einfach wieder ein, zeigte das Humboldt und erhielt umgehend die Antwort: er danke ihm sehr dafür, er habe die Bundes-Acte nachgesehen und gefunden, dass er mit dem Durchstreichen Unrecht gehabt habe

Unter den Gegenständen, welche ausser der provisorischen Geschäftsordnung die sechs vertraulichen Conferenzen vom 1. bis zum 30. October beschäftigten, war weitaus der bedeutendste die Frage des Verhältnisses der Stadt Frankfurt zu der Bundesversammlung. Sie wurde gleich in der ersten Sitzung an einen Ausschuss verwiesen, in den Martens, Eyben und Smidt erwählt wurden. Der Letztere vertrat sehr eifrig die Rechte Frankfurts, zum Theil eifriger als manche Frankfurter selbst. So bestand er nicht bloss darauf, dass Martens die Bezeichnung Magistrat, die er angewandt hatte und die auch die Frankfurter aus früherer Gewöhnung wohl noch zu gebrauchen pflegten, mit Senat vertauschte, sondern er beseitigte auch den Anspruch, dass die Bundes-Versammlung die Censur über alle Frankfurter Zeitungen führen solle, obgleich selbst der präsidirende Bürgermeister Metzler der Ansicht war, dem Senate würde eine solche Einrichtung gar nicht unlieb sein, weil sie ihn mancher Verlegenheiten überheben könne. Danz dagegen theilte Smidts Ansicht, dass Frankfurt sich eine solche Schmälerung seiner Souveränitätsrechte nicht bieten lassen dürfe, und in der Commission huldigte Eyben denselben Anschauungen, während freilich Martens, der „wie alle Hannoveraner gewaltige Angst vor der Publicität“ hatte, nur widerstrebend und halb nachgab. Als Vorsitzender der Commission arbeitete er eine Vorlage aus, zu der ihm der stets schreibfertige Smidt vorher schon eine Entwickelung seiner eigenen Ansichten gab. Aber obgleich dadurch gerade der Artikel 2, der über die Presse handelte, schon sehr modificirt wurde, so fand ihn Smidt doch immer noch zu ängstlich und zu wenig liberal. Es wurde der Stadt die Censur überlassen in dem Vertrauen, dass ihre Massregeln alles fernere Einschreiten der Bundes-Versammlung überflüssig machen und insbesondere dafür sorgen würden, dass in den Druckschriften keine Beleidigungen der Religion, der ehrbaren Sitten, der deutschen Regenten und ihrer Beamten, in den Zeitungen aber keine anmassenden Beurtheilungen vorgefallener Begebenheiten vorkämen. Denn, so hiess es in dem motivirenden Berichte, Zeitungen die selbst in Bier- und Weinschenken verbreitet würden und daher vorzüglich geeignet schaffen seien das Publicum zu missleiten, dürften keinen andern Zweck haben als die Ereig-

misse zu berichten, nicht aber sie voreilig und mit Parteilichkeit zu beurtheilen. Alle Artikel, welche die Bundes-Versammlung betrafen, sollten, wenn sie nicht officiell seien, ausdrücklich die Worte „nicht officiell“ an der Spitze tragen, anständige Aeusserungen über politische Gegenstände übrigens nicht in enge Schranken geschlossen werden. Smidt hätte den ganzen weitschweifigen Artikel am liebsten über Bord geworfen, oder gänzlich umgearbeitet, allein da Martens zu allerlei kleinen Aenderungen sich schon hergegeben und Eyben dadurch befriedigt hatte, so musste er sich bescheiden, sprach aber mit andern Gesandten vertraulich über die Sache, um zu erreichen, dass der Artikel von der Bundesversammlung selbst verworfen werde. Er setzte ihnen auseinander, dass es eine Anmassung sei, die Frankfurter Regierung unter vormundschaftliche Direction zu nehmen, das freie Urtheil über die öffentlichen Angelegenheiten Deutschlands müsse dem Frankfurter Bürger unter dem Schutze seines Staates eben so gut freistehen wie jedem andern, es sei undelicat und selbst ungerecht dem Senate gute Regeln über den Zweck oder Nicht-Zweck öffentlicher Blätter zu geben, und schliesslich verrathe ein solches Verfahren denn doch auch eine Aengstlichkeit vor der Publicität, welche die Erwartungen Deutschlands von seiner Amphictyonenversammlung sehr herabstimmen und den nachtheiligsten Eindruck auf die öffentliche Meinung machen dürfte.

Diese Vorstellungen blieben nicht wirkungslos. Als Herr von Martens' zweiter Artikel am 15. October verlesen war, forderte Buol zu einem Meinungsaustausch darüber auf, da, wie er gehört, von mancher Seite eine weniger ängstliche Fassung gewünscht werde. Humboldt bestätigte das; er glaube, man könne mit wenigen Sätzen ausreichen, das Wichtigste sei, dass zwischen officiellen und nicht-officiellen Mittheilungen über die Bundesversammlung scharf unterschieden werde; dazu sei das bequemste Mittel, gleich jetzt in den Zeitungen ein für alle Mal zu erklären, nur die Artikel seien als officiell zu betrachten, welche als solche bezeichnet würden. Im Uebrigen möge man aussprechen, dass die Bundesversammlung die Censur der Frankfurter Zeitungen für einen ihr fremden Gegenstand ansehe und zu dem Senate das Vertrauen habe, er werde zur Verhütung

aller Missbräuche solche Anstalten treffen, die eine erlaubte und wohlthätige Pressfreiheit am wenigsten beschränken — „Und," fügte Graf Buol hinzu, „die Bundesversammlung aller weiteren Einschreitungen überheben würden" Darüber wurde nun viel hin und hergesprochen Plessen, Hach und Smidt waren die einzigen, welche Lust hatten, den ganzen Artikel zu streichen, auch von den andern äusserten manche, wie Gagern und Humboldt, sehr liberale Ansichten, aber der Mehrheit war doch die Erklärung, dass die Frankfurter Censur den Bundestag Nichts angehe, zu stark, sie strich dieselbe und nahm nur den Rest des Humboldt'schen Vorschlages mit Buols Zusatze an Die Commission musste nun diese Beschlüsse aufs Neue redigiren und dabei setzte Smidt gegen Martens eine Fassung durch, welche das Vertrauen aussprach, der Senat werde eine erlaubte und wohlthätige Pressfreiheit so wenig beschränken, als etwaige Missbräuche derselben unbestraft lassen, und dadurch die Bundesversammlung in dem einen wie in dem andern Fall der Nothwendigkeit überheben, etwas Weiteres desshalb an den Senat gelangen zu lassen Das Wort Censur war in dieser Fassung absichtlich vermieden, weil Smidt diese Einrichtung der Stadt Frankfurt gar nicht aufdringen wollte, die Verhütung der Missbräuche, die beim besten Willen oft unmöglich sei, war in eine Bestrafung verwandelt, durch den Ausdruck „in dem einen wie dem andern Falle" wurde angedeutet, dass die Bundesversammlung auch zu Gunsten der Pressfreiheit, wenn diese vom Senat unterdrückt werden sollte, eintreten könnte, endlich war das „fatale" Wort Einschreiten durch die milde Redewendung „etwas an den Senat gelangen zu lassen" euphemistisch umschrieben Alle diese wohlbedachten Aenderungen fanden auch in der vierten Conferenz keinen Widerspruch und Artikel 2 wurde in dieser Fassung, die also wesentlich Smidts Werk war, angenommen

Der übrigen Artikel können wir kürzer gedenken Der erste verlangte eine Schildwache vor dem Hotel der Bundes-Versammlung Ob auch vor der Wohnung des Präsidialgesandten, das konnte man einstweilen dahingestellt sein lassen, da zur Zeit beide Locale zusammenfielen Doch bemerkte Humboldt schon jetzt, dass wenn eine Trennung eintrete und

der östreichische Gesandte eine Ehrenwache erhielte, so müssten alle andern sie auch fordern. Ein ganz allgemein gehaltener Vorbehalt dieser Art wurde also mit aufgenommen.

Artikel 3 enthielt ausführliche Bestimmungen über die Exterritorialität der Gesandtenwohnungen, über die Unabhängigkeit des gesammten Gesandtschaftspersonals von der Gerichtsbarkeit der Stadt Frankfurt und Aehnliches, was man in den loco dictaturae gedruckten Beilagen zu den Protocollen der Bundesversammlung nachlesen kann. Ein Theil des Inhaltes dieses langen Artikels bildete nach dem ersten Entwurf der Commission einen vierten Artikel, die Vereinigung und Verschmelzung beider sowie zahlreiche Abänderungen wurden von Humboldt vorgeschlagen und durchgesetzt, dessen geistiges Eigenthum daher der jetzt vorliegende Wortlaut ist. Die Einzelheiten sind vielleicht für den Juristen, sonst aber von keinem Interesse. Nur einen Punct wollen wir herausheben. Die Commission schlug vor, die Bundesversammlung solle einen Ausschuss bilden, dem alle Gesandten alternirend angehörten, und welcher die Jurisdiction in Civilklagen, die gegen eine Person aus dem Gefolge eines Gesandten erhoben würden, üben solle. Diese Bestimmung wünschten manche Gesandten, die sich in jure nicht sonderlich stark fühlten, gestrichen. Sie scheuten sich mit Recht vor dem abwechselnden zu Gericht sitzen. „Legatus Bremensis aber, so schreibt Smidt, hat sich von solcher Scheu Nichts merken lassen. Da es ihm bisweilen gelingt, diese oder jene Principien aus dem Lichte der Natur aufzufinden, die zufällig auch in jure scripto grade so vorkommen, so halten ihn mehrere für einen guten Juristen, und da er bisher glücklich durchgekommen, ohne dass der Irrthum entdeckt ist, so denkt er auch für die Zukunft: Kommt Zeit, kommt Rath." Da der angefochtene Passus indess schliesslich wegfiel, so wurde legatus Bremensis dieser Prüfung überhoben.

Im fünften Artikel war die Bestimmung von grosser Wichtigkeit, dass in Zukunft kein Frankfurter Bürger (den eigenen Bevollmächtigten der Stadt selbstverständlich ausgenommen) als Bundesgesandter angenommen werden solle. Den oben erwähnten Herrn von Leonhardi, der nun einmal zugelassen war, wollte man natürlich nicht wieder verdrängen, um so mehr

aber der Gefahr vorbauen, „dass die kleinen Höfe nicht aus öconomischen Rücksichten Frankfurter Bürger, reiche Banquiers, wohl gar am Ende den neugebackenen Juden-Baron Herrn von Rothschild, zu Gesandten erkoren, worüber denn am Ende das Ansehen der Bundesversammlung wie das des weiland Reichstages zu Regensburg den Weg alles Fleisches zu gehen riskirte." Wir sahen schon früher, dass Smidt diesen Bestrebungen sich mit ganzem Eifer anschloss; nur in dem Wege, den er einzuschlagen wünschte, unterschied er sich von seinen Collegen. Nach seiner Ansicht sollte nicht durch die Bundesversammlung sondern durch die Stadt Frankfurt die gesetzliche Unvereinbarkeit der Eigenschaften eines Frankfurter Bürgers und eines nichtfrankfurtischen Bundesgesandten ausgesprochen werden. Aber mit dieser Ansicht stand er so ziemlich allein, und selbst die Frankfurter, welche, wenn die Sache nicht mehr zu retten war, auf diesem Wege doch wenigstens die Form salviren konnten, wollten Nichts davon wissen und schienen es nicht recht zu glauben, wenn Smidt ihnen versicherte, er würde, hätte der Bundestag in Bremen seinen Sitz, mit gleichem Eifer jedes Mittel benutzen, um die Anstellung von Bremern zu verhindern. Vielmehr antworteten sie auf die Note Buols, welche ihnen das Resultat der gesammten Berathungen über das gegenseitige Verhältniss der Bundesversammlung und der Stadt mittheilte, durch eine von Danz concipirte Note, welche zwar nur gegen zwei von den acht Artikeln Einwendungen erhob, dabei aber so breit und steif juristisch abgefasst war, dass Smidt meinte, man sehe daraus, wie die Frankfurter noch lernen müssten, bei ihren Communicationen an die Bundesversammlung einen andern Zuschnitt als den der Wiener und Wetzlarer Acten zu finden. Da man ein advocatenmässiges Repliciren, das dann unzweifelhaft zu Dupliken, Tripliken und Quadrupliken führen werde, der Bundesversammlung nicht anständig fand, so begnügte man sich auf Humboldts Vorschlag mit einer kurzen Empfangsbescheinigung, welche die Freude der Bundesversammlung darüber aussprach, dass in den meisten Puncten Einverständniss herrsche, und über die Differenzpuncte weitere Feststellungen vorbehielt.

Was sonst in den vertraulichen October-Conferenzen vorkam,

ist entweder aus den Protocollen so vollständig zu ersehen, dass die Smidt'schen Berichte nichts Bedeutendes hinzufügen, oder es ist an sich von zu wenig Interesse, als dass es hier zu erwähnen wäre. Dagegen lief in den letzten Tagen neben diesen Conferenzen noch ein Austausch von Wünschen und Absichten in Bezug auf die feierliche Eröffnung der Bundesversammlung her, dessen zu gedenken wir nicht unterlassen dürfen Der Frankfurter Senat hatte schon am 30. Juli seine Bereitwilligkeit erklärt zur Verherrlichung des Tages neben dem noch nicht vollzähligen Linienmilitär den sehr gut ausgerüsteten Landsturm zu Pferd und zu Fuss ausrücken, auch des Abends das Schauspielhaus und den Spaziergang vor demselben illuminiren zu lassen, während er eine allgemeine Illumination, die sonst sehr passend sein würde, in der jetzigen Jahreszeit nicht bloss als zu beschwerlich, sondern selbst als gefährlich bezeichnete Ueber dieses Anerbieten sollte gleichfalls die Commission berichten, welche das Verhältniss der Bundesversammlung zu der Stadt zu berathen hatte, also Martens, Eyben und Smidt Ihr Antrag fiel dahin aus, „dass die Illumination als eine nicht deutsche und mit unangenehmen Rückerinnerungen für das Publicum verbundene Sitte zu decliniren," dagegen eine Theatervorstellung, bei welcher auf anständige Plätze für die Gesandtschaften Bedacht genommen werde, und das Ausrücken des Landsturms zu wünschen sei. In diesem Programm vermissten Smidt und Plessen eine kirchliche Feier und wünschten dieselbe in einer der letzten Conferenzen anzuregen Buol schien Anfangs diese Idee als eine sehr natürliche anzusehen und nur über die Art und Weise der Ausführung nicht ins Klare kommen zu können. Um so grösser war Smidts Erstaunen, als er plötzlich wie umgewandelt mit dem grössten Eifer sich dagegen erklärte und im Wettlauf mit Humboldt, „als ob die Ruhe Europas und die ganze künftige Eintracht der Bundesversammlung davon abhingen," von einem Gesandten zum andern lief, und ihn „bald um Gottes willen, bald pour l'amour de Dieu bat, doch ja nicht davon anzufangen, doch ja nicht der Erste zu sein, der die Sache öffentlich in der Versammlung anrege." Eine doppelte Einwirkung, so vermutbete Smidt, habe diesen Um-

schwung herbeigeführt. Zunächst sei Buol, obgleich in seinem Gemüth weder Fanatismus noch Intoleranz zu Hause sei, doch ein orthodoxer und andächtiger Katholik und in dieser Hinsicht sehr gewissenhaft und scrupulös. „Nun scheinen ihm Katholiken und Exprotestanten, Pfaffen und Pfaffengenossen über das, was schicklich und nicht schicklich, erlaubt und nicht erlaubt, so viel vorgesagt und durcheinander geschwätzt zu haben, dass er selbst ganz zweifelhaft darüber geworden ist.“ Dazu sei dann aber noch Humboldts Einfluss gekommen, dem noch mehr als Buol daran zu liegen scheine, dass aus der Sache Nichts werde, und der doch den bösen Schein auf jenen zu werfen suche, und dabei nicht einmal ganz bona fide zu Werke gehe. Um ihn von seinem Widerspruch abzubringen, besuchten Smidt und Plessen ihn und führten ihm zu Gemüthe, welch eine unangenehme Sensation es in Deutschland machen würde, wenn diese Opposition bekannt würde. Darauf setzte Humboldt in einem Briefe an Plessen (d. d. 28. October) seinen Standpunct auseinander. An und für sich könne er eine religiöse Feier nur billigen; aber wie Graf Buol mit Recht einen vollen katholischen Gottesdienst mit Inbegriff der Messe fordere, so müsse auch er auf dem protestantischen Ritual in seiner ganzen Vollständigkeit bestehen. Lasse es sich nun einrichten, dass der ganze Bundestag beiden Gottesdiensten in corpore beiwohne, so sei er der Erste diesen Vorschlag zu unterstützen, jeden andern Ausweg müsse er unbedingt ablehnen. Aber grade den Vorschlag, dem er beizutreten sich geneigt erklärte, untergrub Humboldt im Stillen, wenn man Buol glauben darf. „Er hat den Grafen Buol, wie ich von diesem selbst weiss, immer instigirt, schreibt Smidt, er solle ja auf der Messe bestehen; auch hat er ihm den Satz untergeschoben und vorgesagt: als Katholik könne er einem completen protestantischen Gottesdienst wohl nicht gut beiwohnen, ehe noch Buol gewagt hatte, diesen Satz auszusprechen, indem er ihn auch jetzt noch immer mit einem: man sagt, Herr von Humboldt sagt: anführt.“ Was aber den letzteren eigentlich zu seiner Handlungsweise bewege, war nicht herauszubringen. „Blosse Unlust und Scheu sich dabei zu ennuyiren kann es allein nicht sein. Vielleicht besorgt

er, dass ein sollenner Act in der Domkirche, wo die Kaiser gekrönt wurden, die alten Reminiscenzen lebhaft wieder anfregen, dass wie bei der Einweihung des zweiten Tempels zu Jerusalem diejenigen, welche die Herrlichkeit des ersten geschaut, mehr von dieser als von jener reden und die Volksstimme darüber wieder Dinge zur Sprache bringen konnte, die Preussen vergessen zu sehen wünscht;" — vielleicht habe er noch die geheime Hoffnung selbst Bundesgesandter zu werden und wünsche das nicht dadurch zu erschweren, dass der designirte Gesandte Goltz, der bereits angekommen war, sich in der Kirche vor allem Volk als preussischer Vertreter zeige und es sich dadurch unmöglich mache, so schnell zurückzutreten und den König um Versetzung nach London zu bitten, irgend solch ein geheimer Grund müsse vorwalten, sonst sei Humboldts Benehmen nicht zu erklären.

Nun hätte es nahe gelegen, die Sache in der sechsten Conferenz förmlich anzuregen; indess Buol hatte so viel darum gebeten das nicht zu thun, und das Aergerniss, ein förmliches Schisma zwischen Katholiken und Protestanten protocolliren zu müssen, wäre so gross gewesen, dass die Freunde der kirchlichen Feier auf Buols Vorschlag eingingen, es noch einmal mit vertraulichen Besprechungen zu versuchen und nöthigenfalls lieber noch eine siebente Conferenz eigens zu diesem Zwecke vor dem 5 November in Aussicht zu nehmen. Smidt insbesondere hielt es trotz allen Eifers für die Sache, nicht für seinen Beruf als Heisssporn voranzugehen, und das äusserst angenehme Verhältniss, in dem er zu den beiden bedeutendsten Gesandtschaften stand, dadurch vielleicht für immer zu verderben. Er versuchte durch den Generalvicar von Wessenberg auf Buol zu wirken. Dieser, bekanntlich einer der mildesten und aufgeklärtesten Katholiken jener Tage, bestritt entschieden, dass Buol einem protestantischen Gottesdienste anzuwohnen verhindert sei, und meinte, zum allermindesten könne man doch ein gemeinschaftliches „Nun danket alle Gott" singen oder auf ähnliche Weise sich helfen. Aber er sagte auch grade heraus, die Geschichte sei erst durch Schlegel und dann durch Humboldt so brouillirt, dass er jetzt nicht mehr absehe, wie man herauskommen wolle.

Und so war es auch wirklich. Smidt machte noch zweimal einen persönlichen Versuch bei Buol, das erste Mal wurde er durch die Anwesenheit Anderer gestört, das zweite Mal setzte er es zwar durch, dass Buol versprach gleich nach der Eröffnung in seiner Hauscapelle blos in Gegenwart der Gesandten und ihres Gefolges ein Te deum oder Nun danket alle Gott singen zu lassen. Aber dem widersprachen dann wieder Andere und besonders Humboldt, bei dem alle Bemühungen, welche direct und durch Otterstedts Vermittlung gemacht wurden, umsonst blieben. Dass dagegen ohne Vorwissen des Senates auf Betreiben eines Geistlichen, der für einen Intimus von Schlegel galt, in den drei katholischen Kirchen Frankfurts dennoch ein Gottesdienst abgehalten und dabei das Veni creator spiritus gesungen worden sei, erfuhr man erst später, und das trug natürlich nicht dazu bei, die ganze ärgerliche Sache in einem besseren Lichte erscheinen zu lassen. Smidt fürchtete lebhaft den lauten Tadel des Publicums über die gänzliche Abwesenheit jeder religiösen Weihe, und er bat dringend, wenigstens ihn persönlich in Bremen im geselligen Discurs zu rechtfertigen, da er Alles gethan habe, was in seiner Macht stehe.

Die siebente Präliminarconferenz fand übrigens am 4. Novbr. doch noch statt. Wäre, wie man erwarten durfte, der neue preussische Gesandte Graf Goltz in derselben erschienen, so hätte man die kirchliche Feier doch wohl noch zur Sprache gebracht. Allein obgleich Goltz Tags vorher eingetroffen war und obgleich Humboldt sich in der sechsten Sitzung feierlich und unter der Dankesbezeugung der Versammlung verabschiedet hatte, so wurde doch die nahe liegende Voraussetzung nicht erfüllt. Goltz brachte ein Podagra mit, das ihn sowohl von der letzten vorläufigen, wie von der ersten ordentlichen Sitzung fern hielt, so dass ihn Humboldt beide Male vertreten musste. Uebrigens hatte man am 4. November weiter Nichts zu thun als das letzte Protocoll zu genehmigen und Beschluss über den Wunsch der Gesandtschaftsräthe und Secretäre, die gern bei der Eröffnungssitzung zugegen sein wollten, zu fassen. Die Bitte wurde ihnen nicht allein gewährt, sondern die Mehrheit genehmigte sogar, dass ihnen Sitzplätze im Hintergrunde des

Zimmers eingeräumt würden und sie der Ceremonie also nicht stehend beizuwohnen brauchten Der Beschluss hatte für Smidt auch eine grössere Wichtigkeit bekommen, da er seit dem Tage vorher selbst auch einen Privatsecretär in der Person des Dr G H Olbers zur Verfügung hatte Er stellte ihn gleich am 4 dem Grafen Buol und den übrigen Gesandten vor, damit er an der Eröffnungssitzung Theil nehmen konne

Die kurze Spanne Zeit, die jetzt noch bis zur Erreichung des lange erstrebten Zieles ausstand, musste einen Mann wie Smidt naturgemass zu rückwartsschauenden Betrachtungen einladen. Ein Jahr zwei Monate und vier Tage später, als die Bundes-Acte es festsetzte, ging die Eröffnung der Bundesversammlung vor sich In seiner einfachsten und unzweideutigsten Bestimmung war das Grundgesetz des Bundes rücksichtslos verletzt; Entschuldigungen dafür gab es vielleicht für einen gewissen Zeitraum, aber sicher nicht für die ganze Zeit Mit zwingender Nothwendigkeit musste deshalb ein Misstrauen gegen das weitere Wirken einer Institution erwachsen, welche Verschleppung und Langsamkeit wie eine Erbsünde, schon ehe sie ins Leben trat, mit auf den Weg erhalten hatte Smidt machte sich aus dieser schlimmen Mitgift kein Hehl Aber auf der andern Seite verkannte er, wie wir wissen, auch nicht die Erfolge, die unter der Hand in der Zwischenzeit erreicht waren, sah sie vielmehr weit eher in einem zu günstigen Lichte an, und war endlich bei seinem thatkräftigen Wesen eine viel zu schaffenslustige Natur, als dass er pessimistische Anschauungen nicht uberall, wo er sie erreichen konnte, mit Eifer hätte bekämpfen sollen. Dass er sich dazu direct und indirect der Bremer Zeitung bediente, lag am nachsten, aber er suchte auch andre Wege, und wenn z B Heeren sein vertrauenathmende Schrift: Der deutsche Bund in seinem Verhältnisse zum europäischen Staatensystem, grade in diesen Tagen erscheinen liess, so war darauf seine Anwesenheit in Frankfurt und sein Verkehr mit Smidt nicht ohne bedeutenden Einfluss Auch ohne den nicht unwirksamen Hebel, der in ermuthigenden Zeitungsartikeln und Druckschriften geboten wurde, musste aber das Ereigniss der Eröffnung selbst, wie das in der menschlichen Natur liegt,

wenigstens vorübergehend eine Reaction im guten Sinne innerhalb der öffentlichen Meinung hervorrufen. Schon die einleitenden Conferenzen, über welche die Zeitungen Richtiges und Unrichtiges zur Genüge meldeten, hatten das Ihrige gethan und das Interesse des Publicums für den Bund wieder vielfach belebt. Smidt beobachtete das mit grosser Theilnahme. Die höchste Stufe hatte der Unglaube an die neue Schöpfung jedenfalls in Süddeutschland erklommen. Jetzt nahm er mit Freuden wahr, dass selbst in Baiern, wo derselbe sich vor einigen Monaten in fast lächerlicher Weise ausgesprochen habe, die politische Magnetnadel wieder etwas abweise. Er schloss das zum Theil auch aus der Haltung der Regierungen. Der allmächtige bairische Minister Montgelas z. B. habe in den letzten Wochen wenn nicht in seinen Gesinnungen, doch unverkennbar in seinen Maximen manches geändert. Bekanntlich war die Zeit seines Regimentes ihrem Ablaufe nah; schon in den nächsten Wochen begann es zu wackeln. Noch bedeutsamer war der Wechsel in Württemberg. Nicht ohne Grund hatte man sich in Smidts Kreisen mit der Besorgniss getragen, es möchte sich eine süddeutsche Clique in der Bundesversammlung bilden, von der man immer ein und dasselbe hören werde. Die Ansätze dazu waren auch wirklich in den einleitenden Conferenzen hervorgetreten. Aber bald zeigten sich doch auch Gegensätze zwischen den drei Staaten, welche beruhigend wirkten. Begreiflicher Weise fürchtete man jenes Zusammenhalten nicht eigentlich um seiner selbst willen; Smidt wenigstens sah recht gut, dass die drei Höfe dadurch weit mehr sich selbst als andern schaden würden, sondern man besorgte vielmehr, dass, um einer solchen Coalition sofort ein nachdrückliches Gegengewicht zu halten, sich Oestreich und Preussen enger an einander schliessen und dadurch die Kleinen erdrücken oder zum Anschluss an die Süddeutschen nöthigen möchten. Der Tod des Königs von Württemberg machte nun aller solcher Angst ein Ende; denn König Friedrich war unzweifelhaft von jenen Bestrebungen fax et tuba, wie Smidt sagt, gewesen; König Wilhelm aber erweckte überall das Zutrauen, dass er seinen bisherigen Gesinnungen gemäss nicht blos ein

würtembergischer, sondern vor Allem auch ein deutscher Fürst sein wolle. Daraus folgte dann weiter, dass sein Gesandter fortan die Aengstlichkeit aufgebe, durch die sich sein Votum bis dahin vor allen übrigen ausgezeichnete, und dass er (es ist von Herrn von Linden die Rede) nicht ferner gehindert sei, sich mit der Offenheit und Liberalität zu äussern, welche seinem wirklich graden und liebenswürdigen Charakter entspreche. Was ihn bisher vielfach gehemmt hatte, waren seine Instructionen gewesen. Dass durch eine engherzige Fassung derselben jeder Gesandte in seiner Wirksamkeit gelähmt werden müsse, lag auf der Hand; andrerseits besass die Bundesversammlung nicht die Macht einen Einfluss darauf zu üben, dass ein liberaler und von Aengstlichkeit freier Geist in Bezug auf die Instructionsertheilung zum Durchbruch komme. Was sie zur Forderung der Geschäfte beitragen konnte, das hatte sie durch den Entwurf ihrer Geschäftsordnung gethan; aus dieser ging nicht allein die Ueberzeugung, dass man etwas Reelles zu thun bekommen werde, sondern auch die Absicht, sich in reeller Weise damit zu beschäftigen, deutlich hervor. Smidt musste es am Besten wissen, wenn er versicherte, dass bei der Ausarbeitung derselben die angelegentliche Sorge vorgeherrscht habe, sowohl den Mitgliedern der Bundesversammlung als den Gegenständen ihrer Verhandlung volles Recht widerfahren zu lassen, und ebenso wenig etwas zu übereilen, als in dringenden Fällen oder bei unbedeutenden Gegenständen durch die Form schädlichen und unnöthigen Zeitverderb zu veranlassen. Ganz abgesehen von dem Inhalt der Geschäftsordnung musste ihn aber aus doppeltem Grunde die Art ihres Zustandekommens erfreuen. Einmal wegen der Schnelligkeit und Eintracht, welche die Bundesversammlung dabei gezeigt: zwei Sitzungen hatten genügt um den umfassenden Inhalt zu beraten und zu beschliessen, sodann wegen der Mitwirkung, die er selbst dabei hatte üben dürfen. War doch sein Einfluss in dieser Sache so gross gewesen, dass er ihn, um nicht bei Andern Neid und Eifersucht zu erregen, sorgfältig verschwieg, dass ausser Humboldt, Plessen, Eyben und Marschall, denen Buol selbst den Hergang erzählt hatte, eigentlich Niemand recht wusste, wie es dabei zugegangen.

Dass die Geschäftsordnung inhaltlich auch Smidts Particularwunsch erfüllte, dass sie durch den Buol'schen Zusatz eine ganz besondere Begünstigung Bremens enthielt, zu deren Erreichung die andern Städte eher hinderlich, als förderlich gewesen waren, lieferte nicht blos einen weiteren Beweis für die zur Zeit bedeutende Stellung des bremischen Vertreters, sondern erleichterte es auch ihm wie seinen Nachfolgern dieselbe zu bewahren. Augenblicklich durfte er sagen, dass Bremen, was den Einfluss in den vorbereitenden Conferenzen betreffe, auf keinen andern Bundesstaat eifersüchtig zu sein Ursache habe. Die Grundbedingung, welche ihm ermöglicht habe, das zu erreichen, sah er in dem republicanischen Geiste, den ein collegialisches Zusammenwirken unter einer so nachgiebigen und sorgsam von andrer Seite beobachteten Leitung, wie die Buols war, allerdings grossziehen konnte. Weder seitens der Grossmächte noch seitens der Mittelstaaten hatte, wenn man den Hardenberg'schen Anlauf nicht etwa einrechnen will, ein geflissentliches Vordrängen stattgefunden. Auch nicht in Aeusserlichkeiten. Man braucht mit den Vergleichen gar nicht, wie Smidt es gern thut, bis auf den Regensburger Reichstag zurückzugehen; man braucht nur an die Verhandlungen zu denken, welche die deutschen Staaten anderthalb Jahr früher in Wien geführt hatten. Welch lächerliche Eifersucht war da z. B. noch zwischen Hannover und Württemberg über die Frage, wessen Gesandter den Vorrang in der Unterzeichnung des Protocolls fordern dürfe, ans Licht getreten. Selbst die Bundes-Acte trug in ihrem Artikel 8 noch die Eierschalen dieser Entstehung an sich. Die Abstimmungen, so wurde dort festgesetzt, sollten einstweilen in der zufällig sich fügenden Ordnung statt finden, und diese zufällige Ordnung sollte keinem zum Nachtheil gereichen, noch eine Regel begründen. Niemanden fiel es in Frankfurt ein auf diesen Artikel zu recurriren, man fühlte sogleich, dass eine Ordnung, wie der Zufall sie füge, doch immer mit einer Art Unordnung verbunden sei, während ein bestimmter Platz und eine bestimmte Reihenfolge im Votiren den Geschäftsgang sehr erleichtern müsse. Als daher vor der ersten Präliminarconferenz angeregt wurde, man möge sich so

setzen und so abstimmen, wie die Staaten in Artikel 4 und 6 der Bundes-Acte aufgezählt seien, da wurde dieser Vorschlag ohne die mindeste Gegenbemerkung oder Berufung auf Artikel 8 einstimmig angenommen. Dass damit noch keineswegs alle Etikettenfragen ein für alle Mal beseitigt waren, versteht sich von selbst, und Smidt selbst sah eine kommen, in welcher er die Gleichberechtigung der Städte mit den monarchischen Staaten glaubte verfechten zu müssen. Bekanntlich war der Landgraf von Hessen-Homburg noch nicht als souveräner Fürst in den Bund aufgenommen, aber man war entschlossen ihn aufzunehmen, und Smidt hatte dagegen nicht das Mindeste. Um so mehr hatte er dagegen, dass der neue Staat seinen Platz als letzter der monarchischen und vor den Städten erhalte, und gedachte vielmehr ihm nur die 70 Stelle einzuräumen. Dabei kam eben wieder sein stehendes Axiom zur Geltung. Haben wir Städte uns einmal in die Reihe der selbständigen Staaten hinaufgeschwungen, so müssen wir uns auch ehrenvoll darin behaupten. Practisch wurde die Frage erst später, aber ins Auge gefasst hat Smidt sie, sobald die Aufnahme des Landgrafen eingeleitet wurde. Nur in einem Falle war er geneigt, denselben vor den Städten rangiren zu lassen, wenn nämlich auch von den Fürsten ein Theil ihm den höheren Platz einräumen wolle.

Jedenfalls war in den vorbereitenden Conferenzen mit Rangstreitigkeiten und Fragen des Ceremoniells auch kein Augenblick verloren worden. Und mehr als das: man konnte nicht blos negativ loben, sondern auch das, was geleistet war, als ein gutes Stück Arbeit rühmen. In sechs Sitzungen, deren jede ungefähr 2 Stunden dauerte, so resumirte Smidt, „ist der beträchtlichen Anzahl der berathenden und stimmenden Staaten ungeachtet und trotz des gänzlichen Mangels an Vorschriften über die Form dennoch soviel geschehen, als unter gleichen Umständen bei hergestellter und verstärkter Einheit Deutschlands in monarchischer Form von einem Kaiser, einem Reichsrathe und Reichsständen nur immer hätte erwartet werden mögen. Der bessere Geist, welcher seit 1813 die Herrschaft in Deutschland zu erstreben bemüht ist, hat seine wachsende

Macht auf mehr als eine Weise auch bei diesen Verhandlungen sichtbar werden lassen".

So trat er also mit frohem Vertrauen den Tag an, der schon in doppelter Beziehung in seinem Leben eine grosse Rolle spielte, und dessen Wahl zum Tage der feierlichen Eröffnung er mit Recht als ein glückliches Omen begrüssen konnte. Der 5. Novbr. war sein Geburtstag und der 5. Novbr. war der Tag, an welchem vor drei Jahren General Tettenborn zuerst die Herstellung der bremischen Verfassung verkündete, die dann am folgenden Tage der Bürgerschaft auch auf versammelten Convente proclamirt wurde. Wir schliessen unsre Auszüge mit dem Abdruck des Berichtes, den Smidt über den Verlauf des 5. November 1816 nach Bremen sandte.

„Die förmliche Eröffnung der deutschen Bundesversammlung hat nun endlich gestern auf folgende Weise stattgefunden.

Am Vorabend liessen die Frankfurter mit allen Glocken läuten und 101 Kanonenschüsse lösen. Gleiches Gelaute und Kanonendonner ertönten in der Stunde der Eröffnung von 11—12 Uhr. Jeder Gesandte fuhr in einem besonderen Wagen und im höchsten Gala mit seinem Secretar nach dem Taxischen Palast. In der Eschenheimer Gasse, worin dieser Palast liegt, war vom Frankfurter Landsturm eine haye formirt, bei der Einfahrt jedes Wagens wurde das Gewehr präsentirt, die Trommel geruhrt und die Fahne vor dem Gesandten geschwenkt — dem einen grade wie dem andern ohne allen Unterschied. Im Hofe war wieder Militär aufgestellt, und die ganze Dienerschaft des Grafen Buol, prachtig gekleidet, stand an der Thüre, hinter derselben die Secretäre der Praesidialgesandtschaft, welche die Gesandten empfingen und durch die Vorzimmer bis in das Sitzungszimmer begleiteten. Vor diesem standen wieder ein paar Grenadiere, die das Gewehr praesentirten. Nachdem Alles versammelt war, setzte man sich grade wie in den Präliminarconferenzen, jeder in seinen Lehnstuhl, blos der würtembergische und der holsteinische blieben leer, indem der Graf von Mandelsloh*)

*) Linden hatte am Abend vorher von dem neuen Monarchen seine Abberufung erhalten, mit dem Vermerk, dass Herr von Mandelsloh zu seinem Nachfolger bestimmt sei.

noch nicht angekommen war, und Herr von Eyben fortwährend vom Podagra an sein Bett gefesselt ist. Die Secretäre stellten sich hinter die Gesandten, wo einfache Stühle an die Wand gestellt waren. Einige setzten sich, andre blieben stehen.

Der Graf Buol eröffnete nun die Versammlung mit einer ihm von Wien zugesandten Rede, welche dann auch gedruckt umgetheilt wurde. Um die Versammlung nicht zu ermüden, verlas er sie nur von Seite 9, von den Worten: die Bundes-Acte beruft, bis ans Ende. Herr von Humboldt verlas auch eine halbe Seite, worin er die Einstimmung seines Hofes zu diesen Grundsätzen versicherte. Gleiche Erklärungen gaben mündlich auch die übrigen Gesandten nach der Reihe, bloss Herr von Gagern verlas eine längere Rede, von der er eine Abschrift versprach, die ich beilegen werde. Die meisten sagten nur ein paar Worte, wer es konnte aus dem Kopf, und wer nicht gewohnt war frei zu reden, schrieb sich, bis die Reihe an ihn kam, einige Zeilen dazu auf, die er dann ablas — was sich aber nicht gut ausnimmt.

Ich sagte, wie die Reihe an mich kam, ohne etwas aufzuschreiben und abzulesen: Die freie Hansestadt Bremen theile mit den übrigen Bundesstaaten gleiche Gesinnungen und gleiche Hoffnungen, und ich wurde es mein Bestreben sein lassen, bei meiner Vertretung derselben solche zu bethätigen.

Dann wurden die Ratificationen der deutschen Bundes Acte, welche sämmtlich auf dem Tische lagen, vorgezeigt, die ostreichische, preussische und sächsische verlesen, und die übrigen nur eingesehen von dem, der Lust dazu hatte. Die meisten waren in dunkelrothen Sammt prächtig eingebunden, und die Siegel theils in silbernen, theils in goldenen Kapseln, wovon einige so gross waren, dass sie durch das Quartblatt, auf dem ich schreibe,*) nicht bedeckt worden wären. Die unsrige, so wie die mehrerer kleiner Staaten, die bloss aus ein paar Bogen Papier bestanden, nahmen sich dagegen etwas kläglich aus.

Dann sollten die Vollmachten verlesen werden, da man

*) Dasselbe misst etwa 20 × 25 Centimeter

sie aber schon sämmtlich gehört hatte, so verschonte man sich gegenseitig damit, und nahm Alles für gut und richtig an. Blos eine neue holsteinische Vollmacht wurde verlesen, worin der seit dem Abschluss der Bundesacte stattgefundenen Erwerbung Lauenburgs gedacht, und in der Voraussetzung, dass man dieses Herzogthum so gut wie Holstein in den Bund habe aufnehmen wollen, die Vollmacht auf beide Herzogthümer gerichtet und der Wunsch angegeben war, dass die zehnte Stimme künftig heissen möge: Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Bei dieser Gelegenheit gaben Mecklenburg und Anhalt eine kurze Verwahrung wegen ihrer bekannten alten Ansprüche auf Lauenburg zu Protocoll, deren Art und Form aber vorher schon mit Herrn von Eyben freundschaftlich verabredet war.

Endlich wurde die erste ordentliche Zusammenkunft auf Montag den 11. November festgesetzt und so die Versammlung geschlossen. Alles fuhr wieder nach Hause, das Militär paradirte, präsentirte und salutirte wie bei der Ankunft, Strassen und Fenster waren von einer Menge Zuschauer bedeckt.

Mittags um 4 Uhr war ein grosses Diner bei dem Grafen Buol, wobei ausser den Bundesgesandten auch Lord Clancarty, Graf Reinhard, Baron von Wessenberg, sein Bruder der Generalvicar, Herr von Otterstedt, Herr von Strahlenheim, der hiesige älteste Bürgermeister Metzler, die drei hiesigen Senatoren von der Commission der auswärtigen Angelegenheiten, der Oberst des Landsturms, der Hofrath Handel und die Legationssecretäre des Grafen Buol gegenwärtig waren. Lord Clancarty, der die Gräfin Buol, die einzige Dame, welche zugegen war, zu Tisch führte, brachte einen Toast auf die deutsche Bundesversammlung aus. Graf Buol liess dagegen die alliirten Mächte leben. Die Frankfurter liessen während der Tafel wieder tüchtig kanoniren.

Um 7 Uhr war eine grosse Assemblee beim Grafen Buol, wozu auch alle zu den Gesandtschaften gehörigen Damen, die Legationssecretäre und mehrere angesehene Fremde und hiesige Honoratioren sich einfanden. Die Herzogin von Sachsen-Meiningen mit ihrem Sohne, dem jungen Herzog, war auch dort.

Der Frankfurter Senat und das Bürgercollegium haben ein

Capital von 8000 Gulden, worüber sie zu wohlthätigen Zwecken zu disponiren hatten, an diesem Tage zu dem ersten Fond einer Versorgungs- und Arbeitsanstalt für verschämte Arme bestimmt, deren Verwaltung sich an den Wirkungskreis des hiesigen Frauenvereins anschliessen soll" *)

Eine Reihe von Festlichkeiten andrer Art liess Graf Buol in den nächsten Tagen noch folgen; er legte sichtliches Gewicht darauf, die Eröffnung seinerseits so glänzend wie möglich zu feiern. Dass es ihm gelungen wäre die öffentliche Meinung auch nur in Frankfurt lebhaft dadurch anzustacheln, ist wohl kaum wahrscheinlich, wenn es auch an officiellem Schaugepränge und neugierigem Zudrang nicht fehlte. Im übrigen Deutschland war die Aufnahme, welche das langerwartete Ereigniss fand, auch nur kühl. Smidt hätte wenigstens für Bremen gern ein wenig nachgeholfen und schlug zu dem Zweck vor, die Bundesacte, die noch nicht als Bremisches Gesetz bekannt gemacht war, jetzt zu publiciren, sie von den Kanzeln verlesen zu lassen und dabei ein eigenes Dankgebet anzuordnen. Das Ereigniss sei so wichtig für uns, dass es diese Auszeichnung wohl verdiene, denn die Selbstständigkeit unseres Staates sei allem menschlichen Anscheine nach noch nie so fest begründet gewesen wie jetzt. Gewissermassen als Surrogat für die unterbliebene kirchliche Feier in Frankfurt und zum besten historischen Beweise, dass die Schuld daran nicht Bremen zur Last falle, hatte er selbst ein Te Deum oder Nun danket alle Gott unbedenklich dabei singen lassen, und war überzeugt, es wurde solch eine Anordnung dem Senat in der öffentlichen Meinung zu grosser Ehre gereichen. Dass man in Bremen diese Ansicht nicht theilte, und die Motivirung, unter der man den Vorschlag ablehnte, mag dann wohl mit dahin gewirkt haben, ihn zu der richtigeren Einsicht zu bringen, dass der in ganz Deutschland mehr oder minder herrschende Unglaube an ein kraftiges Leben der Bundesversammlung auch in seiner Heimat weit verbreitet sei. Aber er liess sich dadurch

*) Ein grossentheils wörtlicher Abdruck dieses Berichtes findet sich in der Bremer Zeitung vom 10 Novbr. 1816.

nicht entmuthigen, sondern benutzte nur um so eifriger jede Gelegenheit, um hoffnungsreicheren Anschauungen im Publicum die Bahn zu öffnen. Dass es mit Worten und dringlichem Zureden nicht abgemacht sei, wusste er recht gut. Das Volk verlangte Thaten um zu glauben, und zu Thaten die Bundesversammlung anzustacheln war denn auch Smidts eifrigstes Sinnen. Er zweifelte nicht, dass ihm und seinen Freunden dies gelingen werde und mit festem Vertrauen erwartete er desshalb binnen kürzerer oder längerer Frist einen Umschwung der öffentlichen Meinung. Dieses Vertrauen ward getäuscht, es gelang der Bundesversammlung in dem halben Jahrhundert ihrer Existenz nicht ein einziges Mal einen Anflug von Popularität zu gewinnen, man müsste denn die Acte hervorheben wollen, durch welche sie zweimal ihrem eigenen Dasein ein Ende machte. Fragt man sich nun aber (und die Frage liegt nahe) wie kam es, dass Smidt bei seiner scharfen Beobachtungsgabe sich solcher optimistischen Täuschung hingab? so wird man um die Antwort nicht verlegen sein. Er, der alle Factoren der wirklichen Welt so sicher in Rechnung zu setzen wusste, mischte unter sie einen Factor, den er nicht von aussen sondern aus seinem eigenen Innern genommen hatte. Er selbst war von einem klaren, man könnte sagen nüchternen, aber aufrichtigen Patriotismus erfüllt, er selbst fühlte, dass in dem Rahmen der Bundesversammlung für einen Mann wie er war die reichste Gelegenheit zu nützlicher vaterländischer Wirksamkeit geboten sei, er selbst hegte den ernstlichen Willen und das tiefe Pflichtgefühl diese Gelegenheit nicht ungenützt entfliehen zu lassen. Sein Irrthum war, dass er diesen sittlichen Mächten, deren Kraft er in seinem Herzen spürte, eine grössere Herrschaft auch bei andern prophezeite, als sie gewinnen konnten. Es war ein Irrthum, der dadurch begünstigt wurde, dass seine nächsten Genossen in Deutschlands Rathe Männer von seinem Schlage waren, dass in seiner eigenen Heimat die Gesinnungen, die er hegte, von den tonangebenden Kreisen getheilt wurden, und dass er von der gleichsam ansteckenden Kraft des Guten eine nicht geringe Meinung hatte. Diese Kraft, die sich in den Monaten des Wartens so mannigfach bewährt, die in dem Umschwunge in

Baiern und Würtemberg eine so sichtliche Bethätigung gefunden, sollte, so hoffte er, in den republicanischen Formen des Bundeslebens des fruchtbarsten Bodens theilhaftig werden und üppig wuchern. Das Gegentheil war der Fall. Die Verfassung des deutschen Bundes wäre ein Musterstatut für ideale Bundesgenossen gewesen; aber für Höfe die einander beneideten, für Staaten, die mit einander rivalisirten, für Interessen, die sich gegenseitig bekämpften, war sie nicht geschaffen. Für die fehlte in ihr das, was in Smidts Augen unnöthig und selbst gefährlich war: ein dominirender Einfluss. Zu glauben, dass dieser Einfluss mit zwingender Macht von einer Idee ausgehen könne, von der Idee des gemeinen Besten und der Wohlfahrt des Vaterlandes; zu glauben, dass diese Idee sich in und aus der „Amphiktyonenversammlung Deutschlands" das Organ, ihre Macht zu üben, schaffen könne, das war ein Irrthum. Jene Idee existirte zwar und liess sich nicht unterdrücken; aber sie liess sich sehr wohl aus dem Rahmen des Bundestages herausdrängen und durch allerlei Blendwerk ersetzen, das ihren Namen trug und ihr Gegentheil war. Aus dem Taxischen Pallaste verbannt fristete diese Idee — auch hier nicht selten in wunderlichen Zerrbildern — Jahrzehnte lang ihr Dasein in den Köpfen und Herzen von Dichtern und Journalisten, von Studenten und Handwerksburschen, von schwärmerischen Demagogen und behaglichen Wirthshauspolitikern; hier entfaltete sie wirklich jene ansteckende Kraft, die sie in der Eschenheimer Gasse nicht zu üben vermochte, und hier lernte sie mit richtigem Instinct, dem die bundestäglichen Angriffe sehr wohl zu Statten kamen, erkennen, wo ihr wahrer Feind wohne und welche feste Burg sie zertrümmern müsse, ehe ihre Herrschaft in deutschen Landen beginne. An der Begründung dieser Herrschaft mitgearbeitet zu haben, ist die dankbarere Aufgabe. Aber wer die gefährliche Zwingburg des Bundestages mit errichten half in der ehrlichen Absicht, sie zur festen Citadelle des Deutschthums zu machen, der ist vielleicht zu beklagen, dass er die wahren Gesinnungen seiner Genossen am Bau nicht früher durchschaute (wenn er gleich andrerseits in jedem Fall zu machtlos war sie zu vereiteln); aber die lauteren

Beweggründe, die ihn trieben, und die idealischen Hoffnungen, die ihn beseelten, wird Niemand tadeln oder verkennen, und am wenigsten wir, die wir das deutsche Reich zwar mit besserem Fug, als Smidt den deutschen Bund, aber doch aus denselben Gründen preisen und verehren: weil es Deutschland wieder als Macht zeigt in der Reihe der Völker, und weil es die Selbständigkeit unsrer Stadt fester begründet hat, als je zuvor.

# Die Gründung Bremerhavens

von Wilhelm von Bippen.

Es ist heute unbestritten, dass die gegenwärtige Handelsgrösse Bremens ihr Fundament hat in jenem Hafen an der Wesermundung, dessen Schöpfung unzertrennlich verbunden ist mit dem Namen Johann Smidts. Wie Smidt einen wesentlichen Antheil hatte an den Verhandlungen, welche im Reichsdeputationshauptschluss dem bremischen Staate einen individuellen, nicht länger von fremden Elementen durchsetzten, Körper schufen, wie es dann seinen ausdauernden Bemühungen gelang diesem Staatskörper nach der napoleonischen Zeit ein neues selbständiges Leben zu geben, so ist es in eminentem Grade sein Verdienst, diesem Gemeinwesen, indem er ihm einen eigenen Seehafen schuf, neue Lebensenergie, die Gewähr dauernder Existenz verliehen zu haben. Vielleicht würden die beiden ersten jener drei grossen Errungenschaften, welche die neueste Epoche der bremischen Geschichte einleiten, schon heute aufgehört haben, Wirksamkeit zu üben, wenn nicht die Gewinnung eines Antheils an der deutschen Meeresküste Bremen über die Bedeutung einer Provinzialstadt emporgehoben hatte. Umschlossen von einem eifersüchtigen Nachbarn hatte es unter den neuesten Erschütterungen des Territorialbestandes in Deutschland leicht das Schicksal jenes Nachbars theilen können, wenn ihm nicht die durch seine Welthandelsbeziehungen errungene, weit über das Mass seiner materiellen Kräfte hinausgehende, Bedeutung den Muth zu einer selbständigen Politik gegen Hannover gegeben hätte. Smidt hatte in den Jahren 1814 und 1815 die Selbständigkeit der Hansestädte vor Allem aus dem Gesichtspunkte vertheidigt, dass nur in diesen republicanischen Gemeinwesen der Handelsflor sich so ent-

falten könne, wie er für Deutschland nothwendig sei; aber Bremen befand sich in den nächsten Jahren nach Wiederherstellung des Friedens keineswegs in einer Lage, die geeignet war grosse Zuversicht in eine dauernde Blüthe seines Handels einzuflössen.

Die Stadt hat von jeher eine sehr schwierige Stellung unter den deutschen Seehandelsplätzen gehabt. Jahrhunderte lang sah sie zwar die kleineren Seeschiffe jener Zeiten auf der damals unvergleichlich viel wasserreicheren Weser unmittelbar vor seinen Mauern ankern, aber nicht jedes Schiff, das glücklich die Mündung des Stroms erreicht hatte, kam auch unversehrt bis an die Stadt. Immer und immer wieder waren sie den räuberischen Angriffen der Friesen zu beiden Seiten des Stroms ausgesetzt, die ganze mittelalterliche Geschichte Bremens ist erfüllt mit Kämpfen um die Beherrschung des Weserstroms, „der königlichen Strasse“ wie die Bremer gern betonten, die frei sein solle bis „in die salze See“. Jene Kämpfe hatten im Beginne des 15. Jahrhunderts zu einem ausserordentlich günstigen Resultate für Bremen geführt: es beherrschte damals weite Strecken des unteren Wesergebietes an beiden Ufern, am linken das Stad- und Butjadinger-Land, am rechten das Land Würden, das Amt Bederkesa mit dem Flecken Lehe und die wenig unterhalb der Stadt gelegenen Schlösser Blumenthal und Stotel. Im Besitze dieser Herrschaft, welche ihm eine werthvolle Stütze an der Mündung des Stroms und die wichtigsten Punkte am unteren Laufe desselben in die Hand gaben, konnte Bremen seinen Handelsverkehr völlig gesichert halten. Aber schon nach wenigen Jahren gingen die Länder am linken Ufer ihm wieder verloren, bald nach Beginn des 16. Jahrhunderts war von dem ganzen Gebiete, ausser Blumenthal und Neuenkirchen, nur noch Bederkesa und Lehe unter bremischer Hoheit. Das war freilich wichtig genug. Eben das Gebiet, auf welchem heute Bremerhaven steht, hielt die Stadt damit in festen Händen, von dort aus konnte es seine Wachtschiffe in die Mündung des Stroms legen, die einkommenden Schiffe fanden in der wenig südwärts von Lehe in die Weser mündenden Geeste bei stürmischem Wetter oder gegen feindliche Angriffe einen willkommenen Zufluchtsort unter stadtbremischem Schutze.

Aber der Gedanke, jenes Gebiet an der Geeste zu einer grösseren Hafenanlage zu benutzen, wie man eine solche im Beginne des 17. Jahrhunderts bei Vegesack an der Mündung der Lesum in die Weser herrichtete, lag doch jener Zeit noch völlig fern. Der weite Abstand Lehes von Bremen mochte damals den Transport der Waaren vom Hafen in die Stadt zu gefahrlich erscheinen lassen, und die Schiffe selbst mochten so nahe dem Meere, so fern der Stadt für nicht genügend gesichert gelten. Es war vielleicht ein Glück für Bremen, dass der Gedanke zu jener Zeit entweder gar nicht auftauchte oder doch jedenfalls verworfen wurde, denn schwerlich hätte die Stadt damals und für lange Zeit die Früchte einer solchen Anlage geerntet, wie sie es in der friedlicheren Entwickelung des 19. Jahrhunderts gethan hat. Schon während des dreissigjährigen Krieges hatte die für die Beherrschung der Wesermundung bedeutende militärische Wichtigkeit jenes Punktes demselben eine für Bremen keineswegs angenehme Beachtung zuerst von den kaiserlichen Truppen, sodann von dem dänischen Prinzen Friedrich, der seit 1634 auf dem erzbischöflich bremischen Stuhle sass, zugezogen. Als dann im westfälischen Frieden das Herzogthum Bremen in Schwedens Hande fiel, war es bald um Bremens Stellung an der Unterweser geschehen. Im Stader Vergleich vom Jahre 1654 musste die Stadt, um nur in ihrem übrigen Besitzstande ungefährdet zu bleiben, Bederkesa und Lehe an Schweden abtreten. Sie sah sich fast ausschliesslich auf ihr kleines Stadtgebiet beschränkt, fast allen Einflusses auf den Strom, die Pulsader ihres Lebens, beraubt. Und wenn auch keine Strandräuber die Weser mehr bedrohten, so war die Freiheit des Verkehrs auf derselben doch in anderer Weise empfindlich beschränkt. Schon seit dem Beginn des 17. Jahrhunderts hatten die Grafen von Oldenburg Anspruch an die Erhebung eines Zolles bei Elsfleth gemacht, es waren darüber langathmige Streitschriften zwischen Bremen und Oldenburg gewechselt worden, aber im Frieden von 1648 war der Anspruch des oldenburgischen Grafen ausdrücklich bestätigt, und damit eine Plage legalisirt, welche den bremischen Handel zwei Jahrhunderte lang schwer gedrückt hat. Dazu kam, dass die Schweden ernste Miene machten, Bremens Stellung

vollends zu untergraben. Im Jahre 1672 fasste König Karl XI. den Entschluss nördlich von der Geeste an der Weser, wo heute der Bremerhaven liegt, nicht nur eine Schanze zu errichten, wie eine solche schon zur Zeit des dreissigjährigen Krieges von den Dänen dort angelegt war, sondern auch ein Handelsemporium daselbst zu eröffnen. Noch während man mit der Anlage der weitausgedehnten Befestigung beschäftigt war, unterzeichnete der König am 16. März 1674 ein Diplom, in welchem der Karlsburg, wie die künftige Stadt nach ihrem Gründer heissen sollte, bedeutende Rechte zugesichert wurden, unter denen sogar — merkwürdig genug — sich die Gewerbefreiheit fand*). Wenn diese Anlage, deren Bedeutung für den Handels- und Schiffsverkehr das Privileg ausdrücklich betonte, von Erfolg war, so stand es übel genug um Bremen, es wurde dann im Laufe der Zeit zu einem binnenländischen Handelsplatz herabgedrückt. Man scheint darüber in unserer Stadt nicht im Unklaren gewesen zu sein, aber was sollte man gegen die schwedische Grossmacht thun? Zum Glück kam die europäische Constellation der geängsteten Stadt zu Hülfe. Während sie selbst eine zweifelhafte Neutralität beobachtete, eroberten holländische und brandenburgische Kriegsschiffe die Karlsburg am 12. Januar 1676, und wenn dieselbe auch mit den Herzogthümern im Frieden von 1679 an Schweden zurückfiel, so hatte doch dieses den Muth zu den früheren Plänen verloren. Im Jahre 1683 demolirten die Schweden selbst die Werke. Aber der glückliche Gedanke war damit nicht erloschen: im Jahre 1694 nahm ihn ein Amtmann von Bremervörde Joh. Ernst Rist in einer Denkschrift über den Zustand der Herzogthümer Bremen und Verden wieder auf und kaum war Karl XII. im Jahre 1697 auf den schwedischen Thron gestiegen, als er mit dem ihm eigenen Ungestüm die Absicht seines Vaters aufs neue ergriff. Er gedachte sich dazu der aus Frankreich vertriebenen Evangelischen zu bedienen und erliess deshalb Befehle an seine Gesandten in England, Holland und Frankreich, während gleichzeitig ein Plan für die Stadtanlage gemacht wurde. Die

*) S. hierüber, wie überhaupt zu den obigen Mittheilungen Ehmck, Festungen und Häfen an der unteren Weser im Bremischen Jahrbuch I. S. 39 ff.

europäischen Kriege des Königs haben indess auch diesmal den Plan nicht zur Ausführung kommen lassen.

Ein Jahrhundert lang ruhte dann der Gedanke Karls XI., während Bremens Schiffsverkehr durch die zunehmende Versandung der Weser in eine immer precärere Lage kam. Längst konnten die grösseren Seeschiffe nicht mehr bis Vegesack hinaufkommen; sie mussten bei dem durch den Elsflether Zoll so verhassten Oldenburg zu Gaste gehen, da das Fahrwasser sich ganz auf die oldenburgische Stromseite gewandt hatte, und bei Brake oder noch weiter unterhalb beim Grossensiel ankern. Man sollte denken, dass unter diesen misslichen Umständen in Bremen selbst ernstlich auf eine Besserung derselben Bedacht genommen wäre, zumal gegen Schluss des Jahrhunderts durch die Eröffnung des Handels mit Nordamerika ein lebhafter Geschäftsaufschwung erfolgt war. Durch schnelles Zugreifen war es einigen bremischen Handelshäusern gelungen, den bedeutendsten Antheil am amerikanischen Tabackshandel zu gewinnen, ein Geschäftszweig, in dem bekanntlich Bremen noch heute den deutschen Markt beherrscht. Aber es fehlte an der leitenden Energie, als im Jahre 1798 der Advocat Wagner aus Celle, ein intelligenter und mit den Küstenverhältnissen Hannovers genau bekannter Mann, hier vertraulich seinen Plan mittheilte, durch eine bremisch-hannoversche Handelsgesellschaft, welche unter der Direction einiger Mitglieder des Bremer Raths stehen sollte, auf der Stätte der alten Karlsburg ein Hafenetablissement zu errichten, oder aber zur Umgehung des Elsflether Zolls einen Canal von der Geeste zur Lesum zu bauen.

Wagner hatte, schon ehe er sich nach Bremen wandte, den ersten Theil des Plans in Hannover mitgetheilt, war aber abschlägig beschieden worden. Jetzt musste er erfahren, dass trotz einzelner Freunde, die sich der Plan in Bremen gewann, hier doch, zumal in der Kaufmannschaft, kein Verständniss für ein grossartiges Risico vorhanden war, welches durch einmalige bedeutende Opfer den bremischen Handel auf selbständige Füsse stellen und ihn von den Schikanen des feindlichen Nachbars befreien wollte. Freilich ist bei Beurtheilung der damaligen Sachlage nicht zu vergessen, dass es sich um ein

durch Private anzuführendes Unternehmen handelte, dessen directe Rentabilität man mit Recht bezweifeln musste, und nur das zeigte die Kurzsichtigkeit der kaufmännischen Beurtheiler des Plans, dass man ihn ein Project nannte, „wodurch eigentlich die hannoverschen Lande nur könnten in der Folge begünstigt werden." Als dann das hannoversche Commerzcollegium dennoch dem Plane näher trat und sich lächerlich machte, indem es die verwegene Summe von 3000 Thalern zur Ausführung desselben bestimmte, musste sich Wagner wohl überzeugen, dass sein Streben vergeblich sei.

Indess schlummerte der neugeweckte Gedanke doch in Bremen nicht sogleich wieder ein. Als im Frühjahre 1801 der Senator Dr. Georg Gröning nach Paris gesandt wurde, um am Hofe des ersten Consuls die Interessen der bremischen Republik zu vertreten, da wurde ihm neben den wichtigsten Angelegenheiten, der Erwerbung der hannoverschen Enclaven innerhalb des bremischen Gebiets und der Beseitigung des Elsflether Zolls, auch aufgetragen auf die Erwerbung eines Hafengebiets an der Unterweser bei Geestendorf Bedacht zu nehmen. Aber kaum war Gröning in Paris angekommen, als er selbst rieth von dem letzten Punkte für jetzt abzustehen. Er hatte offenbar eingesehen, welchen Schwierigkeiten schon seine beiden ersten Aufträge begegnen würden, und musste es für weise halten, dieselben nicht durch die dritte Forderung noch zu steigern. Die schweren Kriegszeiten, die dann folgten, mussten auch diesmal die Nichtverfolgung des Plans als glücklich erscheinen lassen.

Der Frieden war indess kaum zurückgekehrt, als die Idee aufs neue auftauchte und zwar diesmal von Seiten des Mannes, dem ihre endliche glückliche Durchführung zehn Jahre später zu verdanken ist. Als im Mai 1816 Smidt in Frankfurt die Verhandlungen wegen Aufhebung des Elsflether Zolles begann, fiel es ihm ein in einer Unterhaltung mit dem oldenburgischen Bevollmächtigten von Berg, die mit Hilfe Hannovers durchzuführende Anlage einer Hafenanstalt am rechten Weserufer als Drohung gegen Oldenburg hinzuwerfen. Den einmal gefassten Gedanken erörterte er dann näher mit dem hannoverschen Minister von Martens und fand bei diesem ein ziemlich bereit-

williges Entgegenkommen Unter dem 15. Mai berichtete er darüber an den Senat und empfahl die Erwägung des Planes um so mehr, als sich Bremen gegenwärtig im freundlichsten Einverständniss mit Hannover befinde, freilich fügte er damals hinzu: „ich denke hiebei nicht an Acquisition von Land und Leuten, die Hannover doch nicht zugestehen würde und die uns im Grunde wenig frommen, sondern an Handelsvortheile jener Art, die im Grunde auch nicht ohne Vortheil für Hannover sind." Der Gedanke fand aber keineswegs den Beifall seiner Collegen im Senat, und zwar aus Gründen, deren Unrichtigkeit zehn Jahre später durch die That erwiesen wurde. Am 23. Mai antwortete ihm Gröning „Die von Dir, Martens und Berg hingeworfenen Ideen eines mit der hannoverschen Regierung an dem rechten Weserufer zu vereinbarenden Anker- und Löschungsplatzes, um für Brake eine Concurrenz und eventuell eine Zuflucht gegen dortige Vexationen zu finden, ist als eine Demonstration bei den vorseienden Verhandlungen und gegen die Vexationen sehr angenehm in der Wittheit bemerkt worden Es ist aber zugleich von allen des Fahrwassers Kundigen so bestimmt behauptet, dass oberhalb Geestendorf am rechten Weserufer durchaus kein Ankerplatz möglich, bei Geestendorf aber oder noch unterhalb die Einrichtung desselben der Fluth und der Strömung wegen unthunlich sei, auch dass diese Localität den Behörden und dem Herzog von Oldenburg selbst so wohl bekannt sei, dass die Wittheit die Ansicht fasste, es könnte eine ernstlichere Betrachtung dieser Sache zu nichts führen, und vielleicht, wenn die Gegner der Unausführbarkeit des Planes gewiss wären, eher schädlich wirken. Es ist deshalb auch keine eigentliche Commission zur Untersuchung der Sache angeordnet, obgleich jeder, der noch genauere Nachrichten über die Localität einzuziehen im Stande ist, solches im Stillen zu bewirken übernommen hat." So wurde die Sache wieder bei Seite gelegt. Wahrscheinlich aber war es doch eine Folge dieser von Smidt ausgehenden Anregung, dass Hannover wenig später die Angelegenheit auf's neue und diesmal ernstlicher in's Auge fasste.

Die Regierung kaufte Landstrecken an der Geeste und Weser, sie liess in der unteren Geeste einige Duc d' Alben

einschlagen, an denen die Schiffe festlegen konnten, sie erbaute ein Hafenhaus und setzte einen Hafenmeister daselbst ein und traf einige andere Vorkehrungen, welche den Bequemlichkeiten der dort einlaufenden Schiffe dienten. Das geschah im Jahre 1818. Es war damit immerhin ein günstig gelegener Nothhafen gewonnen, in welchem einlaufende Schiffe vor schwerem Sturm oder auf der unteren Weser ankernde Fahrzeuge vor dem Eisgang des Frühjahrs sich schützen konnten; aber es fehlte doch viel, dass damit den wachsenden Bedürfnissen der bremischen Seeschiffahrt auch nur entfernt genügt war. Die Austiefung der Geeste, eins der ersten Erfordernisse für einen ordentlichen Hafen, war ganz unterblieben, so dass zur Ebbezeit die dort ankernden Schiffe vollkommen im Schlick sassen und selbst zur Fluthzeit war das Fahrwasser so enge, dass oberhalb liegende Fahrzeuge nur dann in die Weser laufen konnten, wenn die weiter unten ankernden vorher hinausgelegt wurden. Ferner war es bei westlichen und südlichen Winden, welche die Schiffe zum Auslaufen aus der Weser doch bisweilen benutzen konnten, unmöglich aus der Geeste zu legen, ein Uebelstand, dem nur durch einen zweiten Ausgang aus dem Hafen hätte abgeholfen werden können.

So sah sich Bremen nach wie vor im wesentlichen auf die oldenburgischen Hafenanstalten und Löschplätze angewiesen. Diese genügten allerdings den augenblicklichen Erfordernissen der bremischen Schifffahrt einigermassen, aber es mussten sich ernstliche Sorgen für unsere Stadt geltend machen, sobald Oldenburg sich dazu aufraffte nicht mehr blos die Dienerin des bremischen Handels sein zu wollen, sondern selbstthätig an den Vortheilen des internationalen Verkehrs theilzunehmen, Bremen eine gefährliche Concurrenz zu machen. Dazu aber musste der Vorzug seiner Lage, die Beherrschung des wichtigsten Theils des Weserstroms es von selbst auffordern, auch wenn nicht noch ein politischer Umstand hinzutrat, der das Nachbarland in eine feindselige Stimmung gegen unsere Stadt versetzte. Im Jahre 1820 wurde in Folge der eifrigen und geschickten Bemühungen Smidts beim Bundestage der Elsflether Zoll, der trotz seiner Aufhebung durch den Reichsdeputationshauptschluss ruhig forterhoben und gleich nach der französischen Zeit wieder

eingerichtet war, definitiv beseitigt. Der bremische Handel hatte dadurch die Befreiung von einer drückenden Fessel erhalten, aber gleichzeitig sich die bittere Feindschaft eben des Staates zugezogen, auf dessen freundnachbarliche Gesinnung er zu seinem Gedeihen nicht am wenigsten rechnen musste. Die Animosität des Herzogs von Oldenburg gegen Bremen hatte, wie Smidt sich in der ersten Verhandlung wegen der Hafenanlage gegen den hannoverschen Minister ausdrückte, seit Aufhebung des Elsflether Zolls fast den Charakter einer persönlichen Leidenschaft angenommen, die von seinen Ministern eher angefacht als gemildert wurde. Von diesem Zeitpunkte an war die bremische Schiffahrt vollkommen der Willkür Oldenburgs preisgegeben. Die Handhabung der Quarantaine auf der Weser hatte es allein in Händen und benutzte diese Anstalt zu bequemer Bereicherung der Staatskassen und schwerer Schädigung des Handels: auf unbestimmte Gerüchte von dem Ausbruche einer Fieberepidemie in einem westindischen Hafenplatz wurden auch Schiffe, die aus andern transatlantischen Häfen auf die Weser kamen, selbst wenn sie einen Gesundheitspass hatten und die ärztliche Untersuchung die Gesundheit der gesammten Mannschaft constatirte, oft mehrere Tage aufgehalten und zu unnützen Kosten veranlasst. Die oldenburgischen Lootsengesellschaften monopolisirten bei der Lässigkeit der Hannoveraner das Geschäft des Einholens und Ausbringens der Schiffe fast vollständig. Die Bestimmung der Hafengebühren und Liegegelder fand gleichfalls keine mässigende Norm in einer Concurrenz fremdstaatlicher Häfen. Die mangelnde Integrität der Quarantaine- und Hafenbeamten die zum Theil gewissermassen im Solde einzelner bremischer Handelshäuser standen und deren Schiffe und Ladungen in der augenfälligsten Weise begünstigten, trug noch mehr dazu bei, Verhältnisse unleidlich zu machen, deren vielfache Unbequemlichkeit sich auch den Begünstigten täglich zeigen musste. Die weite Entfernung der Ankerplätze von dem Orte, auf den die Güter consignirt waren, die dadurch nothwendig gemachte häufige Abwesenheit des Schiffers von seinem Fahrzeuge, der Mangel einer guten Landcommunication mit den oldenburgischen Uferplätzen, der zumal im Winter, wenn Frost oder Eisgang den

Stromverkehr behinderten oder völlig ausschlossen, sich in empfindlicher Weise geltend machte, alles Das bot zu zahlreichen Beschwernissen steten Anlass.

Dazu kam nun das Bestreben der oldenburgischen Regierung ihren Hauptankerplatz, das kleine Brake, allmählich zu einem wirklichen Concurrenzort für Bremen zu machen. Ueber diese längst befürchtete Tendenz wurden dem bremischen Senate im Jahre 1825 die Augen vollends geöffnet. Im Mai jenes Jahres befand sich der Senator Gildemeister in Berlin, um wegen eines über die Erhebung des durch die Weserschiffahrtsacte vom Jahre 1823 normirten Lastgeldes zwischen Bremen und Oldenburg ausgebrochenen Streites mit der preussischen Regierung zu verhandeln. Bei dieser Gelegenheit erhielt er Kunde und Abschrift von einer Instruction, welche das oldenburgische Ministerium unter dem 20. April 1824 an seine Consuln erlassen hatte. Die vornehmste Absicht dieser Consularinstruction ist die, die bis dahin im Seeschiffahrtsverkehr festgehaltene Fiction, als sei Bremen ein Seehafen, die sich in den auf den „Port of Bremen" lautenden Certificaten ausdrückte, zu vernichten und statt dessen, dem wahren Sachverhalt entsprechend, das oldenburgische Brake als den eigentlichen Weserhafen in die Connossemente und Schiffslisten einzuführen. Zu diesem Zwecke heisst es im § 12 der Instruction: „Die Stelle solcher Urkunden (der Ladungsmanifeste) wurde bis zum Jahre 1820 von den Elsflether Zollpässen vertreten. Seit dieser Zeit, wie auch wohl schon früher, hat aber die Hansestadt Bremen geglaubt, selbige ertheilen zu können. Es fällt jedoch in die Augen, dass Eingangs-Manifeste nur da, wo die Entladung eines Seeschiffes geschieht, und Ausgangs-Manifeste auf gleiche Weise nur da, wo ein solches Schiff seine Befrachtung erhält, von den dazu competenten Officialen mit Sicherheit und Zuverlässigkeit ausgestellt werden, nicht aber von den Officialen einer auswärtigen Obrigkeit, welche die Entladung oder Befrachtung gar nicht unter Augen haben, 4, 5 und mehrere deutsche Meilen davon entfernt sind, und dergleichen öffentliche Glaubwürdigkeit erfordernde Urkunden in Beziehung auf Vorgänge in einem dritten Staat auszustellen garnicht befugt sein können. Es ist daher einleuchtend, wie gefährlich es besonders in Kriegszeiten werden

kann, wenn ein Schiff ein von einer andern als der competenten Obrigkeit beglaubigtes Manifest an Bord hat, Certificate, Manifeste, Schiffspässe für Seeschiffe, welche nur in dem diesseitigen oder hannoverschen Gebiete liegen können, ausgestellt von Bremen, sind offenbar falsch, und eine obrigkeitliche Beglaubigung, welche nicht von der Ortsobrigkeit ertheilt wird, ist es ebenfalls. Es könnten demnach selbst diejenigen, welche dergleichen Documente führen, als Theilnehmer oder nach Umständen auch als Miturheber einer Fälschung nach den Landesgesetzen bestraft werden" Ferner heisst es im § 13 der Instruction „Es ist endlich noch vorzüglich in dieser Beziehung, sowie überhaupt, die unrichtige Ansicht näher zu beleuchten, welche bei einem grossen Theile des schiffahrenden und handelnden Publicums entstanden ist, dass die Seeschiffahrt bis Bremen hinauf gehe, und diejenigen Seeschiffe, welche Waaren an Bord hätten, die nach Bremen oder weiter bestimmt wären, oder Güter einnehmen sollten, welche von dort oder oberhalb belegenen Orten kämen, um seewärts verführt zu werden, in dem Hafen zu Bremen (Port of Bremen) ihre Ladung löschten oder empfingen Da dieses nun durchaus unrichtig ist, indem kein Seeschiff mehr nach Bremen hinauf kommen kann, sondern vier, fünf und mehrere deutsche Meilen unterhalb dieses Platzes in dem diesseitigen Stromgebiet und Hafenplätzen oder in hannoverschen Uferplätzen seine Ladung löschen oder empfangen muss, und dadurch bei fremden Schiffern und Kaufleuten, welche auf der untern Weser anlegen oder abgehen, nicht selten die unrichtige Voraussetzung veranlasst wird, dass sie sich im bremischen Stromgebiet oder Hafen befinden, und in vorkommenden polizeilichen und richterlichen Angelegenheiten an die bremischen Behörden gewiesen seien, während sie sich doch in der hiesigen Hoheit befinden, und also auch der diesseitigen Gesetzgebung u. s. w. allein unterworfen sind, so hat der Consul besonders auch dieser sehr verbreiteten und befestigten Ansicht bei allen schicklichen Gelegenheiten und auf angemessene Weise entgegen zu wirken zu suchen Zu diesem Ende sollen auch von Brake aus Listen der ein- und ausgelaufenen Schiffe in der hiesigen Zeitung und in der Zeitung der Hamburgischen Börsenhalle auf die Weise abgedruckt werden, wie dieses bisher

in Beziehung auf ein auswärtiges Stromgebiet von Bremen aus geschehen ist."

Die im Schlussparagraphen hinzugefügten Worte, es sei keineswegs die Absicht der herzoglichen Regierung durch diese Bemerkungen den Flor des bremischen Handels zu schädigen, an dessen Blüte vielmehr ihr im eigenen Interesse sehr viel gelegen sei, konnten natürlich den Eindruck nicht verwischen, dass Oldenburg es auf eine radicale Veränderung der Schifffahrtsverhältnisse auf der Weser abgesehen habe. Und es liegt auf der Hand, welche Bedeutung es haben musste, wenn es Oldenburg gelang seine Absicht durchzusetzen. Verschwand der Name Bremen aus den Schiffspapieren, so wurde es allmählich im internationalen Verkehr vergessen, es wurde „aus der Reihe der Seehandlung treibenden Staaten ausgemerzt" und sank zu einem binnenländischen Stapelplatz herab. Wenn dann Oldenburg auch die durch die Weserschiffahrtsakte für die Stromzollstätten angeordneten Verificationspapiers ausstellte, so fuhrten die Leichterkahne die für das Binnenland bestimmten Guter gegen Erlegung des festgesetzten Zolls von 60 Pfennigen für das Schiffpfund von 300 Pfund bremisch an der Weserstadt vorüber, und sobald es gelang einige intelligente Kaufleute nach Brake zu ziehen, welche den Handel für eigene Rechnung betrieben, musste das Geschäft im Laufe der Zeit den bremischen Händen entwunden werden. Die heller Sehenden und Smidt vor Allen blieben über diese Gefahren keinen Augenblick im Zweifel und ihre Besorgnisse mussten dadurch erhöht werden, dass neben vielen einzelnen Unrichtigkeiten und Entstellungen, welche die Instruction enthielt, doch das Wesentliche, die Nichtexistenz eines bremischen Seehafens, sich nicht leugnen liess. Auch begann die vor einem Jahre erlassene Instruction bereits Früchte zu tragen. Zwar hatten sich die oldenburgischen Behörden seit einigen Jahren vergeblich bemüht „die holländischen und dänischen Schiffe zu disponiren, ihre Connossemente auf Brake zu nehmen, indem sie ihnen deutlich gemacht, sie brauchten dann nicht auf das Begehren des Bremer Kaufmanns die Waaren noch so viel höher zu bringen, als der jedesmalige Wasserstand erlaubt, und konnten in Brake die Frachtgelder fordern, die sie sonst aus Bremen holen müssten, es hatte

dies wegen der Weigerung der bremischen Kaufleute, sich solche Connossemente gefallen zu lassen, nicht verschlagen wollen"; *) aber der englische Consul in Brake, Macnamare, hatte doch seit zwei Jahren die meisten kleineren Schiffe von Hull und anderen Plätzen veranlasst, in ihre Papiere Brake als Bestimmungsort aufzunehmen und die neuesten englischen Schiffslisten führten in der That eine Reihe von Schiffen als nach oder von Brake bestimmt auf.

Unter diesen Umständen sah sich der Senat veranlasst, am 1. Juni 1825 gleich nach Empfang jener Consularinstruction seine Commission für die auswärtigen Angelegenheiten, an deren Spitze Johann Smidt stand, zu beauftragen die Mittel in ernstliche Erwägung zu ziehen, mit denen man den oldenburgischen Absichten entgegen treten könne. Schon einige Monate früher war der gleichen Commission aufgegeben, über eine Neuordnung der Quarantaineanstalten auf der Weser Berathung zu pflegen, da eine im Spätherbst 1824 einseitig von Oldenburg angeordnete Sperrung der Weser gegen alle mit Helgoland in Berührung gekommenen Schiffe die Unleidlichkeit der gegenwärtigen Handhabung jener Anstalt aufs neue erwiesen hatte. Bei diesen Berathungen war man zu dem Entschlusse gekommen, sich wegen Einrichtung einer den drei Uferstaaten der Unterweser gemeinsamen Quarantaineanstalt zunächst mit Hannover in Verbindung zu setzen. Auch die Erwägungen über die neuesten Manipulationen Oldenburgs mussten dazu führen, die Bundesgenossenschaft Hannovers zu suchen.

Bei dieser Sachlage war es, wo in Smidts Haupte der Gedanke auftauchte, das Geestegebiet zu einer eigenen Hafenanlage für Bremen zu erwerben. Eine von Smidts Hand aufbewahrte Notiz sagt uns, dass dieser Gedanke, den er 1816 ausdrücklich abgelehnt hatte, in der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni 1825 geboren wurde. Seine Vaterstadt befand sich in kritischer Lage, aber er hatte ihre Selbständigkeit schon aus schwierigeren Verhältnissen gerettet, wie sollte es nicht jetzt möglich sein, wo neben dem Ziele, die unabhängige Bewegung des

*) Aus „Bemerkungen zu der Instruction" vom Senator Heineken, Ms. des Bremer Archivs.

bremischen Handels, zugleich das Mittel, die Verlegung der Schiffsanstalten vom linken auf das rechte Weserufer durch Herrichtung eines eigenen bremischen Seehafens auf hannoverschem Boden, sofort sich ergab? Freilich wie Bremen in den Besitz dieses Mittels kommen sollte, das war nicht ohne weiteres beantwortet. Aber wie Smidt das als nothwendig erkannte Ziel mit staatsmännischer Energie erfasste und es dann mit der zahen Ausdauer eines um seine Existenz ringenden Mannes festhielt, so durfte er der Versatilität seines Geistes, dem oft erprobtem diplomatischen Talente vertrauen, dass sich ihm die Wege zur Ausführung des grossen Zweckes ebnen würden.

Ohne Aufschub trat er in Besprechung mit seinen Collegen in der auswärtigen Commission, unter denen namentlich der Senator Heineken, der schon Bremens Vertreter bei den Verhandlungen über die Weserschiffahrtsregulirung gewesen war, sich aufs wärmste den neuen Planen hingab, ferner aber zog er einige intelligente Kaufleute zu Rathe, die Aeltermänner Boltc, Fritze und Rodewald, von denen der erstgenannte bereits am 6 Juni ein Memoire an Smidt einreichte, in welchem er die Nothwendigkeit der von Smidt geplanten Hafenanlage und der unverweilten Inangriffnahme der Verhandlungen mit Hannover in klarer und scharfer Weise auseinandersetzte Am 12 und 13 Juni machten Bürgermeister Nonnen und Aeltermann Fritze eine Inspectionsreise nach Geestendorf und brachten die Ueberzeugung von der Möglichkeit einer dortigen grossen Hafenanlage nach Hause Der Bericht, welchen Smidt über die gepflogenen Berathungen und gefassten Beschlüsse namens der Commission für die auswärtigen Angelegenheiten dem Senate am 17 Juni vorlegte, fasst in präciser Weise alle Verhaltnisse zusammen, welche den Ausgangspunkt für die gleich darauf eingeleiteten Verhandlungen mit Hannover bildeten, und wird seine Wiedergabe durch sich selbst rechtfertigen

„Bei Gelegenheit der letzten durch die Sperrung der Weser gegen alle mit Helgoland in Berührung gekommenen Schiffe veranlassten Quarantaineverhandlungen mit Oldenburg wurde die Commission der auswärtigen Angelegenheiten beauftragt, darüber nachzudenken und zu seiner Zeit zu berichten, wie

die bekannten Bestimmungen des Bundestages, nach denen bei Regulirung des Quarantainewesens in der Weser Bremen von Hannover und Oldenburg ad partes gezogen werden solle, bei geeigneter Veranlassung geltend zu machen und namentlich bei Hannover, welches sich damals gegen Bremen auf eine willfährige Weise darüber erklärt, wieder in Anregung zu bringen seien.

„Da nun dem Vernehmen nach zwischen Hannover und Oldenburg fortwährend Verhandlungen über diesen Gegenstand stattfinden, ohne noch zu bestimmten Vereinbarungen gediehen zu sein, diese aber, zumal da die gegenwärtig in England stattfindende Beschäftigung mit dem Quarantainewesen es auch in Hannover zur Sprache bringen dürfte, doch nicht fern sein möchten, so glaubt die Commission, dass jetzt ein Versuch zu machen sei, das hannoversche Ministerium aufzufordern in unmittelbare Communication mit Bremen darüber einzugehen, ehe es sich mit Oldenburg zu definitiven Einrichtungen vereinbart.

„Aber auch abgesehen von diesem Gegenstande scheint es sich dringend zu empfehlen, Hannover über die Verhältnisse der Weserschiffahrt in dem gegenwärtigen Zeitpunkte specieller und sorgsamer wie bisher zu cultiviren, denn

„Einmal haben uns unsere neuesten Verhandlungen mit dem Preussischen Ministerium*) gezeigt, wie Oldenburg es seinerseits an keiner Mühe und Anstrengung fehlen lässt, um seine Bestrebungen bei den gemeinschaftlichen Weserschiffahrtsberathungen durch specielle Unterhandlungen mit den bedeutendsten dabei interessirten Staaten zu unterstützen und geltend zu machen, wir haben es anerkennen müssen, dass bei früherem gleichen Bemühen von unserer Seite Preussen nicht in dem Masse, wie geschehen, nachtheilig gegen uns vorgeschritten sein würde, und dass nur unsere spätere Befolgung der nemlichen Verfahrungsweise dahin geführt hat, diese Angelegenheit, so weit es noch irgend thunlich war, vortheilhaft für uns zu wenden. Den nemlichen Weg, den Oldenburg bei Preussen mit Glück versucht, wird es aber bei Hannover nicht unversucht und die

*) Gemeint ist die oben erwähnte Verhandlung über das Lastgeld, wegen deren Gildemeister sich grade in Berlin befand

gegenwärtigen Ferien der Weserschiffahrtscommission schwerlich unbenutzt dazu lassen.

„Es kommt hinzu, dass wir durch vertrauliche Mittheilung der neuesten oldenburgischen Consulatsinstruction kürzlich in den Stand gesetzt sind, den so fein angelegten und so consequent befolgten feindlichen Operationsplan Oldenburgs gegen uns in einem helleren Lichte wie jemals zu überblicken. Wir haben uns dahei nicht verhehlen dürfen, wie gefährlich uns jene Tendenzen sind, wie wir an unserer Achilleischen Fersenstelle dadurch berührt werden und wie es nur eines Einverständnisses und consequenten Zusammenwirkens von Hannover und Oldenburg bedarf, um aller bremischen Autonomie auf der Weser einen Todesstoss zu versetzen. — Von den Wiener Congressverhandlungen und dem Pariser Frieden her datirt sich noch ein unausgemachtes Grenzregulirungsgeschäft zwischen Oldenburg und Hannover, wonach ersterem eine gewisse grössere Seelenzahl zu Gute kommen soll. Gelänge es den Oldenburgern jemals bei dieser Gelegenheit ihr altes Projekt einer Acquisition der zwischen Stuhr und Dreye belegenen hannoverschen Dörfer zu realisiren, und dadurch einen festen Fuss an der Oberweser, zu gewinnen, so würden sie es uns nicht bloss bald genug augenscheinlich zu machen wissen, dass zwischen Brake und Dreye wirklich eine Bremen transitirende Schiffahrt existire, sondern der volle herzogliche Beutel würde auch zur Anlegung von Chausseen oder Eisenbahnen zwischen jenen beiden Orten Rath zu schaffen im Stande sein. Bremen dürfte dann immer mehr in die Lage einer nach der neueren strategischen Kunst umgangenen Festung gerathen, und höchstens noch so lange zu einem Marktplatz für die Producte des oldenburgischen Seehandels brauchbar gefunden werden, bis sich allmählich an dazu bequemer gelegenen Plätzen Surrogate dafür gestalten.

„Der vor länger als 150 Jahren erfolgte Verlust der reellen Basis des bremischen dominii Visurgis, unseres an der Niederweser belegenen Gebiets konnte uns, solange der Reichsverband fortdauerte, in seinen Folgen nie so wichtig erscheinen, als jetzt, wo die Uferstaaten ihre seit 1806 erlangten Souveränitätsrechte auch auf den Weserstrom auszudehnen beginnen. Wir dürfen es uns nicht mehr verhehlen, in welchem Masse es

nachtheilig für uns ist, unser Weserregiment auf unsern Handelsplatz beschränkt und diesen in einer Entfernung vom Meere etablirt zu sehen, wo der Betrieb des Seehandels nur durch Begünstigung künstlicher Hilfsmittel aufrecht erhalten werden kann. Aber wir befinden uns nun einmal in dieser ungünstigen Lage, wir bedürfen nun einmal entweder der Handels-Apathie der an der Niederweser belegenen Staaten, oder einer engeren Handelsallianz wenigstens mit einem derselben. Seit aber Oldenburg jener Apathie gänzlich zu entsagen und eine eigene Handelspolitik kräftig anzustreben begonnen hat, und Hannover wenigstens Miene macht, ihm darin nicht ganz ruhig zusehen, sondern auch seinen Antheil daran für sich nehmen zu wollen, können wir es nicht bergen, dass wir gewissermassen in die Lage der holländisch-ostindischen Compagnie gerathen sind, welche sich in Batavia nur dadurch fortwährend zu erhalten gewusst, dass sie bald den sogenannten Kaiser von Java und bald den sogenannten Sultan von Java näher an sich zog und von ihrem Handelsverkehr gewisse Vortheile zuwandte, für welche sich einer derselben dann zu den Hilfsleistungen bereit fand, wodurch der jedesmalige gefährlichste Gegner unschädlich gemacht werden konnte.

„Bei der so offenbar feindseligen Stimmung Oldenburgs gegen Bremen kann an eine freundschaftliche Verbindung mit diesem jetzt nicht gedacht werden — es bleibt also nur Hannover übrig, das sich seit seine Hauptdifferenzen mit uns verebnet sind*), loyaler und gefälliger wie jemals gegen uns bewiesen. Bis diesen Augenblick dürfen wir noch annehmen, dass es freundlicher gegen uns steht, wie gegen Oldenburg, da es von diesem bei mehreren Gelegenheiten schnöde und anmassend behandelt worden. Ehe sich das ändert, dürfte es also Zeit sein sich mit Hannover zu gemeinschaftlichen Massregeln gegen die von Oldenburg projectirte Alleinherrschaft auf der Weser näher zu verbinden.

„Hannover wünscht einen Theil des Handelsverkehrs, welcher die Niederweser belebt, auf das rechte Ufer derselben verlegt

*) Gemeint ist die Auseinandersetzung über die hannoverschen Besitzungen innerhalb des bremischen Gebiets im Jahre 1803.

zu sehen, es hat dazu durch Anlegung eines Hafens zu Geestendorf bedeutende Aufopferungen gemacht, die vielleicht nur deshalb zum Theil mislungen sind, weil es ohne gehörige Sachkunde und ohne Benützung des Beiraths und der Erfahrung, welche die Praxis der bremischen Schiffahrt und des bremischen Handels ihm hätte darbieten können, dabei verfuhr, indem es wahrscheinlich bremische Eifersucht fürchtete. Könnte es davon geheilt, könnte ihm begreiflich gemacht werden, dass es wirklich im bremischen Interesse liege, nicht in dem Grade wie bisher vorzugsweise an die Schiffahrtsanstalten des linken Weserufers gebunden zu sein, dass Bremen es vielmehr wünschenswerth finden müsse, Hannover mit Oldenburg concurriren zu sehen, dass es zur Erreichung dieses Zwecks selbst einige Aufopferungen nicht scheuen dürfte, so möchte Hannover sich hoffentlich nicht abgeneigt finden in nähere Verhandlung darüber mit uns einzugehen, die, einmal auf eine ernsthafte Weise angeknüpft und mit Sorgfalt unterhalten, uns mehr als eine gute Gelegenheit darbieten müssten, den oldenburgischen Anmassungen kräftiger wie bisher begegnen zu können.

„Die Commission kann es daher nur rathsam finden bei Hannover vertraulich anzufragen, ob es zu einer solchen Verhandlung mit Bremen geneigt sei.

„Die nächste Veranlassung zu einer solchen Aufforderung liegt, wie bereits oben gesagt, in den Quarantaineverhandlungen, worüber Hannover sie bereits versprochen hat, aber es ist in diesen Tagen noch eine andere hinzugekommen, welche es dringend erscheinen lässt, nicht damit zu säumen.

„Es ist nemlich bereits durch die öffentlichen Blätter bekannt, dass man in Braunschweig die Anlage einer Eisenbahn nach Lüneburg beabsichtigt und darüber eingezogene Privaterkundigungen haben ergeben, dass in diesem Augenblicke bereits Verhandlungen deshalb zwischen der braunschweigischen und hannoverschen Regierung eröffnet sind.*) — Die Vortheile, welche der hamburgischen Handelsprovinz dadurch zum Nachtheil der bremischen erwachsen dürften, haben an unserer Börse

*) Dies stellte sich später als irrig heraus; die hannoversche Regierung hatte damals noch keine offizielle Kenntniss von dem Projekt.

die lebhaftesten Besorgnisse erregt. Das Collegium seniorum hat sich deshalb bereits in diesen Tagen ausserordentlich versammelt, und der Senat dürfte darüber einen Antrag desselben zu erwarten haben, wenn es diesem nicht etwa durch einen, vielleicht am zweckmässigsten durch die Commission zu gebenden Wink, dass es diesem Gegenstande bereits seine sorgsamste Aufmerksamkeit gewidmet, zuvorkommen sollte — Dass sich gegen die Effectuirung eines solchen Plans vernünftigerweise gar nicht negociiren lasse, und dass, wenn er wirklich zu Stande käme, für Bremen nichts anderes übrig bleiben würde, als seinerseits es zu versuchen, für die Belebung der Circulation in seiner Handelsprovinz, da wo es nöthig und ersprieslich, ein Gleiches zu Stande zu bringen, ist so einleuchtend, dass es deshalb keiner weiteren Auseinandersetzung bedarf Wir können aber einmal in dieser Hinsicht nichts Reelles ohne Hilfe und guten Willen Hannovers wollen und verwirklichen und wir riskiren, dass es, wenn es einmal darauf eingegangen ist seine Kräfte mit Braunschweig und vielleicht mit Hamburg zu vereinigen, wenig Lust bezeigen möchte, um unsertwillen noch ein Uebriges zu thun

„Auch in dieser Hinsicht scheint der Commission eine baldige vertrauliche Besendung des hannoverschen Ministerii nöthig, um zu erfahren, wie weit es mit jenem Projecte gediehen ist, um die Berücksichtigung der Vortheile, welche den hannoverschen Landen die Aufrechthaltung des bremischen Handelsflors gewährt, der Aufmerksamkeit zu empfehlen und guten Willen zu zeigen, auch dafür, wenn es erforderlich sein sollte, sich anzustrengen und in gemeinschaftliche Untersuchungen und Berathungen mit Hannover einzugehen.

„Der Antrag der Commission geht also nach diesem Allen dahin, dass der Senat eine vertrauliche Sendung an das hannoversche Ministerium beschliessen möge, um den vorstehenden Ansichten gemäss dasselbe zur Eröffnung von Verhandlungen zwischen beiden Staaten zum Zwecke der Erleichterung wie der Vergrösserung des bremischen wie des hannoverschen Handels und Gewerbsflors sowie zu den deshalb erforderlich erscheinenden näheren Untersuchungen und Berathungen aufzufordern, auf dass mittelst solcher Unterhandlungen dem

Nachtheile möglichst vorgebeugt werde, welcher Bremen unfehlbar treffen müsste, wenn Hannover sich zu solchen Zwecken naher und inniger mit Oldenburg oder mit Braunschweig und Hamburg vereinigte, und das was es für Handel, Schiffahrt und Communication aufzuwenden im Stande ist, vorzugsweise in dem Interesse jener Staaten zu unternehmen begönne und seine Kräfte in der Verbindung mit ihnen erschopfte."

Es erscheint auffallend, dass in dem ganzen Berichte mit keinem Worte des Planes einer eigenen bremischen Seehafenanlage Erwähnung geschieht. Aber Smidt wusste, wie nothwendig eine stricte Geheimhaltung des Planes war, wenn derselbe nicht von Oldenburg durchkreuzt werden sollte, und so musste er das volle Vertrauen seiner Collegen in Anspruch nehmen, dass er auch bei der Sendung, der er sich jetzt unterziehen wollte, wie bei früheren Anlässen das bremische Staatsinteresse in vollem Umfange wahren werde. Dies Vertrauen ist allerdings bei einer collegialischen obersten Regierungsbehörde in noch viel höherem Grade als in monarchischen Staaten die Grundbedingung für den Erfolg des Staatsmannes, dem man unabbängig die Führung eines wichtigen politischen Geschäftes überlässt; man weiss wie viele republikanische Staatsmänner an dem Misstrauen ihrer Mitbürger gescheitert sind, und es ist merkwürdig, dass Smidt dieses Misstrauen so häufig fürchtete, obwohl ihm nach fünfundzwanzigjähriger siegreicher Führung der höchsten Interessen des bremischen Gemeinwesens wie keinem Zweiten das ganze Vertrauen seiner Collegen und Mitbürger in die Integrität seines Charakters und die Fähigkeit seines Geistes folgte Auch während der nun beginnenden Verhandlungen mit Hannover hat ihn jene Besorgniss mehr als einmal ergriffen und sie ist ein zu charakteristischer Zug in seinem Wesen, als dass sie unerwähnt bleiben dürfte. So schreibt er am 23. Juni aus Hannover an Heineken: „Meldete ich jetzt Details, von denen ich noch gar nicht weiss, ob sie nicht morgen schon ganz anders hier modificirt sind, so geht man dort vielleicht darauf zu Werke, überlässt sich der Freude der Kritik, will jeden Punct irgend ein klein wenig anders und bedenkt nicht, dass dergleichen Arbeiten nur aus einem Stücke gegossen und nicht gehämmert werden können, dass man den

Gnss wohl zerschlagen und einen neuen anbefehlen kann (wozu ich allen Raum gelassen habe), dass es aber nicht thunlich ist ihn zu meisseln.

„Kamen aber nun solche Meisselungs-Instructionen, so wäre mein ganzer Glaube, mein ganzes Vertrauen und alle meine Kraft auf einmal dahin — ich könnte dann auch gegenüber keinen Glauben und Vertrauen aufrecht erhalten und alles würde ebenso schnell wieder in Staub zerfallen, als es dem Staube entstiegen ist. Darum muss ich aus Liebe zur Republik jetzt schweigen und bitte Glauben zu behalten, bis ich zurückkomme etc." Hierauf antwortete Heineken am 25. Juni, er freue sich, dass der auf seiner Rückkehr von Berlin in Hannover verweilenden Senator Gildemeisters Gegenwart dazu beitragen werde, „den schon wieder sein Spiel treibenden une Allen bei Ihnen, mein geehrter Freund, wohl bekannten Dämon der Aengstlichkeit, ob Ihnen auch volles Vertrauen in Ihre Operationen zu Theil werde, und der wahrhaftig nach allen früheren Vorgängen, die es Ihnen jederzeit bewiesen haben müssen, dass er nichts als ein Spiel der aufgeregten Phantasie ist, nicht mehr spuken sollte, bannen zu helfen."

In Gemässheit des Berichts beschloss der Senat sofort die Sendung Smidts nach Hannover, nur sollte zuvor noch den Deputirten der Sicherheits-Commission, den Aeltermännern Gabain, Tidemann und Wilhelmi, vertrauliche Kunde von dem beabsichtigten Schritte gegeben werden. Dies geschah noch am Abend des 17. Juni; am 19. fuhr Smidt nach Hannover und hatte am 20. Morgens seine erste Unterredung mit dem Minister von Bremer.

Es kam offenbar Alles darauf an, der hannoverschen Regierung deutlich zu machen, dass ihr Interesse und das bremische in Bezug auf Schiffahrts- und Handelsverhältnisse Hand in Hand gehen, dass die Blüte Bremens für Hannover nur von Vortheil sei, und dass es daher im eigenen Interesse des Königreichs liege, Bremen aus den von Seiten Oldenburgs drohenden Gefahren zu befreien, indem es der Stadt wieder zu einem selbständigen Seehafen und zu gebührender Theilnahme an der Herrschaft auf dem Weserstrome verhelfe. Die Dinge von diesem Gesichtspunkte aus zu beleuchten, die Ueber-

legenheit des kleinen Staates in merkantilischen und nautischen Kenntnissen zur Belebung eines bald schlummernden Interesses des grösseren Nachbarlandes geltend zu machen und das so erweckte Interesse wieder zu Gunsten der eigenen Heimath zu benutzen, dem hannoverschen Minister zu zeigen, wie viel Werth für sein Land die Freundschaft Bremens habe, selbst wenn sie nur mit einer feindseligen Stimmung Oldenburgs erkauft werden könne, das war eine dem diplomatischen Talente Smidts in hohem Grade angemessene und sympathische Aufgabe. Er sprach dabei vollkommen offen über die schwierige Lage Bremens: was hätte es auch geholfen die so augenfälligen Verlegenheiten der Stadt zu verbergen? „Mit einem der beiden Uferstaaten, gestand er, müssen wir uns wenigstens verständigen. Wollen sie uns beide entgegenwirken, so verlieren wir zwar gewiss, aber sie selbst gewinnen wenig und so wie die Sache jetzt liegt, Hannover am wenigsten." Er hob hervor, wie der deutsche Bund noch „viel zu locker und träge" sei, als dass sich von ihm für die Pflege des deutschen Handels etwas erwarten lasse, deshalb müssten sich einzelne Bundesstaaten zu solchem Zwecke die Hand reichen. Bremen sei darüber jetzt zu einer festen Ansicht und klaren Ueberzeugung gelangt und der Senat habe beschlossen, diese Angelegenheit nach grösseren Ideen zu behandeln. Die Zänkereien über die Details untergeordneter Verhältnisse, wovon die Weserschiffahrtsacten von den ältesten bis zu den neuesten Zeiten voll seien, führten zu nichts, man verschwende unnutzerweise Zeit und Kräfte. Inzwischen ständen dem Welthandel durch die Emancipation der südamerikanischen Staaten grosse Veränderungen und Entwickelungen bevor, alle Nationen würden ihren Vortheil davon ziehen, aber Deutschland, wie gewöhnlich, den letzten und geringsten, weil es zu spät zu der erforderlichen Einheit der Interessen gelange.

Die Verhandlungen wurden dann namentlich mit dem Geheimen Cabinetsrath Rose geführt, dessen Eifer und Gefälligkeit während der ganzen Dauer der Besprechungen bis zu dem nach anderthalb Jahren glücklich erfolgten Abschluss Smidt nie genug rühmen kann. Rose war, wie auch der Minister von Bremer, schnell für Smidts Plane gewonnen und erfasste die-

selben mit dem gleichen freien Sinn, der nicht um irrelevante Kleinigkeiten markttet, wo es ein bedeutendes Interesse zu fördern gilt, er wurde durch Smidt vollkommen überzeugt von der Identität der Interessen der beiden Staaten in Bezug auf die Verhältnisse des Weserhandels und stand von da ab treu zu Smidt, bisweilen selbst gegen die Ansichten seiner hannoverschen Collegen.

Smidt hatte sich nicht verhehlen können, dass die Abtretung einer Strecke Landes mit vollen Hoheitsrechten von Hannover zu erlangen die grösste Schwierigkeit haben werde, hatte er doch im Jahre 1816 eine solche Cession für unmöglich erklärt. Er hütete sich deshalb ängstlich in den ersten Unterredungen mit Bremer und Rose die Sache bei Namen zu nennen; erst wenn er die Meinung der beiden Männer für sein Projekt im allgemeinen gewonnen hatte, wollte er offenbar mit jener Forderung hervortreten. Er entwickelte deshalb Rose gegenüber, nachdem er die allgemeinen Gesichtspunkte erörtert, welche Bremen zu dem Plane bestimmt, das System, dessen Durchführung er für die Sicherung des bremischen Handels für nothwendig hielt, ohne der Hoheitsübertragung Erwähnung zu thun. Ausserdem, so explicirte er im wesentlichen, was für Geestendorf als Seehafen erforderlich sei, um dort die Einladungen und Ausladungen unter bremischer Obhut und Controlle vornehmen zu können, bedürfe es von dort aus einer völlig gesicherten Communication mit Bremen und zwar zu Lande wie zu Wasser; deshalb müsse eine zu jeder Jahreszeit gut passirbare Chaussee vom Hafenort möglichst direct zum bremischen Gebiet führen und auf dem Wege müssten die Abgaben, welche die Waaren zu zahlen haben, wie die Chausseegelder möglichst gering und auf jeden Fall fest bestimmt und keiner willkürlichen Abänderung unterworfen sein. Für den Wasserweg aber sei es nothwendig, dass See- und Leichterschiffe so früh wie möglich bremisches Gebiet erreichten, hier beladen und entladen würden, von der bremischen Schiffspolizei möglichst beobachtet und controllirt würden; die Controlle der Leichterschiffe sei ganz besonders dringendes Bedürfniss, da die Schiffsdiebereien kein Mass mehr kennten und Bremen gern etwas Reelles daran wenden würde, wenn es dagegen vollkommen

gesichert werden könnte. Er hob hervor wie durch die bremische Controlle der Seeschiffahrt erst Leuchtfeuer, Baken und Seetonnenlegung eine feste Basis gewinnen würden, wie dann Hannover mit Bremen gemeinschaftlich eine Quarantaineanstalt errichten müssten, die gegen die oldenburgischen Schikanen schütze, welchen Aufschwung das Lootsenwesen auf dem rechten Weserufer nehmen würde, wie der Seefischfang und Ankerfischfang, der jetzt widernatürlich den Blankenesern zufalle, dann von den hannoverschen Anwohnern betrieben werden könne, wie sich eine Menge anderer Gewerbe an die Hafenanlage knüpfen würden, und wenn jetzt notorisch täglich vier bis fünfhundert Hannoveraner in Vegesack ihr Brod fänden, so würde die Versorgung von Tausenden von Geestendorf ausgehen; vor Allem auch würde der hannoversche Frachtverkehr sich ausserordentlich steigern. Es werde das Alles freilich nicht hindern, dass nach wie vor auch die oldenburgischen Anstalten vom Schiffsverkehr benutzt würden, diese Concurrenz sei indess für das Ganze des Handels auch nur wünschenswerth; die grössere Hälfte werde doch unzweifelhaft bald dem rechten Ufer zufallen, und um diesen Zeitpunkt noch zu beschleunigen, empfehle es sich beim Neuenlander Siel, an der Südgrenze des Landes Würden, einen Ankerplatz für grössere Schiffe einzurichten, der dann gleichfalls unter bremischer Aufsicht stehen müsse.

Rose war mit dem Allen sehr einverstanden, aber er durchschaute doch gleich, dass Smidt an einen Hafen unter bremischer Hoheit dachte und biergegen wiedersetzte er sich dann freilich sogleich, daran könne gar nicht gedacht werden, sowohl weil Geestendorf militärisch ein viel zu wichtiger Punct für Hannover und selbst für England sei, als auch weil Hannover schon Kronz genug daran habe, dass von dem in sein Gebiet hineinragenden Lande Würden, von Cuxhafen und Vegesack aus beständige Schmuggelei stattfinde, zu der es die Gelegenheit nicht freiwillig vermehren werde, endlich und vorzugsweise, weil eine Gebietsabtretung gegen Geld gegen die Ehre des Landes gehe, und wenn Bremen etwa an Gebietstausch denke, so sei Vegesack das einzige Aequivalent, was es anbieten könne und gewiss nicht anbieten werde, das nördlich von der Wumme gelegene bremische Gebiet, das zu einer besseren Communication zwischen

Lilienthal und Ottersberg für Hannover nützlich sein würde, sei doch zu unbedeutend, um gegen jenen wichtigen Punkt an der Niederweser in Betracht zu kommen. So würden die Minister es denn auch nicht wagen Propositionen, die auf Gebietsabtretung hinausliefen, in London einzureichen. Indess glaubte er, dass die Hauptsache sich auch so werde erreichen lassen; zur Erwerbung von Grundeigenthum behufs Hafenanlagen und Schifffahrtsanstalten an der Geeste und am Neuenlander Siel werde Hannover gerne die Hand reichen und selbst über gewisse bremische Schiffspolizeimassregeln werde man Verträge schliessen können. Er erinnerte an Vegesack, wo Bremen bis 1803 auch nur das Eigenthum nicht aber die Hoheit besessen habe.

Indess eben die unerquicklichen Verhältnisse bei Vegesack, die noch in frischer Erinnerung in Bremen waren, mochten in Smidt die Ueberzeugung erweckt haben, dass nur wenn der neue Hafenplatz unter bremischer Staatshoheit stände, er völlig seinen Zweck erfüllen würde. Mit vollendeter diplomatischer Kunst bekämpfte er jeden einzelnen Einwand, den ihm Rose machte, er erinnerte daran, wie ihm Graf Münster im Winter von 1814 auf 1815 in Wien gesagt habe: „ich wäre wohl im Stande gewesen bei der jetzigen Gelegenheit gegen die Selbständigkeit Bremens zu Gunsten Hannovers etwas zu unternehmen, aber ich habe es nicht gewollt, weil ich überzeugt bin, dass das unabhängige Bremen, in der Mitte des hannoverschen Landes belegen, nützlicher für dasselbe ist, als wenn Bremen zu einer hannoverschen Municipalstadt gemacht würde.“ Das gleiche Argument suchte Smidt jetzt auf den Geestehafen anzuwenden; er betonte vor Allem aber, dass Bremen nur, wenn es die Sicherheit habe auch für seine Nachkommen zu arbeiten, zu so bedeutenden Geldopfern, wie der Hafen sie erheische, sich werde entschliessen können, und dass eben deshalb Hannover auch nur dann für sich selbst den Vortheil von der Anlage ziehen werde, denn nur, wenn Bremen ein grosses Capital in dieselbe stecke, werde der Hauptzweck, die Herüberziehung des Schiffsverkehrs auf das rechte Weserufer, erreicht werden, den Hannover allein ohne Hilfe Bremens zu bewirken doch nicht im Stande sei. Wie wenig man in der That in Hannover eine

Vorstellung von den Erfordernissen eines grossen Hafenetablissements hatte, mochte Smidt aus den Worten Rose's entnehmen, wenn man aus dem Geestehafen etwas ordentliches hätte machen wollen, so würde man 200,000 Thaler mehr haben verwenden müssen, als geschehen, und das sei die Sache für Hannover nicht werth gewesen. Smidt griff diese Summe von 200,000 Thalern zunächst auf und so ist sie, wie wir später sehen werden, in den Vertrag hineingekommen. Sicherlich aber wusste Smidt schon damals, dass die projektirte Anlage unvergleichlich viel mehr erfordern werde, wenn man auch freilich grade über den Kostenpunkt in Bremen noch garnicht zu einer nur einigermassen klaren Ansicht gekommen war.

Smidt beharrte trotz aller Entgegnungen, die ihm von Bremer und Rose gemacht wurden, trotzdem dass man im Cabinetsrathe sich dahin ausgesprochen hatte, von einer Hoheitsabtretung könne nicht die Rede sein, ruhig bei seiner Ansicht, dass ohne diese das ganze Projekt für Bremen ohne genügende Bedeutung sei. Senator Gildemeister, der auf seiner Rückreise von Berlin am 22 Juni in Hannover eintraf und auf Smidt's Wunsch dort blieb, bestärkte diesen in seiner Meinung, und so nahm Smidt, von dem hannoverschen Minister zur Entwerfung von Traktatsbasen aufgefordert, die bremische Hoheit über den Hafenplatz sowol, wie über die Anlage am Neuenlander Siel und über eine Verbindungsstrecke zwischen Vegesack und dem Haupttheil des bremischen Staatsgebiets in die Basen auf. Er durfte es wagen, weil es ihm gelungen war, in Hannover ein so lebhaftes Interesse an dem Plane zu erwecken, dass er hoffen konnte, seine Entschiedenheit werde auch die Bedenken gegen einen Gebietstausch besiegen. Deshalb setzte ein Artikel seiner Basen fest, dass Bremen einen Theil seines am rechten Wummeufer belegenen Gebietes mit voller Hoheit an Hannover abtrete. Er hatte in der That die Genugthuung, dass man gegen die Hauptsache keine weiteren Einwendungen erhob; nur gegen die Hoheitsüberlassung am Neuenlander Siel und für die kleine Verbindungsstrecke zwischen Vegesack und dem diesseitigen Ufer der Lesum strebte sich Rose noch, versprach aber noch London seine Bedenken dagegen nicht zu äussern. Davon, dass die Hoheit über den Hafen

für Bremen nothwendig sei, wurde er durch Smidt, Gildemeister und den auf Smidt's Wunsch am 26. Juni ebenfalls in Hannover eingetroffenen Aeltermann Fritze, wie es schien, völlig überzeugt. Die Hoheit auf dem Geestestrom sollte nach den Basen von beiden Staaten gemeinsam geübt werden, und desgleichen sollten beide Staaten gemeinsam die Vertheidigungsanstalten, wie das militärische Besatzungsrecht in den Hafenanstalten haben, jedoch so, dass Hannover mit neun Zehntel, Bremen mit einem Zehntel daran participire. Dadurch war in Wirklichkeit also die hannoversche Militärhoheit auf jenem Punkte gewahrt.

Als Smidt diese Basen, deren Detailbestimmungen hier füglich übergangen werden können, nach einander den Ministern von Bremer, von Ompteda und von Arnswaldt vorlas, stiess er nirgendwo mehr auf Einwendungen. Arnswaldt sagte ihm offen: „Die Anträge, die Sie uns gemacht haben, finde ich so vortheilhaft für Hannover wie für Bremen. Dem Herrn von Bremer hat die Sache gleich bei Ihrer ersten Unterredung mit ihm eingeleuchtet und uns übrigen auch, sobald er uns davon sagte.“ Ompteda bemerkte: „Wenn man nur in England auf die Sache eingeht, so kann, hoffe ich, viel Gutes daraus erwachsen.“

Den Basen wurde noch ein von Gildemeister und Smidt aufgesetztes Memoire hinzugefügt, welches die einzelnen Bestimmungen erläuterte, um die Sache dem Grafen Münster in London zu empfehlen. Voll guter Zuversicht und froher Hoffnung verliess Smidt am 28. Juni Hannover, wo man ihm von allen Seiten mit dem ehrenvollsten Vertrauen entgegen gekommen war.

Indess doch nicht so leicht und schnell, wie es damals den Anschein hatte, sollten die Dinge zum gewünschten Ziele kommen. Am 18. August schreibt Rose an Smidt, indem er sich zu einer von dem letzteren gewünschten neuen Zusammenkunft bereit erklärt: „Inmittelst will ich Ihnen nicht vorenthalten, dass man (d. h. Graf Münster) sehr geneigt ist, Ihnen Concessionen zu machen und Garantien zu geben, dass man aber durchaus die eigentliche Hoheit und Souverainität nicht weggeben will. Dieses ist also die cardo quaestionis und es wird daher darauf ankommen, ob Sie Mittel finden, unser Interesse mit dem Ihrigen zu vereinigen. Ich hoffe dieses um so mehr, als ich den ganzen

Plan im beiderseitigen Interesse gleich vortheilhaft halte, und es mir leid thun sollte, wenn es Ihnen nicht gelänge hierunter einen annehmlichen Ausweg zu finden.“ Am 27. August traf dann Rose auf Smidt's Einladung in Bremen ein und antwerf hier am 28. neue Propositionen, wonach der Stadt Bremen in dem von ihr einzurichtenden Hafen folgende Rechte eingeräumt werden sollten: die Befugniss über alle Handel und Schiffahrt betreffende Gegenstände im eigenen Namen Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die indess vorgängige Zustimmung der hannoverschen Regierung finden müssen, welche nur dann verweigert werden kann, wenn dieselben erweislich dem hannoverschen Interesse zuwiderlaufen; sodann die Erlaubniss in dem Hafenort ein eigenes Handelsgericht zu etabliren, von welchem Berufung an das bremische Obergericht stattfindet, ferner die Polizeigewalt; hannoversche Abgaben sollen daselbst nie ohne Genehmigung des bremischen Senats erhoben werden, dagegen soll es dem letzteren freistehen Hafenabgaben zu normiren und in Bezug auf dieselben Verträge mit fremden Staaten abzuschliessen, jedoch unter der, schon in Smidt's Besen ausgedrückten, Voraussetzung, dass die hannoverschen Unterthanen die Hafenanstalten unter den gleichen Rechten wie die Bremer benutzen dürfen. Den Hafenbewohnern wird für Friedenszeiten Freiheit von Kriegsdienst und Einquartirung zugesichert, endlich wird ein ungehinderter Gütertransport zwischen dem Hafen und Bremen gegen Erhebung derjenigen Abgaben, worüber beide Staaten sich vereinigen werden, versprochen.

Es waren immerhin gewichtige Concessionen, welche mit diesen Vorschlägen Bremen gemacht wurden, und durch ihre Annahme hätte der bremische Handel eine ungleich freiere Bewegung gewonnen, als er sie gegenwärtig besass; eher sie lagen doch weit ab von dem, was Smidt erstrebte und in der That war ihre Annahme für Bremen kaum möglich. Selbst wenn man auf ein dauerndes so gutes Einvernehmen zwischen den Regierungen der beiden Staaten, wie es damals existirte, hätte rechnen können, wäre eine fortwährende Controlle der bremischen Gesetzgebung und Verwaltung durch eine fremde Regierung unerträglich gewesen und sie musste zu ununterbrochenen Conflikten führen, sobald das freundschaftliche Ver-

ständniss zwischen den leitenden Persönlichkeiten beider Staaten aufhörte. Vor Allem aber wäre Bremen nicht zu einer selbständigen Schiffahrt gekommen, wie es derselben eben jetzt um so dringender bedurfte, als es im Begriffe stand einen Handelsvertrag mit England abzuschliessen, dessen Reciprocitätsprinzip immer eine Fiction blieb, wenn Bremen keinen Seehafen besass, den es mit Fug und Recht den seinigen nennen, wenn es keinen Platz hatte, auf dem es eigene Seeschiffe erbauen konnte.

Wenn demnach die jetzigen Verhandlungen mit Rose auch in der Hauptsache zu keinem weiteren Resultat führten, so waren sie doch für einen mit jener zusammenhangenden Umstand von Bedeutung. Das Projekt der Eisenbahnanlage von Braunschweig nach Lüneburg war, wie Rose mittheilte, in den letzten Wochen eifrig weiter ventilirt, und wenn es auch in Hannover noch viele Bedenken fand und offiziell dort noch immer nicht bekannt gegeben war, so musste man sich in Bremen doch dringend aufgefordert sehen, der dem bremischen Handel durch Ausführung jenes Projekts drohenden Gefahr vorzubeugen. Dafür bot sich allerdings kein anderes Mittel, als der Versuch auch Bremen durch eine Eisenbahn mit Hannover zu verbinden. Rose conferirte über die Ausführbarkeit dieses Projekts mit den Aeltermännern Bolte, Fritze und Rodewald und am 30. August, nach Rose's Abreise, berichtete Smidt in der Senatsversammlung über diese Angelegenheit, indem er zugleich ein Memoire über den Nutzen der Eisenbahnen übergab. Auch über diese Sache wurde strengstes Geheimniss beliebt und die weitere Forderung derselben der Commission für auswärtige Angelegenheiten überwiesen.

Am 14. September traf der Minister von Bremer hier ein und berieth weiter mit Smidt, welcher nun seinerseits auf Grund des von Rose aufgesetzten Entwurfs einen neuen Vorschlag zu einem „Handels- und Schiffahrtstractate“ zwischen Hannover und Bremen aufzeichnete. Diese Bezeichnung hatte er offenbar gewählt, um der Sache in den Augen Dritter, deren Urtheil Hannover scheute, eine unschuldigere Bedeutung zu geben. Der Entwurf, in welchem zum ersten Male der Name „Bremer Hafen“ für das neue Etablissement vorkommt, schliesst

sich dem Rose'schen ziemlich an, nur heisst es in § 5. „Um dem dadurch (durch Anlage des Hafens) erwarteten bremischen Handels- und Schifffahrtsverkehr zum Vortheil beider Staaten die volle und bleibende Sicherheit zu verschaffen, welche die Anlage und Unterhaltung so bedeutender Unternehmungen erfordert, und um die Einheit und Nationalität des von diesem Hafen ausgehenden bremischen Schiffahrts- und Handelsbetriebs zu befestigen, gestattet Hannover der Stadt Bremen in diesem Hafen und Hafengebiet und von demselben aus, sowie über die Colonisten, welche sich daselbst ansiedeln dürften, unter den weiter folgenden Modificationen das Exercitium aller Staats-, Regierungs-, Gesetzgebungs-, Justiz- und Polizeirechte, wie solches in dem bremischen Hafenort Vegesack stattfindet." Die berührten Modificationen beziehen sich lediglich auf die Militärgewalt, welche im wesentlichen Hannover verbleiben soll.

Unter dem 17. September übersandte Smidt diesen Entwurf an Rose mit einem ausführlichen Schreiben, welches die Nothwendigkeit jenes § 5 darlegen sollte. Dann gab sich der unermüdliche Mann an die Ausarbeitung mehrerer Memoires, welche bestimmt waren, den Vortheil des neuen Instituts für Hannover von allen Seiten ins Licht zu setzen. In einer ersten Denkschrift erörterte er mit besonderer Vorliebe die politischen Perspectiven, welche sich an den Bremerhaven knüpfen dürften. Durch seine lebhaftere Betheiligung am Handel, heisst es da im wesentlichen, werde Hannover eine natürliche feste Verknupfung mit den süddeutschen Staaten und dadurch einen festeren Halt im deutsche Bunde gewinnen, welcher ihm gegen die über kurz oder lang nothwendig eintretenden Bestrebungen Preussens, die östlichen und westlichen Theile seiner Monarchie auf Kosten Hannovers zu verbinden, von Wichtigkeit sein müsse. Es wird natürlich auch nicht vergessen, die vortheilhaftere Stellung, welche Hannover gegen Oldenburg erhalte, zu erwähnen. Eine zweite Denkschrift bespricht die militärischen Vortheile der neuen Anlage. Durch die neue Kunststrasse zwischen Bremen und Hannover, die eventuell zu einer Eisenbahn umzugestalten sei, werde eine schnellere und sichere Bewegung der Truppen durch das Land, durch den Hafen eine bessere Gelegenheit zum Ein- und Ausschiffen des Militärs geboten. Auch

der durch den Matrosendienst belebte Muth der Bevölkerung, ihre Vermehrung, ihre erhöhte Intelligenz werden aufgeführt, und selbst die durch Steigerung des Frachtfuhrverkehrs gehobene Pferdezucht bleibt nicht unerwähnt. Eine dritte Denkschrift endlich summirt noch einmal die Erwägungen, welche den Versuch eines Handelsvertrags zwischen den beiden Staaten veranlasst haben und stellt eine Reihe von Detailfragen zusammen, welche bei dem gegenwärtigen Stande der Sache in Rücksicht zu ziehen seien.

Am 24. September hatte Smidt eine neue Zusammenkunft mit Rose in Nienburg und begleitete diesen am folgenden Tage nach Hannover, da die dortige Anwesenheit des Geheimen Cabinetsraths von Strahlenheim aus London ihm erwünschte Gelegenheit bot eine directere Einwirkung auf den Grafen Münster zu üben. Seine dort geführten Unterredungen mit dem genannten Herrn, und mit den Ministern von Arnswaldt, von Meding und von Ompteda mussten ihn überzeugen, dass auf Grund seines neuen Entwurfs noch keine Einigung mit der hannoverschen Regierung zu erzielen sei und dass Bremen sich werde entschliessen müssen, seine Ansprüche noch weiter herab zu setzen. Doch konnte Smidt am 30. September im Senate die Mittheilung machen, dass man in Hannover jetzt das identische Interesse beider Staaten am Handel begreife, dass man einsehe, dass, wenn die braunschweigische Eisenbahn zu Stande komme, auch zwischen Bremen und Hannover eine solche angelegt werden müsse, und dass es vielleicht nöthig sein werde mit Hannover über Erwerb eines Punktes an der Niederweser behufs Anlegung eines Seehafens, sowie über gemeinsame Quarantaineanstalten zu unterhandeln. Er bat die auswärtige Commission mit Fortführung dieser Unterhandlungen im Einverständniss mit den vier Bürgermeistern zu betrauen, und der Senat trat unter nochmaliger Festsetzung des strengsten Geheimnisses dieser Ansicht bei.

In den ersten Tagen des October reichten dann die Männer, welche bei den Besprechungen in Bremen vorzugsweise betheiligt waren, die Senatoren Heineken, Horn und Pavenstedt, die Aeltermänner Bolte, Fritze und Rodewald je eine Denkschrift an Smidt ein, in welchen sie ausführlich die Gründe und

Gegengründe für das Projekt erörterten. Denn Smidt hatte mit der genialen Sicherheit, die ihm bei der Verfolgung eines neuen Zieles eigen war, so plötzlich das Leben des bremischen Gemeinwesens in eine neue Bahn gewiesen, hatte der unzweifelhaften Richtigkeit seines Gedankens vertrauend so schnell der Verwirklichung desselben sich zugewandt, dass die Einzelerwägungen über die sicheren und wahrscheinlichen Folgen der Ausführung erst hinterdrein hinkten. Es war ein Triumph seines staatsmännischen Blickes, dass jene Denkschriften fast übereinstimmend günstig für das ganze Projekt ausfielen, denn die Befürchtungen Pavenstedts, dass die neue Anlage viel mehr dem hannoverschen als dem bremischen Interesse dienen werde, namentlich dann, wenn etwa Hannover mit Umgehung Bremens eine directe Eisenbahn von dem Hafen zur Hauptstadt baue, wurden siegreich von den Andern zurückgewiesen und Bolte und Rodewald waren so kühn, die bremischen Staatsmittel für ausreichend zu halten, um neben dem Hafenbau und der Eisenbahn auch noch eine Canalisirung der Weser bis zur Losum, welche Pavenstedt der Hafenanlage vorziehen wollte, zu ermöglichen. Smidt war klug genug, das Bessere nicht den Feind des Guten sein zu lassen und so legte er das letzte Projekt einstweilen bei Seite.

Gestützt auf die bei den fortschreitenden Erwägungen immer sicherer sich gestaltende Beihülfe der eingeweihten Freunde machte er sich unverdrossen an einen neuen Entwurf.

Er glaubte nun in der Proposition einer gemeinsamen Hoheit beider Staaten über das Hafenetablissement einen freilich unbequemen aber immer noch annehmbaren Ausweg zur Förderung seines Zweckes zu finden und sandte auf Grund dieses Prinzips am 26. October einen dritten Entwurf nach Hannover. Er begleitete denselben mit einem ausführlichen Exposé, welches die Fragen beantworten sollte, warum die staatlichen Concessionen an Bremen nothwendig seien, wenn es an das neue Etablissement das Mass von Willen und Kraft wenden solle, welches zur Erreichung des gemeinschaftlichen Zwecks nothwendig ist, und weshalb Hannover nicht auf den nemlichen Erfolg rechnen dürfe, wenn es das Etablissement allein zu errichten unternähme.

„Jede Veränderung dieser Art (der Verlegung der Schifffahrts- und Handelsbeziehungen), heisst es da, ist für die zarten Fühlfäden, an denen das Handels- und Schiffahrtsleben sich fortspinnt, mit mannigfachen Schwierigkeiten verbunden, bei welchen die Besorgniss einer Gefahr schon als die Gefahr selbst erscheint Es wird also evidente Ueberzeugung von einem grösseren Interesse dazu gehoren, um sich, wie es bei der dem Handel unentbehrlichen Freiheit nothwendig ist, freiwillig und gerne darauf einzulassen Solcher Ueberzeugung bedarf indess nicht die bremische Börse allein, sie muss von den Börsen aller mit ihr verkehrenden Handelsplatze vollkommen getheilt werden. Dies dürfte aber nur dann der Fall sein, wenn die auswärtige Handelswelt den reellen Glauben erhält, dass die Direction dieses neuen Weges unter vollkommener Obhut und Leitung der Regierung eines Staates steht, von dem sie einmal weiss, dass er den Handel und dessen Beforderung als das belebende Princip aller seiner Regierungshandlungen betrachtet. Bei allem Vertrauen auf die anerkannte höchste Rechtlichkeit der hannoverschen Regierung ist es doch eben so notorisch, dass Hannover kein Handelsstaat ist, und dass das Gouvernement desselben vorzugsweise andere Interessen der Staatsunterthanen zu beachten hat, wodurch es bei deren Collision mit den Handelsinteressen fremder Staaten zu diesen unvortheilhaften Diagonalen (sic!) genothigt werden kann Selbst der doch immer nur allmählig in die Ueberzeugung des Auslandes übergehende Glaube, Hannover gehe von jetzt an darauf aus, zu einem Handelsstaate zu erwachsen, und sich die aus dieser Absicht hervorgehenden Regierungsprincipien anzueignen, reicht hier nicht aus, da die Erfahrung der Geschichte die verfehlten Versuche, welche bei jeder solchen Wendung einer Staatspolitik nicht ausbleiben können, dabei nicht entkennen lässt, und die Besorgniss, ein Opfer derselben zu werden, mit in Anschlag bringt. Die erlangte Kunde, dass der Punct des neuen Etablissements unter der bremischen Regierung stehe, und die mit dieser Kunde sofort gegebene durch lange Erfahrung begründete Ueberzeugung, Bremen wisse, was es zu thun und zu lassen habe, um mit dem Handel aller Nationen nach der Weser auch den seinigen zu erhalten und zu befordern, dürfte aber

allein im Stande sein, jene Besorgnisse völlig niederzuschlagen, und das unerlässliche Vertrauen zu begründen, welches nicht bloss zur Benutzung der neuen Bahn überhaupt, sondern auch zu einer so schnellen, als die gegenwärtige Crise des Welthandels sie zu gebieten scheint, erforderlich ist."

Und weiterhin: „Es ist nicht zu verkennen, dass auch bei der bremischen Börse die volle Sicherheit und der volle Glaube nur durch die Ueberzeugung begründet werden dürfte, hier von keiner fremden, in der Ansicht über ihr Interesse bei dem Wechsel der Zeiten und Personen wandelbaren Regierung, sondern nur von einer solchen abzuhangen, mit der sie ihr Interesse als identisch und die sie ihrer steten Einwirkung zugänglich achten darf. Nur diese volle Sicherheit wird im Stande sein, ihr Ohr vor allen Lockungen der Vortheile der Concurrenz zu verschliessen, welche Oldenburg, sobald es Hannovers Ernst bei der Sache gewahrt, ihr zu bieten schwerlich verfehlen wird. Nur diese volle Sicherheit wird sie zu den Aufopferungen vermögen können, deren Mass bei einmal angegriffener und consequent befolgter Einschlagung des neuen Weges gar nicht abzusehen ist." Es wird dann die Nothwendigkeit der Uebertragung der einzelnen Souveränitätsrechte an Bremen nachgewiesen und endlich zur Beantwortung der zweiten Frage, ob nicht Hannover besser auf eigene Kosten den Hafen für sich erbaue, dargestellt, dass dann das bremische Interesse nothwendig dahin führen müsse, die Concurrenz zwischen den oldenburgischen und den hannoverschen Hafenanstalten möglichst zu fördern. Dadurch aber würde ein grosser Theil der Vortheile, welche die hannoversche Industrie aus der vollen Verlegung der bremischen Schiffahrt auf das rechte Weserufer ziehen soll, verloren gehen. Es bleibe dann nichts übrig, als dass Hannover darauf abziele, den Flor des bremischen Handels völlig zu vernichten; einer solchen Absicht gegenüber würde sich dann Bremen sicherlich auf's engste mit Oldenburg verbinden, und gewiss erst nach Jahrhunderten werde es Hannover gelingen können eine andere Seehandelsstadt an die Stelle Bremens zu setzen, das viel wahrscheinlichere Resultat eines solchen Kampfes aber werde die völlige Vernichtung des Weserhandels zu Gunsten der Elbe und des Rheins sein.

Dieses Exposé begleitete ein Schreiben Smidts an Rose, in welchem es mit Bezug auf jenes heisst: „Dem neu hinzugekommenen Aufsatze ersuche ich Sie, Ihre vollste Aufmerksamkeit schenken zu wollen, ich wüsste kaum, was ich noch mehr über die Sache sagen könnte, wenn Sie mir nicht durch Fragen, Aeusserungen oder Gegendeductionen Gelegenheit dazu geben. Was die Erörterung der zweiten Frage betrifft, so wäre es indelicat, darüber etwas der Art erwarten zu wollen, da wir keinen Anspruch darauf machen dürfen, dass Hannover uns die Gründe seiner politischen Ansichten über diesen Punkt näher entwickele, hinsichtlich des ersteren hoffe ich aber, nachdem wir dergestalt mit dem vollsten offensten Vertrauen herausgegangen und unsere eigenen Blössen geschildert haben, man werde es wenigstens versuchen uns zu widerlegen, wenn die von uns dargelegten Gründe die volle Ueberzeugung von der Richtigkeit derselben zu bewirken nicht im Stande gewesen sein sollten. Zur Unterstützung dieser Gründe weiss ich Ihnen in der That nichts Besseres zu sagen, als dass ich auch in der Sphäre, welche die vertraulichere Haltung dieses Privatbriefes verstattet, nichts hinzuzufügen wüsste, und dass die Thatsache unseres während 4 bis 5 Monaten fortgesetzten Bestrebens, Hannover über unsere sämmtlichen Schiffahrts- und Handelsinteressen, über unsere Stärken und Schwächen in Beziehung auf den Weserverkehr, wo es begehrt und nicht begehrt worden ist, den vollkommensten detaillirten Aufschluss zu geben, doch für das non plus ultra einer thörichten Politik gehalten werden müsste, wenn wir nicht der allerbegründetsten Ueberzeugung lebten, die beiderseitigen Handelsinteressen ständen wirklich in keinem Widerspruche mit einander, und es werde dies am Ende auch von Seiten Hannovers so vollständig anerkannt werden, dass es völlig zweifelsfrei die seinigen mit den unserigen bestens zu fördern sich bemühen werde, und dass jene ihm bei dieser Gelegenheit verschaffte Kunde unserer Verhältnisse diesem Zwecke und dieser Aussicht daher völlig entsprechen.

„Ich bin bei diesem Verfahren übrigens nicht blos von dem mir immer bewährt erschienenen Grundsatze ausgegangen, dass da, wo man von gegenseitiger Rechtlichkeit im Voraus überzeugt ist, die grösste Offenheit die beste Politik sei, sondern ich habe

es zugleich für das sicherste Mittel der möglichsten Beschleunigung eines gemeinsamen Einverständnisses gehalten, da einerseits eine Unterhandlung dieser Art sich doch immer bis dahin verzögert, bis man über das, was man von beiden Seiten will und kann, vollkommen im Klaren ist, andererseits der gegenwärtige Augenblick eines allgemeinen Friedens und allgemeiner Bestrebung, sich von den neueröffneten Quellen des Welthandels einen fruchtbringenden Strom zuzuleiten, zu dieser Verständigung nicht unbenutzt bleiben durfte, wozu für uns namentlich auch der Umstand hinzukommt, dass der vortheilhafte Stand unserer Staatspapiere*) die Möglichkeit, bedeutende Summen mit verhältnissmässig geringen Kosten anzuschaffen, und das grade jetzt durch ein vollkommenes Vertrauen in die Regierung fester wie je begründete gute Einverständniss im Innern uns in diesem Augenblicke vorzugsweise befähigt, Anerbietungen zu machen, und auf Leistung derselben mit einer Sicherheit zählen zu können, wie vielleicht in keinem späteren Momente eine so günstig gestaltete Gelegenheit dazu sich darbieten dürfte."

Das hannoversche Ministerium glaubte indess den neuen Vorschlag, die Mitaufnahme Bremens in die Staatshoheit über den Geestehafen, nicht befürworten zu können, da es besorgte eine abermalige Zurückweisung in London zu erfahren und damit einen Plan, dem es im allgemeinen so geneigt war, für immer oder doch für lange Zeit gestört zu sehen. Am 30. November antwortete Rose auf Smidts Schreiben vom 26. October. „Wir sind eigentlich in der Hauptsache einig, das heisst, wir sehen beiderseits die möglichste Beförderung der Schiffahrt und des Handels auf der Weser für höchst wünschenswerth an, wir überzeugen uns, dass ein gemeinschaftliches Zusammenwirken zu diesem Zwecke beiden Theilen nothwendig und nützlich ist, und dass jeder Theil, indem er dem andern forthilft, sein eigenes Interesse am besten fördert. Wir sind aber uneinig über die Mittel, die dazu nothwendig sind, indem Sie glauben der Hoheit zu bedürfen, wir aber solches nicht zugeben dürfen.

„In dieser letzteren Beziehung sind von Seiten Sr. Majestät des Königs die Ansichten mit solcher Bestimmtheit ausgesprochen

*) Dieselben standen damals 2 pCt. über pari.

worden, dass ich nicht hoffen darf, Anträgen Eingang zu verschaffen, die auf solcher Basis beruhen. Selbst die Mitaufnahme in die Hoheit, wie Sie jetzt proponirt haben, wird, soviel ich solches zu beurtheilen vermag, Anstoss erregen und nicht angenommen werden; auch fühlt diese Art der Bestimmung das Unangenehme mit sich, dass sie ungewiss und dunkel bleibt, und nur zu leicht zu Differenzen führen kann, welche das gute Einverständniss und offne Vertrauen stören, ohne welche es unmöglich ist, gemeinschaftlich etwas Gutes zu erstreben.

„An der Hoheit als solcher kann Ihnen aber auch nichts gelegen sein, sondern Sie verlangen dieselbe nur als Mittel zum Zweck, um Ihren innern Handels-Einrichtungen Einheit, Ordnung und Kraft geben und in Beziehung auf auswärtige Staaten dergestalt selbständig erscheinen zu können, dass die Auswärtigen sich überzeugen, dass kein fremder Einfluss störend in die Handels-Verhältnisse eingreifen könne.

„Dieser Ihr Zweck kann, ohne dass es dazu der Abtretung der Hoheit bedarf, meiner Ansicht nach erreicht werden, wenn Ihnen diejenigen Rechte eingeräumt werden, welche dazu erforderlich sein mögen, namentlich wenn Ihnen gestattet wird, in Beziehung auf den Hafen Handelsverträge abzuschliessen, und Ihren Handel und Alles, was damit in Verbindung steht, durch eigene Gesetze zu regulieren." Auf Grund dieser Anschauungen hatte Rose einen neuen Entwurf gemacht, in welchem es ausdrücklich hiess, dass der Hafendistrict fortwährend einen integrirenden Theil des Königreichs Hannover bilden solle. Der Entwurf unterscheidet sich ausser durch eine Fülle von in ihm aufgenommenen zum Theil ganz neuen Detailbestimmungen prinzipiell von dem im September von Rose verfassten nur dadurch, dass die bremischen Gesetzgebungs- und Verwaltungsmassregeln im Hafenorte nicht mehr an die vorhergehende Zustimmung der hannoverschen Regierung geknüpft waren. Das war allerdings ein Fortschritt im Interesse Bremens, aber keineswegs für Smidt's Pläne genügend. Nur eine neue persönliche Besprechung konnte die erwünschte Einheit erzielen und so reiste Smidt denn zu Ende December 1825 abermals nach Hannover.

Die erneueten Besprechungen führten endlich am 6. Januar



1826 zur Aufstellung eines gemeinsamen Entwurfes, dessen nachdrückliche Empfehlung an den Grafen Münster man in Hannover übernahm. Durch diesen Entwurf erlangte Smidt in Wirklichkeit ziemlich alles das, was er von Anfang an erstrebt hatte: zwar war von einer Abtretung oder auch nur von einer Theilung der Hoheit über den ganzen Hafendistrict nicht mehr die Rede, aber mit Ausnahme der Militärhoheit wurde Bremen die freie Ausübung aller der Befugnisse, welche insgesammt die Staatssouveränität ausmachen, im einzelnen zugestanden, und überdies erklärte sich Hannover noch in einem geheimen Separatartikel verbindlich, von seiner Hoheit über den Hafendistrict niemals Gebrauch zu machen und ferner einen noch näher zu begrenzenden Bruchtheil des Bezirks zur Anlegung bremischer Schiffswerften mit voller Staatshoheit an Bremen abzutreten. Von der Anlage eines Lösch- und Ankerplatzes beim Neuenlander Siel war nur noch als von einer Eventualität die Rede und an Stelle der Gebietsübertragung bei Vegesack von Seiten Hannovers an Bremen und zwischen Lilienthal und Ottersberg von Seiten Bremens an Hannover wurde jetzt nur von einer gegenseitigen Erleichterung der Communication auf diesen Punkten gesprochen. Unter Zustimmung Smidt's beschloss man indess den neuen Entwurf nicht sogleich nach London zu schicken, sondern mit seiner Vorlage bis zu dem für den Sommer angekündigten Eintreffen des Grafen Münster in Deutschland zu warten, wo denn eine persönliche Besprechung Smidt's mit dem leitenden Staatsmann die Angelegenheit leichter ins Gleise bringen werde.

So folgte der athemlosen Spannung, mit welcher der bremische Bürgermeister seinen Plan seit einem halben Jahre verfolgt hatte, eine ruhigere Zeit, die er aber freilich doch nicht ungenützt verstreichen liess. Kurz vor seinem letzten Eintreffen in Hannover war daselbst die erste offizielle Mittheilung über das braunschweigische Eisenbahnprojekt gemacht worden, was Smidt denn Veranlassung gegeben hatte auch hierüber in neue Erörterungen mit dem dortigen Ministerium zu treten, und einen Passus über eventuelle Eisenbahnverbindung zwischen Bremen und Hannover in den Vertragsentwurf hineinzubringen. Ueber diese günstige Stimmung des hannoverschen

Ministeriums für eine bremische Eisenbahnanlage mochte er unter dem 10. Januar dem Senate Mittheilung; den Aeltermann Fritze veranlasste er zu einer eingehenden Denkschrift über die Vortheile einer solchen Anlage und sandte dieselbe am 26. April an Rose. Das Terrain, auf welchem der neue Hafen entstehen sollte wurde näher ins Auge gefasst und auf Smidts Wunsch von Rose eine ungefähre Werthtaxation der 500 Morgen Landes, welche man zu erwerben für nöthig erachtete, aufgemacht. Dieselbe ergab die Summe von 69,000 Thaler Gold, d. h. 138 Thaler für den Morgen, was sich später freilich als bei weitem nicht zureichend erwies.

Am 7. Mai traf Smidt auf der Durchreise nach Frankfurt, wo er die Stimmführung für die Hansestädte zu übernehmen hatte, abermals in Hannover ein und verweilte dort um der Erörterung mehrerer Details willen einige Tage. Zugleich übergab er an Rose ein neues ausführliches Memoire, welches Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs vom 6. Januar enthielt und bestimmt war dem Grafen Münster vorgelegt zu werden.

Der letztere kam in der zweiten Hälfte des Juni nach Hannover, hatte bald mit dem Minister von Bremer und mit Rose Unterredungen über die Hafenanlage und zeigte sich den letztgetroffenen Vereinbarungen geneigt. Smidt, durch Rose hievon in Kenntniss gesetzt, eilte sofort nach Hannover und traf auf Münster's Einladung am 10. Juli mit Rose auf dem Schlosse des Grafen, Derneburg im Hildesheim'schen, ein. Bremer war bereits früher dahin gekommen und hier auf Derneburg wurde denn am 11. Juli 1826 die Präliminarconvention abgeschlossen, auf deren Grundlage genau ein halbes Jahr später der Definitivtractat zu Stande kam.

Diese Convention von Derneburg stimmt sowohl ihrem Inhalte, wie ihrem Wortlaute nach im wesentlichen mit den Bestimmungen der Abrede vom 6. Januar überein. Nur ist der Geheime Separatartikel als Artikel 3 in den Vertrag selbst mit aufgenommen und der einen Hauptbestimmung desselben, der Abtretung eines begrenzten Theils des Hafendistricts mit voller Staatshoheit eine neue Concession von Seiten Bremens hinzugefügt, nämlich die gleichfalls mit voller Hoheit stattfindende

Ueberlassung einer Landstrecke zwischen Ottersberg und Lilienthal an Hannover. Es heisst mit Bezug auf diesen Gebietstausch:

„Da auch die freie Hansestadt Bremen zu vollständiger Benützung dieses Havenetablissements und namentlich zur Aufrechthaltung der Bestimmungen ihrer Handelstractate mit fremden Machten, nach welchen die Vortheile der Bremer Flagge nur solchen Schiffen zustehen, welche in bremischen Häfen auf wirklichem bremischen Gebiete erbaut worden, der vollen Staatshoheit auf einem Theile des gedachten Terrains bedarf, so wird hinsichtlich eines unter Berücksichtigung dieses Bedürfnisses näher zu bestimmenden Flächeninhalts der vorgedachten fünfhundert Morgen, welcher nicht unter fünfzig und höchstens hundert Morgen einnehmen wird, ein vollkommener Gebietsaustausch gegen einen näher zu bestimmenden Flächeninhalt des Gebiets der freien Hansestadt Bremen auf dem rechten Ufer der Wumme zwischen beiden Staaten stattfinden.“

Man sieht aus diesem für Bremen nach den vorhergehenden Unterhandlungen durchaus günstigen Resultat, welchen bedeutenden Einfluss die Persönlichkeit Smidt's auf den Grafen Münster übte. Es gelang ihm den principiellen Gegensatz, in welchem sich die hannoversche Regierung gegen einen Gebietsaustausch befunden hatte, zu beseitigen und die handelspolitische Unabhängigkeit seines Heimathsstaates wieder zu erobern. Es war freilich ein sehr unbedeutendes Fleckchen Erde, was Bremen nach dem neuen Vertrage künftig nahe an der Mündung der Weser in vollem Sinne sein eigen nennen konnte, aber es hatte für die Handelsstadt eine unermessliche Wichtigkeit: es gab ihr das Recht zurück sich ebenbürtig neben die Seehandelsplätze zu stellen, welches die Ungunst der Natur und politisches Missgeschick ihr seit langem geraubt hatten. Es war indess noch manche Geduldsprobe zu bestehen, noch manches Hemmniss aus dem Wege zu räumen, ehe Smidt und seine Mitbürger sich des Besitzes jenes Landstreifens ganz erfreuen konnten.

Zunächst galt es, ebe ein definitiver Abschluss erfolgte, einen Plan für den Hafenbau festzustellen, damit demgemäss eine genaue Abgrenzung des für denselben erforderlichen Terrains erfolgen

konnte. Um die dazu nöthige Untersuchung durch Sachverständige so unauffällig wie möglich zu machen und durch vorzeitiges Bekanntwerden der Absicht einerseits nicht den Preis des Landes in die Höhe zu treiben, andererseits nicht den Argwohn Oldenburgs zu erregen, erhielt Smidt am 14. Juli ein ostensibeles Schreiben, in welchem die hannoversche Regierung mittheilte, sie beabsichtige eine Untersuchung des Terrains an der Geeste vornehmen zu lassen, um festzustellen, was dort, oder wenn jener Platz sich als ungeeignet erweise, an einem andern Punkte der Weser für die Vervollständigung der Schiffahrtsbedürfnisse geschehen könne. Da auch Bremen hiebei interessirt sei, so bitte sie eine geeignete Persönlichkeit zur Theilnahme an jener Untersuchung bezeichnen zu wollen.

Am 18. Juli machte Smidt in der Senatssitzung die Mittheilung, dass die auswärtige Commission gemäss dem ihr am 30. September vorigen Jahres ertheilten Auftrage in fortwährender Berathung mit den Bürgermeistern Unterhandlungen mit Hannover zur Cultivirung des gemeinschaftlichen Handels- und Schiffahrtsinteresses gepflogen und dass er kürzlich zur Besprechung dieser Angelegenheit eine Zusammenkunft mit dem Grafen Münster und Herrn von Bremer gehabt habe. Er theilte jenes Schreiben vom 14. mit und bat der auswärtigen Commission die Wahl des bremischen Vertrauensmannes zu überlassen.

Um einen in Wasserbauten erfahrenen Techniker zu engagiren, reiste Fritze gegen Ende Juli nach Amsterdam, wo es ihm denn in kurzer Zeit gelang in dem Ingenieur van Ronzelen einen Mann für Bremen zu gewinnen, dessen in langjährigem hiesigen Staatsdienste erprobte Tüchtigkeit ihm ein dauerndes rühmliches Andenken in seiner neuen Heimath erworben hat.

Inzwischen war Smidt auf seinen Frankfurter Posten zurückgekehrt; er hatte vor am Rhein eine Traubencur zu gebrauchen, um seine in den angestrengten Geschäften angegriffenen Kräfte wieder zu erfrischen, aber sein Bremerhaven liess ihm keine Ruhe. Er wünschte auf jeden Fall Ronzelen, der zunächst nur auf kurzen Urlaub nach Bremen kam, zu sprechen und meldete daher am 5. August an Heineken, er habe jene Cur bis in den October verschoben, „und,“ fügte er hinzu, „wenn es auch gar

nicht dazu käme, so ist der glückliche Fortgang jener Sache im Grunde die allerbeste Traubencur für mich."

Am 13. und 14. August fand die Untersuchung an der Geeste statt, an der von Seiten Hannovers der Geheimrath und Wasserbaudirector von Schulte und Baurath Mosengel, von Seiten Bremens ausser van Ronzelen Senator Heineken, Aeltermann Fritze und der Capitän Lutiges theilnahmen. Die Terrainaufnahmen und Auspeilungen ergaben, dass das ins Auge gefasste Leher Aussendeichsland am nördlichen Ufer der Geeste und dem östlichen Ufer der Weser für den Zweck der Hafenanlage in jedem Betrachte günstig sei. „Wie van Ronzelen, heisst es in dem Berichte Heinekens an Smidt vom 16 August, an Ort und Stelle alles auseinandersetzte, wurden Schulte und Mosengel ganz warm und behaupteten einstimmig, es werde ein Werk, wie Norddeutschland noch keins aufzuweisen habe, und wenn Hannover nicht für lange Zeit alle dazu etwa disponiblen Geldkräfte an der Ems verplittert hätte, so hätte es sich die Ehre der Ausführung gar nicht müssen nehmen lassen." Die Besichtigung des Terrains am Neuenlander Siel ergab dagegen, dass das dortige Gebiet für Anlage eines Löschplatzes wenig geeignet sei. Nach Bremen zurückgekehrt entwarf van Ronzelen sofort eine Skizze für den Hafenbau, deren Ausführbarkeit von den hannoverschen Technikern vollkommen zugestanden wurde, nur suchten diese mit Heineken und Fritze über die Grösse des abzutretenden Terrains zu feilschen, indem sie behaupteten, dass 500 Morgen, wie im Vertrage stipulirt, dort gar nicht abzulassen seien, dass aber auch 200 Morgen für die erste Anlage völlig genügen würden; eine Behauptung, der sich die Bremer natürlich auf das Entschiedenste widersetzten.

Inzwischen hatte Smidt erfahren, dass Graf Münster noch auf wenige Tage nach Hannover zurückgekehrt sei, und da er diesen vor seiner Abreise nach England noch wieder zu sprechen wünschte, so eilte er, nachdem er zuvor noch dem auf dem Johannisberg eingetroffenen Fürsten Metternich einen Besuch abgestattet hatte, ohne Aufenthalt nach Hannover, wo er am Mittag des 19. August anlangte. Noch am selben Nachmittage sprach er Münster und nahm an einer diesem zu Ehren ge-

gebenen Abschiedssoirée theil, wo ihn der Herzog von Cambridge und die hannoverschen Minister mit grosser Auszeichnung begrüssten und ihm ihre lebhafte Freude über das glückliche Resultat der Verhandlungen und der Untersuchung aussprachen. Doch bemühte er sich vergeblich vom Grafen Münster zu erlangen, dass auch ein Theil des eigentlichen Hafens mit in das unter voller bremischer Hoheit abgetretene Gebiet falle.

Schon am 16. August war dem Senate Mittheilung von der stattgehabten Untersuchung gemacht worden. Gegen Ende des Monats, nachdem Smidt wieder in Bremen eingetroffen war, kam Rose auf einige Tage hieher, um einem hannoverschen Beamten die nöthigen Instructionen für Acquisition des Terrains zu ertheilen.

Zu Anfang September erfolgte die Ratification des Präliminarvertrages von Derneburg seitens des bremischen Senats und einige Zeit darauf auch seitens des Königs Georg IV.

Am 7. November gab Smidt in der Senatsversammlung einen ausführlichen Bericht über die gesammten seit dem Juni 1825 durch die auswärtige Commission geführten Unterhandlungen, aus welchem wir Folgendes hervorheben. Nachdem einleitend die Gefahren, denen der bremische Handel ausgesetzt zu sein schien, ins Gedächtniss gerufen sind, heisst es: „Ohne sich über das Mass der Realität oder des Scheins, der Nähe oder Ferne dieser Gefahren bestimmte Rechenschaft zu geben, ging die allgemeine Ansicht des Senats dahin, dass die Existenz solcher Besorgnisse allein schon hinreichenden Grund abgebe, seine angestrengteste Thätigkeit zur Beseitigung derselben in Anspruch zu nehmen, und dass der Versuch einer öffentlichen schriftstellerischen Widerlegung jener oldenburgischen Anstrengungen (d. h. der Consulatsinstruction von 1824) dazu nicht ausreichend erscheine, weil das was derselben reelles zum Grunde liege, nemlich das sich täglich evidenter darlegende vermehrte und erweiterte Bedürfniss der Betreibung unsers Handels durch grössere Seeschiffe, als bei dem frühern vorzugsweisen Verkehr mit den europäischen Seestaaten ausreichend gefunden, und die Unzulänglichkeit unserer bisherigen eigenen Anstalten für die Befriedigung dieses Bedürfnisses, sowie die Unmöglichkeit deren im Umkreise unsers Gebiets zu errichten,

sich einmal doch nicht ablenguen liessen, und bei einem solchen Widerlegungsversuche also nur um so notorischer hervortreten dürften. Die Commission für die auswärtigen Angelegenheiten erhielt daher nur den allgemeinen Auftrag zu Ueberlegung und Berichterstattung was in der Sache zu thun sei.

„Die Ansicht, welche sich sofort aufs unzweideutigste bei ihr aussprach, dass uns nur dann reell geholfen werden könne, wenn wir zu eigenen, für die grössere Seeschiffahrt hinreichenden, Hafenanstalten an der Niederweser gelangten, und uns die freie Benutzung derselben in organischer Verbindung mit unsern übrigen, die Cultur des Handels und der Schiffahrt bezweckenden, Einrichtungen zu sichern vermöchten, musste unter Erwägung der vorwaltenden Umstände ohne weiteres auf die Ueberzeugung führen, dass wir dazu der mitwirkenden Hilfe eines andern an der Niederweser belegenen Staats bedürften. Hiebei konnte aber nur an das Königreich Hannover gedacht werden, da bei den offenbar feindseligen Gesinnungen Oldenburgs von diesem keine willige und bei der Gesammt-Enclavirung dieses und des bremischen Staats durch den hannoverschen ohne letzteren keine in unser gesammtes Handelsinteresse vollkommen eingreifende Mitwirkung zu erwarten war. Was diese Ueberzeugung aber lebendig machte, war der sofort sich einstellende Glaube, dass eine solche Hilfleistung auch den gegenwärtigen eigenen Interessen Hannovers angemessen erscheinen, und daher ohne Aufschub mit offenem Vertrauen und voller Zuversicht von demselben begehrt werden durfte.

„Die Richtigkeit dieser ersten intuitiven Anschauungen dessen, was in der Sache noth und thunlich sei, bot sich bei deren weiter folgender Bearbeitung immer überzeugender dargestellt."

Nachdem sodann von der „bremischen Handelsprovinz", d. h. dem Wesergebiet, und dessen gegenüber dem Rhein und der Elbe kleineren und ungünstigeren Verhältnissen gesprochen ist, heisst es weiter: „Nur durch angestrengten Fleiss und calculirende Sparsamkeit, nur durch ein immer lebensreges industriöses Genie hat sich also bisher für Bremen eine Handelsprovinz zwischen Rhein und Elbe erhalten und erweitern lassen; denn wenn es ihm durch die sorgsame Cultur einzelner Handels-

zweige auch von Zeit zu Zeit gelungen ist, mit seinem Handelsgebiet die mächtigeren Nachbarströme zu überschreiten, wie es noch jetzt mit dem Tabaksverkehr der Fall ist, so darf nicht vergessen werden, dass dies nur ein mässiger Ersatz gegenseitiger Ueberschreitung der ihm von der Natur angewiesenen Handelsbahnen ist, wie die vielfachen Waaren, welche in der Regel nie direct, sondern nur über Hamburg oder Amsterdam von uns bezogen werden, hinreichend an den Tag legen.

„Der politisch merkantilische Horoscop Bremens deutet aber in jeder Hinsicht auf ein nothwendiges Eintreten noch bedeutenderer Anstrengungen dieser Art, um bei der schon beginnenden neuen Gestaltung vielfacher, seine Handelsexistenz bedingender, Verhältnisse den nachtheiligen Folgen seiner Lage zwischen Elbe und Rhein und seiner Entfernung von dem naturgemässen Lade- und Löschplatze der Weserschiffahrt nicht zu erliegen.

„Denn wenn an der einen Seite die Vollendung der Emancipation und die wachsenden Handelsbedürfnisse der transatlantischen Staaten im allgemeinen auf zunehmenden Handelsflor Deutschlands günstige Wirkung äussern dürften, so ist doch von der entschieden grösseren Receptivität des Rheins und der Elbe für die Cultur der damit eröffneten neuen Verkehrszweige wohl zu erwarten, dass sie nicht bloss eine bedeutendere Masse derselben sondern diese zugleich in einer beschleunigteren Strömung an sich ziehen werden. Der vollständigere und reichere Markt ist es aber, was durch bessere Auswahl und wohlfeilere Preise zur Ueberflügelung anderer nach allen Richtungen vorzugsweise befähigt. Haben beide Nachbarflüsse sich mittelst der Unternehmung der Rheinisch-Westindischen Compagnie doch jetzt schon über Bremen hinweg vortheilhaft die Hand gereicht. Eilt der deutsche Theil des Rheins seiner Entfesselung von den niederländischen Banden doch mit jedem Jahre sichtlicher entgegen, und was wird vereinte Kraft dort nicht vermögen? Droht nicht die Ems und ihre Verbindung mit dem Rheine, für die man die stipulirten Millionen doch nicht nutzlos wird verwendet haben wollen, sogar unserer Handelsprovinz noch weit naher zu rücken, und ihre Granzen noch

von einer andern bis dahin ungefährdet gebliebenen Seite zu beschränken? Hat nicht Hamburg den brasilischen Handel schon fast ausschliesslich in seine Canäle zu leiten gewusst? Wird die aufkommende mit den Gefahren der Meere und Flüsse noch weniger vertraute Schiffahrt der südamerikanischen Staaten sich nicht vor allem nach sicheren Ankerplätzen auf dem Continente umsehen, von welchen die Waaren auf dem schnellsten Wege in die Packhäuser geliefert und der sehnlich erwartete Vorschuss auf dieselben dann unverzüglich geleistet werden kann? Treten bei der Ausfuhr nach jenen Gegenden nicht ähnliche Verhältnisse ein? Wird der ganze Verkehr mit denselben, da er nur durch grössere Seeschiffe betrieben werden kann, nicht bald für das bei seiner Erbauung und bei seinen eigenen Hafenanstalten nur auf die Nord- und Ostsee-Schiffahrt berechnete Bremen als ungeeignet erscheinen? Und was wird von allen diesem die Folge sein, wenn, wie es gar nicht fehlen kann, die Zeit einmal kommt, wo auch in der Wagschale der Politik das alternde Europa von der kräftigeren neuen Welt überwogen und die Nothwendigkeit geeigneter Befriedigungspunkte für die Bedürfnisse dieser es sein wird, was über die Fortdauer selbständiger Existenz der kleinern europäischen Continentalstaaten vorzugsweise entscheidet? Sollte Bremen dann von dieser Seite kein meine Rettung sehr viel Sorge zu fürchten haben?"

Nachdem hierauf die oldenburgischen Pläne zur Schädigung des bremischen Handels, sowie die Möglichkeiten besprochen worden sind, die auch Hannover dahin führen könnten, dem Handel der Weserstadt in Verbindung mit Oldenburg und durch Begünstigung der hamburgischen Verkehrsstrassen empfindliche Schläge zu versetzen, werden endlich noch politische Velleitäten hervorgehoben, die ein enges Zusammengehen Bremens mit Hannover empfehlen.

„Betrachten wir endlich die doch bei aller gegenwärtigen Unwahrscheinlichkeit nicht aus den Augen zu verlierende Möglichkeit, dass der allgemeine Friedenszustand von Europa einmal wieder unterbrochen werden, und dass die beiden grössten Genossen des deutschen Bundes in dieser Unterbrechung sich feindlich berühren sollten, was wäre bei der noch immer un-

gelösten und von jenen beiden bisher ängstlich verhinderten engern Verbindung aller übrigen deutschen Bundesstaaten unter einander wohl anders zu erwarten, als dass eine solche Verbindung dann wenigstens in den nächsten nachbarlichen Berührungen von jedem unter ihnen bestmöglichst zu erstreben und zu erwirken sein würde, um die Folgen des drohenden Sturmes doch so wenig isolirt als möglich zu bestehen; mit wem anders könnten wir vermöge unserer geographischen Lage eine solche Verbindung zunächst einzugehen wohl irgend beabsichtigen, oder uns durch die Umstände veranlasst finden, als gerade mit dem Königreich Hannover, und was würden wir während derselben oder bei Beendigung einer solchen Crise von dieser Verbindung wohl zu erwarten haben, wenn eine eifersüchtige Handelspolitik unser Interesse von dem hannoverschen trennte, wenn dieses nicht in der Erhaltung unserer Selbständigkeit auch seinen eigenen Vortheil zu finden und zu erstreben vollständig überzeugt wäre?"

Aus allen diesen Gesichtspunkten sei denn die Commission zu der Ueberzeugung gelangt, man müsse sofort vertrauliche Verhandlungen mit Hannover beginnen und dort die Ueberzeugung von dem wesentlich identischen Handelsinteresse der beiden Staaten zu erwecken suchen. Der Bericht giebt sodann eine geschichtliche Erzählung der gesammten Verhandlungen bis zum Abschluss der Convention von Derneburg und deren Ratification seitens des Senats und des Königs Georg.

Am 20. November erhielt Smidt die Nachricht, dass der Kaufcontract über die Leher Aussendeichslandereien seitens der Krone Hannover abgeschlossen sei. Das für die bremischen Anlagen erworbene Gebiet betrug im ganzen 342 calenbergische Morgen, von denen 75 schon früher Eigenthum des hannoverschen Fiscus gewesen waren, die Kaufsumme des Gebiets belief sich auf 49,991 Thaler, eine Summe, zu der dann noch erhebliche Vergütungen für die bisherigen hannoverschen Hafenanlagen hinzutraten. Es fehlten also 158 Morgen an der in der Derneburger Convention festgesetzten Anzahl, indess war im Augenblick nicht mehr zu erhalten und so musste sich Bremen einstweilen mit dem kleineren Terrain begnügen.

Am 24. November wurde der Bürgerconvent zusammenberufen und ihm unter Verpflichtung jedes einzelnen Mitgliedes zu strengster Verschwiegenheit Mittheilung von dem Präliminarvertrage gemacht. Diese Mittheilung schien, wenn auch nach Smidts Auffassung staatsrechtlich noch nicht nothwendig, da die Bürgerschaft an diplomatischen Verhandlungen keinen Antheil habe, doch erforderlich, weil einmal in Folge des Landkaufs an der Geeste über Brake her nach Bremen schon allerlei Gerüchte gedrungen waren, welche von mit Hilfe Bremens beabsichtigten bedeutenden Hafenanlagen Hannovers wussten, und zweitens, weil die Finanzdeputation schon jetzt ermächtigt werden musste, in dem Staatshaushaltsetat für das Jahr 1827 die wegen der Hafenanlage erforderlichen Mehrbedürfnisse in Rücksicht zu ziehen. Dazu kam, dass man hannoverscher Seits die Mittheilung an die Bürgerschaft wünschte, um schon jetzt sicher zu sein, dass dieselbe auch demnächst den Definitivtractat genehmigen werde; und auch dem Senate selbst musste daran gelegen sein, den guten Willen der Bürgerschaft durch eine frühzeitige Mitwirkung an dem grossen Werke sich zu sichern.

Dem Antrage des Senats ging eine eingehende Motivirung voraus, die gleichfalls aus Smidts Feder geflossen ist. Wir heben, um nicht zu vieles zu wiederholen, nur Folgendes aus derselben heraus:

„Der Gegenstand, welcher die heutige Versammlung der Ehrl. Bürgerschaft vorzugsweise veranlasst hat, nimmt die wichtigsten Interessen unseres Freistaates, die Sicherung und Fortbildung seines Handels- und Schiffahrtslebens, in unmittelbaren Anspruch.

„Zwei verschiedene, durch Zeit und Umstände allmählig herbeigeführte Veränderungen in der Lage und den Verhältnissen, wodurch die Benutzung dieser vorzüglichsten Quellen unsers individuellen Staatslebens bedingt wird, haben nemlich seit einer Reihe von Jahren für Bremen die Staatsaufgabe zur Sprache gebracht, wie es seine bisherigen Anstalten für den Seehandel und die Seeschiffahrt diesen veränderten Verhältnissen

zweckmässiger anzureihen im Stande sei, und jede Art des Versuchs ihrer Lösung weist auf die Nothwendigkeit desfalsiger ausserordentlicher Anstrengungen hin."

Es wird sodann einmal auf die durch Aufhebung des Reichsverbandes veränderte politische Lage, die Souveränität der Einzelstaaten und den damit unzertrennlichen Wegfall mancher den bremischen Handel begünstigenden Reichsprivilegien hingewiesen, und auf die Nachtheile, welche die günstigere nautische Lage der Nachbarstaaten Bremen bereitet habe.

„Zweitens, heisst es weiter, hat unser ganzer Seehandel seit dem amerikanischen Kriege die veränderte Gestalt gewonnen, dass die transatlantische Richtung desselben in den Vordergrund getreten ist, wodurch denn ein bedeutender Theil aller früheren nur auf den Betrieb europäischer Seeschiffahrt berechneten Hilfsanstalten desselben mangelhaft und für das vermehrte und erweiterte Bedürfniss unzureichend erscheinen musste.

„Bremen hat das, was ihm hierin an eignen Mitteln gebrach, daher immermehr nur bei seinen Nachbarstaaten an der Niederweser suchen und finden können, lästige Bedingungen waren davon unzertrennlich, und die Combination jener beiden veränderten Verhältnisse ergab vollends wachsende Abhängigkeit von fremdem Interesse und fremdem guten Willen.

„Die fortschreitende Emancipation transatlantischer Staaten, die in den Folgen derselben zu ihrer Zeit nicht ausbleibende Verbindung beider grossen Oceane hat vollends auf eine ganz neue Aera des Welthandels Aussicht eröffnet. Schon beginnt ein Wetteifer aller seefahrenden Staaten in vorbereitenden Massregeln zu möglichst reicher Theilnahme an einem solchen grösseren Umschwung des Völkerverkehrs, und die Thätigkeit unserer Börse hat auch hier ihren alten Ruhm nicht verleugnet."

Um nun die bei der schwierigen geographischen Lage Bremens drohende Concurrenz des Rheins und der Elbe zu bestehen, bedarf es bedeutender Staatsanstrengungen, der Einrichtung nach eigenen Bedürfnissen abgemessener Hafenanstalten. Es werden die Gründe dargelegt, welche Bremen

auf Hannover hinwiesen und die Ansichten, welche dem Nachbarstaate gegenüber geltend gemacht werden mussten und endlich zu dem glücklichen Compromiss der beiderseitigen Interessen führten.

Die Bürgerschaft trat den an diese Motive sich anschliessenden Anträgen des Senats bei, nämlich dass sie erstens einverstanden sei mit Fortführung der Verhandlungen, dass zweitens die Finanzdeputation zu autorisiren sei, schon jetzt im Budget für 1827 die Mehrbedürfnisse zu berücksichtigen und dass drittens der Senat, wenn er es bei den ferneren Unterhandlungen für nöthig erachte, mit der geheimen Regierungs-Commission und den Repräsentanten der Bürgerschaft bei derselben sich berathe. Die Bürgerschaft fügte nur den Wunsch hinzu, dass ihr der Tractat vor seiner definitiven Erledigung zur Ratification vorgelegt werde, und endlich bezeigte sie „denen Herren, welche sich in dieser Angelegenheit so thätig und mit so vieler Umsicht bemüht, Ihren innigsten Dank für den abermals so deutlich zu Tage gelegten höchst patriotischen Eifer zur Förderung des Staatswohles."

In den Weihnachtstagen ging Smidt abermals nach Hannover, um den definitiven Abschluss des Tractats zu erwirken. Zwar wünschte man in Hannover nicht eher abzuschliessen, als bis der Plan von Ronzelen's für den Bau endgültig festgestellt sei, da nur dann die Lage der mit voller Souveränität an Bremen abzutretenden Morgen genau bestimmt werden könne; indess Ronzelen lag eben krank in Amsterdam und konnte für's erste nicht weiter arbeiten und Smidt hoffte auch so zu einem Schlusse zu kommen, „da wir nun die Hauptsache, worauf es bei den erwähnten Bestimmungen ankommt, die Lage des Hafens, wissen und im März nicht weiter sind, bis März aber allerlei in die Quere kommen kann, zumal da Alle, die sich bis jetzt mit der Angelegenheit so vertrauensvoll beschäftigt, sterbliche Menschen sind." „Unter weit misslicheren Umständen, heisst es in dem am 23. December an Rose gerichteten Briefe weiter, und bedeutenderen Schwierigkeiten bei der Verhandlung ist ein dieselbe fördernder guter Genius niemals ausgeblieben, sobald man sich nur im Vertrauen auf sein

Einfinden zu rechter Zeit ans Werk machte. Warum sollte er denn diesmal fehlen?"

Als Smidt dann aber am Tage darauf in Hannover eintraf, fand er noch allerlei Schwierigkeiten, zumal die, dass Graf Münster nicht von 100 sondern nur von 50 mit voller Hoheit abzutretenden Morgen wissen und den Hafen selbst aus diesem Gebiete ausschliessen wollte. „In Oldenburg, schreibt er am 25. December an Heineken, soll die Sache jetzt gewaltige Bewegung veranlassen, wie ich von Herrn von Grote vernommen, bei dem sein Oldenburger Bruder kürzlich desshalb ins Haus gehört, weil er einen Brief darüber aus Oldenburg erhalten. Der Kriegskanzleidirector hat seinem Bruder vernünftigerweise bedeutet, man möge nur keinen Spectakel anfangen, die Sache sei so gut wie richtig und nichts mehr dagegen zu machen. Und der Oldenburger hat halb und halb eine eigene Satisfaction darin gefunden, weil er dem Herzoge schon vor anderthalb Jahren vorgeschlagen, er möge den Bremern in Brake einige Vortheile zugestehen, um sein Interesse mit dem ihrigen zu verbinden, der Herzog aber hat nicht darauf hören wollen und nun eifigst Grotes Memoire darüber wieder aufzusuchen befohlen."

Am folgenden Tage berichtet Smidt, dass verschiedene Berichterstattungen über Detailfragen des Vertrages von hannoverschen Beamten bearbeitet werden und dass der Tractat keinesfalls vor Ende der Woche zu Stande kommen könne. „Ich halte es aber aus mehreren Gründen für sehr räthlich, die Hoffnung jetzt zu dem Definitivtractate zu gelangen nicht eher aufzugeben, bis alle Aussicht dazu abgeschnitten ist. Je mehr von der Sache unter Leuten, die bisher gar nichts davon wussten, besprochen zu werden beginnt, desto mehr schon beseitigt geglaubte Schwierigkeiten kommen wieder zur Sprache, und neue Einfälle reihen sich daran, da jeder bei dieser Gelegenheit noch seinen Senf in die Sauce gemischt zu sehen wünscht. Die (hannoverschen) Landstände sollen Anfangs Februar zusammen kommen und dann möchte es noch ärger damit aussehen. Dazu regen sich die Oldenburger gewaltig. Ich höre hier, dass sie von allen Seiten und auf allen Wegen

16*

Erkundigungen einziehen, um der Sache vollends auf den Grund zu kommen."

Die Schwierigkeiten steigerten sich, je mehr man dem Abschluss sich näherte: nicht nur die Grösse und die Lage des mit voller Hoheit an Bremen zu überlassenden Terrains, sondern auch das Gebiet, welches Bremen an Hannover abtreten sollte, ferner die Summe, welche von Bremen für die bisherigen hannoverschen Hafenanlagen zu zahlen war, führten zu Meinungsverschiedenheiten, endlich tauchte noch eine bis dahin ganz unberührte Frage auf, die dem ganzen Plane verderblich zu werden drohte. Smidt berichtet darüber in einem Briefe vom 4. Januar 1827: „Mit unserer Unterhandlung will es noch immer nicht sonderlich vorwärts, denn obgleich ich ein Projekt zu einem definitiven Abschluss vorgestern unter möglichster Nachgiebigkeit vollständig ausgearbeitet, vorgestern Abend drei Stunden mit Rose durchgenommen und gestern wieder drei Stunden mit ihm und Herrn von Grote darüber verhandelt habe, so will dies doch keineswegs noch den gehofften Beifall finden. Rose und Grote wollen es heute und morgen für sich umarbeiten, dann soll es in einer Conferenz mit mir, wozu auch Herr von Schulte vertraulich zugezogen werden soll, wieder durchgenommen werden, und erst wenn wir uns darum leidlich einverstehen sollten, werde ich mit Herrn von Bremer förmliche Verhandlung über den Abschluss beginnen können. Unter diesen Umständen halte ich es nun noch ebenso möglich, dass die Sache ganz abgebrochen oder doch bis nach Vorlegung des von Ronzelene'schen Risses ausgesetzt werde, als dass während meines jetzigen Hierseins ein Definitivtractat zu Stande komme.

„Der gänzliche Abbruch ist eigentlich nur wegen eines einzigen Punktes zu besorgen, von dem ich bisher noch nichts geschrieben, weil ich immer noch hoffte, man werde einsehen, dass die Basen, worüber man sich doch einverstanden bezeugt hat, auf keine Weise berechtigen ihn zur Sprache zu bringen, und weshalb ich am Ende geradezu erklärt habe, dass ich die stete Erneuerung desselben nur für einen Vorwand die Unterhandlung ganz abzubrechen und sich von allem bisher Vereinbarten wieder loszusagen ansehen könne. Dieser Punkt

betrifft die Handelstractate, welche auch Hannover über den Gebrauch und die Benutzung des Havens mit fremden Staaten möchte abschliessen konnen, und darüber etwas in die Stipulation aufgenommen zu sehen wunscht. Das hannoversche Raisonnement ist folgendes: da wir die Hoheit nicht abtreten, als nur zu Behuf der Werfte, so gilt der Haven in den Augen Auswärtiger für einen hannoverschen Haven. Wenn wir nun mit einem fremden Staate einen Reciprocitatsvertrag abschliesen, mit dem Bremen noch keinen hat, und die Schiffe desselben werden in dem Bremerhaven anders behandelt, als unser Tractat es ausgesagt hat, so heisst es, wir hatten unsern Tractat gebrochen und unsere Schiffe riskiren dabei in den fremden Haven übel behandelt zu werden. Dergleichen Tractate sind uns aber besonders wegen unserer ostfriesischen Schiffahrt wichtig und wir können doch nicht im Voraus versprechen mit keinem Staate einen Handels- und Schiffahrtstractat abzuschliessen, mit welchem Bremen nicht vorab schon einen abgeschlossen hat, und auch nicht, dass wir ihn nur grade so abschliessen wollen wie Bremen.

„Mein Raisonnement geht hingegen dahin: der Hauptzweck, weshalb wir die ungeheuren Kosten an den Haven wendeten, dessen so vielfach beschränkte Einnahmen uns kaum die jährliche Unterhaltung decken werden, sei dahin gegangen, den fremden Staaten, mit welchen wir Handelstractate hätten oder zu schliessen dächten, sowohl etwas anzubieten zu haben, um sie zu reellen Gegenleistungen zu vermögen, als auch dadurch Mittel zu Repressalien zu besitzen, um sie zum Abschluss und zur Aufrechthaltung solcher Tractate zu nöthigen. Könnte Hannover auch mit fremden Staaten über den Gebrauch des Bremerhavens Verträge abschliessen, so würden diese thöricht sein, wenn sie sich deshalb an uns wendeten, da sie die nemlichen Vortheile bei Hannovers geringerem Interesse an dem Seehandel weit billiger würden erhalten können; wir würden dann aller Mittel zur Anwendung von Repressalien entblösst sein und hatten im Grunde nur für Hannover gearbeitet und unser Geld ausgegeben. Man könne uns aber nicht ansinnen eine solche Thorheit zu begehen, u. s. w."

Am 7. Januar schreibt Smidt weiter: „Mit der Hauptschwierigkeit bin ich (bei Rose wenigstens) doch dahin gekommen, dass man einzusehen beginnt, wir könnten die Sache so nicht zugestehen. Desungeachtet hat sie nur wie Proteus ihre Gestalt verändert und ist in anderer Form wieder aufgetreten. Man will nicht, dass bei den Handelstractaten über die Weser von Hannover gar nicht die Rede sei, man will auch Handels- und Schiffahrtstractate haben, und um sie zu haben, etwas anbieten und mit etwas drohen können. Wenn man nun von dem Bremerhaven abstrahiren muss und darüber keine Tractate, die offenbar nur Riemen aus fremdem Leder wären, schliessen kann, so will man doch Abgaben auf der Geeste erheben, um in Ansehung dieser einräumen und drohen zu können." Smidt machte hingegen geltend, dass die Sache im wesentlichen Hannover allein angehe und deshalb in den Tractat nichts darüber aufzunehmen sei, wenn Rose die Sache in der Conferenz berühren wolle, so werde er, Smidt, sofort nach Bremen abreisen, da er ohne Instruction über die Sache sei. In der am 6. Januar stattfindenden langen Conferenz hatte Smidt namentlich durch den Baurath Mosengel, „der weil ihm die Ebre zu diplomatischen Verhandlungen zugezogen zu werden, etwas Neues war, sich nun zu zeigen suchte und bei jedem Ausdruck Bedenklichkeiten hatte", viel zu leiden. Als ihm das in der zweiten Stunde zu arg wurde, sagte er scherzend: „Wenn man alle möglichen Fälle, worüber ein Streit entstehen könnte, im Voraus erschöpfen und dann noch einen code de procedure über ihre Schlichtung hinzufügen wollte, so dürften wir uns zunächst wohl nach einer Schubkarre umzuhören haben, auf welcher der Tractat zu transportiren sei". Das wirkte für den Augenblick, aber am 9. Januar schreibt Smidt wieder: „dieser indiscrete und eingebildete Mosengel hat mich dermassen ennuyirt (in der Conferenz vom 8.), dass ich die Verhandlung abbrach, indem ich anfing von heterogenen Dingen zu reden, und Rose hinterher sagte, ich würde mit Mosengel nun nicht weiter zusammen kommen", womit denn Rose ganz einverstanden war.

Zu diesen grösseren und kleineren Hemnissen, die sich

Smidt in den Weg legten, kam endlich noch ein ganz neues durch die aus London eintreffenden Nachrichten von dem stündlich zu erwartenden Tode des Herzogs von York. Wenn derselbe eintrat, so siedelte der in Hannover gern gesehene Herzog von Cambridge nach England über, und die damit bevorstehende Aenderung in Hannover machte Alle ängstlich. „Der Herzog von York, schreibt Smidt am 9. Januar, der uns in seinem Leben nichts zuwider gethan, betrübt uns in seinem Tode. Diese Geschichte ist an der ganzen Verzögerung Schuld. Alles ist darüber ängstlich geworden und glaubt sich nicht genug verclausuliren und gegen künftige mögliche Vorwürfe decken zu können. Man will die Sache noch immer, aber man will zugleich die allgemeine Ueberzeugung dabei ausgesprochen sehen, dass sie nur so und nicht anders habe zu Stande kommen können, und deshalb muss ich mit jedermann die Tour bis an die Gränze unserer Nachgiebigkeit in der ganzen Peripherie durchmachen. Voilà tout! Wie peinlich das für mich ist, brauche ich Ihnen nicht ausführlich zu schildern. Handelte es sich von meinen eigenen Interessen, ich hätte längst die Karre vor die Thür geschoben, so aber musste ich schon Geduld haben."

Die Sache kam dann doch viel schneller zum glücklichen Ende als Smidt erwartete. Schon am 10. Januar schreibt er: „Im ganzen bin ich heute zufriedener wie gestern, da ich sowohl gestern Abend, wo ich noch eine Zusammenkunft mit Rose und Grote hatte, als auch heute bei Herrn von Bremer wirklich so vollkommen guten Willen für die Beendigung der Sache gefunden habe, dass ich an einem leidlich guten Ausgange jetzt doch nicht mehr zweifeln möchte." Dieser gute Ausgang war denn in der That am folgenden Tage erreicht. Am 11. Januar 1827 unterzeichneten der Minister von Bremer und Smidt den Vertrag, durch welchen die Stadt Bremen wieder in den Besitz eines so lange entbehrten Seehafens kam, durch welchen nicht dem bremischen Staate allein, sondern einem grossen Theile des nordwestlichen Deutschland neuer Lebensimpuls gegeben wurde, durch welchen dem deutschen Handel ein neuer Weg gebahnt und sein ausserordentlicher Aufschwung wesentlich mitgefördert worden ist.

Die Einleitung zum Vertrage vom 11. Januar betont die im Wesentlichen übereinstimmenden Interessen beider Staaten und die zu ihrer Förderung nothwendigen gemeinschaftlichen Massregeln. Artikel 1 bestimmt ohne nähere Ortsbezeichnung, dass an der hannoverschen Küste der Unterweser ein Hafen angelegt werden soll, geeignet Seeschiffe von wenigstens 120 Last aufzunehmen. Im 2. Artikel verpflichtet sich Bremen zur Anlage des Hafenetablissements in der Weise, dass dadurch der Seeschiffahrtsverkehr auf der Weser daselbst thunlichst concentrirt und die Industrie der hannoverschen Umgegend möglichst gefördert werde. Artikel 3 und 4 bestimmen die Lage und die Grösse des Hafengebiets, geben Anordnungen zum Schutze des linken (Hannover verbleibenden) Geesteufers, über Zahlung der Kaufsumme für das fiscalische Terrain und der darauf befindlichen hannoverschen Hafen- und Schiffahrtsetablissements, die Uebertragung des Kaufcontracts über das übrige Gebiet an Bremen; endlich verspricht Hannover der Stadt Bremen, falls diese es wünsche, bei Erwerbung von weiteren 150 Morgen behülflich zu sein. Der 5. Artikel verpflichtet Bremen ausser dem Kaufgelde binnen drei Jahren 200,000 Thaler an den Hafenbau zu verwenden. Der Artikel ist, wie man leicht sieht, nur aus der uns heute unbegreiflichen Besorgniss hervorgegangen, Bremen werde schliesslich doch nicht Ernst machen mit der Herstellung eines völlig eingerichteten Hafens, sondern sich mit der Anlage eines Anker- und Löschplatzes begnügen. Die stipulirte Summe beweist freilich, wie schon früher bemerkt, wie wenig man in Hannover über die Erfordernisse einer grossen Hafenanlage unterrichtet war; wenn Bremen sich mit der Verwendung jener Summe begnügte, so hätte es in der That nicht viel mehr schaffen können, als was man hannoverscher Seits durch die ausdrückliche Nennung derselben eben verhindern wollte.

Im 6. Artikel wird die Nichtübertragbarkeit der im Vertrage einem der beiden Theile eingeräumten Rechte an einen dritten Staat festgesetzt und Hannover entsagt allen Ansprüchen auf eine Zurücknahme oder Schmälerung der Stipulationen, namentlich solchen, welche aus Motiven des sog. jus eminens her-

genommen werden konnten; ein Artikel durch welchen de facto das ganze Terrain mit Ausnahme der Militärgewalt der vollen Staatshoheit Bremens unterworfen wurde, wenn diese auch nach Artikel 7 der Stadt nur über ca. 100 Morgen zustehen sollte. Wichtig ist hier, dass es Smidt doch gelungen war einen Theil des eigentlichen Hafens mit in diese 100 Morgen einzuschliessen. Artikel 8 überträgt an Bremen die einzelnen staatlichen Rechte im Hafendistricte, bestimmt, dass die hannoverschen Unterthanen daselbst gleiche Rechte und Pflichten mit den bremischen haben sollen und enthält die Ausmachungen über die Hannover verbleibende Militärhoheit über des gesammte Terrain.

Artikel 9 handelt von den gemeinsamen Quarantaineanstalten, der folgende von einer künftigen Postconvention. Die Artikel 11—13 treffen Bestimmungen über die Abgabe der Güter bei ihrem Transport durch hannoversches Gebiet, über die Richtung der Chaussee von Lehe nach Vegesack und eine bessere Verbindung dieses letzteren Ortes mit Bremen. Artikel 14 und 15 sprechen von der Ueberlassung von ca. 200 Morgen Landes seitens des bremischen Staates an Hannover behufs einer besseren Communication zwischen Lilienthal und Ottersberg. Artikel 16 endlich stellt einige Punkte auf, über welche künftige gemeinsame Verhandlung vorbehalten bleibt, als Verhütung von Zolldefraudationen, Anlage eines Anker- und Löschplatzes beim Neuenlander Siel, Verbesserung der Land- und Wassercommunicationswege.

Der so zu glücklichem Abschlusse gediehene Vertrag wurde am 28. Februar 1827 vom König Georg IV, am 9. März von Senat und Bürgerschaft zu Bremen ratificirt. Am 10. April wechselten Smidt und von Bremer in des letzteren Hause zu Hannover die Ratificationen aus und trafen die Abrede, dass die Tradition der beiderseits abgetretenen Gebiete unter Vorbehalt genauer Grenzregulirung ohne weitere Förmlichkeit am 1. Mai stattfinden solle.

Aber Smidt liess es sich doch nicht nehmen, dabei gegenwärtig zu sein, wenn zum ersten Male auf dem zukunftsreichen Boden an der Geeste die bremische Flagge wehte. Mit Senator Heineken, Aeltermann Rodewald und dem Regierungssecretär

Breuls fuhr er am 30. April nach Lehe, und es musste ihm eine eigene Genugthuung sein, als am nächsten Morgen auf dem früheren hannoverschen Hafenhause die Flagge seiner Vaterstadt geheisst und von der hannoverschen Flagge am linken Geesteufer, sowie von dem auf der Weser liegenden bremischen Schiffe Johann Carl salutirt wurde, als er dann Mittags in hundertjährigem Rheinwein auf das Gedeihen Bremerhavens anstiess.

Als Smidt grade 30 Jahre später sein ehrenreiches Leben beschloss, da hatte sich auf dem damals öden Boden ein reger Verkehr entfaltet, das ursprüngliche Hafenbassin genügte schon lange nicht mehr für die steigende Zahl von Schiffen, welche dort einliefen, eine blühende Stadt erhob sich längs des Hafens und sah einer glänzenden Zukunft entgegen.

Aber jene 30 Jahre haben ununterbrochene Mühe und Arbeit gekostet, und ehe das Werk zu praktischer Bedeutung gedieh, ist Smidts und seiner Freunde sicheres Vertrauen in den Werth der neuen Anlage daheim noch auf viel schwerere Probe gestellt worden, als es während der Unterhandlung mit Hannover geschah.

Noch ehe die bremische Flagge an der Geeste wehte, thaten sich in Bremen tadelnde Stimmen gegen die beabsichtigte Anlage kund, die, da sie von einer grossen Anzahl hiesiger Seeschiffer ausgingen, nicht ohne eingehende Erwiderung bleiben konnten. Der Aeltermann Fritze unterzog sich dieser Mühe mit gutem Erfolg.

Inzwischen war van Ronzelen als Baurath in den bremischen Staatsdienst getreten, um die Oberleitung des gesammten Baus zu übernehmen. Die Hafenarbeiten wurden einem holländischen Consortium am 20. Mai zum Preise von 835,000 holländischen Gulden zugeschlagen und dieselben begannen unverweilt. Im Juni ging ein bremischer Amtmann nach Bremerhaven ab, wo die wachsende Arbeitercolonie die Wahrnehmung staatlicher Functionen schon erheischte.

Während aber die Arbeiten rüstig fortschritten, begann in Bremen sich Misstrauen, Unzufriedenheit, offene Feindseligkeit gegen das neue Institut zu bilden. Dem Handelsstande Fern-

stehende sahen in den ausserordentlichen Geldopfern, welche die Anlage erforderte, eine einseitige und unbegründete Begünstigung eines Theils der Staatsangehörigen; um so ungerechtfertigter erschien ihnen dieselbe, als ihnen die Nothwendigkeit des Werkes nicht einleuchtete. Anderen, welche den Vortheil eines eigenen bremischen Seehafens nicht ganz verkannten, schien dennoch der Aufwand durchaus in keinem Verhältniss zu dem zu erwartenden Nutzen zu stehen, sie sahen eine unheilvolle Verwirrung der bremischen Staatsfinanzen voraus, weil, selbst wenn das Unternehmen gelang, doch die Hafeneinnahmen niemals die Zinsen des Anlagecapitals und die jährlichen Unterhaltungskosten decken würden. Unter den Kaufleuten erkannten diejenigen, welche ein oberländisches Geschäft betrieben, in dem Werke eine ungerechte Bevorzugung des Importhandels, und selbst unter denen, welche mit dem letzteren sich beschäftigten, gab es viele, welche, je weiter die Hafenanlage gedieh, um so unzufriedener über dieselbe sich aussprachen, weil Oldenburg neuerdings die bremische Schifffahrt viel zuvorkommender behandele und damit die Ueberflüssigkeit der bremischen Anstrengungen erwiesen sei. Dass dieses freundlichere Verhalten der oldenburgischen Behörden eine Folge der bremischen Bestrebungen war, und dass es zeigte, wie sehr man in Oldenburg die drohende Gefahr erkannte, wie fest man von dem ernstlichen Willen Bremens und der Möglichkeit seiner Durchführung überzeugt war, das wurde gänzlich übersehen. Missgunst gegen diejenigen Männer, welche ins geheim die Vorbereitungen zu dem wichtigen Unternehmen getroffen hatten, persönliche Ränkünen allerlei Art, wie sie in einem kleinen Gemeinwesen so leicht sich geltend machen, endlich die Trägheit der Masse, sich an neue Ideen zu gewöhnen, traten hinzu, um die Stimmung der bremischen Bevölkerung in übelster Weise zu beeinflussen *). Man solle nur so und so viel daran wenden, um die Pfütze wieder zuzuwerfen, solche Redensarten konnte man überall hören. Das gute Einvernehmen zwischen Senat und Bürger-

*) S. hierüber J. H. W. Smidt, über die Anlage von Bremerhaven, im Bremischen Magazin 1. Jahrgang 7. Heft 1831.

schaft wurde getrübt, und als die Hafenanlage glücklich beendet war, liess man noch längere Zeit das Werk entgelten, was man an Vorurtheilen gegen seine Leiter aufgesammelt hatte.

Die Deputation, welcher unter Smidts Vorsitz die Verwaltung des Bremerhavens anvertraut war, liess sich durch alles das nicht hemmen, sondern förderte das ihr vertraute Werk derartig, dass der Hafen im Sommer 1830 zur Aufnahme von Schiffen bereit war. Aber nur wenige bremische Rheder konnten sich entschliessen, ihren Capitänen Anweisung zum Einlaufen in den neuen Hafen zu geben, und so kam es, dass das erste Seeschiff welches am 13. September 1830 durch die Schleuse in den Bremerhaven legte, ein unter amerikanischer Flagge segelnder Schooner war. Bis zum Ende des Jahres liefen überall nur 18 und unter diesen nur 12 bremische Schiffe in den Hafen ein. Im Jahre 1831 besuchten von 1095 für Bremen bestimmten Schiffen, welche in die Weser einliefen, nur 95 Bremerhaven; doch besserte sich das Verhältniss bis 1835 schon derartig, dass unter 1085 Schiffen 284 in dem neuen Hafen löschten.

Bessere Einsicht und die Macht der Gewohnheit haben die Vorurtheile, welche jenes Missverhältniss herbeiführten, längst beseitigt. Heute ist Bremerhaven der Concentrationspunkt der Weserschifffahrt. Neben dem alten Hafenbassin ist bereits im Jahre 1851 ein zweites grösseres eröffnet, mit einem Aufwande von Millionen wird gegenwärtig ein drittes ausgegraben, mehr für die erhofften Bedürfnisse der Zukunft als für das augenblickliche Erforderniss berechnet.

Im Todesjahre seines Gründers wurde der bremische Seehafen von 917 Schiffen mit 177,682 Last besucht, d. h. genau zwei Drittel des gesammten bremischen Schiffsverkehrs hatte sich dorthin gezogen. Seitdem hat sich sowohl die Zahl wie namentlich die Grösse der Schiffe, welche zu Bremerhaven einlaufen, ausserordentlich gesteigert, sie betrug im Jahre 1872, 1220 Schiffe mit 415,341 Last, und obwol im Beginn der sechsziger Jahre hannoversche Eifersucht am linken Ufer der Geeste eine eigene Hafenanlage schuf, welche, bestimmt dem bremischen Handel Concurrenz zu machen, doch freilich in Wahrheit das Wachsthum desselben nur erhöht, so repräsentirte dennoch

der vorigjährige Verkehr in Bremerhaven mehr als 73 Procent des gesammten bremischen Schiffsverkehrs.

So über alles Erwarten hat sich die Zuversicht bewährt, mit welcher Smidt in einem der gefahrvollsten Momente seine persönliche Energie, seinen staatsmännischen Willen einsetzte, um unterstützt von wenigen Freunden dem Handel seiner Vaterstadt neue Bahnen anzuweisen, auf welchen sie erst in dem friedlichen Wettkampfe der Nationen den ehrenvollen und gewinnbringenden Platz erringen konnte, den sie heute einnimmt. Das Gut staatlicher Selbständigkeit hat unter der glorreichen Kraftentfaltung unseres Vaterlandes an ideellem wie an praktischem Werthe ausserordentlich verloren, aber um Bremerhavens willen müssen wir die noch erhaltene Autonomie hochschätzen, sie allein bewahrt der binnenländischen Stadt seine „geistige Meeresnatur", welche es unter physischer und politischer Ungunst durch die Jahrhunderte sich erhalten hat, und welche ihm doch vielleicht heute schon verloren wäre, wenn nicht Smidts Genius ihm zu rechter Zeit die Tochterstadt an der Mündung seines Stroms geschaffen hätte.



# Mittheilungen
aus dem handschriftlichen Nachlasse
**Johann Smidt's.**

## I. Schreiben an Perret
**vom 5. December 1797.*)**

(Bremen,) 5. Decbr. 97.

Lieber Perret!

Es soll einmal ein alter Weiser gesagt haben, jeder Mensch habe sein Masse Arbeit auf Erden, aber das Herz könne dabei nicht bleiben. So mein' ichs auch, — ich habe auch mein Masse Arbeit auf Erden erhalten, ich suche täglich etwas hinzustellen, das ohne mich nicht dastünde — aber der Mensch soll doch kein Taglöhner sein, volle Befriedigung giebt ihm der Blick auf das Tagewerk nicht. Die Gegenwart steht vor ihm in scharf abgeschnittenen Farben, soll sein Auge wohlthätig auf ihr ruhen, so dürfen ihm die sanfteren Schattirungen der Zukunft und Vergangenheit nicht fehlen. Für die erste habe ich selbst zu sorgen, aber dass mir der Spiegel der letzteren nicht nachgerade verdunkle, erwarte ich auch zum Theil von der Sorgfalt meiner Freunde. Ihr lebendiges Bild ruft mir das Bild meines vorigen Lebens zurück — und wenn ich sehe, was

---

*) Der Empfänger, ein Elsasser, gehörte dem Jenaer Freundeskreise Smidt's an; siehe oben S. 49. — Dem nachstehenden Abdruck liegt das Concept Smidt's zum Grunde. Ein Theil des Schreibens ist bereits im „Bremer Sonntagsblatt" vom 4. November 1860, in Anlass der Aufstellung des Standbildes Smidt's im Rathhause, veröffentlicht worden.

sie geworden sind, stehen die Ahnungen wieder vor mir, die mein Herz im Umgange mit ihnen heben oder drückten. Das letzte war bei dir nie der Fall, mir ist immer wohl gewesen in deiner Nähe, denn du bist einer von denen, deren Kraft und Wahrheitssinn ich es vertrauen durfte, dass sie trotz allem Wechsel ihrer Aussenwelt sich auf ihrer gerechten Bahn dennoch behaupten würden. In der That, ich glaubte es nicht, dass du seit unserer Trennung jetzt die ersten Zeilen von mir lesen wurdest. Aber seit deinem Aufenthalt in der Schweiz schriebst du keinem von uns — keiner vernahm etwas von dem Orte deiner Existenz. – Vor einem Jahre etwa las ich in einer Zeitung, du seist als Legationssecretär mit dem General Clarke nach Italien gereist. Bei Bacher in Basel wurde mir diesen Sommer diese Nachricht bestätigt. Im August war ich in Mailand, wo ich dich zu finden hoffte, aber alle meine Nachforschungen waren vergebens. Der Lohnbediente im Cruce di Malta wellte dich einige Monate zuvor dort gesehen haben, wusste aber nicht, wo du geblieben seist. Ich ging in Bonapartes Canzlei, aber die Secretäre konnten mir keine Auskunft geben; es sei ein Secretär des Namens beim General Berthier, sagten sie — und zeigten mir etwas von seiner Hand, aber es war nicht die deinige; auch hiess jener Perrin. — Wahrscheinlich warst du damals mit Clarke in Udine, wenn du anders noch bei seiner Legation angestellt bist.

Es schien mir nicht unwahrscheinlich, dass dich die Geschäfte der Republik nach Rastadt fordern könnten, weil du des deutschen Staatsrechts kundig bist. — In dieser Hoffnung habe ich unsern dortigen Gesandten, den Doctor Gröning gebeten dich aufzusuchen und diesen Brief an dich abzugeben. Durch ihn kannst du dich, wenn du willst, von meiner hiesigen Lage näher unterrichten. Auch ist Gröning ein guter Kopf und ich glaube, dass der Umgang mit ihm dir Freude machen wird, wenn du anders Zeit dazu hast. Ist es dir irgend möglich, so lass mir doch, sobald du kannst, ein paar Zeilen durch ihn zukommen und schreib mir, wie du gelebt hast und zu leben gedenkst.

Ich verliess Jena erst im September 95, privatisirte

dann anderthalb Jahre in meiner Vaterstadt und setzte meine theologischen und philosophischen Studien fort. Im verwichenen Sommer machte ich eine Reise durch die Schweiz und einige angrenzende Departements der französischen und cisalpinischen Republik, die in mehr als einer Hinsicht sehr wohlthätig für mich gewesen ist. Bald nach meiner Ankunft erhielt ich hier ein Amt, das ganz meinen Wünschen entspricht, ich bin nämlich Professor der Philosophie am hiesigen Gymnasium geworden und suche nun, so gut ich es vermag, das Meinige dazu beizutragen, um die Menschen, die die Sphäre meines näheren Wirkungskreises umfasst, mit ihrer Menschheit vertrauter zu machen. Du weisst, dass es mir dazu an gutem Willen nicht fehlt; — meine Kenntnisse und Einsichten bemühe ich mich durch tägliches Studium zu vermehren und besser zu begründen, und damit es mir nicht an einem nothwendigen Erforderniss glücklicher Wirksamkeit gebreche, damit ich mir Heiterkeit des Sinns und ein frohes Gefühl meines individuellen Lebens erhalte, stehe ich jetzt im Begriff mich mit einem trefflichen Mädchen, das ich seit mehreren Jahren liebe und schätze, noch näher zu verbinden. Willst du die Freude meiner Hochzeit vermehren helfen, so darfst du nicht lange säumen, in der Neujahrswoche musst du dann wenigstens in Bremen sein — Ich lebe hier in einem Kreise trefflicher Menschen und habe kein einziges geistiges Bedürfniss, für dessen Mittheilung ich einen theilnehmenden Freund vergebens zu suchen hätte. Auch meine äussere Lage entspricht meinen Wünschen; ich lebe in einem kleinen Staate, der kein bedeutendes Blatt in den Annalen unseres Zeitalters einnimmt, aber den Ansprüchen seiner Bürger auf ihre fortschreitende Cultur weniger Hindernisse in den Weg legt, als irgend einer, zu dessen Kenntniss ich bis dahin gelangte. Du erinnerst dich doch wohl an das, was wir mehr als einmal über den reinen Föderalismus miteinander sprachen. Unsere drei nordischen Hansestädte sind die einzigen in Deutschland, die diesem schönen Verhältnisse so nahe gekommen sind, wie es ihnen möglich war. Ich denke deswegen gar nicht darauf, den erlangten Wirkungskreis in meiner Vaterstadt zu verlassen, so lange sie sich ihre jetzige glückliche Lage erhält. Mit ihrem steigenden Flor ist freilich

auch der Neid ihrer übermächtigen Nachbarn gestiegen; aber doch hoffen wir, dass die Besorgnisse, die mancher deswegen hegt, durch den allgemeinen Frieden, an dem du jetzt arbeiten hilfst, völlig aufgehoben werden dürften. Kannst du vielleicht etwas dazu beitragen, dass man bei der Berechnung des Allgemeinen, die hier vorfallt, auch dem Besonderen seine Aufmerksamkeit nicht entziehe, — kannst du vielleicht zur rechten Zeit an etwas erinnern helfen, was als Kleinigkeit minder geachtet werden könnte, so fordere ich dich nicht bloss als Freund und als Bürger, sondern wirklich auch als Kosmopolit dazu auf. Für dich, und alle die wie du denken, weiss ich, ist das genug gesagt, — aber für andere dürfte vielleicht ein Blick auf den Nutzen, den die Freiheit der Hansestädte und der nur dadurch allein begründete Handelsflor derselben der Republik während dieses Krieges verschaffte, von grosserer Bedeutung sein. So hat z. B der Umfang des Absatzes französischer Producte an die Vereinigten Niederlande mit dem, was bremische Schiffe in Frankreich einkauften, schon vor dem Kriege beständig balancirt. — Vergiss es also nicht, Lieber, und nimm dich dieser Sache an, so sehr es deine Lage erlaubt. Wundre dich nicht darüber, dass ich dich darum bitte. Das „Nil volentibus arduum" steht so gut in deinem Herzen wie in dem meinigen. Dass die Republik nicht unterdrückt werde, kann dir nicht mehr am Herzen liegen, als mir die Freiheit meiner Vaterstadt, und du kannst gewiss so wenig wie ich denjenigen schätzen, der bei einer Aufforderung, für Menschenwohl thätig zu sein, erst die Köpfe zu zählen versucht und sich fragt, ob es auch der Mühe wohl werth sei.

Du wünschest gewiss von unsern alten Freunden einige nähere Nachricht zu haben. — Borger*) hat sich 1½ Jahre in der Schweiz aufgehalten, ich habe dort vorigen Sommer manche frohe Stunde in dem Umgange dieses geist- und herzvollen Menschen erlebt — jetzt ist er nach Copenhagen zurückgegangen. — Breuning lebt in Bonn, nach dem letzten Briefe, den ich im verwichenen März von ihm erhielt, nicht sehr zufrieden. Es drückte ihn damals sehr, dass die Zeitumstände auf den

*) Ueber ihn und andere der im Folgenden genannten Freunde Smidt's siehe oben S. 48 ff.

Charakter seiner Landsleute so nachtheilig wirkten. Der versteckte Egoismus, schreibt er, kommt bei dieser Gelegenheit allenthalben zum Vorschein, jeder sorgt nur für sich selbst, an Gemeingeist ist nicht zu denken. Er hat mich eingeladen an einem Journal mitzuarbeiten, das er im künftigen Jahre mit Pfeiffer, der auch in Bonn lebt, herausgeben will. Bis jetzt habe ich ihm noch nichts für dasselbe schicken können. — Bärnhoff lebt als Hofmeister bei einem Kaufmann in Petersburg; eine unglückliche Liebe hat eine wunderbare Veränderung bei ihm hervorgebracht, sein heiterer Sinn ist verschwunden, aber doch regt sich noch Kraft genug in ihm. Ein so seltner Charakter wie der seinige muss Zeit haben um sich zu organisiren. Auch von ihm habe ich seit einem halben Jahre nichts gehört. — Krüger ist Hofmeister in Curland, Pohrt bei den Kindern der Dichterin Friederike Brun in Copenhagen, Meister seit einiger Zeit Prediger in Altona. Lindner und Stegemann leben als Aerzte in Riga und Mitau. Vielleicht kommt mit dem preussischen Gesandten von Dohm ein Braunschweiger Horn*) nach Rastadt, der nach deiner Abreise Mitglied unserer literarischen Gesellschaft wurde. Suche ihn kennen zu lernen, er ist ein vorzüglicher Mann, der deiner Freundschaft werth ist. Er wird dich mit der neuesten deutschen philosophischen Literatur näher bekannt machen können.

Fichte schreibt mir bisweilen — er arbeitet noch immer auf dem gewohnten Wege fort. — Hast du sein Naturrecht schon gelesen? Das von ihm vorgeschlagene Ephorat ist vielleicht auch da, wo die legislative und executive Gewalt getrennt sind, das einzige Mittel, die Constitution auch im dringendsten Nothfall keinem Eingriffe bloss zu setzen, der wenn er in seinen Folgen auch noch so wohlthätig sein mag, doch immer noch ein Monopol der Constitution verräth. Sieyes soll bei Entwerfung der letzten Constitution der Republik ähnliche Ideen geäussert haben. — Im angewandten Naturrecht hat mich die Deduction des Familienrechtes sehr interessirt, die männliche Grossmuth will mir indessen nicht recht gefallen; es ist leicht möglich, dass die individuelle Lage des Verfassers auf seinen freien Blick hier einen nachtheiligen Einfluss gehabt

*) Vgl. oben S. 81.

habe. — F. lebt übrigens jetzt sehr glücklich, seine Frau hat ihm einen Sohn geboren.*)

Noch viel hätte ich dir zu sagen, lieber Perret, aber ich will erst sehen, ob meine Ahnung, die dich nach Rastadt versetzt hat, gegründet ist. Gieb mir doch bald durch ein paar Zeilen Nachricht von dir. Herr Doctor Gronnig wird gern so gütig sein, sie zu besorgen. Du hörst dann bald mehr von

Deinem

Smidt.

## 2. Aphorismen

über das gegenwärtige politische Interesse der drei freien Hansestädte, mit vorzüglicher Hinsicht auf die Beantwortung der Frage, ob die Aufnahme in den Rheinischen Bund wünschenswerth für dieselben sei, oder nicht?

**Geschrieben in der Mitte Aprils 1808.**)**

§ 1.

Bei den Vorzügen, welche kleine unabhängige Freistaaten, wie die Hansestädte es sind, in der freien Bestimmung ihrer inneren Organisation nach den jedesmaligen Zeitbedürfnissen geniessen, ist es dagegen ihr unvermeidliches Loos, in Hinsicht der Bestimmung ihrer äusseren politischen Verhältnisse von dem allgemeinen Gange der grosseren Weltbegebenheiten abhängiger zu sein, und sich gegen dieselben passiver verhalten zu müssen, wie diejenigen grösseren Mächte, deren Kräfte zu

*) Dessen Gevatter Smidt war, s. oben S. 46

**) Für den Abdruck ist ein eigenhändiges Manuscript Smidts benutzt, welchem er selbst folgende Notiz beigefügt hat: „Dieser Aufsatz ist von mir während eines Aufenthalts in Hamburg im Jahre 1808 geschrieben und zum Theil dem Professor Rump, der mich dort auf acht Tage besuchte, in die Feder dictirt." Smidt war im März 1808 nach Lübeck und Hamburg gesandt, theils zur Verständigung über verschiedene gemeinsame Angelegenheiten der Städte, theils um mehrere bremische Anliegen durch directe Verhandlung mit dem französischen Gesandten Bourienne in Hamburg zu erledigen, als die Ende März eintreffenden Berichte der hanseatischen Vertreter in Paris, namentlich Senator Gronings Nachrichten über den bevorstehenden Eintritt Mecklenburgs und Oldenburgs in den Rheinbund, von Neuem und dringender die Frage nahe legten, ob jetzt auch die Hansestädte diesem Beispiel folgen sollten. Die Senate traten darüber in Correspondenz, während Smidt zugleich beauftragt war, den Gegenstand mündlich zu er-

selbstthätigem Eingreifen geeignet sind Nichtsdestoweniger muss es eine unerlässliche Aufgabe kleiner Staaten bleiben, sich jederzeit in einer klaren Ansicht ihres wesentlichen Interesses auch in Betreff jener äusseren Verhältnisse zu erhalten, um bei jeder bedeutenden Veränderung in dem Gange der Weltbegebenheiten zwischen diesem und jenes Interesse die nöthigen Parallelen ziehen und die seltenen zur politischen Autonomie sich ihnen darbietenden Momente ungesäumt ergreifen und zweckmässig benutzen zu können.

## § 2.

Ein überaus wichtiger Moment dieser Art für die Hansestädte traf in die letzte Hälfte des Jahres 1806. Die deutsche Reichsverfassung hatte durch den Abschluss der Rheinischen Bundesacte und durch die Abdication des deutschen Kaisers ihr völliges Ende erreicht. Die Hansestädte, nicht eingeschlossen in den damals noch sehr beschränkten Kreis jenes Bundes, fühlten sich zum erstenmale als völlig souveräne Staaten isolirt von jeder äusseren politischen Verbindung Preussen versuchte es, aus den im Norden Deutschlands noch übrig gebliebenen Trümmern des Reichs einen neuen Bundesstaat unter seinen

örtern In dieser Veranlassung verfasste er den nachstehenden Aufsatz ohne Auftrag, während der Senat zwei seiner Mitglieder, den Syndicus Schöne und den Richter Oelrichs, die über die Frage verschieden dachten, beauftragt hatte, ihm abgesonderte Gutachten darüber zu erstatten Am 13 April schrieb Smidt aus Hamburg an Schöne Schicken Sie mir ja Ihren Aufsatz — ich habe einen ähnlichen gestern im Entwurf gemacht, werde ich damit fertig, werde ich ihn schicken. Und am 24. April theilte er demselben den wesentlichen Inhalt des Aufsatzes mit dem Bemerken mit, dass Rump den letzteren am Donnerstag (25. April) mitbringen solle In der Senatssitzung vom 1 Mai wurde die Verhandlung über den Gegenstand mit der Verlesung des von Smidt eingesandten Aufsatzes, der eine umfassende Uebersicht über die politische Lage der Hansestädte giebt und den Smidt rücksichtsvoll in dem Schreiben vom 24 April als eine Einleitung zu Schöne's Arbeit bezeichnete, eröffnet, worauf dann die Verlesung der beiden andern Gutachten folgte Schöne schrieb am 7 Mai an Smidt „ . . . . Heymann würde Ihnen sehr Unrecht thun, wenn er glaubte, dass Sie bloss mit der Post sich beschäftigen Ich finde mich um so geneigter eventuell ihm seinen Irrwahn zu nehmen, da Ihre Aphorismen allein mir ein Staunen abgenöthigt haben, wie Sie solche im Strudel so mancher Zerstreuungen und Geschäfte, bei grossentheils mangelnden Quellen, so schnell und dabei vorzüglich schon zu Stande bringen konnten.“

Auspicien zu bilden, und schien sich mit seinem desfallsigen Aufrufe nur deshalb um so eifriger an die Hansestädte zu wenden, weil derselbe sonst überall eine Stimme in der Wüste blieb. Auch sie bewahrte indess eine glückliche Ahnung unglücklicher Zukunft, auf diese Stimme zu horchen. Die Befestigung innerer Eintracht, ein näheres Aneinanderschliessen und Festhalten in ihrem schwesterlichen Bunde, schien ihnen dagegen das erste was Noth sei, um kommenden Stürmen nicht so viel leichter einzeln zu erliegen.

## § 3.

Während in den hanseatischen Conferenzen zu Lübeck im September und October 1806 die Städte sowohl ihre gegenseitigen Verhältnisse zu ordnen, als ihr wahres Interesse in Beziehung auf ihre äussere politische Lage, und die nöthigen und möglichen Schritte dasselbe geltend zu machen, zu erwägen bemüht waren, schienen sie zugleich die Aufmerksamkeit grösserer Mächte in einem Grade zu erregen, der ihnen ein temporäres Ansehen politischer Wichtigkeit gab, in welches sie sich indess um so weniger finden konnten, je dunkler es ihnen blieb, ob sie es wagen dürften, sich und die Beförderung ihres wahren Wohls bei diesen ephemeren Beleuchtungen als Zweck zu betrachten, oder ob dieser ungesuchte Glanz nicht vielmehr als Mittel zu anderen Zwecken grosserer Mächte angesehen werden musste. Dunkel war und blieb es ihnen, wie die scheinbar halbofficiellen Aufforderungen zur Nachsuchung einer speciellen Protection des französischen Kaisers von ihnen zu nehmen seien, einstimmiger fanden sie die wiederholte Aufforderung zum Beitritt des neu zu organisirenden nordischen Bundes ihrem Interesse zuwider. Hochst überraschend waren für sie die Erklärungen über die Wichtigkeit ihrer Unabhängigkeit für den Welthandel, welche der französische Kaiser in seinem Ende September 1806 an den Rheinbund gerichteten Schreiben, und in dem im officiellen Regierungsblatte abgedruckten Berichte des Ministers Talleyrand so unzweideutig der Welt vorlegen hess; besonders wichtig die in diesen Actenstücken enthaltenen Behauptungen, wie das Interesse Deutschlands und selbst Europas es erfordere, dass sie keine Glieder irgend einer besonderen

Conföderation werden dürften, und dass jede Veränderung ihres gegenwärtigen Zustandes selbst als ein Hinderniss mehr zur Herstellung des allgemeinen Friedens zu betrachten sei und solches auch von England bei den Friedensverhandlungen declarirt worden. Die schönsten Hoffnungen für die Zukunft schienen ihnen aus dieser Uebereinstimmung der grössten Land- und Seemacht aufzublühen, und der Beschluss eines ruhigen Abwartens der weiteren Entwicklung der grossen Weltbegebenheiten musste um so mehr das Resultat ihrer gemeinschaftlichen Berathungen werden.

§ 4

Der Ausbruch eines furchterlichen Krieges in Deutschland im October 1806 veränderte alle bisherige Conjuncturen gewaltsam und schrecklich. Mit der Schlacht vom 14. October war Preussens Einfluss auf die deutschen Angelegenheiten und die ganze Truggestalt eines nordischen Bundes unter seinen Auspicien plötzlich von der Scene verschwunden. Was von deutschen Staaten der Vernichtung entging, flüchtete schüchtern unter die Aegide des Rheinischen Bundes, der von nun an seine Tendenz zu einem germanischen Bunde unter einem französischen Kaiser deutlich an den Tag legte. Es galt jetzt nur die Wahl mehr, Ambos oder Hammer zu sein, und glücklich, wem diese Wahl noch freigestellt blieb, oder wer zur Ergreifung des letzteren sofort den Muth zu fassen sich entschliessen konnte; — er entschlüpfte doch etwas weniger zerstossen dem Gedränge der Zeiten, er hatte den Becher des Unheils doch bis auf die Hefen nicht auszuleeren.

§ 5.

Es konnte nicht anders sein, als dass die Hansestädte bei dem Festhalten an der Idee ihrer kosmopolitischen Bestimmung, welche zugleich ihrem kaufmännischen Interesse so vollkommen entsprach, leider grade zwischen dem Amboss und Hammer ihren Platz finden mussten, und Schlag auf Schlag traf sie von nun an die Last der Zeit und des Misverhältnisses der ganzen Art ihrer bisherigen Existenz zu der neuen durch den Willen Napoleons geschaffenen und mit eiserner Consequenz

durchgeführten Continentalpolitik des umgestalteten Europa. Statt dem Frieden und seinen Künsten ein ruhiges Asyl zu bleiben, wurden sie der Schauplatz des wildesten Kriegsgetümmels. — Sturm, Schlacht und Plünderung selbst sah diejenige unter ihnen, welche sich am sichersten wähnte, in ihren Mauern. Der theils mitten im Frieden, theils bei ausdrücklich anerkannter Neutralität während des Krieges von den Städten mit England getriebene Handel wurde ihnen zum Verbrechen gemacht, seit Jahren und Jahrzehnden sicher geglaubtes, wohl erworbenes und bezahltes Eigenthum englischer Waaren und Colonialproducte wurde, in welchen Händen es' sich finden mochte, für gute Beute erklärt, und nur eine nochmalige Bezahlung des Werths desselben konnte einen Privatbesitz sichern, dessen Rechtmässigkeit bis dahin von keinem Tribunale der Welt in Zweifel gezogen worden wäre. — Doch war dies nur ein Theil des von nun an über die friedlichen Städte verbängten Unheils. Als sei der Handel überhaupt und vor allen der ihrige, eine Pest der Völker, wurden sie fast von jeglichem Verkehre abgeschnitten, ihre bedeutendsten Nahrungsquellen verstopft, und Requisitionen aller Art, vor allem aber die Last der Ernährung und Verpflegung zahlreicher in ihre Mauern verlegter Truppen und der keine Bequemlichkeit des Lebens sich versagenden Führer derselben, zehrte von nun an unaufhörlich an dem Mark ihres bisherigen Wohlstandes, und bis auf den heutigen Tag sehen sie einem Ende dieser Drangsale vergeblich entgegen.

## § 6.

Auch selbst über die Fortdauer ihrer freien Verfassung und unabhängigen Existenz schien eine Unglück drohende Wolke sich zu verbreiten. Gleich anderen eroberten Staaten wurde ein Militär-Gouverneur ihnen vorgesetzt, dessen Nichteingreifen in ihre innern Verhältnisse von diesem selbst nur als eine Connivenz zur Erwiderung der ihm gewordenen guten Aufnahme geltend gemacht wurde. Ihre Deputirten, welche in Berlin und Posen nach langem vergeblichen Harren das Ohr des Kaisers erreichten, vernahmen harte Worte aus seinem Munde, kein Versprechen der Erhaltung der Unabhängigkeit nach beendigten

Drangsalen war von ihm zu erhalten. Ich werde sehen hiess es, aber ich verspreche nichts, meine Protection habt ihr nicht gewollt, in den Rheinischen Bund aufgenommen zu werden, habt ihr nicht begehrt, ich bin also zu nichts gegen euch verpflichtet! Während der ganzen ferneren Dauer des Kriegs gegen Preussen und Russland harrten die den siegreichen Armeen des Kaisers folgenden hanseatischen Senatoren in Berlin, in Posen, in Warschau, ohne zu einer weiteren Audienz zu gelangen, ohne von dem Kaiser oder seinem Minister ein Wort des Trostes zu vernehmen. Auch das kleinste günstige Zeichen der Zukunft begierig ergreifend, las man in diesem Zeitpunkte zwar in einem übrigens nicht weiter motivirten Artikel des Moniteurs, dass die Erhaltung der Hansestädte zwar ferner für die handelnde Welt von Wichtigkeit bleiben, indess sei es eben so nothwendig, dass sie bis zum Frieden mit England unter der näheren Direction derjenigen Macht blieben, welche bestimmt sei den Handelsdespotismus zu zerstören und die Freiheit der Meere wieder herzustellen; aber in dem gleichen Zeitpunkte ersah man mit Schrecken aus den Mittheilungen der Actenstücke über die letzten Friedensverhandlungen im englischen Parlamente, dass Frankreich selbst die Städte damals zu einer Entschädigung für den König von Neapel feil geboten, und dass Aeusserungen dabei vorgefallen, welche es selbst wahrscheinlich gemacht, dass man sie zu gleichem Zweck auch dem Könige von England zu einer Vereinigung derselben mit seinen hannoverschen Staaten nicht versagt haben würde. Mit ängstlicher Hoffnung harrte man nun der Publikation des Tilsiter Friedensschlusses. Die Erstehung Danzigs von den Todten erschien als ein erfreuliches Omen, wenngleich die Verbindung desselben mit dem Herzogthum Warschau unangenehmen Nebenideen Raum gab; aber noch unangenehmer war es, die Hoffnung einer Intercession Russlands für die Städte bei dem Anblicke jenes Artikels gänzlich aufgeben zu müssen, in welchem dasselbe alle von Frankreich besetzten deutschen Staaten, mit Ausnahme einiger wenigen ausdrücklich genannten, der Disposition des französischen Kaisers gänzlich überliess. Zwar schmeichelte man sich noch mit der Hoffnung, dass in etwaigen geheimen Artikeln etwas zum Besten

der Städte stipulirt sei, eine Hoffnung, die weiterhin bei dem Erscheinen einer in Paris unter den Augen der Regierung gedruckten Schrift über die Vortheile des Tilsiter Friedens für Europa noch vermehrt wurde, indem dieselbe unter den gedachten Vortheilen auch namentlich die Befestigung der Unabhängigkeit der Hansestädte mit aufführte, allein auch diese Hoffnung wurde durch spätere, von dem Petersburger Hofe gegebene Winke, welche die Städte lediglich auf den vorerwähnten, Deutschland völlig in Napoleons Hände gebenden Artikel des Tilsiter Friedens verwiesen, gänzlich wieder vernichtet. Mehr noch als jene vorgedachten günstigen Zeichen der Zeit schien ein beruhigendes Wort aus dem Munde des Kaisers selbst zu sagen, indem er gegen die, bei seiner Rückkehr von Tilsit ihm nachgereiseten hanseatischen Deputirten in Dresden unaufgefordert sich äusserte: um die Hansestädte stehe es gut, er habe noch eine hinzugefügt. Doch auch diese tröstliche Zusicherung musste bald nachher durch eine andere, ebenfalls directe Aeusserung des Kaisers gegen die Deputirten des „Königreichs Westfalen, welche in Paris vor ihn gelassen wurden, wieder unsicher erscheinen. Mehreren unter diesen sagte der Kaiser. „Das Königreich, welches ich meinem Bruder gegeben, hat zwar schon jetzt einen ziemlich bedeutenden Umfang, es dürfte indess mit der Zeit noch beträchtlich vergrössert werden. Wenn die Dinge den Gang nehmen, wie ich es mir denke, so kommt in der Folge ganz Hannover dazu, und dann auch Hamburg und Bremen." Man hat anfangs die Richtigkeit der Erzählungen der westfälischen Deputirten von diesen Aeusserungen des Kaisers bezweifeln wollen, allein später von verschiedenen Seiten desshalb geschehene Nachforschungen haben dieselbe durchaus bestätigt. Leider ist diese Aeusserung über das künftige Schicksal der Städte die letzte aus des Kaisers eignem Munde, von der uns einige Nachricht zugekommen; denn bei der solennen Audienz, welche die hanseatischen Deputirten bei dem Kaiser in Paris hatten, und in welcher sie demselben ein Memoire, die hanseatischen Wünsche enthaltend, übergaben, äusserte derselbe sich durchaus nicht, und erwiderte weder damals noch späterhin auf den Inhalt desselben auch nur ein einziges Wort. Es kostete sogar grosse Mühe, diese

Audienz zu erwirken. Man wollte die Deputirten nicht mehr für ausserordentliche Abgesandte anerkennen, sie wurden nicht mehr wie sonst an den Audienztagen zu den diplomatischen Tafeln geladen, und diese Audienz selbst wurde im Moniteur auf eine Weise angezeigt, welche dieselbe in eine Classe mit der am nämlichen Tage einigen Deputirten eines mediatisirten Staats (wo ich nicht irre, Venedig) gegebenen Audienz setzte. Bei dem Erscheinen der Deputirten in den nachherigen gewöhnlichen öffentlichen Audienzen, hat der Kaiser im Vorbeigehen wohl dann und wann einzelne Worte mit diesem oder jenem derselben gesprochen, sich nach dem Schicksal der Städte erkundigt, und wenn man die Last derselben in den gegenwärtigen Zeiten beklagte, wohl mit einigen hingeworfenen Worten auf die Hoffnung besserer Zeiten verwiesen, — jedoch bloss in Hinsicht der Erleichterung von militärischem Druck und Wiederaufblühen des vernichteten Handels, nie indess mit Hindeutung auf Erhaltung der Unabhängigkeit der Städte, zu einer anderen Zeit sind ihm aber auch einmal die drohenden Worte entfallen: Hamburg und Bremen seien englisch gesinnte Städte das konne und werde nicht so bleiben! — Alle Aeusserungen, welche in den letzten Zeiten die Hoffnung für die Erhaltung der Unabhängigkeit der Städte etwas wieder gehoben haben, kamen nicht aus dem Munde des Kaisers selbst, sondern nur von dem immer günstig für sie gesinnt gewesenen Fürsten von Benevant und seltener von ihm selbst als von seinen Umgebungen. Uebrigens scheint der Kaiser bis zu diesem Augenblicke die Hansestadte noch als freie unabhängige Staaten anzuerkennen. Ihr Minister-Resident ist und bleibt bei dem Kaiser in Paris accreditirt, und geniesst fortwährend alle Prärogativen sonstiger diplomatischer Personen seines Ranges. Herr Abel steht in dem neuesten Almanac Imperial als Minister-Resident unter der Rubrik „Villes anseatiques", die in der 4 Section unter der Hauptrubrik „Ambassadeurs Ministres des Puissances Etrangeres residant près S. M. l'Empereur des Français", in alphabetischer Ordnung vorkommen, (dabei aber mit Cursivlettern gedruckt sind, wie ausser ihnen in diesem Abschnitte nur Lucques et Piombino). Fortdauernd ist auch ein französischer Ministre Plenipotentiaire bei den Hansestädten accre-

ditirt, obgleich sich dieser nur Ministre près les Princes et Etats de Basse Saxe nennt und auch so nur in dem oben gedachten Almanac vorkommt. Auch den Hansestädten sind wie anderen unabhängigen Staaten Geburts- und Heirathsfälle, Thronbesteigungen u. dgl. Ereignisse, welche in der kaiserlichen Familie stattgefunden, notificirt worden, und die französischen Bundesstaaten haben grösstentheils ein gleiches Benehmen gegen sie beobachtet. Zur Annahme des Code Napoleon wurden sie auf eine ihre Unabhängigkeit ehrende und voraussetzende Weise eingeladen; indess darf man an der anderen Seite auch nicht verhehlen, dass in einzelnen sonstigen Fällen, z. B. in der Matrosenangelegenheit und in Ansehung des Antwerpenschen Hauses, diese Formen schon weniger beobachtet, und durch kaiserliche Decrete den Städten Vorschriften geworden sind, die mit der sonstigen Anerkennung ihrer Unabhängigkeit auffallend zu contrastiren scheinen.

§ 7.

Um auf das jetzige und künftige Interesse der Hansestädte nur einiges Licht werfen zu können, bedarf es eines Totalüberblicks der gegenwärtigen politischen Lage von **Europa**, der handelnden Welt überhaupt und ihrer wahrscheinlich folgenden Zukunft.

Frankreich herrscht in diesem Augenblicke beinahe unumschränkt auf dem ganzen Continent von Europa. Nur das in seiner insularischen Kraft noch immer unbezwungene England vertheidigt durch die Macht seiner Flotten noch einen Theil des zur activen Mitwirkung gegen Frankreichs Allgewalt zu schwach befundenen Schwedens und die Inseln des mittelländischen Meers; um die Herrschaft über die in der Ostsee belegenen dänischen Eilande kämpft es im gegenwärtigen Momente einen noch unentschiedenen Kampf. Auf der ganzen pyrenäischen Halbinsel, in Italien und Deutschland, in den preussischen und östreichischen Staaten, in der Türkei und in Russland — nur in dem letzten räthselhaft, ob freiwillig oder im gleichen furchtbaren Gefühle der Uebermacht — wird der Wille Napoleons zur Ausführung gebracht, werden seine auf

die Zertrümmerung der englischen Grösse berechneten Plane und Vorschriften beinahe blindlings befolgt.

Mit der Ausschliessung des englischen Handels von dem ganzen europäischen Continent hat auch der Seehandel des letzten beinahe ganz aufgehört, es ist ein geschlossener Handelsstaat geworden, und wenn noch in diesem Augenblicke ein lebhafter Handelsverkehr im Innern desselben herrscht, so ist das noch zur Hälfte wenigstens das Resultat der auf jene gewaltsame Amputation folgenden krampfhaften Zuckungen, die nach einer nur noch halbjährigen längeren Dauer eines solchen Zustandes sich verlieren und eine gänzliche Lähmung des Tauschhandels der europäischen Völker zur Folge haben dürften, wenn nicht fortwährende und vergrösserte Stromungen, veranlasst durch Sammlung und Züge unermesslicher kriegerischer Heere zu östlichen oder südlichen Expeditionen in andere Welttheile, diesen Momenten merkantilischer Reaction eine längere Dauer zuwege bringen sollten Selbst der grösste civilisirte Handelsstaat der neuen Welt, die Vereinigten Staaten von Amerika haben sich dem verderblichen Einfluss dieses Vernichtungskampfes der grössten See- und Landmacht Europas nicht entziehen können; um nicht in schirmloser Ausdehnung der einen oder der andern sichere Beute zu werden, haben sie einem freiwilligen Entbehrungs-Systeme alles auswärtigen Handelsverkehrs den Vorzug ertheilt und der Schnecke gleich, die Fühlhörner eingezogen, in Erwartung der endlichen Beschwichtigung dieses Sturmes ohne Gleichen seit der ersten freundlichen Berührung des östlichen und westlichen Continents.

Aber wann wird dieser Sturm enden und wie? — Die gegenwärtigen Aussichten zu einer wahrscheinlichen Lösung dieses Räthsels führen zu ganz verschiedenen Resultaten, je nachdem man a) Englands Besiegung oder b) dieses oder c) Frankreichs frühere Ermattung oder endlich d) die Zwischenkunft irgend eines Deus ex machina als das entscheidende Ereigniss der nächsten Jahre oder des nächsten Jahrzehends hypothetisch anzunehmen sich geneigt findet. Werfen wir auf jede dieser Möglichkeiten und ihre wahrscheinlichen Folgen einen flüchtigen Blick!

a) Noch steht England, was man auch Gegentheiliges aus-

sprengen mag, in so unbesiegter Kraft aufrecht vor dem ganzen gegen ihn gerüsteten Continent, dass seine völlige Unterjochung noch riesenhaftere Anstrengungen solcher Art erfordern dürfte, für die der Zeitraum eines oder zweier Jahre, auch wenn Napoleons unerschöpfliches Genie ihn der thatenreichsten Begebenheiten voll drängt, als eine viel zu geringe Grenze erscheinen muss. Zwar ist die vollendetste Abscheidung Englands vom europäischen Continente beinahe erreicht und die erwarteten Wirkungen scheinen verfehlt. Aber bei Hindernissen dieser Art nehmen die Pläne Napoleons nur eine colossalere Richtung. Was die Sperrung der Küsten des europäischen Oceans nicht auszurichten vermochten, soll am atlantischen und indischen versucht werden; er bedarf zur Ausführung der ungeheuern Idee der Militärkräfte des ganzen Europa, er hat sie zum grössten Theil schon in seiner Hand und wird sie nehmen, wo sie zu seinen Winken noch nicht bereit sind. Lässig erfundene Führer der Völker in der Ausrichtung seines Willens werden nicht bloss mit folgsamern, sondern zugleich mit energischern verwechselt, und sollten noch einige Jahre darüber hingehen, sie führen näher zu dem Ziele, wo er über den Marsch der von dem Tagus bis zu der Wolga stationirten schlagfertigen Legionen nach dem Ganges wie nach den Küsten von Guinea gebietet. Aber nicht allein bei diesem Plane verweilend, werden Araber, Türken und Aegypter zur Wiedereröffnung des alten Handelsweges genöthiget werden; und er wird nicht ruhen, bis die edlen Erzeugnisse Indiens vom Delta bis zu den Säulen des Hercules auf Nordafrikas Märkten und auf neu neugegründeten Stapelplätzen des Mittelmeers feilgeboten werden. Der ganze Gang des europäischen Handels wird sich umwälzen und der Norden wieder zu dem Süden sich wenden müssen, um seine Producte zu empfangen, wie die Natur es gewollt hat. Würde aber durch die feste Ergreifung und consequente Befolgung dieses riesenmässigen Planes England dennoch nicht gebeugt, begnügte es sich an der Handelsherrschaft über den süd- und nordamerikanischen Continent und über die Inseln der indischen Meere, welche seine Industrie und seine Flotten ihm dennoch wenigstens ein halbes Jahrhundert hindurch sichern, (denn so lange bedarf das völkerlose

Amerika sicher noch, um zu gleichen Kräften zu gelangen) — ein dritter und vielleicht der einzig wirksamste Plan zu seiner Vernichtung ist ihm nicht entgangen und auch diesen hat er bereits mit starker Hand zu ergreifen begonnen und wird, so lange er lebt, nach seinem Ziele streben mit der ihm verliehenen eisernen alle Hindernisse zermalmenden Consequenz. Und dieser Plan ist kein andrer, als der, durch welchen nach langem vergeblichen Kampfe und unter bei weitem minder begünstigenden Umständen einst die Macht Carthago's eine endliche Beute römischer Anstrengung wurde. Nicht einmal Schiffe zu bauen verstanden die alten Herrscher der Welt, wie zwischen ihnen und den damaligen Herren der Meere die erste Fehde begann, und schlecht gelang ihnen ihre erste Nachbildung eines an den Küsten Italiens gestrandeten carthaginensischen Seglers; aber durch ununterbrochene jahrelange Uebung und Anstrengung auf Rheeden und Küsten wurden ihre Legionen endlich mit dem Meere vertraut, und mit dem ersten kleinen Siege, den ein römischer Feldherr über ein punisches Geschwader erfocht, war auch der Untergang Carthago's in den Strom der Zeiten geworfen. Sammelt nicht jetzt schon Napoleon an allen Küsten und an allen Handelsplätzen des seinem Winke unterworfenen Europas die Trümmer der zernichteten Handelsmarine, ziehen nicht jetzt schon von Jütlands Spitze bis zur Meerenge von Gibraltar und bis zu den jonischen Inseln alle mit den Wellen vertraute Männer sich in die sichern Häfen zusammen, in welchen ein Linienschiff nach dem andern den Stapel verlässt und kleinere Fahrzeuge bei Tausenden ausgerüstet werden? Wird nicht die Zahl dieser Werfte mit jedem Monate sich mehren; wird er nicht der Begierde sich noch ferner in ungleichem Kampfe einzelner Flotten messen zu wollen, so viele Jahre lang entsagen, bis er eine dreifach überlegene Zahl zum Opfer darbieten und die durch ihre Besiegung ermüdeten Feinde im nämlichen Momente durch seine von allen Puncten abgehenden Landungsflotten in ihrer Heimath überfallen kann?

Dies die wahrscheinliche Geschichte der endlichen Besiegung Englands, wenn man ausgegangen von Napoleons Willen und Zauberkraft und ihre ununterbrochene Wirksamkeit annehmend, seine Bahn im Reiche der Möglichkeiten zu verfolgen sich erkühnt.

Aber was wird aus Europa werden, wenn so der Schleier der Zukunft sich löst? Nehmen wir das Extrem, so ist es Despotismus ohne Gleichen, Untergang aller Künste und Wissenschaften mit glänzenden Ausnahmen aller derjenigen unter ihnen, welche dem Kriegsgotte huldigen. Brod und Schauspiele, damit man nach nichts anderem frage. Und was wird das Schicksal der Hansestädte sein in dieser Zeit? Das des Tropfens am Eimer! — ob er hängen bleibt, ob er zur Erden falle, wer wird sich darnach umsehen?

b) Angenommen indess, der Genius der Menschheit bewahre dieselbe vor solchen Extremen, angenommen, der grosse Knoten löse sich durch Englands frühere oder sogar baldige Ermattung, durch eine Thronveränderung in England oder durch veränderte Gesinnung des Königs, der Minister oder des Volks, ein Ereigniss, welches schon einmal in diesem Kampfe sich zutrug und als dessen Resultat der Friede von Amiens erschien, was dürfen wir dann hoffen oder fürchten?

In diesem Falle will England den Frieden, wenigstens einen Waffenstillstand für mehrere Jahre; Frankreich wird ihn nicht ausschlagen. Denn angenommen auch, es fühlte es ganz wohl, dass Englands Interesse nur einen Waffenstillstand begehren kann, so lassen sich doch die Kräfte Frankreichs und des ganzen Continents in einigen Friedensjahren wieder besser sammeln, und mehr Kraft wird geschöpft zu künftiger angestrengterer Thätigkeit. Aber wie wird der Friede beschaffen sein? England sucht ihn in diesem Falle; daher wird Frankreich ihn im Grunde dictiren, jedoch diejenige Mässigung dabei beobachten, welche erforderlich ist, um diesen Frieden wenigstens einige Jahre bei dem englischen Volke populär zu erhalten. Man wird vielleicht den Codex der Seerechte für den Kriegszustand unerörtert lassen und für den Frieden über einige allgemeine Sätze sich verstehen. Der Handel Englands mit dem Continente wird wieder freigegeben, der König von Portugal wird vielleicht wieder eingesetzt, England giebt einige Inseln wieder heraus und lässt etwa Hannover zu Frankreichs Disposition oder bedingt es für einen englischen Prinzen. Denn, dass der König von England nicht mittelst des Rheinbundes französischer Vasall sein könne, darüber hat die Nation sich schon deutlich genug erklärt, und seine Herrschaft

über Deutschland mittelst dieses Bundes wird Napoleon sie aufgeben. Ein solcher oder doch dem ähnlicher Friede (denn dass hier von details nur beispielsweise die Rede sein kann, ergiebt sich von selbst) dürfte in dem angegebenen Falle etwa zu erwarten sein; er dürfte dauern, bis Frankreich, das auch während eines solchen Friedens seinen Plan zur Vernichtung der Handelsübermacht Englands sicher weiter verfolgen wird, eine so drohende Gestalt gegen England annimmt, dass dieses seine Existenz nicht anders als durch Erneuerung des Kriegszustandes retten zu können glaubt — und dann ist alles wieder wie zuvor; nur mit dem Unterschiede, dass Frankreich mit grösserer Kraft anheht wie bei Ausbruch des gegenwärtigen Krieges und also seinem Ziele um so viel näher ist.

c) Denken wir uns den dritten Fall. Frankreich ermüde zuerst (denn seine Besiegung durch England lässt sich nicht wohl denken). Gesetzt also, die fortwährenden Lasten des Krieges und die Sehnsucht nach Frieden würden in Frankreich und in den mit ihm verbundenen Ländern so gross, dass die Regierung es nicht für rathsam hielte, den Bogen noch weiter zu spannen, — was liesse sich in solcher Voraussetzung erwarten? Dem bisherigen Gange der Dinge nach lässt sich kaum annehmen, dass eine solche Situation eintrete, oder wenn sie einträte, zur allgemeinen öffentlichen Kunde kommen dürfte. Die gewandte Politik des französischen Cabinets würde vor Eclatirung derselben schon durch sehr gemässigte Friedensvorschläge das englische Cabinet zu gewinnen wissen, und der Friede würde da sein, ehe man ihn ahnte. Auch ist es kaum anders zu denken, als dass durch eine von Frankreich selbst ausgehende nach Frieden verlangende Stimmung dieser Fall eintreten könnte, denn an die desfalsigen Bedurfnisse der mit Frankreich jetzt verbündeten Staaten und selbst Russlands würde man sich wenig kehren; es vielmehr mit den vereinten Kräften Frankreichs, Spaniens, Deutschlands, Preussens etc. bald zu andern Gesinnungen zu bewegen suchen. Dem, der einmal die Zügel mit so fester und sicherer Hand zu halten weiss, wie Napoleon in unsern Zeiten, sind sie schwer zu entreissen. Im Ganzen scheint von diesem allen das Resultat zu sein, dass ein durch Frankreichs Friedensbedürfniss herbeige-

führten Frieden von dem ehen zuvor geschilderten nur in wenigen verschieden sein und nur im Ganzen etwas vortheilhaftere Bedingungen für England in Hinsicht des Continents zur Folge haben dürfte, — wobei indess Frankreich noch immer am Ende der Fehde in einer furchtbareren Gestalt erscheinen würde, als nach dem Frieden von Amiens, auf den der gegenwärtige Zustand der Dinge erfolgt ist. Für die Dauer des Friedens durfte sich nicht mehr hoffen lassen als im vorhergehenden Falle.

d) Eine von allen vorhergehenden gänzlich verschiedene Aenderung der Dinge wäre endlich durch die politische Erscheinung eines Deus ex machina möglich. — Ich bediene mich dieses sprichwörtlichen Ausdrucks, um damit eine Menge von Möglichkeiten zusammenzufassen, die bei der gewöhnlichen Calculation aus den nächsten Prämissen nicht in Anschlag kommen, und denke mir darunter nicht bloss einen etwaigen unerwarteten Tod des immer sterblichen Napoleons, sondern auch manche andere mögliche Erscheinungen: z. B. eine fürchterliche Verwüstung Europa's durch Erdbeben, Pest, gelbes Fieber, ein gewaltsames Vordringen nordöstlicher asiatischer Barbaren gegen Europa, einen im Drange der Zeiten zur Geburt kommenden und alles umwälzenden neuen religiösen Enthusiasmus und dergleichen Dinge mehr. Ich würde dieses vierten Falles gar nicht gedacht haben, wenn es nicht dem Menschen so natürlich wäre, in ausserordentlichen Zeiten noch ausserordentlichere Dinge zu erwarten und diesem dunkeln Gefühle, wenn er es nicht ausdrücklich bei sich zur Sprache bringt, einen geheimen aber desto wirksamern Einfluss auf sein Urtheil zu verstatten. Bei einer näheren Beleuchtung fällt indess die hohe Unwahrscheinlichkeit aller solcher Ereignisse von selbst in die Augen, und selbst das Abtreten des grossen Kaisers von dem weiten Schauplatze seines Wirkens, das dem Laufe der Natur zufolge freilich irgend einmal eintreten muss, lässt sich bei der blühenden Gesundheit, welche er geniesst, in den nächsten 30 Jahren nicht erwarten. Gesetzt aber einmal der Tod raffte ihn dahin in der Kraft seiner Jahre — was würde daraus folgen? Entweder dieser Fall tritt in einer Zeit ein, wo er die Präponderanz Frankreichs durch zahlreiche auf den Geist der Nation und der übrigen lebenden Generation berechneten

Anordnungen und Institute so organisirt hat, dass auch nach seinem Hinscheiden der von ihm vorgezeichnete Gang wenigstens bei seinen nächsten Nachfolgern im Gleise bleibt, so wird dadurch wenig verändert; oder dieses Ereigniss findet während der Dauer der gegenwärtigen Krise noch Statt — und wer vermag dann seine Wirkungen zu berechnen? sie könnten schrecklicher sein für Europa wie alles Furchtbare, was wir bis dahin erlebt zu haben glauben.

Das Resultat dieses kurzen Ueberblicks der jetzigen politischen Krise und ihrer wahrscheinlichen nächsten Folgen dürfte also, um es kurz zusammen zu fassen, etwa Folgendes sein. Entweder dauert der grosse Kampf zwischen Frankreich und England bis zu des letztern völliger Besiegung ununterbrochen fort und mit ihm die Drangsale des ganzen Continents in steigender bald auf diesem bald auf jenem Puncte tiefer empfundenen Härte, oder ein temporärer während der Dauer der gegenwärtigen französischen Uebermacht und der Englands Vernichtung drohenden Tendenz derselben nur einem Waffenstillstande gleichender Friede bildet frühere oder spätere, längere oder kürzere Intervalle in diesem Kampfe. Die Bedingungen dieses Friedens mögen den Umständen nach mehr oder minder günstig für England ausfallen, immer wird Frankreich nach Abschluss eines solchen Friedens viel mächtiger dastehen und einen viel directern und wirksamern Einfluss auf den ganzen Continent haben und äussern, wie solches bei dem Frieden von Amiens und bei dem Ausbruche des gegenwärtigen Krieges der Fall war, und auch während eines solchen Friedens oder Waffenstillstandes wird Frankreich diesen Einfluss auf directe und indirecte Weise nicht unbenutzt lassen, um Englands Alleinhandel zu beschränken, seine Herrschaft über die Meere zu untergraben und sich furchtbare Hülfsmittel gegen die Zeit einer etwaigen Erneuerung dieses Kampfes zu bereiten.

## § 8.

Die jetzige und künftige Lage **Deutschlands** dürfte zu Folge der obigen Erörterungen etwa folgende sein. Der dirigirende Einfluss auf die deutschen Angelegenheiten, um den früherhin Oesterreich und Preussen mit abwechselndem Glücke

kämpften und intriguirten, ist jetzt von beiden aufgegeben und dem französischen Kaiser allein überlassen. Auch Russland, dessen Stimme in Deutschland fast nur während der Entschädigungsverhandlung zu Regensburg — und auch dort nur mit halbem Ohre — gehört wurde, hat sich aller Anmassung auf einen solchen Einfluss durch den Frieden von Tilsit so gut wie gänzlich begeben. Frankreich, die Vereinigung der Kräfte Deutschlands zu einem Ganzen noch immer scheuend und an der andern Seite von der Unbrauchbarkeit dieser Kräfte bei einer Zersplitterung in mehr als 300 kleine Staaten überzeugt, hat bei der gegenwärtigen Umgestaltung unsers Vaterlandes einen Mittelweg gewählt, wodurch die Consolidirung seiner Kräfte bis zur Brauchbarkeit hergestellt aber auch nicht weiter fortgeführt ist, als Frankreichs Sicherheit es erlaubte. Die Vereinigung der deutschen Völker mittelst des rheinischen, wahrscheinlich bald germanischen Bundes trägt bis dahin nur noch den Character der Eilfertigkeit, der Noth und der Gewalt der Zeiten, worunter sie zu Stande kam, nur die Grundlinien sind bis jetzt hingeworfen, die weitere Ausbildung verbirgt noch der Schleier der Zukunft. Die deutschen Staaten seit dem Beginn des Revolutionskrieges nicht bloss der Schauplatz, sondern eben dadurch auch das Object der streitenden Streitkräfte Frankreichs und der Continental-Mächte, die es eine nach der andern mit ihm aufzunehmen wagten, waren im Jahre 1806 in eine Lage gekommen, wo ihnen nur die Wahl blieb, den Rest ihrer unabhängigen Existenz entweder ganz aufzugeben oder durch eine Vereinigung der ihnen noch übrigen Kräfte mit den Zwecken Frankreichs für die Möglichkeit einer glücklichern Zukunft zu erhalten. Dies wurde von ihnen lebhaft gefühlt und das mindere Uebel dem grössern vorgezogen, und auch Napoleons wohlberechnete Politik musste eine Umgurtung seines Reiches durch kleine unter seinem Einflusse stehende Staaten rathsamer finden als den unmittelbaren Contact desselben mit der grössten Continental-Macht Europa's, der bei fortschreitender Cultur die Macht des hinterliegenden Asiens früher oder später einmal zu Gebote stehen muss. Zudem hatte er die Macht der Verzweiflung der Deutschen, wenn er sie mit dem vollen Verluste der Unabhängigkeit bedroht hätte, doch einiger-

massen zu scheuen, und der Gebrauch ihrer Kräfte konnte ihm auf keine Weise gleichgültig sein. Dies war der Geist, welcher den Rheinischen Bund dictirte, und nur dieser ist in der ersten Acte desselben ausgesprochen. Garantie der Unabhängigkeit durch die Kraft französischer Kriegskunst und Diplomatik wurde von der einen, Anerkennung des französischen Kaisers als Protector des Bundes und Stellung eines verhältnissmässigen Contingents zur Vermehrung seiner Landmacht von der andern Seite zugesichert und geleistet. Die Verbindung der deutschen Staaten unter sich ist in dem Bunde zwar angedeutet, aber inwiefern die nähern Bestimmungen derselben, die Organisation der Bundestage, die Gerichte u. s. w. als eine Folge der den verschiedenen Staaten zugesicherten individuellen Souverainität von ihnen selbst ausgehen sollte, oder mittelst des Einflusses des Protectors oder vielmehr durch den von diesem zu ernennenden Primas des Bundes seine weitere Organisation zu erwarten habe, ist bis auf diesen Augenblick noch unentschieden geblieben. Die deutschen Schriftsteller, in denen Kraft und Freiheit der Nation sich noch am lebendigsten erhalten, haben fortwährend auf Ergreifung des ersten Weges gedrungen, die Cabinette der Fürsten hingegen, ganz mit den drängenden Sorgen des Augenblicks belastet, scheinen vielmehr dem letztgenannten Gange der Dinge entgegen zu sehen und wenigstens die Herstellung des Friedens oder die gänzliche Vereinigung aller deutschen Staaten vom zweiten und dritten Range durch Theilnahme an dem neuen Bunde abwarten zu wollen. In diesem Augenblicke, wo wahrscheinlich auch Oldenburgs Beitritt zum Bunde schon entschieden ist, befinden sich von den unabhängigen Staaten Deutschlands nur noch die drei Hansestädte ausser demselben, und von den eroberten der Rest der noch zu Napoleons Disposition stehenden vormaligen hannöverischen Lande.

Der Krieg, welchen die deutschen Staaten des Bundes mit Frankreich gegen Preussen und Russland geführt haben, ist gegenwärtig beendigt, die Contingentstruppen sind von der grossen Armee entlassen und in ihre Heimath zurückgekehrt. An dem Kriege Frankreichs gegen England nimmt der rheinische Bund nur in dem passivem Maasse Theil, wozu seit dem

Tilsiter Frieden der ganze europäische Continent genöthigt worden ist. Der Verkehr mit England ist gänzlich unterbrochen, und der Handel mit englischen Waaren wird wie Contrebande betrachtet; aller Seehandel hat so gut wie aufgehört, damit er direct oder indirect England nicht zum Nutzen gereicht; bloss die Hansestädte, welche noch nicht im Rheinischen Bunde sind, sind in den neuesten Tagen genöthigt worden, einen noch directeren Antheil an dem Kriege gegen England zu nehmen wie alle übrige deutsche Staaten, indem sie durch Lieferung von Matrosen für die französische Marine wirklich Streiter aus ihrer Mitte zum Kampfe gegen England aufstellen und demselben dadurch reell weit mehr schaden, als wenn sie zehnmal soviel an Landtruppen zum Dienste Frankreichs lieferten. Ob von den zunächst in den Bund aufgenommenen deutschen am Meere liegenden Staaten, ob von Mecklenburg und Oldenburg ein gleiches begehrt werden dürfte, muss sich bald zeigen; aber es ist kaum zu erwarten, dass eine solche Matrosenlieferung mit dem sonstigen ihnen auferlegten Bundescontingent in directer Verbindung stehen dürfte; denn eine Rüstung des Bundes ist der Constitutions-Acte zufolge nicht partiell, sondern geschieht von allen Bundesgliedern zugleich.

Dies die gegenwärtige politische Lage Deutschlands; aber wie dürfte dieselbe künftig und vor allen in Beziehung auf die § 7 geschilderten verschiedenen möglichen Resultate des gegenwärtigen Kampfes zwischen England und Frankreich und dessen Bundesgenossen werden?

Deutschlands politische Autonomie scheint für eine lange Reihe von Jahren gar nicht oder doch nur sehr leise zur Sprache kommen zu dürfen. Es wird während dieser Dauer genöthigt sein, Frankreichs Zwecke zu befolgen, so wie es vormals nur den Plänen Oestreichs seine Kräfte widmete; aber doch ist zu erwarten, dass die neue Periode, welche es beginnt, weniger blutig für seine Söhne, weniger verheerend für seine Provinzen sein werde, wie die vorhergehende es war. Gesetzt der Vernichtungskampf Frankreichs gegen England dauere noch ein oder mehrere Jahrzehende, er werde selbst in andere Welttheile verpflanzt, so werden zwar die deutschen Staaten wahrscheinlich genöthigt werden, ihre Contingente zur Ver-

stärkung der französischen und mit denselben allirten Heere mit abzusenden — und eben dieses wird der Fall sein, wenn etwa Russland oder Oestreich über kurz oder lang einmal den Planen Napoleons gegen England zu widersprechen oder die Partie des letzten zu ergreifen sich genöthigt sehen sollten, aber so wenig das alte Frankreich seit einem Jahrzehende den Krieg auf seinem Grund und Boden gesehen hat, so wenig wird Deutschland in solchem Falle ein Schauplatz desselben werden.

Die Kräfte Deutschlands sind künftig Napoleons Kräfte, er hat folglich ein grosses Interesse den Krieg nicht auf seinem Boden wüthen zu lassen, und er wird dieses mit eben so viel Geschick zu verfolgen wissen und können, wie bisher in Hinsicht Frankreichs, da er ja jeden neuen Krieg mit verdoppelten Kräften beginnen wird — weshalb auch der letztgedachte Fall kaum einmal anzunehmen ist. Nur in dem Falle einer allgemeinen europäischen Zurüstung zu einer Landung in England dürfte die deutsche Kraft etwas mehr angestrengt werden, und die an den Küsten der Nordsee belegenen Gegenden Deutschlands von Truppenanhäufung vorzüglich leiden, doch nicht so sehr, wie Holland und Frankreich selbst, da die Meeresküste Deutschlands von so geringer Extension ist, dass schwerlich ein bedeutend grösseres Heer auf derselben placirt werden dürfte, als wir es in den bedrängtesten Zeiten dieses Krieges nicht schon gesehen hätten. Auf der Elbe und Weser werden dann ohne Zweifel Flottillen erbauet, aber ganz Deutschland wird zu den desfallsigen Kosten und Anstrengungen beitragen müssen, und das auf jeden einzelnen Staat fallende Quantum wird deshalb erträglicher sein.

Der Handel Deutschlands wird während solcher Zeit noch fürchterlicher darniederliegen wie gegenwärtig. Die Erzeugnisse anderer Welttheile werden wieder zu dem Preise hinaufsteigen, den sie vor Erfindung des Compasses hatten, und ein sehr grosser Theil derselben gar nicht mehr zu haben sein; die ersten Lebensbedürfnisse dagegen im wohlfeilen Preise sich erhalten. Eine Menge Fabriken werden eingehen, aber dagegen andere entstehen und aufblühen. Der Deutsche will Nahrung und Arbeit; — er wird Kanäle graben und Kartoffeln essen, wenn die Noth es erheischt. Im Schweisse seines Angesichts

wird er die Haiden seines Vaterlandes bezwingen; Leinen und Wolle wird ihm nicht fehlen; die Uebervölkerung der grossen Städte wird sich verlieren, aber auf dem platten Lande wird es lebendiger werden wie zuvor.

Angenommen indess, es sei keine lange Dauer des gegenwärtigen Zustandes der Dinge zu fürchten, angenommen der Friede werde durch Frankreichs oder Englands vorzügliches Bedürfniss in kurzem und wenigstens auf mehrere Jahre wieder hergestellt, wie dürfte es dann in Deutschland aussehen?

Der politische Einfluss Frankreichs auf Deutschland wird bleiben, er wird sich wahrscheinlich vorzüglich dahin äussern, dass Napoleon Deutschland wie Frankreich in eine Lage zu setzen suche, während der langern oder kürzern Friedensjahre von der englischen Alleinherrschaft über den Handel so viel möglich an sich zu reissen, durch Schiffahrt Matrosen zu bilden, auf Erbauung von Flotten Bedacht zu nehmen, die dann freilich nicht ganz zu verwehrende Importation englischer Waaren und Producte durch hohe Imposten zu erschweren u. dergl. Die Verfassung des deutschen Staatsbundes wird er dahin etwas näher zu reguliren suchen, dass mehr Einheit und Ordnung in das Ganze komme und seine Disposition über Deutschlands Militärkraft ihm gesichert bleibe. Höchst wahrscheinlich lässt er sich zum deutschen (wenn nicht gar zum occidentalischen) Kaiser ernennen und wird in dieser Qualität einen ganz andern Einfluss haben und äussern, wie die Kaiser aus dem österreichischen Stamme. Er wird dafür zu sorgen suchen, dass durch Etablirung grosser Institute, allgemein durchgreifende Polizeianstalten, Verbesserung der Wege, Vermehrung und Erleichterung der innern Communication, durch gleiche Gesetze, Münze, Maasse, Gewichte u. dergl. Anstalten mehr, sein Name in Deutschland gross und unvergesslich bleibe. Die Nation wird im Ganzen an Einheit und Kraft dadurch gewinnen, aber an der andern Seite ist wieder zu besorgen, dass durch Nachahmung französischer Institute, Sitten und Denkungsart die Nation sich nicht zum Bessern wenden dürfte; dass französische Prinzen und Prinzessinnen auf deutschen Thronen mit dem Schweisse der Unterthanen den Glanz des Pariser Hofes auch in ihren Umgebungen nachzubilden wetteifern und dem verarmten Volke deshalb so

grosse Lasten aufzulegen genöthigt sein werden, dass ein schnelles allgemeines Erholen von den Drangsalen des letzten unglücklichen Jahrzehends schwerlich gehofft werden darf. Druck und Elend aber, wenn sie nicht bis zum äussersten getrieben werden, erzeugen niedrige Denkungsart, und Despotismus steht in beständiger Wechselwirkung mit derselben. Erst bei einer folgenden Generation und wenn die neuen Dynastien sich fest auf ihren Thronen glauben und fühlen werden, lässt sich eine veränderte und bessere Tendenz in dieser Hinsicht mit Wahrscheinlichkeit annehmen und hoffen. Schnell erneuerte Kriege mit England und langer Verzug der Besiegung desselben dürfte die endliche Beruhigung Deutschlands und den Beginn einer glücklichern Periode desselben sehr verzögern, und Frankreichs Einfluss auf dasselbe noch bedeutend vermehren. Es wäre in solchem Falle kein Wunder, wenn grosse Auswanderungen nach Amerika mit Hülfe englischer Schiffe von den Deutschen mit Leidenschaft versucht und ins Werk gerichtet würden.

§ 9.

Erst nach vorgängiger Erwägung der Lage Europa's überhaupt und Deutschlands insbesondere wird man auf die Gegenwart und Zukunft der Hansestädte einen leichtern Blick werfen und über ihr jetziges und künftiges Interesse, wenn auch nicht mit Sicherheit urtheilen können, doch der Gefahr entgehen, durch eine zu beschränkte und kleinliche Ansicht der Dinge sich zu Massregeln oder zu Erwartungen verleiten zu lassen, die früher oder später als Fehltritt oder Chimären erscheinen und eine vergebliche Reue zur Folge haben würden.

Es ergiebt sich aus dem Obigen zuforderst folgendes:

Die Hansestädte liegen auf dem europäischen Continent, sie liegen ferner innerhalb der Grenzen des vormaligen Deutschlands, sie stehen mit diesem unter Frankreichs nächstem Einflusse, — dieser Einfluss wird sich bei der Fortdauer des gegenwärtigen Kriegszustandes gegen England nicht vermindern, sondern eher noch sich vermehren, auch bei auf kürzere oder längere Zeit hergestelltem Frieden wird er nicht ausbleiben, sondern in dieser oder jener veränderten Form fortwähren, und

sie werden an den Massregeln, welche Frankreich im Frieden wie im Kriege gegen England nimmt und nehmen wird, gezwungen oder ungezwungen, direct oder indirect Theil nehmen, schon allein vermöge ihrer nicht zu verändernden geographischen Lage in Europa und vor allem in Deutschland und abgesehen von jedem äussern politischen Zustande, in dem sie sich befinden. Denn sie mögen künftig unabhängig oder mediatisirt, dem rheinischen Bunde angehörig oder wie in diesem Augenblicke isolirt da stehen so lange sich ihre Einwohner nicht einschiffen und jenseits des atlantischen Meeres einen neuen Staat gründen, so lange werden sie zur Partei Frankreichs gehören müssen bis die Zeit kommt, wo Frankreichs Herrschaft über Deutschland ein Ende hat. Die Hoffnung, dass die den Städten durch den Reichsdeputationsschluss von 1803 zugesicherte Neutralität bei künftigen Land- und besonders bei Seekriegen wieder anerkannt und wirklich respectirt werden dürfte, scheint nach gerade zu den chimärischen gezählt werden zu müssen. Möglich liesse sich ihre Realisation nur in dem Falle denken, wenn Frankreich bei dem Frieden mit England durch eine solche Stipulation zu Gunsten Englands, irgend einen andern bedeutenden Vortheil erreichen zu können glaubte und wenn England das nach den bisherigen Vorgängen seltene Zutrauen in Frankreich setzte, anzunehmen, dass bei einem künftig wieder ausbrechenden Kriege zwischen beiden Mächten dennoch in diesem besondern Puncte der Friede nicht gebrochen, sondern im Kriege fortgehalten werden sollte, dass Frankreich, wenn es den englischen Handel künftig wieder verbietet und dessen Waaren vom Continent ausschliesst, dennoch drei deutschen Städten erlauben würde mit England fortzuhandeln und seine Waaren einzuschwärzen. Oder an der andern Seite müsste Frankreich voraussetzen, England würde es sich gefallen lassen, dass die hanseatischen Schiffe bei einem künftigen Kriege die Frachtfahrt zwischen Frankreich und dessen Colonien unterhielten, dagegen aber dem englischen Handel auch nicht den mindesten Vortheil brächten. Nur einzig in dem Falle lässt sich eine solche von beiden Mächten zugestandene hanseatische Neutralität beim künftigen Kriege zwischen Frankreich und England möglich denken, wenn dieser Krieg durchaus

seinen bisherigen Character fallen und nicht mehr ein Krieg um Handels Existenz und Alleinhandel, um Herrschaft über die Meere, um Colonial-Grösse oder gänzliche Colonial-Lahmung sein oder bleiben sollte. Es gehört zu den fürchterlichen Fortschritten unsrer Zeit, die aber vielleicht zur Erringung eines bessern Zustandes der Menschheit nothwendig sind, dass den Kriegen in unsern Tagen grosse Ideen zum Grunde liegen, dass man sich nicht mehr um den Besitz einiger Inseln schlägt oder um eine kleine Landstrecke oder um persönliche Beleidigungen der Regenten zu rächen, sondern dass die wesentlichen Tendenzen der Völker sich bekämpfen, wodurch die gegenwärtigen Kriege so zu sagen Kriege auf Leben und Tod sind. Unser Neutralitäts-Plan war das Resultat einer ganz andern Lage und Ansicht der europäischen Politik; er musste mit dieser stehen und fallen, wie es am Tage ist, und schon bei der Proclamation des Friedens von Tilsit und der durch denselben vollends organisirten Uebermacht und Herrschaft Frankreichs über Deutschland hätten wir eine Idee aufgeben sollen, die während Deuschlands Unabhängigkeit von Frankreich entstanden war und nur zu einem solchen Zustande passte.

Nur mit einem bangen Vorgefühle lässt sich nach den obigen Voraussetzungen zu der Frage schreiten: Mit welchem Fug und aus welchen Gründen dürfen die Hansestädte die Erhaltung ihres bisherigen unabhängigen Zustandes hoffen? Schon bei dem ersten Blicke scheint alles uns zuzurufen: Die alten Stützen sind dahin! — Die Deutsche Reichsconstitution — sie ist gefallen, und brachte schon, um nur noch einige Jahre langer ihr Leben zu fristen, unsere vormahlgen Schwestern schaarenweise zum Opfer Der Wahn, man werde sich über die reichen Hansestädte nicht vereinigen können, keine Macht werde der andern sie gonnen! Frankreichs Kaiser verschenkt Konigreiche, ohne jemand zu fragen, und Russland, die letzte Macht, welche ihm Widerstand zu leisten wagte, hat die Hansestädte wie den übrigen Rest von Deutschland zur Disposition des Siegers gegeben Die Hamburger Bank? Napoleon wird sich viel um das Geschrei seiner Kaufleute kümmern; auch dem künftigen Handelsverkehr des Continents wird er neue Bahnen und Gesetze vorzuschreiben wissen, und schon die kecke Be-

hauptung der Unentbehrlichkeit eines existirenden Instituts der Art aus der alten Zeit könnte er bei übler Laune für ein Hohnsprechen seines Genies aufnehmen, das ihn zu einer schrecklichen Anwendung desselben reizen könnte. Das allgemeine Wohlwollen aller Mächte, begründet durch das Handelsinteresse derselben? — Dieses hängt wieder mit der Unabhängigkeit Deutschlands, mit der hanseatischen Neutralität und vor allem mit dem System des europaischen Gleichgewichts zusammen; alles Bilder der Vorzeit, nicht anwendbar mehr auf die jetzige Lage Europas und des durch Frankreichs Präponderanz fast zu einem einzigen Staate gewordenen Continents. Kurz — alles sagt uns, die Erhaltung oder Vernichtung der Freiheit der Hansestädte ist einzig und allein abhängig von dem Willen des Kaisers der Franzosen, und die Muthmassung, welche man über seine desfalsigen weiteren Willensaeusserungen aufstellen könnte, fallen mit einer Erörterung seines möglichen Interesses in solcher Hinsicht zusammen. Aber welches könnte denn nun dieses Interesse sein, wenn das Resultat desselben unsern Wünschen entsprechen sollte? Die durch Napoleons bisheriges Benehmen, das sonst im Ganzen den republikanischen Verfassungen durchaus nicht günstig zu sein scheint, gegebenen Data sind zuförderst seine kurz nach der Stiftung des Rheinischen Bundes, und beim Ausbruche des Krieges mit Preussen öffentlich erklärten, und noch nicht öffentlich wieder zurückgenommenen oder anders interpretirten Aeusserungen über die Wichtigkeit der Erhaltung der Städte, — ferner, die durch den Frieden von Tilsit wiederhergestellte Freiheit Danzigs, die beruhigenden Aeusserungen einiger der ihm zunächst stehenden französischen Staatsmänner, und endlich die bis auf diesen Augenblick wenigstens den äusseren Formen nach fortdauernde Anerkennung der Unabhängigkeit unserer Städte, deren Vernichtung doch längst in seiner Macht war. Man könnte etwa die folgenden verschiedenen Ideen als diejenigen, welche Napoleon bei der bisherigen Erhaltung der Hansestädte geleitet haben können, und zum Theil auch zu ihrer weitern Conservirung bestimmen dürften, für möglich annehmen; denn welche unter ihnen, oder ob vielleicht eine noch ganz andere, die wirkliche sei, weiss nur er selbst und

möglicherweise auch er selbst noch nicht einmal recht bestimmt.

a) Er hat die Hansestädte bisher bloss noch in ihrem bisherigen Wesen fortexistiren lassen, weil er mit sich selbst über ihre weitere Bestimmung noch nicht einig war, indem er es etwa noch immer für möglich hielt, dass England auf die Zurückgabe von Hannover ein besonderes Gewicht legen konnte, in welchem Falle dann die Hansestädte entweder mit in die Waagschale gelegt und nebst Hannover, und zu einem Ersatze für die an Westfalen cedirten Aemter, an England cedirt werden könnten, oder wenn England dafür nicht genug böte, zum Königreich Westfalen geschlagen, oder den Umständen nach auch in ihrer freien Existenz erhalten werden könnten, wenn England darauf ein besonderes Gewicht legte, oder solches bei einer Restitution des ganzen alten Hannovers an England für Frankreich vortheilhaft befunden würde Ebenso könnte der gegenwärtige nordische Krieg am Ende zu einer Theilung Schwedens, und diese wieder zu einer Disposition Frankreichs über das Hollsteinische führen, wo dann ebenfalls die Entscheidung des Schicksals der Hansestädte von Bedeutung sein, und also jede frühere Disposition über sie gereuen konnte. Aufmerksamkeit erregende Zeichen der Zeit in Beziehung auf diese verschiedenen Hypothesen sind z. B die bei den vorigen Friedensunterhandlungen stattgefundene Anbietung der Städte zur Entschädigung für den König von Neapel, und die Muthmassung des englischen Negociateurs, dass man sie auch dem Könige von England nicht versagt haben würde, die Vereinigung mehrerer hannoverschen Aemter mit dem Königreiche Westfalen die vorerwähnten Aeusserungen des Kaisers gegen die westfälischen Deputirten in Paris, die Aeusserungen im englischen Parlament, [dass der König von England mittelst des Rheinbundes nicht französischer Vasall sein könne, und dass der Friede um Hannovers willen nicht dürfe zerschlagen werden; die Behauptung in französischen Bülletins und officiellen Blättern, England habe die Barriere der Elbe jetzt und für immer unwiederbringlich verloren, es werde ihm nie wieder Einfluss auf den Continent gestattet werden; die so eilig betriebene gänzliche Demolition von Hameln; die Vertheilung der hannoverschen

Domainen an französische Generale und Staatsmänner, die russische Erklärung über die definitive Besitznahme Finnlands, die an Dänemark zugesicherte Entschädigung für die Aufopferung seiner Flotte und Handelsmarine; die Accession Mecklenburgs zum Rheinischen Bunde und die wahrscheinliche Aufnahme Oldenburgs in denselben, die vielfachen Gerüchte, zufolge denen der Prinz von Porto Corvo auf einen wenigstens noch mehrere Jahre dauernden Aufenthalt in Hamburg rechnen soll, und dergleichen mehr, wodurch übrigens nichts bewiesen oder wahrscheinlich gemacht, sondern nur gezeigt werden soll, dass diese verschiedenen Zeichen der Zeit zu den verschiedensten Muthmassungen über die künftige Bestimmung der Hansestädte Raum geben und eine Unbestimmtheit in den desfallsigen Absichten anzudeuten scheinen.

b) Napoleon betrachtet Deutschland vermöge des Protectorats des französischen Kaisers über dasselbe als einen Theil des von nun an unter seinem vorzüglichen Einflusse stehenden europäischen Continents, er denkt nichts von demselben fahren zu lassen, sondern alles, und auch die Hansestädte, zu dem Rheinbunde zu ziehen, sei es als activ Mitglieder oder als associirte Staaten, worauf auch ein Fingerzeig in der Constitutionsacte desselben deutet, oder er verwandelt vielleicht bald sein bisheriges Protectorat in die alte deutsche Kaiserwürde, und die Hansestädte sollen dann Reichsstädte heissen, und eine ganz besondere Protection als solche geniessen. Da seinem Plane nach, bei etwaniger Wiederherstellung des Friedens, der ganze Continent wetteifern soll, um Englands Alleinhandel Abbruch zu thun, so wird er dieses auch von dem ihm nächst Frankreich jetzt am meisten interessirenden Deutschland erwarten und begehren, und die Hansestädte, mit denen der Seehandel Deutschlands steht und fällt, werden dann seine vorzüglichste Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Es kann ihm, so abgeneigt er den Republiken auch ist, doch nicht entgehen, dass eine freie Verfassung den Handel begünstige, er wird ihnen diese also lassen, damit ihre Schiffahrt wieder aufblühe, damit durch ihren Seehandel zahlreiche Matrosen gebildet werden, die bei einem wieder aufbrechenden Kriege, entweder auf seinen Kriegs-

schiffen dienen, oder den Stamm zu einer dann zu errichtenden deutschen Marine bilden können.

Um die Handelsindustrie derselben für ganz Deutschland nutzbarer zu machen, werden sie mit den übrigen deutschen Staaten in nähere Verbindung gesetzt, und die Schranken, welche der inländische deutsche Handelsverkehr, durch Flusszölle, Stapelrechte und Handelsentraven anderer Art, durch Abschoss und dergleichen erleidet, werden von ihm aufgehoben werden gleiche Gesetze, Münzen, Mass und Gewicht werden alle deutschen Staaten verbinden, und jedem Einwohner eines solchen wird es möglichst leicht gemacht werden, in einer der Hansestädte Comtoire zu errichten, Commanditen zu halten u. s. w. um von den Früchten des Welthandels soviel an sich zu ziehen, als seine Kräfte es irgend verstatten. Wenn die mannigfachen tröstlichen Winke für die Zukunft welche von einzelnen französischen Staatsbeamten unsern Deputirten in Paris gegeben sind, irgend eine wirkliche Bedeutung haben, und nicht bloss als glatte Worte zu nehmen sind, so würden sie einer solchen Hypothese das Wort reden; auch die jetzigen Matrosenaushebungen passen in dieses System.

c) Noch liesse sich die Möglichkeit denken, dass Napoleon, in dessen Genie man sich schon mehr als einmal verrechnet hat, die Hansestädte zur Realisirung noch höherer oder doch umfassenderer, wenn nicht kosmopolitischer, doch politischer Ideen aufbewahrt. Gesetzt er machte es sich nach befestigter Herrschaft über den Continent zum höchsten mit seiner ganzen Energie zu verfolgenden Zweck, seinen Erbfeinden den Dreizack zu entreissen, gesetzt er sähe zugleich, dass er solches ohne den Schlangenstab in seiner Gewalt zu haben nicht vermochte, und dass dieser nur da leicht, behend und kräftig geführt zu werden pflegt, wo es an einem gewissen Grade bürgerlicher Freiheit nicht gebricht, gesetzt endlich er habe sich aus der Geschichte des europäischen Handels bemerkt, dass erst nach dem Untergange der grossen hanseatischen Verbindung Englands Uebermacht im Handel und Seekriege mit Riesenschritten vorwärts sich bewegte, könnte er nicht auf den Gedanken gerathen, nicht bloss durch Erhaltung der drei Hansestädte, sondern selbst durch Creation noch einer vierfach

grösseren Anzahl ähnlicher mit mehr oder minder bürgerlicher Freiheit zu begünstigenden Seestädte des europäischen Continents einen neuen Wetteifer und eine regere Lebendigkeit für den Handel zu begründen, dessen rascheré Fortschritte im jedesmaligen Friedenszustande ihm zugleich ein kraftvolleres Auftreten des Continents bei jedem wieder ausbrechenden Seekriege mit England garantirten Davon scheint er sich wenigstens jetzt überzeugt zu haben, dass die alles besiegende Zaubergewalt der englischen Marine weder in der Schiffsbaukunst, noch in der Richtung der Kanonen, noch in der jedesmaligen Ueberlegenheit an Schiffen und Streiterzahl, sondern einzig in der grösseren Gewandtheit der durch den Handel gebildeten und mit den Meeren vertraut gewordenen britischen Seeleute und den aus ihrer Mitte hervorgehenden, von unten auf dienenden Führern derselben bestehe Nach dieser Ansicht durfte also der Kaiser unsere Städte zur Theilnahme an einer grösseren von ihm neu zu stiftenden hanseatischen Verbindung aufbewahren, eine Hypothese, mit der die Auferstehung Danzigs (welche indess freilich auch schon aus Localmotiven hinreichend erklärt werden kann) und die vielfachen, doch schwerlich bloss von müssigen Köpfen ersonnenen Gerüchte einer Bestimmung mehrerer anderer grosser europäischer Seeplätze zu Hansestädten in Verbindung stehen könnten.

Dass unter diesen verschiedenen möglichen Motiven zur Erhaltung der Hansestädte nur die unter b. und c. angeführten ihren Wünschen entsprechen können, ergiebt sich bei einigem Nachdenken von selbst. Jede Fortexistenz nämlich, welche sie aus einem der unter a. angeführten Bewegungsgründe erwarten können, ist und bleibt precär, unsicher wie eine Wohnung auf vulkanischem Boden. Sollte sich England verleiten lassen, gegen die Herausgabe bedeutender Inseln den ihm immer unsicher bleibenden Besitz von Hannover wieder anzunehmen, sollte in Holstein und Jütland vielleicht ein neues Reich geschaffen werden und Frankreich es rathsamer finden, die freien Hansestädte dann zwischen beiden in ihrem bisherigen Wesen zu erhalten, so würden wir vielleicht, solange ein Friede zwischen Frankreich und England dauert, einiger Ruhe und der Wiederkehr blühender Zeiten uns zu erfreuen haben, aber bei jedem neuen

Kriegsausbruch wird auch der Jammer der gegenwärtigen Tage neu werden, und wo nicht schon dem Abend unseres Lebens, doch sicher unsern Kindern und Enkeln vorbehalten bleiben. Und wie wenig wahrscheinlich ist es selbst, dass Frankreich irgend grosses Interesse an der Erhaltung unserer Selbständigkeit unter solchen Verhältnissen nehmen werde, es kann jetzt im Grunde gar kein anderes haben, als das, durch das Aufblühen unsers Handels einiges Gewicht in die Handelsbalance gegen England zu werfen, denn der Nutzen, welchen Frankreich sonst direct aus unserm Zwischenhandel zog, ist vorbei, seitdem kein von Frankreich ganz unabhängiger Staat zwischen uns und jenem grossen Reiche weiter belegen ist, seitdem es auf dem ganzen Continent von Europa fast nur befreundete Häfen findet. Gelingt es ihm vollends, was jetzt mit der äussersten Anstrengung versucht wird, das Mittelländische Meer durch Besetzung aller Küsten desselben in den drei alten Welttheilen zu erobern, und die Engländer von demselben auszuschliessen, welche besonderen Vortheile sollte ihm die freie hanseatische Schiffahrt noch gewähren, die nicht auf anderem Wege eben so gut zu erreichen sein würden? Schiffbauholz findet es dann hinlänglich in den dalmatischen Wäldern, auf dem Libanon, in Macedonien; Getreide liefert Aegypten und die bald zur alten Blüthe emporstrebende Nordküste Afrikas; französischer Weine wird Deutschland immer bedürfen und abholen oder sich zuführen lassen, ob in Schiffen, die republikanische oder monarchische Wimpel führen, ist in dieser Hinsicht gleichgültig und ohne besonderes Interesse für Frankreich.

Selbst die Erklärung des Kaisers an den König von Baiern vom 21. September 1806 und der gleich darauf folgende im Moniteur abgedruckte Bericht des Minister Talleyrand, worin es hiess, dass die Hansestädte keiner partikularen Conföderation beitreten dürften, sondern isolirt und unabhängig bleiben müssten, geschah unter ganz andern Umständen Damals, vor Ausbruch des Krieges mit Preussen, existirte der Rheinbund nur im südlichen Deutschland, und es war von einer andern Conföderation im nördlichen Deutschland unter Preussens Auspicien die Rede, wozu dieses die Hansestädte ziehen wollte. dies wollte der Kaiser als Protector des süddeutschen Bundes nicht zugeben,

weil die Hansestädte als Haupt-Aus- und Einfuhrhäfen von ganz Deutschland dadurch dem südlichen Deutschland mehr oder minder entsogen worden waren, weshalb in jener Erklärung auch ausdrücklich vom Interesse des südlichen Deutschlands die Rede ist. Wie ganz anders ist aber die gegenwärtige Lage der Dinge, wo von partikularem Interesse eines Theils von Deutschland und von besonderen Conföderationen in demselben gar nicht mehr die Rede ist, wo der Rest von Deutschland bis auf Hannover und die Hansestädte in eine Conföderation vereint ist, wo England nicht nur die Barriere der Elbe verloren hat, sondern selbst die des Sundes und der Ostsee zu verlieren im Begriff ist.

Das Wiederaufblühen des deutschen Handels und das des europäischen Continents überhaupt zur Schwächung und Beeinträchtigung des englischen Alleinhandels im Frieden und zur Bildung für Frankreich brauchbarer Matrosen zum Behuf eines künftigen Krieges ist also das einzige Interesse welches Frankreich dem Obigen zufolge an einer dauernden Erhaltung der Freiheit der Hansestädte nehmen kann, und die den Kaiser bei einer solchen Erhaltung leitende Idee kann wohl nur eine von den unter b oder c angedeuteten sein. Die bisherige völlig republikanische Verfassung der Städte dürfte aber weit eher vollständig erhalten werden, wenn die Hypothese, nach welcher durch die Städte vorzüglich das Aufblühen des deutschen Seewesens beabsichtigt werden soll, sich begründete, als wenn von einer ausgedehnteren neuen Continental-Hanse die Rede wäre. Es würden zu dieser unfehlbar Städte aus monarchischen Ländern und selbst aus Frankreich geschlagen werden, alle würden eine gleiche Constitution erhalten, und dann schwerlich eine, dem Interesse jedes einzelnen unter den alten hanseatischen Bürgern so zusprechende, wie die welche er von seinen Vorvätern ererbte, welche auf eignem Grund und Boden frei und fröhlich zu seiner Beschirmung erwuchs.

## § 10.

Wir gingen von dem Grundsatze aus, dass es kleinen Staaten, ungeachtet des ihnen durch die Natur ihrer Existenz durchgängig dictirten passiven Verhaltens, doch eine unerlässliche

Aufgabe bleibe, sich jederzeit und vor allem bei wichtigen politischen Krisen und Revolutionen in einer klaren Ansicht ihrer jedesmaligen Lage und daraus abzunehmenden und zu verfolgenden Staatsinteresse zu erhalten. Wir haben mittelst der vorhergehenden Contemplationen uns bemüht, zu einer solchen Ansicht für den gegenwärtigen Moment zu gelangen, und das Resultat derselben kann, wenn die obigen Voraussetzungen anders richtig sind, nur folgendermassen ausfallen.

Die Hansestädte müssen die Behauptung und Verfolgung einer während ihrer Verbindung mit dem vormaligen deutschen Reiche, bei dessen Inconsequenzen entstandenen und durch das damalige politische Gleichgewichts-System möglich gewordenen Neutralitäts-Idee bei der gegenwärtigen und aller Wahrscheinlichkeit nach auch künftigen Gestalt von Europa gänzlich aufgeben, und da sie weder vom Continent noch von Deutschland sich trennen können, so müssen sie vielmehr ihre politische Bestimmung darin sehen und suchen, sich den noch übrig gebliebenen deutschen Staaten eng anzuschliessen, den Flor des deutschen Handels im Frieden zu befördern, und dadurch bei künftigen Seekriegen die Macht des Continents, dessen Interesse durchaus das ihrige sein muss, zu vermehren. Wollen sie sich diesem Plane nicht fügen, oder glaubt man auch nur, dass sie in ihrer bisherigen Existenz dazu unbrauchbar seien, so wird man sie ohne allen Zweifel mit benachbarten monarchischen Staaten vereinigen, und sie werden dann doch gezwungen sein, grade das zu thun, wozu sie sich freiwillig nicht entschliessen wollten, oder ihrer Unbehülflichkeit halber nicht im Stande waren. Um dies Unglück zu vermeiden, und wenn es nicht schon zu spät ist, den alles beherrschenden Napoleon für ihre Erhaltung zu gewinnen, und sein desfalsiges Schwanken zu fixiren, indem ihm die Hansestädte ihre eigene veränderte Ansicht über ihre Bestimmung bezeugen, ist das gerathenste, was sie in diesem Augenblicke thun können, eine schleunige Nachsuchung um die Aufnahme in den Rheinischen Bund, und zwar dieses pure, und ohne den beigefügten Versuch eine Neutralität bei dem Bunde stipulirt zu halten, wie es bei dem deutschen Reiche der Fall war, welche der Idee dieses Bundes gänzlich widerspricht und selbst als Begehren übel

aufgenommen werden müsste, indem die Hansestädte dadurch nur ihre Untauglichkeit und Unbrauchbarkeit für Napoleons Plan declariren würden. Es kann hei ihnen gar nicht die Frage davon sein, ob dies Beitreten zum Rheinischen Bunde vortheilhafter für sie sei, oder die Behauptung ihres bisherigen Zustandes, — denn letzterer existirt nicht mehr und kommt nie wieder, — sondern nur davon, ob sie fortfahren wollen, einem ihre Unabhängigkeit vernichtenden Decrete mit jedem Tage ängstlicher entgegenzusehen, oder ob sie noch einen Versuch machen wollen, dieselbe unter der Aegide des Rheinischen Bundes zu retten. Sollte Napoleon bereits eine solche Vernichtung beschlossen haben, oder Willens sein vor abgeschlossenem Frieden nichts über sie zu bestimmen, so wird freilich ein solcher Versuch vergeblich sein; aber es ist Pflicht alles Mögliche gethan zu haben, zumal da bei einem solchen Schritte kein Schaden, wohl aber Vortheil abzusehen ist. Dass dem so sei, sollte billig schon aus dem Obigen (seine Richtigkeit übrigens vorausgesetzt) klar sein; für diejenigen, welche es nicht so ansehen, indess noch einige Bemerkungen über einige desfalsige Zweifel. Durch den Zutritt zum Rheinbund heisst es, werden wir es ganz und gar mit England verderben, es wird uns dann sicher alle unsere Schiffe confisciren und beim Frieden kein weiteres Interesse für uns zeigen; und wenn wir uns einmal zur Theilnahme an dem Rheinbund entschlossen haben, werden wir je wieder heraus können? Aber auch abgesehen davon, dass wir, da wir uns von dem Continent nicht trennen können, es doch einmal früher oder später mit England verderben müssen, der Rheinbund ist ja durchaus kein Bund gegen Seemächte, sondern wie die Constitution desselben ausdrücklich sagt, tritt seine Bewaffnung und Theilnahme nur bei Continentalkriegen ein, und nicht einmal bei allen; demnach hat dieser Bund, wie schon oben erwähnt, jetzt keinen einzigen Streiter gegen England im Felde. Die Hansestädte hingegen liefern noch täglich neue Matrosen zum französischen Seedienst. Werden nicht alle die ungeheuren Geldsummen, welche Frankreich jetzt von den Hansestädten erpresst, gegen England angewendet, und würde England deshalb nicht sogar Vortheil davon haben, wenn durch den Beitritt der Stadte

zu dem Rheinbunde diese Erpressungen weniger würden? Wenn England beim Frieden die alte Ordnung der Dinge in Europa und besonders in Deutschland nicht wieder herzustellen vermag, — und dies wird es nie, — so ist sein Interesse für die Hansestädte nur gering, und alles, was es für sie auswirken könnte, würde ein kurzes, nur für wenige Jahre oder Jahrzehende dauerndes Glück sein; wir sind aber schuldig, nicht egoistisch bloss für die nächste Gegenwart zu sorgen, sondern auch auf das Wohl unserer Nachkommen bedacht zu sein, und ihren Fluch nicht auf uns zu laden. Der Furcht vor der Reue in den Rheinbund getreten zu sein, endlich, liegt beim Lichte besehen, nichts anderes zum Grunde als der früherhin schon erwähnte Aberglaube an den Deus ex machina und an eine mögliche Wiederkehr der alten Ordnung der Dinge. Wir können aber nun einmal nicht wieder zurück zu den Fleischtöpfen Aegypti, das rothe Meer liegt hinter uns, jedes Rückwärtsschauen hält uns nur länger auf in der Wüste; diese kann unsere Heimath nicht bleiben wir müssen hindurch und mit Anstrengung jeglicher Art für uns und unsere Kinder das Land der Verheissung erwerben. Scheuen wir diese Anstrengung, so werden wir sofort dienstbar werden den Söhnen der Fremde um uns her, und uns am Ende glücklich preisen müssen die Brosamen zu geniessen, welche von ihren Tischen fallen. Doch ohne Bild und Gleichniss. Die Aufnahme in den Rheinischen Bund bringt uns keinen Nachtheil, den wir nicht sonst auch, und in noch ärgerem Masse zu befahren hätten; aber der möglichen Vortheile lassen sich viele von einer solchen Vereinigung erwarten, falls es uns gelingen sollte, sie noch zu erreichen. Beispielsweise verdienen die folgenden angeführt zu werden.

a) Wir sichern dadurch nicht allein unsre Unabhängigkeit vor der wandelbaren Laune der Herrscher, und vor der Vergrösserungssucht mächtiger Nachbarn wenigstens ebensosehr, als die Selbstständigkeit der grosseren Bundesstaaten der Könige von Bayern, Sachsen etc. es ist, sondern wir haben auch als Mitglieder des Rheinischen Bundes weit mehr Hoffnung une unsere bisherige Verfassung zu erhalten, als selbst dann, wenn unsere Unabhängigkeit ohne Theilnahme an diesem Bund fürs erste

stipulirt würde. Den Bundesgliedern ist die Souveränität zugesichert, diese ruht in den Städten bei Rath und Bürgerschaft, und diese können sich daher ohne fremde Einmischung zur Beibehaltung oder Abänderung ihrer bisherigen Verfassungen selbstthätig bestimmen; und die Rücksicht auf die grösseren Mitglieder des Bundes wird Napoleon abhalten, diesen Act der Souveränität bei ihnen beschränken zu wollen, welches ohne eine solche Rücksicht leicht der Fall sein könnte, und dass dann eine neue Constitution der Städte sicher aristokratischer wie ihre bisherige ausfallen dürfte, lässt sich wohl nicht bezweifeln.

b) Wenn gleich die gänzliche Aufhörung alles Kriegsdrucks in den Hansestädten von diesem Beitritt nicht zu erwarten ist, solange der Krieg gegen England und im Norden noch währt, so kann man doch nach den Beispielen, welche in dieser Hinsicht bei benachbarten Staaten gegeben werden, auf eine beträchtliche Erleichterung derselben rechnen. Wären wir z. B. vor einem halben Jahre zum Rheinischen Bunde getreten, und hätten unser Contingent mobil gemacht (welches wir in unserm Militär schon haben, denn mehr als 2000 Mann wird man von den Städten doch nicht fordern, da der zum Collegio der Könige gehörige Grossherzog von Würzburg nur soviel stellt, und der Fürst Primas nur 980), so wäre sicher von der Soldzahlung für die französischen Truppen auch nicht einmal die Rede gewesen. Der Versuch, ein solches Contingent im Gelde stipulirt zu erhalten, und nicht in natura, ist, beiläufig gesagt, durchaus nicht anzurathen, denn der Geldbeitrag würde enorm hoch angesetzt und wahrscheinlich auch im Frieden gefordert werden, mithin zu einem Tribut ausarten. Da bei der Truppenzahl doch das Bevölkerungsverhältniss, welches bei den andern Mitgliedern stattfindet, nicht überschritten werden dürfte, und da auf einen langen Continental-Frieden zu rechnen ist, — denn wer wollte ihn brechen? — so werden die Städte ihr Naturalcontingent wie bisher als ihr eigenes Militär gebrauchen können, ohne weitere Kosten davon zu haben. Ebenso gefährlich und noch mehr als der vorhergehende würde aber der Versuch sein bei dem Eintritte in den Bund darauf anzutragen, dass eine benachbarte Macht die Stellung des hanseatischen Con-

tingents gegen eine von den Städten ihr zu bezahlende Geldsumme übernähme. Frankreich selbst könnte auf einen solchen Vorschlag antworten: gut, wenn eure Leute sich zum Kriegführen nicht passen, so gebe ich euch einige meiner tapfern Regimenter zur Garnison, diese können auch zur Polizei dienen, die Ausgaben für eure Stadtmiliz könnt ihr ersparen. — Und eben das riskirten sie, wenn ein benachbarter Fürst z. B. der König von Westfalen die Contingentstellung für sie übernähme. Das jus armorum et praesidii, eine specielle Protection, und am Ende selbst die Conscription durch eine fremde Macht, würde die endliche Folge eines solchen durchaus nicht anzurathenden Versuches sein.

c) Die Hansestädte werden Theil nehmen an den allgemeinen Gerichten und sonstigen Instituten, welche der Bund weiter organisiren wird, sie werden dadurch vor äusserer Beeinträchtigung geschützt werden und ihre Einwohner an bürgerlicher Freiheit gewinnen. Die zum Wohl des neuen deutschen Staats zu treffenden sonstigen generellen Polizeiverfügungen, Erleichterungen des inländischen Handels und der freien Industrie werden auch die übrigen sein, und indem sie mit drei einzelnen Votis oder doch mit einer Curiatstimme im Collegio der Fürsten an Beschlüssen dieser Art Theil nehmen, werden ihnen viele fatale Verhandlungen mit den Nachbarn und manche innere Zwistigkeiten mit Zünften und Privilegirten erspart werden, die wenn der Genius der Zeit Aenderungen in dergleichen Dingen fordert und das Privatinteresse sich dagegen sträubt, auch nur gar zu leicht zu Verhandlungen und Auftritten führen, die den Geist der Eintracht aus ihren Mauern verbannen.

d) Endlich werden die Hansestädte durch einen solchen Beitritt wieder auf den politischen Standpunct gestellt, für den die Natur sie bestimmte: sie werden wieder Deutsche sein, und neben ihrem individuellen Civismus und hanseatischen Foederalismus, und unbeschadet derselben, auch wieder in weitem Umfange Vaterlandsliebe fühlen lernen, sie werden mit den übrigen vereinigten Stämmen der deutschen Nation Leid und Freude zu theilen haben. Und wenn nach einer Reihe von Jahren, oder als Folge unerwarteter und nicht vorherzusehender Ereignisse unserm Volke einmal eine bessere Sonne scheinen, wenn

es einst einmal zu voller Selbstständigkeit sich wieder erheben sollte, so werden sie wegen egoistischer Absonderung von ihren Landsleuten nicht ausgeschlossen, sondern — des brüderlichen Mitgenusses aller neuen Vortheile werth befunden werden.

Und weiter wüsste ich diesem für jetzt nichts hinzuzusetzen, es möchten denn die prophetischen Worte der Apokalypse sein: Was Du thuest, das thue bald, denn die Zeit ist nahe!

J. Smidt*)

## 3. Bedeutung der Presse.**)

Frankfurt, d. 25 Septbr. 1816.

Schon vor beinahe 14 Tagen ist mir beiläufig von dort geschrieben, es sei bei Gelegenheit einiger Beschwerden über gewisse Artikel der Bremer Zeitung im Senat ein Bericht erstattet worden, wobei zur Sprache gekommen, ob und wie die Zeitung unter Censur zu setzen und ob es nicht rathsam sein möchte, die Zeitung künftig zum besten der Schule zu verpachten, da die Ausgaben derselben bisher die Einnahme überstiegen hätten, worüber auch meine Meinung zu hören gewünscht worden.

Ich habe der desfalsigen officiellen Aufforderung und der Communication des gedachten Berichts, ohne welche ich über die Sache halb im Blinden zu urtheilen Gefahr laufe, seitdem mit jedem Posttage vergebens entgegengesehen, und nehme mir deshalb heute die Freiheit, soweit es mir ohne nähere Kunde des Details möglich ist, einiges über jenen Gegenstand anzuführen.

Zuvorderst gehe ich von dem Grundsatze aus, dass es unserm Staate keineswegs gleichgültig sein könne, ob bei uns eine vorzügliche und allgemein gelesene Zeitung herauskomme oder nicht, und dass im Gegentheil der Besitz einer solchen

*) Wir berichtigen hier den in der Note auf S. 261 stehen gebliebenen ungenauen Ausdruck: das Manuscript ist nur im Anfange und am Schlusse von Smidt's Hand, der mittlere Theil (die §§ 7, 8 und ein Theil des § 9 von Rump's Hand geschrieben. Die Red.

**) Der nachfolgende Aufsatz ist Nr. 85 der Frankfurter Gesandtschaftsberichte, nur am Schlusse sind einige gleichgültige und nicht zur Sache gehörige Bemerkungen beim Abdruck weggelassen worden.

Zeitung als ein bedeutendes Hülfsmittel zu betrachten sei, um die Selbständigkeit zu behaupten und seinem Einflusse auf Deutschland förderlich zu sein, indem da wo die physische Macht gebricht, die geistige, welcher jene doch am Ende immer untergeordnet bleibt, desto ernstlicher in Anspruch genommen werden muss.

Zur Rechtfertigung dieses Grundsatzes erlaube ich mir hier die Abschrift eines Privatbriefes einzuschalten, den ich beim Nachsuchen unter meinen Papieren so eben wieder aufgefunden habe. Ich schrieb diesen Brief während meines Aufenthalts in Wien an einen meiner Herren Collegen, wenn ich nicht irre, an Herrn Syndicus Gröning, und nahm Abschrift davon, weil ich mir schon damals vornahm, die Principien, welche unserm Censurwesen in politischer Hinsicht zum Grunde zu legen sein dürften, nach diesen Ansichten gelegentlich etwas näher auszuarbeiten.

Wien, den . . . . .

Unter den zweckmässigen Einrichtungen, welche die gegenwärtige Verbesserung unserer Art und Weise die Staatsgeschäfte zu betreiben, herbeiführen werden, denke ich mir eine permanente Commission für die hanseatischen, deutschen und auswärtigen Angelegenheiten. Diese Commission würde die Fühlfaden, wodurch wir uns gegenwärtig als selbständiger Staat in Verbindung mit andern Staaten anschauen und begreifen, fortzuführen und lebendig zu erhalten im Stande sein, wenn sie sich mit Eifer und Liebhaberei der Sache unterziehen will. Die Fortführung und Unterhaltung jener Fäden ist aber ein unthwendiges Mittel zur Sicherung, zur Verstärkung und zur Veredlung unseres politischen Lebens. Ob und wie sich auch gegenwärtig eine Art gesetzlichen Zustandes in Deutschland gestalten möge, es wird dennoch jeder einzelne, und besonders jeder kleine deutsche Staat, sowohl das allgemeine deutsche Staatsleben, als die Behauptung seiner Individualität in der Gemeinschaftlichkeit noch lange strebend erringen und festhalten müssen, da noch keiner der grösseren Staaten, durch deren Einfluss und Willen ein solcher gesetzmässiger Zustand die gehörige Stabilität erhalten könnte, durch eigene Bildung seiner Centrifugal- oder Centripetalkraft hinreichend mächtig geworden, um der Idee jenes

Zustandes seine Vergrösserungs- oder Isolirungssucht unterordnen zu können. Nicht von oben herab, sondern von unten hinauf wird Deutschland sich begreifen lernen und seine Bestimmung erstreben. Der Geist gesetzmässiger Evolutionen ist im Volke vorherrschend geworden, aber die revolutionären Tendenzen spuken wetterleuchtend fast allenthalben in den obern Regionen. Die Weisheit unserer Staatsmänner hat sich in der letztern Generation nicht auf eignem Boden erzeugen und fruchtbar und lebendig gestalten können, sie ist eine erlernte, und in ihrem ganzen Wesen, Thun und Treiben fast ohne Ausnahme durch und durch französischer Art und Kunst, denn man hat jederzeit seinen Blick dahin gewendet, woher die Kraft kam, und der nie unthätige Deutsche lernt immer, wenn er nicht handelt. Ein deutsches Staatsleben lässt sich daher erst erwarten, wenn durch die hoffentlich doch jetzt zu Stande kommende allgemeine Einführung landständischer Verfassungen in den verschiedenen deutschen Staaten, ein constitutionellor Geist aus dem Volke in die Regierungen allmählich übergegangen ist, dessen Tendenz denn auch keine andere sein kann, als das individuelle Streben in den allgemeinen deutschen Verhältnissen ausgesprochen und lebendig dargestellt zu sehen. Dieser Uebergang aus dem Geiste des Volks in den der Regierung ist aber nirgends leichter, und wird sich nirgends schneller effectuiren als gerade in den freien Städten. Es wird sich die im Entfalten ihrer Flügel begriffene Deutschheit bei ihnen am ersten der Raupenhülle entledigen, wenn man sie nur gewähren lässt, und den unerfreulichen Anblick, welchen das ängstliche Mühen und Drehen und Winden bei solchem Abstreifen hier wie allenthalben herbeiführen muss, nicht als einen eigenthümlichen Zustand betrachtet, der bleibend sein würde, wenn man ihm nicht von aussen zu Hülfe käme. Wir haben daher alle Ursache die selbständige Fortexistenz unserer kleinen Staaten wollen, und den Einfluss welchen dieselbe auf Deutschland haben dürfte, als heilsam und wohlthätig annehmen zu können.

Nicht minder aber wird die Unterhaltung jener Verbindung auf uns selbst eine sehr wohlthätige Rückwirkung äussern. Die Mängel und Einseitigkeiten, welche gerade unsere Kleinheit mit sich führt, ergänzen und verlieren sich durch fortwährende

Gewöhnung an den Blick auf das Vaterländische und Gemeinsame, und auch unsere Handelspolitik wird dadurch unaufhörlich daran erinnert werden, sie müsse erst eine deutsche sein, ehe sie europäisiren dürfe.

Soviel zur Rechtfertigung des' obengedachten Zwecks — mithin auch zur Anwendung von Mitteln um ihn zu erreichen. Ueber die Art und Zweckmässigkeit derselben noch ein paar Worte. Ausser den Correspondenzen mit unsern verschiedenen Geschäftsträgern, Agenten und Consuln, müsste jene Commission noch eine andere mit einsichtsvollen und patriotisch gesinnten Männern, die bei den verschiedenen deutschen Regierungen angestellt sind, zu unterhalten bemüht sein, um besser, als durch die öffentlichen Blätter erfahren zu können, welche Richtung die verschiedenen deutschen Staaten nehmen, und um im Stande zu sein, das was in den Städten geschieht, und aus Mangel an hinreichender Kenntniss ihres eigenthümlichen Wesens nur gar zu oft dem Publikum von einer schiefen Seite dargestellt wird, da wo die Meinung darüber nicht gleichgültig ist, in gehörigem Lichte darstellen zu können. Ihre von Zeit zu Zeit dem Senat zu erstattenden Berichte über die Lage der allgemeinen politischen Verhältnisse, sowie der deutschen insbesondere, die detaillirenden Nachrichten von zweckmässigen Einrichtungen in diesem oder jenem Staate, und von der Art und Weise wie sie zu Stande gebracht worden, würden diesem manche nützliche Materialien für die Regierungskunst sowol, als zu einer richtigen Ansicht unserer Handelsverhältnisse darbieten, und derselbe würde durch fortgesetzte Beschäftigung mit solchen Gegenständen immer mehr dahin gelangen, sich als Repräsentant eines Staats lebendig fühlen zu lernen, welches ihn in allen Verhältnissen zu einer immer würdigeren Haltung führen dürfte.

Mit dieser Commission müsste unser Zeitungswesen in einer genauen Verbindung stehen. Welchen Einfluss die Zeitungen auf die öffentliche Meinung haben, von welcher Wirkung einzelne Zeitungsartikel selbst bei den hiesigen (Wiener) Verhandlungen über die bedeutendsten Angelegenheiten gewesen sind, lässt sich nur recht würdigen, wenn man dergleichen von der Nähe mit angesehen hat. Es erfordert eine grosse Kunst,

eine Zeitung gut zu redigiren, und wer ihrer einigermassen mächtig ist, darf sich's leise gestehen, dass er nicht ohne Antheil an der Weltregierung sei. Seine täglich sich erneuernde unmerkliche Einwirkung auf die Gemüther gleicht der eines unaufhörlich fallenden Tropfens. Es bildet sich ein tactisches Element bei ihm aus, das auch den geringfügigsten Umständen Bedeutung zu geben weiss. Die blosse Reihenfolge der jedesmaligen Artikel und der dadurch motivirten Gedankenreihe der Lesenden wird ihm schon zu einem Gegenstande der Ueberlegung und des Entschlusses; sie gehört dem Reiche der Ideen an, sobald er sie dem des Zufalls wissentlich entreisst; das Unterstreichen einzelner Worte und Sätze; die Periode bei der ein Artikel, der den Umständen nach nicht vollständig in demselben Blatte gegeben werden kann, gerade abgebrochen wird; der Totaleindruck, den das Aggregat der in einem und demselben Blatte mitgetheilten Nachrichten geben muss; die Rückweisungen und Erinnerungen an früher in der Zeitung mitgetheilte, oder historisch bekannte Datas; die Wiederholung dieser oder jener Facta unter anderer Form und Einkleidung; die Bildung der Sprache bei den Uebersetzungen und Anzeigen; und hundert andere Dinge der Art verwandeln unter seinen Händen anscheinend handwerksmässige Arbeiten in ein geistiges und höchst interessantes Geschäft, in welchem die Pflicht des Menschen, des Staatsbürgers und des Weltbürgers, wie in wenig andern, eine folgenreiche Sphäre der Ausübung finden. Ist der Redacteur einmal von diesen Ansichten beseelt, stehen Talente und Kenntnisse bei ihm in gehörigem Verhältnisse zu denselben, ist er mithin von einem lebendigen Gefühl der Bedeutung seines Geschäfts ergriffen, so kann es nicht fehlen, dass er sich auch mit Eifer der mehr oder minder bei demselben dennoch vorkommenden mechanischen Arbeiten unterziehen werde, da er deren sorgfältige Betreibung als den Boden, und als die nothwendige Bedingung seiner höhern Wirksamkeit ansehen muss.

Einen Redacteur unserer Zeitung mit solchem Sinn und solcher Tendenz aufzufinden, wird nun mein Bemühen sein, falls es mir, meinem Vorschlag zufolge, überlassen wird; und dass ein solcher, wenn er gefunden würde, jener Commission

würde in die Hände arbeiten, dass seine Zeitungscorrespondanz auch von ihm würde zweckmässig benutzt werden können, ergiebt sich von selbst.

Soweit die gedachte Abschrift.

Ich kann nicht längnen, dass diese Ansichten, welche ich im Anfange des Jahres 1815 niederschrieb, mir auch jetzt noch als die richtigen erscheinen. Würden sie so auch von M. H. H. angesehen, so käme es vorzüglich auf die Frage an, wie der geschilderte Zweck zu erreichen und wie etwaige Missbräuche und Unannehmlichkeiten dabei zu verhüten seien?

Zuvörderst fällt es in die Augen, dass die Person des Redacteurs und das Mass von Einsicht, Umsicht und Gewandheit, welche sich bei ihm vorfinden, dabei von der grössten Wichtigkeit ist. Wenn ein geschickter Redacteur die Absicht hat, in dem Gemüthe des Lesers seiner Zeitung eine gewisse Gedankenreihe und Gedankenfolge zu erregen und lebendig zu erhalten, so kann er das auch bei der genausten Befolgung der strengsten Censurgesetze, und auf eine Weise, dass ihm niemand in der Welt etwas dabei anhaben kann, dennoch bewirken. Es kommt also wesentlich darauf an, dass der Redacteur den Willen, die Fähigkeit und die Kunde habe, welche dazu erfordert wird, eine Zeitung zu schreiben, wie sie dem Zwecke unsers Staats, die nur die besten und rechtlichsten sein können, gemäss ist. Dazu wird nun auch der beste Redacteur immer mehr oder minder erzogen werden müssen, und es scheint sich zu solcher Erziehung kein besseres Mittel darzubieten, als freundschaftliche Leitung in gelegentlichen vertraulichen Unterredungen mit solchen Männern die jene Kunde besitzen, eine dem Redacteur gegebene Erlaubniss, Befugniss, und bei vorkommenden Verhältnissen in Hinsicht specieller Gegenstände ihm auferlegte Verpflichtung, mit solchen ihm nahmhaft gemachten Männern zu berathen, ihre Winke einzuholen und dieselben zu befolgen. Dadurch wird sich bei dem Redacteur der erforderliche Tact, welcher allein mehr als die sorgfältigste Instruction auf den rechten Weg führt, nachgrade auszubilden im Stande sein. Den gegenwärtigen Redacteur kennt man dort jetzt länger

und näher als ich ihn kenne, und ich kann daher bloss sagen, es sei mir so vorgekommen, dass er sowohl der Geschicklichkeit als des guten Willens, welche zu einer solchen Ausbildung gehören, fähig sei.

Die Lage worin sich unser Zeitungswesen gegenwärtig in der Hinsicht befindet, dass das Eigenthum oder die Nutzniessung derselben keiner Privatperson, sondern einer Stiftung zusteht, die sich unter Aufsicht des Staats befindet, scheint für die Verhältnisse unsers kleinen Staats sehr glücklich gegeben zu sein, da sie eine solche Einwirkung möglich macht, welche als keine directe erscheint, da man den Redacteur für alles so verantwortlich machen kann, als wäre die absoluteste Pressfreiheit da, und man dennoch in Hinsicht dessen, was nicht gesagt werden soll, nicht nöthig hat, mit ihm zu disputiren, was bei voller Pressfreiheit mit jedem Privateigenthümer der Zeitung mehr oder minder der Fall sein würde. Jetzt kann man Anstössigkeiten ohne Eclat vermeiden, und wenn äussere Anfechtungen kommen, kann man den Redacteur immer vor den Riss treten lassen, und die Art seiner Vertheidigung erforderlichenfalls leiten. Die Inconvenienzen einer completen Pressfreiheit werden vermieden, und zu gleicher Zeit auch die noch grösseren einer speciellen Censur, wo man wegen alles dessen was in der Zeitung steht, schon den Staat in Anspruch zu nehmen versucht, weil er es durch die von ihm veranstaltete Censur nicht habe streichen lassen, und wo so leicht der Censor persönlich ins Gebränge kommen kann.

Eine genaue und strenge Censur einzuführen, ist bei der Lage unseres Postenganges fast unthunlich. Die Posten und mit ihr die fremden Zeitungen kommen fast ohne Ausnahme erst Nachmittags an; giebt man die mit denselben ankommenden Neuigkeiten nicht gleich am folgenden Morgen, so ist die Zeitung ruinirt, weil dann die Hamburger, denen einige Postencourse ohnehin schon günstiger sind, (dann) einen ganz entschiedenen Vorsprung haben. Unsere Zeitung muss daher grösstentheils immer in der Nacht gedruckt werden, und man müsste, wollte man jene strenge Censur eintreten lassen, einen Censor bestellen, der wie die Nachtwächter gehalten wäre, jede Nacht zu arbeiten und am Tage dagegen auszuruhen. Ein solcher, der dabei

die erforderliche und wahrlich nicht geringe Qualität eines guten Censors besässe, würde aber für Geld und gute Worte nicht bei uns zu haben sein. Das einzige, was sich ohne grosse Kosten und Beschwerden thun lässt, und was ich beim Anfange der neuen Redaction der Zeitung im October und November vorigen Jahres wirklich gethan habe, ist folgendes. Die Zeitungen werden, wie schon erwähnt, bei uns des Nachts gedruckt, die Posten aber mit denen sie versandt werden, gehen in der Regel erst Mittags, bisweilen erst Nachmittags ab. Wenn nun ein Mitglied des Senats, oder eine andere der Sache gewachsene Person, die nicht allzuspät aufzustehen gewohnt ist, sich des Morgens eins der ersten fertigen Exemplare bringen lässt, es beim Caffeetrinken durchsieht, und dann findet, dass irgend eine anstössige Stelle, deren Abänderung wünschenswerth erscheint, darin stehen geblieben, so lässt sich diese Abänderung mit ein paar Federzügen vornehmen, und für die ausserhalb Bremen gehenden und mit den Posten zu versendenden Exemplare noch veranstalten, indem diese Exemplare erst am Morgen abgezogen zu werden pflegen. Solche kleine Abänderungen habe ich mehr als ein dutzendmal für die ins Ausland gehenden Zeitungen mit Leichtigkeit bewerkstelligt, und wenn es schon in der Regel nur ein paar Dutzend Druckfehler waren, welche ich auf diese Weise der auswärtigen Kritik zu entziehen mich bemühte, so nahmen doch diese oft mehr Zeit hin, als die Abänderung von ein paar Worten oder die Weglassung eines ganzen Artikels gethan haben würde, an dessen Stelle von dem übrig gebliebenen Materiale ein anderer Artikel, der meistens schon gesetzt und bei Seite gelegt ist, sich leicht einschieben lässt. Die Anwendung dieser Vorsichtsmaassregel verbunden mit gelegentlichen Instructionen und Winken für den Redacteur, so wie mit der Anweisung desselben, wegen ihm irgend bedenklich erscheinender Artikel, die er durch Correspondenz erhält, und wobei er das Zeitungsblatt aus welchem er sie abdruckt, nicht namhaft angeben kann, mit einem oder dem andern ihm aufzugebenden Mitgliede des Senats vorab Rücksprache zu nehmen, dürfte, wie ich denken sollte, uns einen eigentlichen Censor entbehrlich machen.

Für die politischen Verhältnisse eines kleinen Freistaats

ist Pressfreiheit immer vortheilhafter als deren Unterdrückung durch eine strenge Censur. Unsere Regierung benimmt sich so, dass sie das Licht nicht zu scheuen hat, und würde ihre Tendenz in irgend einem Zeitpunct eine schlechtere, so wäre die Pressfreiheit das beste Mittel sie davon zurückzuführen. Unsere Meinungen und Ansichten können benachbarten Staaten keine irgend gegründete Besorgnisse einflössen, in unserer politischen Tendenz liegt es ganz klar, dass wir so wenig unterdrücken als unterdrückt werden wollen, und da diese Richtung diejenige ist, von welcher jeder rechtliche Mann in ganz Deutschland wünschen muss, dass sie die allgemein geltende werde, so ist es selbst Beruf und Pflicht für uns, dem freien Worte die freie Stätte bei uns nicht zu versagen.

In der That kann man es nicht unbeachtet lassen, dass diejenigen deutschen Staaten, in welchen Pressfreiheit herrscht, unmerklich bei den übrigen an Achtung gewinnen und deshalb mit Achtung behandelt werden. So waren z. B. Baden und Darmstadt von den Rheinbundszeiten her gleich verschrieen und Baden wird es täglich mehr, seit es fortwährend die ängstlichste Straussenpolitik befolgt und alles was über seine öffentlichen Angelegenheiten gesagt wird, verbietet, dagegen Darmstadt, wo Freiheit der Presse herrscht, das den neuen Rheinischen Merkur und die Mainzer Zeitung schützt und schirmt, nachgrade wieder anfängt einiges Zutrauen zu gewinnen. So ist es auch mit Nassau und Würtemberg. Andere hingegen, von denen man das Beste zu erwarten berechtigt war, kommen wegen Beschränkung der Publicität in der öffentlichen Meinung nachgerade wieder herunter, wie z. B. Hannover, und die Verhetzung der Schriften für und wider den Tugendbund hat Preussen keinen Vortheil gebracht. Frankfurt war im vorigen Winter so verschrieen wie möglich; eher seit der Rath für und wider die neue Verfassung jedermann drucken liess, was er wollte, hat sich das öffentliche Urtheil sichtlich zu Frankfurts Vortheil umgewandelt. Noch kürzlich hat Humboldt der Frankfurter Pressfreiheit mit dem grössten Lobe gegen mich erwähnt.

Wirklich bin ich überzeugt, dass ein kleiner Staat an der Pressfreiheit nicht bloss ein Sicherungs- und Vertheidigungs-

mittel mehr hat, sondern dass man ihn in dieser Hinsicht selbst schonender behandelt und Rücksichten auf ihn nimmt, die man sonst nicht genommen haben würde. Weit entfernt z. B. zu fürchten, dass wenn unsere Zeitung über Hessen freimüthig spricht, man könne uns das von dieser Seite durch Aufkündigung des Capitals eintreiben, bin ich vielmehr in der That der Meinung, dass dies gerade deshalb nicht geschehen werde, weil man sonst riskirt, dass wir öffentlich sagen, wir haben aller Verführung getrotzt, so und so gegen Hessen gehandelt, und das ist nun der Dank dafür! Ueberhaupt ist die Aufkündigung dieses Capitals schon deshalb gar nicht zu besorgen, weil die Stände denn ohne Zweifel auf die Benutzung desselben für das Land ihre Ansprüche leichter würden zur Rede bringen können. Es wird dem Kurfürsten im Gegentheil durchaus nichts angenehmer sein, als es noch lange sicher und gut bei uns belegt zu wissen. Ich habe vor einiger Zeit über die Vorsicht und das Geheimnissvolle, mit dem man dort bei Belegung eines Capitals im Auslande zu Werke gegangen, zuweilen Details gehört, um nicht mit Grund diese Meinung äussern zu können.

Eine gute Zeitung kann beinahe dem Schicksal nicht entgehen, dass sie nicht dann und wann einmal von diesem oder jenem Staate angezapft, und selbst auf eine Zeitlang verboten wird, — welches man mitunter selbst nicht ungern zu sehen pflegt, weil es ihren Ruf in der Regel begründet, und den Absatz im Ganzen eher vermehrt als schwächt. So war der Rheinische Merkur fast in der Hälfte von Deutschland verboten. Die Allgemeine Zeitung ist bald hier bald da einmal verboten worden. Der Neue Rheinische Merkur ist jetzt im Badischen verboten und macht sich eine Ehre daraus. Die Bremer Zeitung wird jetzt im Ganzen zu denen gerechnet, welche die glückliche Mittelstrasse zwischen Freimüthigkeit und Licenz recht anständig zu halten wissen; ich höre sie immer noch mit dem grössten Lobe erwähnen, und ich wüsste auch in der That nicht, was man ihrer Unparteilichkeit irgend zu nahe sagen könnte, es wäre denn dass die Brandungen des deutschen Nationalhasses gegen Frankreich auch nach gestilltem Sturme hin und wieder etwas zu sichtbar hervortreten, worauf der Redacteur aber nur aufmerksam gemacht zu werden braucht, um sich in dieser

Hinsicht etwas vorsichtiger zu benehmen. Gar viel abzulassen, ist auch hier nicht einmal nöthig, denn die Nachsicht darf nicht soweit gehen, dass das freie Urtheil über Facta dadurch beschränkt wird, und wenn die Ultraroyalisten jetzt offenbar untergelegen haben, und die Erhaltung der öffentlichen Ruhe dadurch wahrscheinlicher geworden ist, wie es noch vor vier Wochen der Fall war, so hat die freie Aeusserung der öffentlichen Meinung über ihr unsinniges Benehmen gewiss nicht wenig dazu beigetragen, den besseren Theil des Ministeriums zu souteniren und den Entschluss des Königs über die bekannte Veränderung mit der Deputirtenkammer zu bestimmen.

In allem was wir Gerechtes wollen und Ungerechtes von uns abzuwehren trachten, haben wir an der Publicität einen sicheren Schirm und Schutz, und ich bin überzeugt, dass wir unter diesem Schirm und Schutze am Ende auch die Aufhebung des Elsflether Zolls und die Bezahlung der Hannoverschen Anleihe zu erstreiten im Stande sein werden, ja dass man uns in beider Rücksicht auf diesem Wege viel mächtiger und furchtbarer hält, als wir selbst wissen und glauben. Die fortgesetzte Freimüthigkeit der Bremer Zeitung wirkt sicher auch von dieser Seite als Demonstration, indem wir dadurch zeigen, dass wir die Waffe der Publicität wohl zu führen verstehen.

Nächstens, wo ich hoffentlich das Nähere darüber von dort erhalten haben werde, ein Mehreres über diesen Gegenstand, und dann auch besonders über die Beziehung der Zeitung zu der Schule, worüber ich noch mehrere Ansichten mitzutheilen hoffe, die dort nicht im ersten Augenblick auffallen können.

## 4. Aphorismen
### (über die neue Verfassung Deutschlands*)

Jede neue Constitution, die etwas mehr will als die gegenseitigen Schranken und Formen der Bewegung schon vorhandener

*) In der Handschrift Smidts führt dieser Aufsatz nur die Ueberschrift „Aphorismen.“ Er scheint, nach seinem Inhalt zu schliessen, in den Jahren 1815 oder 1816 geschrieben zu sein und den Kern der Gedanken und Hoffnungen zu enthalten, mit denen Smidt an dem Werke der Constituirung des von der Fremdherrschaft befreiten Vaterlandes thätig war.

Kräfte aufstellen, masst sich die Gabe der Weissagung an, indem sie von der noch unbekannten Gestalt zukünftiger Dinge redet, sie gleicht einem speciellen Erziehungsplane für Kinder die noch nicht geboren sind. Verhalt man sich passiv bei ihrer Ausführung, so wird sie immer eine papierene bleiben, und nicht bloss von jedem neuen Sturme, sondern selbst von jedem Winde der Zeit verweht und mit einem ähnlichen ephemeren Machwerk vertauscht werden können Will man sie aber mit Gewalt aufrecht erhalten, so wird sie dem Bette des Procrustes gleichen, dem selten einer ohne abgeschnittene oder ausgereckte Glieder anzupassen war.

Das Gesetz der Schwere macht sein Recht immer von selbst geltend, das der Elasticität nur bedingungsweise, und die Feder der letzteren wird nur gar zu leicht zerknickt, wenn man sie in enge Schranken zu zwingen versucht.

Jede neue Constitution gleicht einem neuen Schuh, der ausgetreten werden muss, ehe er gehörig passt. Es ist aber ein Unterschied unter denen welche des Tretens gewohnt sind und denen, welche ängstlich einher schreiten; den letzteren muss also der Schuh vorzüglich bequem gemacht und angepasst werden.

Für grössere souveräne Mächte ist das Bundesverhältniss das zweckmässigste Mittel zur Gerechtigkeit erzogen zu werden, und die Forderungen des Geistes der Zeit begreifen und practisch üben zu lernen. Es wird eine Schule der Regierungskunst für sie werden, denn indem sie sich durch dieses Verhältniss nöthigen, auch gegen den kleinsten Staat gesetzmässig zu verfahren und auf das Recht des Stärkeren zu verzichten, befähigen sie sich dadurch auch in ihrem eigenen Lande constitutionell regieren zu können.

Der Grundsatz, dass kein Staatsbürger als solcher von irgend einem Amt im Staate nothwendig ausgeschlossen sein dürfe, sondern dazu müsse gelangen können, muss sich auch in einem Bundesstaate, dessen Bürger die einzelnen Staaten sind, aussprechen.

Jedes Ding welches Consistenz und eigenes selbständiges Leben gewinnen soll, fängt klein an und wächst allmählich zum grösseren empor. Das Himmelreich ist gleich einem Senfkorn.

---

Wir bedürfen einer Vereinigung durch Freiheit unter Conservation der Individualität. Selbstthätige Bewegung jedes Einzelnen harmonisch geordnet, bringt den höchsten Grad lebendiger Gesammtkraft hervor.

---

Grosse Staaten bringen Kraft und Stärke in den Bund, die kleineren Liebe zur Gerechtigkeit und Constitutionsfähigkeit. Wer den Geist mitbringen wird, muss sich zeigen; es kann das Heil auch diesmal so gut von Nazareth und Galiläa, als von Jerusalem ausgehen.

---

Ein selbständiger Staat, gross oder klein, ist ein eigner und besonders angestellter Versuch, das Ideal des Staats zu realisiren. Die Combination dieser verschiedenen Versuche, in der grösseren Anzahl der kleinen Bundesstaaten, die in Verbindung mit den grossen Staaten nie gefährlich werden können, muss dem Bunde überhaupt ein ganz eignes Leben geben und zu Reibungen führen, die nur wohlthätige Lichtfunken hervorbringen.

---

Die Ansprüche welche die öffentliche Meinung an das deutsche Gesammtwesen macht, und was sie von demselben erwartet, dürfte etwa folgendes sein:

Die Willkür soll aufhören. Das Recht soll wiederkehren. Deutschland soll in kräftiger Einheit dastehen gegen jeden auswärtigen Feind. Allgemeine Nationalanstalten sollen möglich werden, ohne Verletzung der Individualität der Staaten und ihrer Staatsautonomie. Das Gefühl der Brüderschaft der deutschen Völker soll gemeinschaftliche sinnliche Zeichen in der Verfassung des Bundes finden.

## 5. Schreiben Smidts an seine Schwester über die Huldigungsfeier zu Vegesack.*)

Bremen, den 26. September 1805.

Ihr werdet begierig sein, liebe Schwestern, von der Huldigung zu Vegesack noch etwas Näheres zu hören. Sie ist glücklich und wohl von Statten gegangen. Am Sonnabend Morgen um 6 Uhr versammelte sich der Rath in der Stadt London, stieg 10 Minuten nach 6 in die bei des Schlachtvogts Hause liegende Jacht**), und unter dem Donner der Kanonen wurden die Anker gelichtet. Wir hatten das herrlichste Wetter von der Welt, warmen Sonnenschein und frischen Wind, der freilich uns etwas zu laviren nöthigte, welches aber um so interessanter war, da die Weser voll von kleineren uns begleitenden Schiffen voller Menschen war, die nun auch lavirend sich mit der Jacht beständig kreuzten, und dadurch in jedem Augenblick einen veränderten interessanten Prospect darboten. Einige dieser Schiffe, z. B. das Langboot, hatten Kanonen und beantworteten unsere Salven. Auf der Schlachte stand es gedrängt voll von Menschen wie wir abfuhren, und wie wir beim Bindwams und Stephanithorswalle vorbeifuhren, war es auch da wieder ganz schwarz von Zuschauern. Auf dem ganzen Wege wurde musicirt und zwischen jedem Stücke canonirt. Richter Oelrichs hatte die ganze Musik mit allen dazu gehörigen Salven den Musikanten vorgeschrieben und sie machten ihre Sachen wirklich recht gut. Die Matrosen der Jacht waren mit ihrem Commandeur alle in ihrer besten Uniform: weisse Jacken

*) Der Brief, welcher uns im Original vorliegt, ist an Smidt's Schwester, die Wittwe des Senators Castendyk, welche damals nebst einer Schwägerin Smidt's sich in Dresden aufhielt adressirt. Vegesack, das mit Ausnahme des Hafens und Hafenhauses 1741 an Hannover abgetreten war, kam 1802 in Folge des Reichsdeputationshauptschlusses wieder an Bremen, die Feststellung der neuen Grenze erfolgte aber erst durch den Londoner Vertrag vom 18. August 1804 und die feierliche Huldigung der neuen bremischen Staatsgenossen, welche dieser Brief beschreibt, erst am 21. September 1805.

**) Die sogenannte Herren-Jacht, ein elegant eingerichtetes Avisoschiff, welches namentlich für die mit der Aufsicht über den Weserstrom und den Vegesacker Hafen beauftragte Convoyo-Deputation unterhalten wurde.

mit weissen langen Hosen, rothen Aufschlägen, eine rothe Schärpe; ausserdem noch Constabler bei den Kanonen. Dass es an prächtigen Flaggen und Wimpeln auf der Jacht sowie auf den begleitenden Schiffen nicht fehlte, versteht sich von selbst. Zu der Jacht gehörte noch eine kleine Schaluppe, auch mit Convoyematrosen bemannt, worin die Herrendiener mit ihren rothen Röcken sich recht gut ausnahmen; diese führte auch einen Theil der Munition, denn wir mochten die 600 ℔ Pulver, die auf der Jacht allein verknallt wurden, doch nicht alle bei uns haben. Auch für den Magen war vortrefflich gesorgt, Caffee, Thee, Pfeifen, Taback, schöne Kuchen und Torten, vier Sorten Liqueur, Ingwer, Orangeschaalen u. s. w. gab es in Ueberfluss. Alles war sehr fröhlich und guter Dinge. Der alte Syndicus, der auch mit in der Jacht war, war ausserordentlich fröhlich, auch der Präsident (Heineken) war mit; Post war in der Stadt geblieben und hatte das Präsidium übernommen. Gondela war schon am Donnerstag hinunter gefahren, um alles zu arrangiren. Gegen 10 Uhr kamen wir zum Vegesack an. So wie man dort die Jacht ansichtig wurde, ging der Donner von dem mit Kanonen und Constablern ganz bespickten Hafen los, desgleichen von der Jacht des Hafenmeisters, die vor dem Hafen auf der Weser lag und vielen anderen Schiffen die uns entgegen kamen; wir waren im Antworten nicht lässig. Das Ufer war ganz schwarz von Zuschauern, Flaggen und Wimpel wehten von allen Schiffen im Hafen und aus allen Fenstern. Vierzig Grenadiere standen vor dem Hafenhause unter dem Gewehr. Wir wurden mit lautem Hurrah empfangen und rückten unter dem Dampfe der Kanonen ins Hafenhaus ein, wo oben auf dem Saale erst wieder getrunken wurde. Auf dem Hafen waren Tannenbäume angepflanzt, der Platz vor dem Hafenhause war mit einer verzierten Balustrade eingezäumt, an dessen Seite ein grosses Zelt für den Senat prächtig decorirt, und ein kleineres auf einem Rasenhügel durch mehrere Stufen erhöhetes, nach Art eines Thrones für die zur Einnehmung der Huldigung bestimmten Commissarien des Senats (Synd. Eelking, Dr. Gröning, Richter Oelrichs, Herr Wichelhausen und Herr Gildemeister) errichtet war. Letzteres hatte Säulen von Tannen, die mit Kränzen umwunden waren.

Die Vegesacker wurden nun von Dr. Gondela vom Fähigrunde bis zur Durchfuhr durch den Aucbach an der anderen Seite namentlich zur Huldigung aufgerufen, und Mannzahl über sie gehalten; dann rückte der Senat in Procession in sein Zelt und die Commissarien auf ihre Tribüne. Die huldigenden Vegesacker stellten sich in die Schranken der Balustrade. Eine Salve von 21 Kanonenschüssen eröffneta den Act. Syndicus Eelking hielt dann die Huldigungsrede, mit seinem gewöhnlichen Bombast gespickt, den aber die Vegesacker sehr erhaben gefunden haben. Nach Endigung der Rede wurde von dem Secretär Post der Huldigungseid laut vorgelesen und von den Vegesackern Wort für Wort nachgesprochen. Nach der Leistung erhoben sie ein Freudengeschrei: Es lebe die Republik Bremen! etc. und 21 Kanonenschüsse donnerten wieder dazwischen. Dann kamen ein Dutzend kleiner weiss mit rosenrothen Bändern gekleideten Vegesacker Mädchen und überreichten auf einem rosenrothen seidenen mit Blumen verzierten Kissen ein Gedicht. Darauf wurde von 26 Musikanten das Te Deum angestimmt, nach dessen Endigung dann wieder mit 21 Kanonenschüssen die Feierlichkeit geschlossen. Nun wurde ein Spaziergang durch Vegesack gemacht, wo die Häuser mit Blumen und Flaggen verziert, auch in der Gegend der Mühle eine grosse mit Laub, Blumen und Inschriften verzierte Ehrenpforte errichtet war. Um 2 Uhr wurde im Hafenhause gespeisst, das Zimmer war ringsum mit Blumenguirlanden behangt, an der einen Seite waren die Attribute der Handlung und Schiffahrt und das bremische Wappen an die Wand gemalt, an der anderen ein Medaillon mit der Inschrift aus Schillers Wilhelm Tell, die ich einige Tage zuvor zu diesem Zwecke glücklich aufgefunden hatte:

Wir feiern keinen neuen Bund — es ist ein uralt Bündniss nur von Väter Zeit, das wir erneuern.

An der Tafel speiste der Rath, die Geheime Deputation und die vier ältesten Vegesacker Schiffer. Die Mahlzeit war prächtig mit Schiffen und anderen Confiturenaufsätzen geziert. Die 26 Bremer Musikanten, noch ein Dutzend Oldenburger etc. machten schöne Musik und bei den 14 solennen Toasten, die während der Tafel getrunken wurden, erschallte bei dem Tusch

zugleich der Donner der Kanonen. Unter den Toasten die Gondeln und ich einsetzten, zeichneten sich folgende aus:

Dem patriotischen Genius des Herrn Senator Gröning, der Frankreich und England zu Bremens Wohl zu vereinigen wusste!

Möge der Compass der Neutralität uns glücklich durch alle Stürme des Krieges leiten!

Frei Schiff, frei Gut! möge dieser Grundsatz auf allen Meeren und von allen Nationen anerkannt werden!

Die sämmtlichen Einwohner von Vegesack! Möge das Fest ihrer Wiedervereinigung mit Bremen ihnen mit jedem Jahre theurer werden! u. dergl. mehr.

Nach Tisch wurde in dem grossen Zelte auf dem Hafen getrunken und viel musicirt und kanonirt. Ein alter 94jähriger Vegesacker Schiffer, Lüder König, erzählte uns viel von der alten Vorzeit und war von Herzen fröhlich. Abends wurde auf der Weser von Jacquemier ein grosses Feuerwerk gegeben, dann machte man noch eine Tour durch Vegesack, wo Ehrenpforte, Fenster und Schiffe illuminirt waren. Abends wurde wieder im Hafenhause gespeist. Es war gewissermassen offne und freie Tafel. Alles wurde hereingenöthigt, ass und trank, auch eine Menge Damen und andere Leute, die nicht zu der Gesellschaft gehörten. Minchen, Hanne, Daniel und Friederike, Stuchen Thulesius, Wichelhausen, Bagelmanns, Klugkist, Schulz und eine Menge anderer von unseren Bekannten waren auch dabei. Es waren überhaupt eine erstaunliche Menge Bremer herausgeströmt. Reitpferde sind mit 8 Thalern für den Tag bezahlt worden.

Ganz Vegesack hatte die folgende Nacht Einquartirung. Wir blieben alle dort. Des andern Tags wurde wieder im Hafenhause getrunken und gefrühstückt. Um Mittag fuhr die Jacht wieder ab.

— — — — — — — — — — — — — — —

Lebt herzlich wohl! der Abgang der Post nöthiget mich zu schliessen.

Herzlich euer S.



